



zur debatte

1/2020

Themen der Katholischen Akademie in Bayern



11
Den Völkermord an Herero und Nana klagt Prof. Dr. Jürgen Zimmerer an



15
Dr. Claudia Pfrang stellt das KEB-Arbeitspapier zur religiösen Erwachsenenbildung vor



17
Einen Einblick in das Denken von Karl Jaspers gibt Prof. Dr. Anton Hügli



23
Prof. Dr. Kurt Faltlhauser zeigt die finanziellen Herausforderungen des Denkmalschutzes auf



25
Prof. Dipl.-Ing. Mathias Pfeil zeigt Alternativen in der Denkmalpflege auf



40
Grundlagen und Ethik der Künstlichen Intelligenz ist das Thema von Prof. Dr. Klaus Mainzer



44
Über die digitale Aufrüstung des Gehirns reflektiert Prof. Dr. Armin Grunwald

Churches for Future?

Was die #FridaysForFuture-Jugend von der Kirche erwartet



Fotos: (18) Robert Kiderle

Die Klimaaktivisten zeigten ihre Meinung im Park der Akademie auch sehr deutlich mit ihren Plakaten.

Lernen wollten wir auf dieser Veranstaltung – nicht unterrichten. Akademiedirektor Dr. Achim Budde hatte die Münchner Gruppe der „Fridays For Future“-Bewegung eingeladen, einen Forderungskatalog an die Kirchen zu verfassen. Er wollte nicht warten, bis die Demonstrant(inn)en vor der Tür stehen, sondern die jungen Leute aktiv nach ihren Wünschen fragen, um sich im Rahmen einer Akademieveranstaltung damit auseinanderzusetzen. Für diese Auswertung lud er kompetente und prominente Fachleute

ein: Erzbischof Dr. Ludwig Schick, Klimafolgenforscher Prof. Dr. Ottmar Edenhofer und Autorin Christine Heybl, aber auch Vertreter(innen) der „Parents For Future“, der Erzdiözese und des BDKJ. Über 200 Menschen erlebten den Freitag-Nachmittag am 13. September 2019 mit. Wir dokumentieren im Folgenden das Referat von Prof. Edenhofer, die Forderungen der Jugendlichen, die Podiumsdiskussion, das Presse-Echo und „Ihre Stimmen“ zum Thema.

Das Klima und die Kirche

Ottmar Edenhofer

I.

Als ich im vergangenen Jahr im Dezember in Kattowitz an der Internationalen Klimakonferenz teilgenommen habe, wurde ich von Vertretern der Medien, aber auch von den Politikern ein bisschen bedauernd betrachtet. Man sagte mir immer wieder, in Frankreich gäbe es die Gelbwesten-Bewegung, und die Gelbwesten-Bewegung sei ja nun wohl der Sargnagel für die internationale Klimapolitik und gleichermaßen für die nationale Klimapolitik. Denn schließlich könnten wir es uns doch nicht erlauben, dass in den westlichen Demokratien der Rechtspopulismus weiter zunähme. Deswegen müsse man mit den klimapolitischen Forderungen maßvoll sein oder sie vielleicht sogar weit hintanstellen.

Als ich dann im Januar, am Beginn dieses Jahres, mit Politikern gesprochen habe, wie es denn in Deutschland mit der Klimapolitik weitergehen soll, da war die Aussicht, dass der Klimawandel und die Klimapolitik je wieder auf die politische Agenda zurückkehren könnten, eigentlich gleich Null. Dann kam #FridaysForFuture, und plötzlich wurden in den Zentralen der Parteien die Strategen hellwach. Und siehe da, durch #FridaysForFuture waren der Klimawandel und die Klimapolitik plötzlich auf Platz 1 der politischen Agenda. Das ist Ihr Verdienst. Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde, ohne Sie wäre das nicht geschehen, und Sie haben sich ein großes Verdienst erworben.

Erstens, im Gegensatz zu vielen Protestbewegungen ist es Ihnen gelungen, den Klimawandel in die Mitte der Gesellschaft zu tragen, und ich glaube, das

ist unglaublich wichtig. Wir brauchen keine Radikalisierung, denn diejenigen, die davon überzeugt sind, sind ja schon davon überzeugt; man muss die Katholiken nicht nochmal taufen. Es geht darum, dass man die Mitte der Gesellschaft erreicht, dass man zu denen spricht, die den Klimawandel bisher für eine Spinnerei gehalten haben. Sie dürfen sicher sein, dass viele Menschen auch in der Mitte der Parteien, in der Mitte der SPD, in der Mitte der CDU, den Klimawandel immer noch für grüne Spinnerei halten. Also, Sie haben den Klimawandel in die Mitte der Gesellschaft getragen, und ich möchte Sie ermuntern, das unbedingt auch weiterhin zu tun. Wir müssen die Mitte der Gesellschaft mitnehmen, wenn wir einen effektiven Klimaschutz erreichen wollen.

Das zweite, was ich in Ihrer Bewegung so herausragend finde: Sie haben von allem Anfang an den Ehrgeiz gehabt, Ihre Forderungen auf die Wissenschaft zu gründen. Das unterscheidet Sie von vielen Politikern. Als im März dieses Jahres Greta Thunberg das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung besucht hat, war es uns sehr wichtig, daraus kein Medienereignis zu machen. Stattdessen hatten wir Greta Thunberg angeboten, drei Stunden über die wissenschaftlichen Fakten, über die wissenschaftlichen Einsichten zu den Ursachen, Folgen und zu den Lösungsstrategien zu sprechen. Ich war sehr beeindruckt, dass Greta Thunberg zum Beispiel die drei Hauptsätze der Thermodynamik und den Treibhauseffekt ohne Schwierigkeiten darlegen konnte. Ich erspare es mir, im Deutschen Bundestag eine Umfrage zu machen, wie viele Abgeordnete die drei Hauptsätze der Thermodynamik beherrschen, und wie viele

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser!

seit Jahrzehnten sorgt unsere Zeitschrift „zur Debatte“ dafür, dass die Themen der Katholischen Akademie in Bayern weit gestreut werden. Wir dokumentieren Vorträge und auch ganze Tagungen im Wortlaut, um Ihnen die komplexen Sachverhalte, die in der Akademie referiert und diskutiert werden, umfassend zur Kenntnis zu geben. Eine Stärke unserer Zeitschrift, für die wir immer wieder Lob erfahren, liegt darin, dass sie sich strikt auf die Dokumentation beschränkt und nur in geringem Umfang redaktionelle Texte enthält.

Zugleich aber spüren wir, wie viele von Ihnen unserem Haus auch über die Inhalte hinaus verbunden sind: weil Sie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter persönlich kennen und schätzen, weil Sie über bauliche Veränderungen oder unsere Fortschritte in Sachen Nachhaltigkeit im Bilde sein möchten, oder weil Sie sich für Neuigkeiten aus dem „Verein der Freunde und Gönner“ und aus unseren Gremien interessieren.

Aus diesem Grund werden wir ab dieser Ausgabe immer am Ende des Heftes auf einer oder zwei Seiten über Neuigkeiten aus Haus und Team berichten. Diese „Community-Seiten“ werden ihre Form noch finden müssen. Ihre Meinung dazu kann dabei helfen.

Übrigens planen wir, das Erscheinungsbild der Debatte mit Beginn des Jahres 2021 grundlegend zu reformieren. Wenn Sie uns dazu Ihre dringlichsten Wünsche mitteilen und Ideen in diesen Prozess einspeisen möchten: nur zu!

Mit den besten Grüßen



PD Dr. Achim Budde,
Akademiedirektor

in der Lage sind, den Treibhauseffekt fehlerfrei darzustellen.

Das sage ich nicht, weil ich in die Politikerschelte einstimmen will. Ich rede viel mit Politikern und ich habe großen Respekt vor ihnen. Aber was ich nicht mag, ist, wenn unbezweifelbare Fakten der politischen Verhandlung anheimgestellt werden. Das geht nicht! #FridaysForFuture hat von Anfang an gesagt: „Wir wollen sowohl in der Analyse, als auch mit dem, was wir fordern, auf die Wissenschaft hören, und mit der Wissenschaft einen Dialog auf Augenhöhe führen“. Bisher ist es uns in der Wissenschaft nicht gelungen, mit den Entscheidungsträgern in Politik und Wirtschaft auf derselben Ebene zu kommunizieren. Dass die Wissenschaft jetzt gehört wird und auch von den Wissenschaftlern die Frage gestellt wird, wie wir besser kommunizieren können, damit die Politik die Forderungen, die wir haben, besser aufnehmen kann, das ist eine der ganz großen Errungenschaften. Daran müssen wir in den nächsten Monaten arbeiten.

II.

Wir stehen in Deutschland vor großen politischen Entscheidungen. Am 20. September 2019 wird das Klimakabinett ein Paket beschließen. In meinem Vortrag möchte ich darstellen, dass in diesem Klimapakete eine Forderung von überragender Bedeutung ist, nämlich die Reform der CO₂-Bepreisung. Das klingt sehr technisch, aber es geht um eine Reform unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Ich glaube, wir müssen verstehen und begreifen, dass der Klimawandel kein Umweltproblem ist. Der saure Regen war ein Umweltproblem, die lokale Luftverschmutzung ist ein Umweltproblem, aber der Klimawandel hat das Potential, die Grundlagen unserer Zivilisation zu zerstören. Es geht um die Zukunft der Erde, und um die Frage, ob wir als Menschheit in der Lage sind, treuhänderisch mit dem umzugehen, was uns anvertraut ist. Oder ob wir von der Substanz leben und die Grundlagen unserer Zivilisation zerstören. Das ist kein Umweltproblem. Es ist vielmehr eine Herausforderung für die gesamte Menschheit, es ist eine Frage der Moderne, nämlich danach, wie wir als Menschen auf dem Planeten in Zukunft leben wollen.

Es gehört aus meiner Sicht zu den fundamentalen Grundeinsichten, dass wir uns nach wie vor in einer Phase befinden, trotz #FridaysForFuture, trotz der Klimakonferenzen, trotz der Einsichten der Klimawissenschaft, in der die Emissionen unaufhörlich steigen. Es ist uns noch nicht gelungen, die Emissionen zu stabilisieren, geschweige denn

sie abzusenken. Das hängt vor allem damit zusammen, dass wir uns im globalen Maßstab immer noch in der größten Kohle-Renaissance der Industriegeschichte befinden. Deswegen bin ich davon überzeugt, dass in den nächsten fünf Jahren die Kohlefrage von großer internationaler Bedeutung ist. Wenn wir diese Frage nicht im globalen Maßstab lösen, werden wir die Klimaziele des Paris-Abkommens nicht erreichen. Stattdessen müssen wir uns dann mit der Frage auseinandersetzen, wie die Menschheit mit dem gefährlichen Klimawandel leben kann und leben muss.

Die Emissionen aus der Nutzung der Kohle haben in den 2000er Jahren erst richtig zugelegt, zu einem Zeitpunkt, als die großen internationalen Energie-Agenturen schon der Auffassung waren, die Kohle hätte die besten Tage hinter sich. In Tat und Wahrheit steuert die Kohle geradewegs auf eine nie dagewesene Renaissance zu. Im globalen Maßstab stellen wir fest, dass besonders in vielen Ländern Asiens, nicht nur in China und Indien, die Kohlenutzung wieder deutlich zunimmt.

Die Emissionen steigen, und diese steigenden Emissionen treiben uns auf einen Pfad, der uns am Ende des Jahrhunderts 4 bis 5 Grad Anstieg der globalen Mitteltemperatur bescheren wird. 4 bis 5 Grad! Wir haben bestenfalls eine Ahnung, was es bedeutet, in einer 4- oder 5-Grad-Welt zu leben. Wir steuern den Planeten in einen Zustand, in dem wir nicht mehr wissen, wie das Erdsystem als Ganzes und seine Komponenten

funktionieren werden.

Der jüngste 1,5-Grad-Bericht des Weltklimarates veranschaulicht, was wir eigentlich alles aufs Spiel setzen, wenn wir weitermachen wie bisher. Wir betrachten zuerst die einzigartigen Ökosysteme. Bei einem Anstieg der globalen Mitteltemperatur von 1 Grad werden die Korallenriffe auf dem Planeten völlig verschwinden; die Ozeane werden saurer, und das heißt auch, dass die marinen Ökosysteme in ihrer Funktionsfähigkeit fundamental zerstört werden. Wenn Sie sich etwa vorstellen, dass wir im Verlaufe dieses Jahrhunderts 9 Milliarden Menschen, 10 Milliarden Menschen oder gar 11 Milliarden Menschen ernähren wollen, sind viele der Auffassung, dass die Ernährungsgrundlage nicht mehr allein auf dem Land gefunden werden kann, sondern wir auch den Ozean und die marinen Ökosysteme benötigen. Aber diese marinen Ökosysteme würden in ihrer Funktionsfähigkeit grundlegend zerstört.

Hinzu kommt die Zunahme der Extremwetter-Ereignisse wie Dürren und Überschwemmungen: Die beiden letzten Hitzesommer haben uns in Deutschland eine gewisse Ahnung davon vermittelt, was Dürren und Überschwemmungen bedeuten könnten. Das ist aber alles nur kühler Tau gegen das, was bereits heute schon in der südlichen Hemisphäre gang und gäbe ist. Der Klimawandel verschärft die Ungleichheit zwischen Ländern, die Einkommensungleichheit und die Vermögensungleichheit. Er ist nicht allein verantwortlich



Prof. Dr. Ottmar Edenhofer ist Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung und des Berliner Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC). Der Träger des Romano-Guardini-Preises der Katholischen Akademie in Bayern wirkte u. a. als wichtiger Berater von Papst Franziskus bei dessen Umweltszyklika Laudato Si'.



Die jungen Menschen beendeten ihre Freitags-Demo diesmal an der Münchner Freiheit, bevor ein Teil von ihnen weiter in die Akademie zog.



Im Park der Akademie waren Tische aufgestellt, an denen die Besucher der Veranstaltung ihre Meinungen zu den Forderungen von FridaysForFuture an die Kirche abgeben konnten.



Hermann Hofstetter, Mitarbeiter vom Projekt „Klimaschutz braucht Bildung“ der Katholischen Erwachsenenbildung (KEB) Bayern (re.), diskutierte mit den Besuchern.



Medienvertreter suchten Einzelinterviews. Hier stellt sich Dr. Stephanie von Luttitz, die Münchner Diözesanvorsitzende des BDKJ, den Fragen.

für die bestehende Ungleichheit, aber er verschärft sie. Wir stellen fest, dass in großen Teilen der Welt die Agrarproduktivität und die Arbeitsproduktivität einbrechen. Darüber hinaus werden wir vor die Herausforderung gestellt, dass sich bei einem Anstieg der globalen Mitteltemperatur um 4 oder 5 Grad die großskaligen Tipping Points im Erdsystem verändern werden.

Einer dieser Tipping Points ist der Amazonas: Wenn die globale Mitteltemperatur um 4 oder 5 Grad steigt, wird der Amazonas von einer Netto-Senke für CO₂ zu einer Netto-Quelle. Der Amazonas ist nicht nur das größte Reservoir für Biodiversität, er ist auch die Apotheke der Welt und zugleich einer der größten Kohlenstoffspeicher. Wenn dieses Ökosystem kollabiert, dann wird auch der Treibhauseffekt gravierend zunehmen. Durch die Feedback-Schleifen wird diese Zunahme dramatisch ausfallen. Der Amazonas wird nicht durch einen Anstieg der globalen Mitteltemperatur von 1 Grad zu einer Netto-Quelle, aber bei 4 bis 5 Grad ist das Risiko sehr hoch und sollte nicht vernachlässigt werden.

III.

Deswegen haben die Klimawissenschaftler im Paris-Abkommen darauf gedrungen, den Anstieg der globalen Mitteltemperatur auf unter 2 Grad zu begrenzen. Idealerweise wären es 1,5 Grad. Das ist jedoch wahrscheinlich zu ehrgeizig, weil wir 1,5 Grad fast schon erreicht haben. Unter 2 Grad ist also bereits ein relativ ambitioniertes Ziel.

Was genau ist nun mit einer Stabilisierung bei 1,5 oder unter 2 Grad gemeint? Eine Stabilisierung unter 2 Grad bedeutet, dass wir nur noch eine be-

grenzte Menge an CO₂ in der Atmosphäre ablagern dürfen. Man kann die Atmosphäre mit einer Badewanne vergleichen, die einen Zulauf, aber keinen Ablauf hat. Warum? Weil das wichtigste Treibhausgas CO₂ eine sehr lange Lebensdauer hat. Und unser Zulauf sind die Emissionen, die jährlich in diese Badewanne einfließen. Weil sie aber keinen Ablauf hat, steigt der Wasserpegel ständig. Auf die Atmosphäre übersetzt heißt das, die kumulative Menge an CO₂ nimmt kontinuierlich zu. Diesen „Wasserpegel“ nennen wir in der Klimawissenschaft die CO₂-Konzentration. Wollen wir also den Füllstand unserer Badewanne ohne Ablauf stabilisieren, müssen wir die jährlichen Emissionen, die über den Zulauf kommen, irgendwann auf Null stellen. Man kann noch darüber streiten, wo der Pegel stabilisiert werden muss: Etwa bei einer halbvollen Badewanne, oder wenn die Badewanne kurz vorm Überlaufen ist.

Wir reden hier und heute davon, dass wir die Badewanne nicht überlaufen lassen wollen. Darum geht es in der Klimapolitik, und deswegen muss irgendwann der Zufluss an Emissionen Null werden. Wenn wir ein 1,5 Grad-Ziel erreichen wollen, müssen die Emissionen im Jahr 2050 Null betragen. Wenn wir uns ein bisschen mehr Zeit geben, vielleicht 10 Jahre, 15 Jahre, dann steuern wir auf das 2-Grad-Ziel zu. Aber am Ende geht es nur um Eines: dass die Emissionen, der Zulauf in die Badewanne, Null werden. Viele Politiker beobachten immer nur den Zulauf. Wenn dieser ein bisschen geringer wird, dann werten sie dies bereits als großen Erfolg. Natürlich ist es schön, wenn er abnimmt. Aber wenn die Badewanne schon ziemlich voll ist und wir nicht den Null-Zulauf erreichen, wenn wir

den Zulauf nicht abstellen, dann wird irgendwann die Badewanne überlaufen. Das ist die Herausforderung der Klimapolitik!

Man kann mit ziemlich großer Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, dass in der Atmosphäre noch ungefähr zwischen 800 und 1.000 Gigatonnen CO₂ abgelagert werden können. Wo genau dieser Wasserspiegel derzeit liegt, wird noch diskutiert. Das können wir aber getrost der Klimawissenschaft und der Klimaökonomie im Detail überlassen. Für uns ist vor allem die ungefähre Größenordnung wichtig. Was genau bedeutet das, wenn wir sagen, dass wir nur noch 800 bis 1.000 Gigatonnen, am besten natürlich nur 800 Gigatonnen CO₂ in der Atmosphäre ablagern dürfen? Gemessen an der begrenzten Aufnahmefähigkeit der Atmosphäre haben wir im 21. Jahrhundert keine Knappheit, sondern ein Überangebot an den fossilen Energieträgern, nämlich 15.000 Gigatonnen CO₂ in Form von Kohle, Öl und Gas, die noch im Boden lagern.

Vor dem Hintergrund dieser Tatsachen lässt sich ein interessantes Gedanken-Experiment machen. Wir stellen uns dazu einmal vor, die Welt wäre genau umgekehrt. Wir dürften weitere 15.000 Gigatonnen CO₂ in der Atmosphäre ablagern, hätten aber nur noch 800 Gigatonnen im Boden. Wie würde die Welt dann aussehen? Müsste ein deutscher Wirtschaftsminister im Bundestag zu dieser Problematik eine Rede halten, dann würde er etwa wie folgt argumentieren: „In den nächsten 10 Jahren werden die Ressourcen-Preise auf dem gesamten Planeten für Kohle, Öl und Gas dramatisch steigen. Es ist ein Imperativ der deutschen Wettbewerbsfähigkeit, dass wir die erneuerbaren Energien ausbauen, die Energieeffizienz



Christian Sachs, Umweltbeauftragter der Katholischen Akademie in Bayern (re.) im Gespräch mit Erzbischof Ludwig Schick. Akademiestudienleiter Dominik Fröhlich hört zu.



Der Vortragssaal war an diesem warmen Spätsommertag gut gefüllt.

Themen „zur Debatte“

Editorial	2
Churches For Future?	
Das Klima und die Kirche Ottmar Edenhofer	1
Podiumsdiskussion mit Erzbischof Ludwig Schick, Ottmar Edenhofer, Christine Heybl, Mattias Kiefer, Stephanie von Luttitz, Michael Kröpfl, Michael Kusterer und Achim Budde	6
Stellungnahmen der Online- Umfrage und der Teilnehmer	9
Der Völkermord in Deutsch- Südwestafrika (1904 – 1908)	
Historische Ereignisse und aktuelle Debatten Jürgen Zimmerer	11
KEB-Mitgliederversammlung	
Religiöse Bildung als staatlicher Auf- trag im neuen Erwachsenenbildungs- förderungsgesetz Ute Eiling-Hütig	14
Religiöse Erwachsenenbildung. Zum Positionspapier der KEB Bayern und der AEEB Claudia Pfrang	15
Karl Jaspers und Theodor W. Adorno	
Werk und Wirkung der Denker 50 Jahre nach ihrem Tod	
Das Denken von Karl Jaspers im Überblick Anton Hügli	17
Leben und Denken von Adorno im Überblick Stefan Müller-Doohm	20
Zerstörung und Wiederbelebung	
Münchner Kulturbauten in der Nachkriegszeit	
Die Dimension der Zerstörung und die finanziellen Herausforderungen Kurt Falthäuser	23
Denkmalpflege in einer zerstörten Stadt – Möglichkeiten und Alternativen Mathias Pfeil	25
Die Münchner Residenz: 70 Jahre des Wiederaufbaus Kurt Falthäuser	28
Jüngste Interventionen an Klenzes Königsbau. Der lange Weg zur Pyramide Hermann Neumann	32
Der wechselvolle Weg vom Lusthaus zur Staatskanzlei Lothar Altmann	35
6. Deutsch-Französische Medizindebatte Die Zukunft der Medizin	
Digitale Transformation und Künstliche Intelligenz Meinhard Rust	39
Künstliche Intelligenz – Techno- logische Grundlagen und Ethik Klaus Mainzer	40
Literatur im Gespräch Erich Garhammer trifft Christoph Ransmayr	43
Digitale Aufrüstung des Gehirns Liegt die Zukunft des Menschen in der Technik? Armin Grunwald	44
Haus & Team & Freunde	47
Impressum	9

Die Forderungen der Münchner #FFF-Jugend an die Kirchen

1. Volle Unterstützung der Forderungen von FridaysForFuture Deutschland an die Politik. Als originäre eigene Forderung an die Politik außerdem die Anerkennung des Klimawandels als Asylgrund. Um diesen Forderungen Gehör zu verschaffen, sollten die Kirchen bei den großen Streiks ihre Glocken läuten lassen.
2. Aufnahme bzw. stärkere Betonung des Themas Klimaschutz in den Lehrplänen des Religionsunterrichts in allen Jahrgangsstufen unter den Aspekten der Nächstenliebe und der Bewahrung der Schöpfung.
3. Erstellung von Handreichungen für Umweltgottesdienste zum Thema Klimaschutz inkl. z. B. einem kurzen Fact-Sheet und einer Lieder-Auswahl. Hinweis an die Pfarreien auf

die Dringlichkeit des Themas und die Aufforderung, ca. alle 2 Monate einen Gottesdienst zu diesem Thema zu gestalten oder die Predigt darauf auszurichten.

4. Reduktion der Treibhausgas-Emissionen der Kirchen in ihrer Eigenschaft als Verbraucher, z. B. durch Verzicht auf Inlandsflüge bei Dienstreisen, vegetarisches oder wenn möglich veganes Essen auf Konferenzen, Synoden, Verbesserung der Wärmedämmung der kircheneigenen Gebäude, Aufforsten der kircheneigenen Wälder.
5. Ausrichtung der kirchlichen Geldanlagen auf Klimaneutralität durch Rückzug aus allen Investments in Firmen, die Gewinne aus fossilen Energieträgern erwirtschaften.

erhöhen, und dass wir unseren energieintensiven Lebensstil überdenken. Eine Nation, eine Volkswirtschaft, die dies nicht zustande bringt, wird in ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit dramatisch zurückfallen“. Mit anderen Worten, die internationalen Ressourcen-Märkte würden uns auf den Pfad der energiepolitischen Tugend zwingen. Wir würden mit Energie effizienter umgehen, weil uns schlicht und ergreifend nichts anderes übrig bliebe.

Tatsächlich leben wir aber in einer Welt, die ein Überangebot fossiler Energieträger vorhält, in der gleichzeitig jedoch die Atmosphäre nur noch sehr begrenzt aufnahmefähig ist. Das Problem ist, dass die Atmosphäre als eine wilde Deponie missbraucht wird. In dieser Atmosphäre darf jeder nach Gutdünken seine Emissionen ablagern. Je reicher jemand ist, je mehr fossile Energieträger er verbraucht, umso mehr kann er ablagern. Wir nutzen die Atmosphäre ganz einfach nach dem Grundsatz des Rechts des Stärkeren. Stattdessen müssten jedoch Nutzungsrechte definiert werden, damit die Atmosphäre eben nicht als wilde Deponie begriffen wird, sondern als ein globales Gemeinschaftseigentum der Menschheit. Das ist der Kernsatz in der Enzyklika *Laudato Si'* von Papst Franziskus. Dort heißt es: Das Klimasystem ist ein globales Gemeinschaftseigentum der Menschheit. Dieser Satz benennt die ethische und globale Herausforderung, vor der wir stehen. Nicht die Ressourcen-Märkte, nicht die Mechanik

der Wirtschaft, nicht die Knappheit der Natur, sondern die ethische Einsicht ist es, die uns zu einem treuhänderischen Umgang mit dem globalen Gemeinschaftseigentum der Menschheit verpflichtet.

Weder der ökonomische Zwang noch der politische Zwang noch der Zwang der Natur muss uns zu einem verantwortungsvollen und nachhaltigen Umgang mit dem globalen Gemeinschaftseigentum bewegen, sondern die vernünftige Einsicht in die Notwendigkeit. Das ist die entscheidende Aufgabe: aus freier Einsicht, ein internationales Abkommen zustande zu bringen, das fair, gerecht und effizient ist. Das ist eine große und schwierige Herausforderung. Aus diesem Grund halten die Wirtschaftsminister auf dem Planeten eben nicht solche Reden über einen notwendigen Ausbau der erneuerbaren Energien, über eine Erhöhung der Energieeffizienz und über die nachhaltige Änderung unseres Lebensstils. Stattdessen propagieren sie, dass Klimaschutz zwar wichtig sei, aber die Wettbewerbsfähigkeit nicht gefährden dürfe. Sonst wären deutsche Arbeitsplätze bedroht, was in niemandes Interesse sein könne; deswegen Klimaschutz mit Maß und Ziel. Was im Klartext heißt: kein Klimaschutz.

IV.

Richtig daran ist, dass die Menschheit als Ganzes ein internationales Abkommen zustande bringen muss, indem

sich Staaten nicht mehr als Trittbrettfahrer verhalten. In Zeiten von Donald Trump und der neuen brasilianischen Regierung ist das zugegebenermaßen ungeheuer schwer. Der Multilateralismus ist bedroht, globale Solidarität hat im Augenblick keine Hochkonjunktur in den internationalen Verhandlungen, und trotzdem ist dieses Abkommen eine der zentralen Aufgaben unseres Landes. Es ist eine der zentralen Aufgaben der Kirchen, den Multilateralismus, die Einsicht in die globale Solidarität stark zu machen.

Was getan werden muss, um ein solches Abkommen zu entwerfen, und wie es letztendlich zustande kommt, ist eine interessante und schwierige Aufgabe. Meiner Ansicht nach erfordert es eine fundamentale, grundlegende Reform unseres Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells. Die internationalen Klimaverhandlungen und die Klimadiplomatie werden häufig als ein furchtbar langatmiges Geschäft empfunden, und damit verbunden hört man oft die Frage nach einem besseren, einfacheren Weg. Könnte man sich denn nicht einfach darauf verlassen, dass vielleicht der technische Fortschritt für uns das Problem doch irgendwie löst? Die Kosten für die Erneuerbaren sind bereits so dramatisch gesunken. Wären wir am Ende nicht doch besser dran, wenn wir die Klimapolitik oder den Klimaschutz in die Hände deutscher Ingenieure legten, als in die Hände von internationalen Klimadiplomaten?

Lassen wir uns einmal für einen Augenblick auf dieses Gedankenexperiment ein. Stellen wir uns vor, wir wachen morgen Früh auf, und stellen fest, Photovoltaik und Windenergie wären so billig, dass niemand mehr einen Anreiz hätte, Kohle aus dem Boden zu holen. Dann wäre das Problem in der Tat gelöst. Wenn aber dieser Prozess der Kostenreduzierung für die Erneuerbaren Zeit braucht, kommt eine entscheidende Schwierigkeit hinzu. Was passiert in der Zwischenzeit? China und Deutschland bauen nun beispielsweise die Erneuerbaren aus und fragen dadurch gleichzeitig weniger fossile Energieträger nach. In der Konsequenz sinken deren Preise. Folglich werden wieder vermehrt fossile Energieträger nachgefragt. Das ist genau das, was im Au-

Deutschland hat seit 2011 zehn neue Kohlekraftwerke gebaut, Deutschland ist abhängig von der Kohle.

genblick in der Weltwirtschaft passiert. Wir fördern und bauen die Erneuerbaren aus. China ist der größte Markt für diese alternativen Energien und zugleich auch der größte Investor in die Kohle. Wir sollten auch nicht mit dem Finger auf Polen zeigen. Deutschland hat seit 2011 zehn neue Kohlekraftwerke gebaut, Deutschland ist abhängig von der Kohle. Wir sind gleichzeitig ein Land der Erneuerbaren und ein Kohleland. Unsere Emissionen aus der Kohle sind doppelt so hoch wie die von Polen. Wer also auf unsere Nachbarn zeigt, sollte sich näher mit dem deutschen Kohleausstieg beschäftigen.

Wenn wir auf unser Bild von der Badewanne ohne Ablauf zurückkommen, in der nur noch eine begrenzte Menge an CO₂ Platz hat, ist es entscheidend, wie lange der Zulauf noch offen ist. Und weil das so ist, können wir nicht warten, bis die Kosten für Photovoltaik und für Windenergie so billig sind, dass niemand mehr auf dem Planeten einen Anreiz hat, Kohle, Öl und Gas aus dem Boden zu holen. Deswegen ist aus meiner Sicht eine fundamentale Kernforderung, dass wir CO₂ einen Preis geben müssen. Was macht ein Preis für CO₂? Er sorgt dafür, dass die CO₂-freien Alternativen rentabel werden. Aber ein CO₂-Preis bestraft gleichzeitig auch die Nutzung der fossilen Energieträger ent-



Akademiedirektor PD Dr. Achim Budde begrüßte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer; er führte durch den Nachmittag.



Podium 1: Ottmar Edenhofer, Christine Heybl, Erzbischof Ludwig Schick und Achim Budde.



Podium 2: Michael Kröpfl (FridaysForFuture), Matthias Kiefer (Umweltbeauftragter der Erzdiözese), Stephanie von Luttitz vom BDJ und Michael Kusterer von ParentsForFuture (v. l. n. r.).



Selbst in den Pausen wird angeregt diskutiert: die jungen Klimaaktivisten im Park der Akademie.

sprechend ihres Kohlenstoffgehalts, also Kohle mehr als Gas, und Gas mehr als Öl. Das heißt mit anderen Worten, der Weg, mehr Erneuerbare zu nutzen und zugleich mehr fossile Energieträger, ist uns versperrt. Genau das ist die Idee, die diesem Konzept zugrunde liegt. Weil der CO₂-Preis zudem eine Knappheit zum Ausdruck bringen muss, nämlich die Knappheit des begrenzten Deponieraums der Atmosphäre, muss er ansteigen.

Das dritte, was ein CO₂-Preis leistet, ist das Generieren von Einnahmen. Diese können dazu dienen, diejenigen zu entlasten, die überproportional von einer CO₂-Bepreisung betroffen wären. Tatsächlich geben einkommensschwache Haushalte überproportional viel Geld für Wärme und Strom aus, also für alle heute CO₂-intensiven Dienstleistungen. Damit diese nicht die Verlierer der Einführung eines CO₂-Preises sind, könnte ihnen ein Teil der Einnahmen zugutekommen. In jedem Fall ist es unsere Kernaufgabe, CO₂ einen Preis zu geben, damit die grundlegende und fundamentale Knappheit der Atmosphäre bei den Investitions- und Konsumentscheidungen eine zentrale Rolle spielt.

Auf den ersten Blick mag dieser CO₂-Preis wie eine typische Ökonomen-Forderung erscheinen. Eine Forderung aus dem akademischen Elfenbeinturm. Wären da Verbote nicht viel effektiver? Eine gesamte Volkswirtschaft durch Verbote so zu transformieren, dass am Ende, das heißt 2050, die Emissionen Null werden, ist vermutlich nicht möglich. Die entscheidende Aufgabe ist es vielmehr, Marktwirtschaften, Wirtschaftsordnungen und Wirtschaftssysteme zu entwickeln, die grundlegende Knappheiten respektieren. Wir hatten auf diesem Planeten schon einmal ein Experiment, damals wirtschaftspolitischer Art, in dem eine ganze Volkswirtschaft versuchte, fundamentale und grundlegende Knappheiten zu ignorieren. Gemeint sind die Zentralverwaltungswirtschaften Osteuropas und der Sowjetunion, die am Ende alle gescheitert sind. Gescheitert, weil sie die grundlegende Knappheit auf den Güter-, Kapital- und Arbeitsmärkten ignoriert haben. Wenn der moderne Kapitalismus nicht begreift und versteht, dass die grundlegende Knappheit des 21. Jahrhunderts die globalen Gemeinschaftsgüter sind, wird er an dieser Ignoranz zugrunde gehen.

Deswegen glaube ich, dass die Einführung einer CO₂-Bepreisung ein wichtiger Startpunkt ist für die grundlegende Reform unserer Wirtschafts- und Ge-

sellschaftsordnung. Ein solcher CO₂-Preis würde es uns eben gerade nicht mehr erlauben, die Atmosphäre wie eine wilde Deponie zu nutzen. Vor allem auch den ärmeren Ländern würde damit ein fairer Zugang verschafft. Wie wäre dieses Konzept umsetzbar? Wenn Länder wie Nigeria bereit wären, ihre CO₂-Preise anzuheben und damit zum Beispiel von Kohle auf Gas überzugehen, könnte ein Großteil der damit entstehenden Kosten aus dem *Green Climate Fund* finanziert werden. Denkbar wäre auch ein internationaler Länderfinanzausgleich, damit Länder, die sich heute noch keinen Klimaschutz leisten können, trotzdem gemeinsam mit den wohlhabenderen Nationen die notwendigen Maßnahmen ergreifen können, um das Zuschlagen des gefährlichen Klimawandels in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts zu verhindern. Denn eines muss uns klar sein: Ein globales Nichtstun, also ein ungebremster Klimawandel, hätte für die wirtschaftliche Entwicklung eines Großteils dieses Planeten verheerende Konsequenzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, dass das Thema CO₂-Preisreform von wirklich grundlegender Bedeutung ist. Gott sei Dank, und das ist das Großartige, erleben wir momentan eine Debatte und eine Phase der deutschen Geschichte, in der dieses Thema der CO₂-Preisreform jetzt endlich auf der politischen Tagesordnung ganz oben steht, dank FridaysForFuture. Am 20. September wird das Klimakabinett darüber entscheiden, ob Deutschland in eine ehrgeizige CO₂-Preisreform einsteigt. Davor haben viele Politiker einen gewaltigen Respekt. Sie glauben nämlich, wenn sie CO₂-Preise einführen und damit CO₂-freie Technologien rentabel machen, werden sie nicht mehr gewählt. Sie glauben, dass der Rechtspopulismus erst richtig an Fahrt gewinnt, wenn an der Tankstelle Benzin und Diesel ein paar Cent mehr kosten. Politiker haben eine panische Angst davor, dass sie von den Wählern abgestraft werden, wenn sie die Grundlagen unserer Zukunft sichern. Es ist an uns, den Politikern zweierlei klar zu sagen: Wir wählen euch ab, wenn ihr unsere Zukunft verspielt. Und wir werden euch wählen, wenn ihr die Grundlagen unserer Zukunft sichert, denn das ist eure Pflicht und Schuldigkeit. □

Presse

Süddeutsche Zeitung

14./15. September 2019 – „Wollen wir ‚Churches for Future‘ sein?“, fragt Achim Budde, der Direktor der Katholischen Akademie an der Mandlstraße. Das sei die Frage, um die es jetzt gehe. Die Kirchen seien doch im Klima- und Umweltschutz lange Vorreiter gewesen. (...) Am Freitagnachmittag hat die Katholische Akademie Schülerinnen und Schüler von „Fridays for Future“ und deren Unterstützer von „Parents for Future“ eingeladen – und die Klimaschützer haben die Gelegenheit genutzt.

Jakob Wetzel

BR24

13. September 2019 – Die Kirchen stehen dem Vorstoß der jungen Aktivisten positiv gegenüber. Die Katholische Akademie in Bayern hat die Fridays for Future-Bewegung heute Nachmittag eingeladen, über ihre Forderungen an die Kirchen und die Christen zu sprechen und sich mit ihrem Klima-Katalog auseinanderzusetzen.

Daniel Knopp, Martin Jarde

Münchner Kirchenzeitung

8. September 2019 – Die Katholische Akademie war vermutlich die erste Einrichtung, die nicht wartete, bis die Bewegung vor ihrer Haustüre demonstrierte, sondern aktiv auf die Jugendlichen zugegangen ist, um sich mit ihren Vorstellungen auseinanderzusetzen. Genau dazu hatte das Ökumenische Netzwerk Klimagerechtigkeit, dem die Akademie kürzlich beigetreten ist, vor wenigen Monaten in seinem Aufruf „Churches for Future“ aufgerufen.

Achim Budde

Münchner Kirchenzeitung

22. September 2019 – Das ökumenische Netzwerk „Churches for Future“ hat zusammen mit Aktivisten von „Fridays for Future“ Forderungen an die Kirchen formuliert: Mitarbeiter sollen nicht mehr im Inland fliegen, Gebäude sollen klimaneutral sein, es soll alle zwei Monate Umweltgottesdienste geben, zu den großen Demos alle zwei Monate sollen die Glocken geläutet werden und die Kirche soll öffentlich die Forderungen von „Fridays for Future“ unterstützen. Die Katholische Akademie in Bayern richtete die Übergabe des Forderungskatalogs an den Bamberger Erzbischof Ludwig Schick aus, der als zuständiger Bischof für die Weltkirche auch den Klimawandel auf der Agenda hat, und lud mit der Philosophin Christina Heybl und dem Ökonom Ottmar Edenhofer vom Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung Experten ein.

Thomas Stöppler

Domradio Köln

11. September 2019 – Die „Fridays for Future“-Bewegung verlangt von den Kirchen mehr Engagement für den Klimaschutz. (...) Dieser müsse im Religionsunterricht unter den Aspekten Nächstenliebe und Bewahrung der Schöpfung stärker betont werden. Kirchliche Organisationen sollten kein Geld mehr bei Firmen anlegen, die Gewinne aus fossilen Energieträgern erwirtschafteten.

KNA

18. September 2019 – Das Thema Klimaschutz nimmt Fahrt auf – auch in der Kirche. (...) „Fridays for Future“ hat sich inzwischen direkt an die Kirchen gewandt und konkrete Klimaschutzforderungen an diese formuliert. (...) Der Münsteraner Theologe Rainer Hagenrodter beklagte jüngst in Interview der KNA, dass die Kirche die „ökologische

Katastrophe nicht wahr- oder ernst genug nimmt“. Die Vorsitzenden der beiden großen Kirchen in Deutschland sollten gemeinsam mit dem Papst überlegen, „was die reichste Kirche der Welt tun kann, um der ökologischen Katastrophe zu begegnen“.

Angelika Prauß

KNA

16. September 2019 – Der Potsdamer Klimaökonom Ottmar Edenhofer hat die Kirchen aufgefordert, ihr Geld konsequent klimafreundlich zu investieren. Wenn sie mit anderen institutionellen Investoren dabei noch eine Allianz bildeten, könnten sie zusammen eine riesige Hebelwirkung erzielen, sagte Edenhofer am Freitag (...) bei einer Veranstaltung der Katholischen Akademie in Bayern, die ihn vor einem Jahr mit dem Romano-Guardini-Preis geehrt hat.

KNA

18. September 2019 – Das Erzbistum Bamberg unterstützt die für Freitag geplanten weltweiten Aktivitäten für den Klimaschutz. Erzbischof Ludwig Schick fordert, das Angelus-Läuten um 12 Uhr dieses Tages als „Aufruf zum Gebet für die Bewahrung der Schöpfung“ zu verstehen. (...) An die Jugendlichen von der „Fridays for Future“-Bewegung gewandt sagte der Erzbischof: „Es ist super, dass ihr euch für die Bewahrung der Schöpfung und damit für ihre Zukunft einsetzt.“

Publik Forum

25. Oktober 2019 – Die Kirchen suchen das Gespräch mit *Fridays for Future*. Wollen sie sich wirklich darauf einlassen – oder nur bei der Jugend punkten? Aufgereiht sitzen die Podiumsteilnehmer auf ihren Stühlen. Links der Bamberger Erzbischof Ludwig Schick, der Ökonom Ottmar Edenhofer und die Philosophin Christine Heybl. Zur Rechten die „Jury“, darunter Vertreter von *Fridays for Future* und *Parents for Future*. Die Katholische Akademie in Bayern hat sie zusammengebracht unter der Frage „Churches for Future“?

Viola Rüdele

Münchner Kirchenzeitung

24./25. August 2019 – Was können die Kirchen bieten? Sie können keine Wunder wirken und keinen Schalthebel betätigen, um den Temperaturanstieg aufzuhalten. Gemeinsames Denken, gemeinsames Handeln, gegenseitige Ermutigung sind angesagt. „Die Menschheit besitzt noch die Fähigkeit zusammenzuarbeiten, um unser gemeinsames Haus aufzubauen“, schreibt Papst Franziskus in seiner Umwelt-Enzyklika. Viele Schritte sind nötig, um diese Zuversicht Wirklichkeit werden zu lassen. Die oben genannte Tagung könnte einer davon sein.

Gerda Röder

Nachrichtenagentur dpa

13. Februar 2019 – Mit einem Fünf-Punkte-Plan wollen Münchner Aktivisten der weltweiten Klimabewegung «Fridays for Future» die Kirchen auf ihre Seite bringen. Einen Katalog mit Forderungen haben zwei Vertreter am Freitag in der Katholischen Akademie in Bayern verlesen und Vertretern der katholischen Kirche überreicht. 200 Gäste nahmen nach Angaben eines Akademie-Sprechers an der Veranstaltung teil. Sie hätten die Forderungen von «Fridays for Future» und «Parents for Future» unterstützt, dass sich die Kirche für den Erhalt der Schöpfung einsetzen sollte.

Im Folgenden finden Sie zum einen gestraffte Ausschnitte der Podiumsdiskussion. Und wieder drucken wir dazu auch „Ihre Stimmen“ zum Thema ab. Wir hatten bereits im Vorfeld dazu eingeladen, in einer Online-Umfrage zu den Forderungen der Jugendlichen Stellung zu beziehen. Auf der Veranstaltung selbst konnten die Einsendungen

und die Forderungen dann kommentiert und Statements abgegeben werden. Die Äußerungen umfassten ein breites Spektrum von „Anbiederung an junge Leute“ bis hin zu „Ich finde es toll, dass die Akademie sich um dieses Thema kümmert.“ Lesen Sie selbst!

einem CO₂-Preis verknüpfen, dann wäre das ein Riesenhebel.

Ich weiß nicht genau, ob Ihnen klar ist, wie sensitiv die „investment community“ darauf reagiert, wenn Leute sagen, es gibt amoralische oder ethisch nicht vertretbare Investments. Da könnten die Kirchen viel lauter, viel klarer sein, und könnten es sozusagen selbst vormachen, mit einem ganz beträchtlichen Einfluss.

Achim Budde: Herr Erzbischof, wie nehmen Sie das selber wahr? Würden Sie den Kirchen einen solchen Einfluss auf die Politik noch zutrauen? Wie ist das Standing? Haben Sie Möglichkeiten, sich in den Strukturen des Lobbyismus für die gute Sache stark zu machen? Oder sind Sie da eher in einer schwächeren Position als vielleicht noch vor wenigen Jahren?

Ludwig Schick: Sowohl als auch! Zunächst einmal: Wir haben die Chancen ethischer Investments in den Diözesen schon erkannt und zum Teil auch umgesetzt. Ich bin ja von der Weltkirchenkommission auch für die Werke zuständig – also Misereor, Renovabis und dergleichen – und die haben sich jetzt auch verpflichtet, dass sie Investments nur im Rahmen dieser ethischen Forderungen tätigen. Jetzt brauchen wir noch ein Monitoring für all das, und ich glaube, dann geht das voran. Da stimme ich dem ganz zu.

Die andere Frage: Wir haben als Kirche, das muss ich schon sagen, mit vielen, die sich im Klimaschutz auch engagieren, sehr enge Beziehungen und fördern uns da auch gegenseitig – zum Beispiel beim Gold- und Silberabbau in Lateinamerika, also Peru, Bolivien usw. Wir haben jetzt auch die Amazonas-Synode, wo es auch um die Folgen des Klimawandels gehen soll. Und nochmal: Das sind wirklich tief theologische Fragen. Wer die Schöpfung zum Teufel gehen lässt, der hat sich vom guten Gott abgekoppelt. Das muss eindeutig sein!

Achim Budde: Einige in unserer Online-Umfrage haben Kritik geäußert, die Jugendlichen lebten ja selber nicht klimaneutral, sondern jetteten in den Ferien in der Welt herum. Mal ganz abgesehen davon, dass der Schreiber dieser Zeilen das eigentlich gar nicht wissen kann, eine Frage an Sie als Makro-Ökonom, Herr Edenhofer: Was halten Sie von so einer Argumentation? Ist es legitim, politische Forderungen zu stellen, auch wenn man selbst im Privaten nicht sehr vorbildlich lebt? Oder sind z. B. Vielflieger per se Klimaschutzpolitisch diskreditiert?

Ottmar Edenhofer: Also, das muss ich sagen: Diese Debatte, die regt mich richtig auf, und zwar aus einem ganz einfachen Grund: Das Klimaproblem ist ein globales Problem. Und es ist ein fundamental politisches Problem. Wir können dieses Problem nur – davon bin ich fest überzeugt – durch die Veränderung der politischen Rahmenbedingungen lösen. Der alte Goethe-Satz „Tu nur das Rechte in deinen Sachen; das andre wird sich von selber machen“ stimmt im klimapolitischen Bereich eben gerade nicht.

Das Grundproblem an der Sache ist: Natürlich kann niemand mit den heutigen Technologien und in den heutigen Strukturen klimaneutral leben. Und ich lege mich mit jedem an, der sich hinstellt und sagt: Du lebst nicht klimaneutral und deswegen darfst du keine politischen Forderungen erheben. Das Umgekehrte ist richtig: Gerade weil ich nicht klimaneutral leben kann, habe ich die moralische Verpflichtung, politische Forderungen zu erheben! Wozu haben wir denn eigentlich Politiker gewählt,

Die Meinungen auf dem Podium

Achim Budde: Herr Erzbischof, vor knapp einem Jahr hat es die #FridaysForFuture-Bewegung zum ersten Mal in die Nachrichten geschafft. Wie war Ihr erster Impuls, als Sie davon gehört haben? Sympathie oder eher Skepsis?

Ludwig Schick: Ich habe mich gefreut. Ich bin persönlich schon seit vielen Jahren mit den Umweltfragen, Klimafragen und Schöpfungsfragen unterwegs. Ich war auch schon auf den Ökumenischen Pilgerwegen anlässlich der Klimagipfel in Paris und in Kattowitz dabei. Als Kirchen sind wir immer mit dabei, betend, singend und fordernd. Ich habe mir immer mehr Engagement für die Bewahrung der Schöpfung erwartet, auch von kirchlicher Seite. Als ich dann sah, dass Jugendliche aufstehen und sagen: Wir wollen nicht zulassen, dass unsere Zukunft verbaut wird, habe ich mich gefreut und gedacht: Wenn das jetzt zu einer Bewegung wird, dann kann doch endlich etwas vorangehen.

Achim Budde: In kirchlichen Kreisen gibt es ja auch Kritik an der #FridaysForFuture-Bewegung: Sie trage religiöse Züge, und die Bewunderung von Greta Thunberg komme der Verehrung einer Heiligen nahe. Sehen auch Sie in diesen Dingen eine ernste Gefahr für die Kirche?

Ludwig Schick: Nein, da muss man Widerspruch einlegen. Im Gegenteil: Die Klimafrage hat sehr viel mit dem Glauben zu tun. Wie heißt der Erste Artikel des Glaubensbekenntnisses? „Ich glaube an Gott, den Vater, den Allmächtigen, den Schöpfer des Himmels und der Erde“. Wenn ich Gott als Schöpfer bekenne, dann muss ich mich auch um die Schöpfung kümmern. Sonst kann man das Glaubensbekenntnis bei Seite lassen.

Achim Budde: Herr Erzbischof, gerade eben wurde uns von den jungen Leuten ein Klima-Katalog mit Forderungen an die Kirchen vorgestellt. Welche Akteure auf welchen Ebenen gibt es überhaupt in der Kirche, die in Sachen Klimaschutz Handlungsoptionen haben?

Ludwig Schick: Ich habe die Forderungen gelesen und sage zunächst einmal, ich stimme grundsätzlich zu. Die Frage ist dann: Wer macht was? Eine Forderung zum Beispiel ist, dass unsere kirchlichen Gebäude klimafreundlich umgerüstet werden. Im Bistum Bamberg haben wir seit ungefähr 10 Jahren einen sogenannten Klimafonds aufgelegt. Das bedeutet: Wenn Gebäude renoviert oder neu gebaut werden, müssen sie nach den Standards der Klimafreundlichkeit gestaltet werden. Also, wir sind dran und wollen alle unsere 2.500 Gebäude klimafreundlich umrüsten. Die Bauabteilung im Ordinariat ist zuständig. Wir haben auch Klima-Kuratoren ausgebildet, die in den Pfarreien danach schauen,

en, dass alle Veranstaltungen klimafreundlich durchgeführt werden.

Das zweite, was wir in Angriff genommen haben, ist, unseren Fuhrpark klimagerecht einzurichten. Eine Diözese braucht Autos; wir haben E-Autos angeschafft. Ich weiß, das ist nicht die Lösung aller Probleme, aber doch ein Zeichen. Alle Strecken unter 50 Kilometer sollen mit den E-Autos gefahren werden. Das geht auch ganz gut. Wann immer möglich, sollen öffentliche Verkehrsmittel genutzt werden. Die Forderung, innerdeutsch nicht zu fliegen, ist bei uns Standard – auch wenn es ab und zu eine Ausnahme gibt.

Die Deutsche Bischofskonferenz hat sich auch intensiv mit dem Thema befasst: Wir haben die zehn Forderungen herausgegeben. Wir tun einiges, aber nicht genug. Dazu sage ich auch noch: Wichtig ist es, Koalitionen zu bilden.

Ich bin dankbar für die Anregung mit dem Glockenläuten. Wir müssen das noch intern klären – solche Dinge mache ich nicht im Alleingang –, aber wir haben ja das Angelus-Läuten, und wir verbinden das – das ist mir durch die Forderungen der Schülerinnen und Schüler aufgegangen – auch sonst mit bestimmten Bitten. Warum sollten wir also am 20. September nicht beim Angelus-Läuten an die Schöpfung denken und auch für unsere Politiker beten, dass sie die richtigen Entscheidungen treffen? Das werde ich in unserer Erzdiözese anregen.

Handlungsempfehlungen zum Klimaschutz

Das Dokument ist als pdf-Datei zum Herunterladen in der Rubrik Publikationen der Website der Deutschen Bischofskonferenz verfügbar.

<https://www.dbk-shop.de/de/schoepfungsverantwortung-kirchlicher-auftrag.html>

Dort kann dieser Text auch als gedruckte Broschüre (Arbeitshilfen Nr. 301) bestellt werden.

Achim Budde: Sie werden am kommenden Wochenende 70 Jahre alt, und wurden von der KNA gestern als Dauerläufer porträtiert, weil Sie morgens laufen gehen. Das mache ich übrigens hier auch. Um das Bild einmal aufzugreifen: Wenn wir die Aufgabe, die Prof. Edenhofer gerade eben skizzierte, mal als einen Marathon betrachten: Bei welchem Kilometer sind wir heute? Und laufen wir schnell genug?

Ludwig Schick: Ich denke, wir müssten schon noch Tempo zulegen, um in der Sprache der Läufer zu bleiben. Wir sind längst nicht an dem Punkt, an dem wir heute eigentlich sein müssten, also am 13. September 2019. Das Ganze kann nur gelingen, wenn wir auf allen

Ebenen und an allen Stellschrauben – es gibt ja mehrere – das Tempo verstärken, damit die Katastrophe, die sonst kommt, abgewendet werden kann.

Achim Budde: Dann gebe ich das Thema einmal direkt weiter an Herrn Professor Edenhofer. Sie sind Makro-Ökonom und haben uns dargelegt, welche Instrumente greifen könnten, um global und auf politischer Ebene dieses Ziel zu erreichen. Was empfehlen denn Sie zum Beispiel dem Erzbistum Bamberg? Was können denn die kirchlichen Akteure tun? Gibt es da auch Instrumente, die man jetzt auf den Weg bringen könnte, um die Chance zu erhöhen, dass das klappt?

Ottmar Edenhofer: Ja, da will ich gleich dazu etwas sagen, aber ich möchte noch einmal das Bild vom Marathon-Läufer aufgreifen. Herr Erzbischof, gestatten Sie mir, dass ich Ihnen dort leicht widerspreche. Sie sind Marathon-Läufer; und wenn Sie laufen, dann laufen Sie vielleicht manchmal nicht schnell genug, aber Sie kommen an. Die Klimapolitik ist aber noch in einem ganz anderen Zustand. Wir sind eher ein Patient mit Übergewicht, dem der Arzt sagt: Du musst abnehmen, und es wäre gut, wenn du irgendwann einmal Marathon laufen kannst. Und dann geht der Patient heim, nimmt sich ein Bier und ein paar Chips, schaltet den Fernseher ein und schaut sich an, wie andere Marathon laufen. Das ist der Zustand der internationalen Klimapolitik! Darum bin ich nicht einverstanden damit, dass man sagt, wir müssten halt ein bisschen schneller laufen. Nein: Wir haben überhaupt noch nicht zu laufen angefangen!

Wir setzen uns immer ehrgeizigere Ziele, aber das Trainingsprogramm, das uns helfen könnte, das absolvieren wir eben nicht. Und das stinkt mir dermaßen, muss ich sagen: dass wir eigentlich nicht einmal den Einstieg finden. Wir hocken immer noch auf dem Sofa herum und streiten darüber, ob die Chips nicht vielleicht ein bisschen weniger fettig sein könnten...

Achim Budde: Und welche Instrumente hätte die Kirche, um jetzt loszulegen?

Ottmar Edenhofer: Also eine Sache wäre mir sehr wichtig: Die Kirchen haben ja schon angefangen, sich der Divestment-Bewegung anzuschließen. Da geht es im Wesentlichen um Geldanlage. Ehrlich gesagt glaube ich, das ist mit Abstand der größte Hebel. Sehen Sie doch zu, dass Transparenz über Ihre Investitionsentscheidungen hergestellt wird; auf dem Weg dazu sind Sie ja bereits. Aber sagen Sie dann auch tatsächlich: Wir wollen richtig investieren, in die richtigen Bereiche. Wir wollen raus aus den Fossilien. Und ich bin sicher: Wenn die Kirchen mit anderen großen Investoren eine Allianz bilden und dieses Divestment mit der Forderung nach



Dr. Ludwig Schick, Erzbischof von Bamberg, Vorsitzender der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz

wieso gibt es denn das System Politik? Doch wohl deswegen, weil wir bestimmte Probleme nicht individuell, sondern nur kollektiv lösen können. Und deswegen glaube ich, #FridaysForFuture ist gut beraten, wenn sie sich zwar sagen: Wir wollen dazu einen individuellen Beitrag leisten. Aber wenn sie auch deutlich machen, dass das ein zutiefst politisches Problem ist und damit ein sozialetisches Problem. Und sie sollten sich auf keinen Fall von Altvorderen einreden lassen, dass sie das jetzt individualisieren sollten, und nur noch fragen: Was kann ich denn jetzt dazu beitragen? Das ist auch wichtig. Aber das ganz grundlegende Problem ist: Wir müssen die Rahmenbedingungen verändern. Und wenn am 20. September 2019 nicht sichtbar wird, dass die Politik den Willen und die Bereitschaft hat, die Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland zu verändern, dann ist es aus meiner Sicht eine moralische Pflicht, auf die Straße zu gehen und endlich der Politik zu sagen: Ihr habt die Verpflichtung, treuhänderisch die Zukunftsgrundlagen zu sichern.

Achim Budde: Frau Dr. Heybl, die persönlichen Handlungsspielräume jedes und jeder Einzelnen sind Ihr Thema. Sie sehen darin für das Weltklima sogar mehr Potential als in der Politik. „Selbstverbesserer“ statt „Weltverbesserer“ ist quasi Ihr Programm. Warum macht Klimaschutz mehr Spaß, wenn man Ihr Buch gelesen hat?

Christine Heybl: Der Klimawandel ist kein Umweltproblem, sondern ein menschengemachtes Problem und daher ein moralisches Problem. Es geht von uns Menschen aus und trifft andere Menschen. Das heißt, es ist eigentlich fast wie Körperverletzung, nur dass wir das nicht merken, weil es in so subtiler Art und Weise passiert und so weit weg ist, oder natürlich auch zeitversetzt. Ich stimme mit Herrn Edenhofer natürlich darin überein, dass das Problem politisch gelöst werden muss, weil es global ist, und weil politische Hebel viel mehr Macht haben als die der Gesellschaft oder der von Individuen. Andererseits müssen erst einmal Bewegungen von unten aus der Bevölkerung angestoßen werden, bis sie in der Politik oben ankommen. Ich habe das Gefühl, dass dies jetzt gerade passiert. Und deshalb ist es eine sehr interessante Zeit, in der wir leben, wenn auch wahrscheinlich nicht immer ganz schmerzlos.

Wir als Bevölkerung können und sollen also mitgestalten, wie wir in Zukunft leben. Und das kann auch Spaß bringen! Zum Beispiel weil es Synergie-Effekte hat, klimaschützend zu handeln. Wenn wir meinetwegen Gemeinschaftsgärten aufbauen, können da Feste stattfinden, oder wenn wir Städte begrünen, werden sie dadurch viel lebenswerter. Wenn wir Dinge teilen, entsteht Gemeinschaft. Wir können jetzt zeigen, wie andere Lebensziele möglich sind, und einfach den Weg ebnen.

Leider kommunizieren wir in Sachen Klimaschutz oft in einer ganz schwierigen Sprache, gerade auch, wenn es um den Einzelnen geht. Ich sitze ganz oft in Diskussionen, wo sich die Menschen sofort angegriffen fühlen. Natürlich machen wir uns in gewissem Sinne ununterbrochen schuldig. Aber wir kommen nicht weiter, wenn sich ständig alle schlecht fühlen. Ich glaube, wir sollten positiver darüber reden und diskutieren, und schönere Bilder schaffen von dem, was schon gut läuft, oder wie wir uns eine gute Zukunft vorstellen. Dann hätten alle mehr Lust mitzumachen.

Achim Budde: Sie kommen ganz von Ihrem Lieblingsphilosophen Immanuel Kant her. Im Mittelpunkt Ihres Buches steht aber nicht der Kategorische Imperativ, sondern die Begriffe Freiheit und Vernunft. Können Sie das ein wenig erläutern?

Christine Heybl: Das fußt auf der Moral- und Rechtsphilosophie von Kant, weil wir uns anhand dessen klar machen können, was wir zu bewahren haben. Studenten stelle ich oft die Frage, ob es in Zukunft denn überhaupt noch eine Menschheit geben soll. Wäre es überhaupt so schlimm, wenn die Menschen in Zukunft aussterben? Das ist natürlich eine drastische Frage, aber sie löst immer sehr spannende Diskussionen aus. Und eine der häufigsten Antworten ist, dass wir eine Spezies sind, die dazu fähig ist, Freiheit zu realisieren. Das ist schon etwas sehr Besonderes.

Achim Budde: Sie geben in Ihrem Buch etliche praktische Tipps, und tun dies in einer sehr lockeren und motivierenden Sprache. Aber auf die berühmte eine Tonne CO₂ im Jahr kommt man damit wahrscheinlich nicht herunter. Sie haben gerade gesagt, man will nicht immer ein schlechtes Gewissen haben. Aber ist nicht ein zu frühes gutes Gewissen auch eine Gefahr? Wie halten Sie da die Waage?

Christine Heybl: Schwierige Frage. Kant macht deutlich, dass wir den kategorischen Imperativ haben, moralisch zu handeln – und das heißt in der heutigen Zeit: klimaschützend zu handeln. Das heißt, wir haben eigentlich die Pflicht, uns jeden Tag aufs Äußerste zu bemühen, unseren persönlichen Fußabdruck zu senken. Kant sieht aber auch, dass wir Naturwesen sind, also dass wir unsere Bedürfnisse und Begierden und Ähnliches haben. Wir sind nicht fehlerlos. Deshalb ist das permanente Streben das Beste, was wir tun können – und auch das, was wir tun müssen.

Achim Budde: Lieber Herr Kröpfl, eine ganz offene Frage: Wie ist das in der Münchner Ortsgruppe aufgenommen worden, als wir mit der Bitte um Mitwirkung auf Sie zugekommen sind? Hat die Jugend die Kirche überhaupt auf dem Schirm? Und wenn ja: eher als Unterstützer, oder eher als Bremser? Seien Sie ehrlich!

Michael Kröpfl: Ja, das war bei uns tatsächlich ein großes Debattier-Thema, ob wir denn darauf eingehen und Forderungen entwickeln sollen. Wir haben

uns ja dann, wie Sie sehen, dafür entschieden. Das liegt zum einen daran, dass die Kirche ja auch schon Engagement gezeigt hat im Klimaschutz, und dass sie zum anderen als globaler Player – die Kirche erreicht ja ungefähr ein Viertel der Menschheit – natürlich viel Einfluss hat. Ja, es ist kein Geheimnis, dass die Kirche momentan nicht so gut dasteht bei den Jugendlichen. Aber ich finde, das sollte man auch als Chance sehen, dass gerade dadurch, dass das Thema Klimaschutz jetzt in der Kirche aufgegriffen und in Zukunft vielleicht zum Top-Thema wird, die Kirche natürlich für die Jugendlichen wieder attraktiver wird.

Achim Budde: Gibt es aus dem bisherigen Gespräch etwas, das Sie gerne kommentieren möchten?

Michael Kröpfl: Ja, und zwar in Bezug auf unsere erste Forderung, dass wir uns wünschen, dass die Kirche sich unseren Forderungen an die deutsche Politik anschließt. Ich wünsche mir, dass das nicht nur ein symbolischer Akt ist, sondern dass die Kirche ihren politischen Einfluss wirklich nutzt, und eben nicht nur dafür betet, dass die Politiker handeln, sondern dass sie tatsächlich politischen Einfluss ausübt, um die Klimapolitik voranzutreiben.

Achim Budde: In manchen Kreisen unserer Gesellschaft steht Ihre Bewegung auch in der Kritik. Gibt es unter den Gegenstimmen auch Aspekte, die Sie nachvollziehen können, die vielleicht sogar einen richtigen, einen „wunden“ Punkt treffen?

Michael Kröpfl: Na ja ... ehrlich gesagt, nicht wirklich. Es wurde ja vorhin schon erwähnt, dass nicht jeder von uns klimaneutral lebt. Das ist ja auch gar nicht möglich. Deswegen möchte ich noch einmal ansprechen, dass sich auch alle Anwesenden hier, nur weil sie selbst nicht klimaneutral leben können, nicht entmutigen lassen sollten, von der Politik mehr Klimaschutz zu fordern. Auch nicht davon, auf die Straße zu gehen und zum Beispiel beim Großstreik nächste Woche mit uns zusammen ein Signal zu senden und zu fordern, dass mehr gemacht wird – ganz egal, wie viel man jetzt persönlich für den Klimaschutz schon machen kann oder auch nicht.

Achim Budde: Einer der Vorwürfe aus soziologischer Sicht lautet, eine Gesellschaft könne aus ihren eigenen Kategorien und Ressourcen heraus die geforderten Veränderungen gar nicht stemmen – mental, sozial, finanziell ... Fordern Sie an den gesellschaftlichen Realitäten und Kapazitäten vorbei? Wollen Sie gar eine gänzlich andere Gesellschaft?

Michael Kröpfl: Nein, das sehe ich nicht so. Ich denke, unser Erfolg zeigt doch gerade, dass die ganze Gesellschaft oder zumindest ein großer Teil der Gesellschaft inzwischen dafür ist, dass auch die Politiker die wissenschaftlichen Fakten akzeptieren und jetzt endlich handeln. Von daher kann ich den Vorwurf nicht nachvollziehen.

Achim Budde: Herr Kusterer, Sie vertreten die #ParentsForFuture hier in München. Haben Sie sich, als Sie in Herrn Kröpfls Alter waren, auch schon engagiert? Oder kommt das mit dem Alter? Vielleicht mit der Erfahrung, Kinder zu haben?

Michael Kusterer: Das ist eine interessante Frage. Also, ohne jetzt angeben zu wollen: Ich bin jetzt 50 Jahre alt. Ich habe 1989 Abi gemacht. Und seit dieser Zeit brennt mir dieses Thema wirklich



Christine Heybl, Autorin von Kant und das Klima

unter den Nägeln. Seit dieser Zeit habe ich immer wieder Flugblätter verfasst und vor den Wahlen verteilt. Und ich habe immer den Eindruck gehabt, ich kann damit keinen Hund hinterm Ofen hervorlocken; es interessiert einfach niemanden. Und jetzt hat sich hier diese Bewegung gegründet und hat es geschafft. Ich weiß noch, zur Weltklimakonferenz 2009 in Kopenhagen haben wir auf dem Odeonsplatz eine Klimawache gehalten. Und es waren zwölf oder 15 Personen da. Es war also wirklich frustrierend. Jetzt im Juli, auch wieder auf dem Odeonsplatz, waren wir über 11.000 Menschen.

Achim Budde: Schwingt da in der Freude auch ein bisschen Trauer mit, dass es Ihrer, ich sage mal, unserer Generation – ich bin auch 50 – damals nicht gelungen ist, diese Mengen zu mobilisieren? Was hätte in diesen 30 Jahren alles getan werden können!

Michael Kusterer: Es ist schlichtweg beschämend, das muss man ehrlicherweise sagen. Für unsere Generation ist es eine Schande. Also, ich kann es nicht anders sehen.

Achim Budde: Weil es mich als Glied und Repräsentant der Kirche betrifft: Ist die Generation der heutigen Protestierenden eigentlich aus Ihrer Sicht noch irgendwie kirchenaffin, oder haben sie gleich „Mama und Papa for Future“ zu Hilfe gerufen, als es um die Kirche ging?

Michael Kusterer: Also, der erste Kontakt kam ja über die #FridaysForFuture. Und dann ist eben ein Vertreter von denen, den ich gut kenne, auf uns zugekommen und hat gefragt, ob wir da nicht mithelfen können.

Ich sehe es schon ganz klar als eine Chance für die Kirche an, jetzt hier gerade bei diesem Thema wieder zu punkten. Nur gelten wir halt doch als wahn-sinnig konservativ. Aber Jesus Christus hat nicht gesagt: Alle, die mir nachfolgen, die sollen bitte dafür eintreten, dass alles so bleiben soll, wie es ist. Das Bild, das ich von Jesus Christus habe, da war dieser Mann eigentlich ein Revolutionär. Und das müssten wir meiner Meinung viel stärker betonen. Es wird doch sowieso nicht alles so bleiben, wie es ist: Wir kommen dem Klimawandel so oder so nicht aus. Da hilft es auch nicht, einfach weiterzumachen wie bisher. Das wird leider nicht funktionieren. Deshalb sollte die Kirche da Vorreiter sein.



Dr. Stephanie von Luttitz, Diözesanvorsitzende des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ)

Achim Budde: Auch wenn die Kirche als Institution kein besonders gutes Image hat ... würden Sie sagen, im Bewusstsein der jüngeren Generation sind unsere Werte schon noch präsent, und dass die Kirche in diesem Kampf ein Partner sein könnte?

Michael Kusterer: Ich glaube schon, zumindest bei Teilen, die die Kirche jetzt noch nicht abgeschlossen haben. Aber da muss man die Jugendlichen selber fragen. Sicher gibt es quer durch die Gesellschaft und durch alle Altersschichten Leute, die die Kirche abgeschrieben haben. Aber es gibt natürlich überall auch Leute, die die Kirche durchaus noch auf der Rechnung haben, und die sich auch noch etwas von ihr erhoffen und versprechen.

Achim Budde: Frau von Luttitz, Sie sind Diözesanvorsitzende des BDKJ, des Dachverbands der Katholischen Jugendverbände, der sich seit langem die Umwelt auf die Fahne geschrieben hat. Sie repräsentieren quasi die innerkirchliche Klimaschutz-Jugend – auch wenn der BDKJ den Klimaschutz nicht erst seit Greta Thunberg auf dem Schirm hat. Wie stehen katholische Jugendliche zu „Fridays for Future“? Demonstrieren sie mit? Oder bleiben sie auf Distanz?

Stephanie von Luttitz: Der Großteil sagt natürlich ganz klar: mitmarschieren! Wir müssen laut werden, wir müssen auf die Straße gehen, wir müssen uns aktiv einsetzen. Der kleine Unterschied ist vielleicht, dass wir sagen: Unser Impuls ist der Glaube. Das heißt, wir glauben daran, dass uns diese Erde geschenkt ist und dass wir sie bewahren müssen. Das ist der Grund, warum wir uns für die Schöpfung einsetzen. Aber was mir heute ganz bewusst geworden ist: Letzten Endes ist es doch vollkommen egal, was der Impuls ist. Das Wichtigste ist, dass wir uns alle vernetzen, und dass wir gemeinsam für den Klimaschutz eintreten. Wir müssen laut werden, wir müssen die Kirchenglocken läuten lassen, wir müssen sagen: Es muss sich jetzt etwas ändern. Und da stehen die Katholischen Jugendverbände genauso dahinter wie die anderen Jugendlichen auch. Wir haben alle das gleiche Ziel. Der Fokus der Jugendverbände ist dabei: handeln und Klimaschutz leben!

Ein bisschen möchte ich Herrn Professor Edenhofer widersprechen: Jugendverbände wissen, was es heißt, nachhaltig zu leben, und wir haben Ideen und überlegen uns Projekte. Nur, wenn wir

das auch tagtäglich machen, können wir authentisch auftreten, und viel klarer unsere Botschaft nach außen senden, als wenn wir jetzt nur sagen: Wir brauchen diese und jene Rahmenbedingungen. Natürlich brauchen wir die Rahmenbedingungen auch, gar keine Frage, aber sie sollten nicht das einzige sein.

Ein wichtiger Punkt, der jetzt noch nicht angesprochen wurde, ist der ganze Bildungsbereich! Auch hier müssen wir aktiv sein. Ich glaube, dass viele Menschen überhaupt nicht wissen, was man alles für den Klimaschutz tun kann und welche Einflussmöglichkeiten man hat.

Ottmar Edenhofer: Natürlich wehre ich mich nicht dagegen, wenn Leute authentisch handeln wollen. Es geht mir nur um Folgendes: Ich will mithelfen, Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen die vielen Initiativen zum authentischen Leben sich am Ende auch auszahlen. Am Ende des Tages müssen wir unsere Klimaziele auch erreichen, damit die Badewanne nicht überläuft und wir unsere Freiheit in der Zukunft sichern. Das ist mir sehr, sehr wichtig, und deswegen, glaube ich, ist es eben nicht gut genug, zu sagen: Hauptsache, wir sind authentisch! Wir müssen authentisch sein, aber am Ende des Tages müssen unsere Handlungen zum richtigen Ziel führen.

Achim Budde: Herr Kiefer, Sie sind der Umweltbeauftragte der Erzdiözese München und Freising, und Sprecher aller diözesanen Umweltbeauftragten. Sind Sie zufrieden mit dem, was die Kirchen in unserem Land so tun? Oder stehen Sie auf verlorenem Posten?

Mattias Kiefer: Wie ein Mitarbeiter von mir gerne zu sagen pflegt, ist die Kirche eine Einrichtung, die von Ewigkeit zu Ewigkeit denkt. Angesichts dessen kann man durchaus überrascht und freudig feststellen, dass sich in den letzten Jahrzehnten sehr viel zum Positiven verändert hat. Es ist vorhin schon die Jahreszahl 1989 gefallen. Das war auch das Jahr meiner ersten Diözesankonferenz im Jugendverband, und meine ökologische Sozialisation ist tatsächlich über die kirchliche Jugendverbandsarbeit erfolgt. Im Verband war Ökologie Ende der 1980er schon ein Schwerpunktthema, aber es war ein Nischenthema innerhalb der Kirche. Es war nicht nur ein Nischenthema, sondern wir sind von den Kirchenleitenden vor Ort wie im Bistum zum Teil fürchterlich abgemeiert worden dafür, dass wir uns dafür eingesetzt haben.

Letztes Jahr dann hat die Deutsche Bischofskonferenz zehn Handlungsempfehlungen zu Ökologie und nachhaltiger Entwicklung für die deutschen Bistümer beschlossen, einstimmig in der Vollversammlung, und diese zehn Empfehlungen bilden den kompletten Handlungskatalog ab, der jetzt umzusetzen ist. Also, da hat sich das Blatt innerhalb von 30 Jahren, einer für Kirche kurzen Zeitspanne, komplett gewendet. Das ist jetzt nicht zynisch! Für mich als jemand, der tagtäglich in und für diese Einrichtung arbeitet, ist es immens wichtig, dass sich die Grundorientierung, die Grundausrichtung so zum Positiven verändert hat.

Das kam nicht von ungefähr. Da hat es im Lauf der Jahre viel Anregung u. a. von außen gebraucht. Und als eine solche nehme ich im Moment auch die #FridaysForFuture-Bewegung wahr. Sie sind eine unglaubliche Bestätigung und Unterstützung für das, wofür auch die kirchlichen Umwelteleute sich zum Teil seit Jahrzehnten engagieren. Da ist plötzlich ein neuer Drive in die gesamtgesellschaftliche Klima-Debatte gekommen, die Anfang des Jahres noch quasi stillgestanden hat. Diesen März hatten

wir Umweltbeauftragte Gespräche mit dem sogenannten politischen Berlin. Da war gerade die Gelbwestenbewegung in Frankreich auf ihrem Höhepunkt. Und das war das Drohgespenst, das zu der Zeit über jedem Gespräch lag: „die deutsche Gelbwestenbewegung“ – als deren idealtypischer Kandidat der Pendler auf dem Land galt mit seinem schlecht gedämmten, von der Oma ererbten Häuschen, einer 30 Jahre alten Ölheizung im Keller und einem zehn Jahre alten Diesel in der Garage, der jeden Tag 50 Kilometer zur Arbeit pendelt. So sah das politische Schreckgespenst noch Anfang des Jahres aus! Dass dieses sich nicht durchsetzen konnte, ist in meinen Augen eindeutig ein Erfolg der #FridaysForFuture-Bewegung, und dafür sind wir auch binnenkirchlich zutiefst dankbar.

Achim Budde: Also sind wir „Churches for Future“?

Mattias Kiefer: Wir hatten es ja vorhin schon: Inwiefern ist dieses Nachhaltigkeits-Klima-Thema eine Chance für Kirche, bei der Jugend zu punkten? Das mag tatsächlich eine pastorale Chance sein. Es entspricht aber vor allem auch dem kirchlichen Selbstverständnis. Das letzte Konzil hat Kirche ins Stammbuch geschrieben, die Zeichen der Zeit zu erkennen und sie im Lichte des Evangeliums zu deuten. Ja, was ist denn der Klimawandel anderes als ein Zeichen der Zeit? Insofern würden wir uns als Kirche selbst untreu werden – der biblischen Botschaft, aber tatsächlich auch unserem eigenen Selbstverständnis.

Unser Auftrag, treuhänderisch mit dem umzugehen, was uns anvertraut ist, wie es vorhin schon im Anklang an Genesis 2,15 formuliert wurde, drückt sich im kirchlichen Handeln meines Erachtens in vier Handlungsfeldern aus, die ich abschließend kurz benennen möchte:

1. Bildung. Das ist die Aufgabe, über Klimawandel zu informieren, auch über die Bewältigungsstrategien, damit umzugehen. Das ist ein eminentes Bildungsthema von der Kita bis hin zur Seniorenbildung; und in all diesen Bildungsfeldern ist die Kirche aktiv.

2. Politischen Einfluss nehmen. Das kann durch das Lautwerden auf der Straße passieren, aber auch in den internen Gesprächen, die im Hintergrund geführt werden. Da macht Kirche sehr viel, da machen die Katholischen Büros sehr viel, da machen die Verbände und die Werke sehr viel. Nur gelangt das aus verständlichen Gründen nicht immer an die Öffentlichkeit.

3. Die eigene Praxis. Da entscheidet sich letztendlich nicht nur die eigene Glaubwürdigkeit, sondern auch, ob die negativen Umweltauswirkungen, die das eigene Handeln hervorbringt, tatsächlich reduziert werden oder nicht. Da spielt Kirche eine nicht kleine Rolle. Einige der Hausnummern sind schon genannt worden. Wir im Erzbistum München und Freising haben 7.200 kirchliche Gebäude, und die müssen Sie erst einmal klimaneutral stellen. Das ist also eine gewaltige Herausforderung, aber eben auch ein gewaltiger Stellhebel.

4. Das vierte Handlungsfeld ist die Pastoral, die Pflege einer eigenen „ökologischen, d. h. ganzheitlichen Spiritualität“, wie Papst Franziskus sie in der Enzyklika *Laudato Si'* nennt, und damit das Unterstützen und das Nähren einer bestimmten „Haltung“ – ein Begriff, der heute Nachmittag noch nicht gefallen ist, für mein Dafürhalten aber ein ganz entscheidender Begriff ist, der nicht zufällig in der Enzyklika eine ganz zentrale Rolle spielt. Es geht um das Einnehmen einer bestimmten Haltung, die diese treuhänderische Perspektive als zentralen Fokus nimmt, und daraus ergeben



Mattias Kiefer, Umweltbeauftragter der Erzdiözese München und Freising, Sprecher der diözesanen Umweltbeauftragten

sich dann eben auch die veränderte Praxis, die veränderten Lebensstile, ein Einfluss auf ein Umgestalten der Rahmenbedingungen in Wirtschaft und Gesellschaft.

Achim Budde: Wir müssen noch auf ein Thema zu sprechen kommen, dass es in sich hat: die Asylfrage! Das ist in meinen Augen der brisanteste Punkt in dem ganzen Forderungskatalog, weil er das Reiz- und Emotionen-Thema der Flüchtlinge berührt. Dass wir alle – durch unser persönliches Konsumverhalten und durch die Politik unseres Landes – für den Klimawandel mitverantwortlich sind (und dies als Profiteure), das ist ja inzwischen weithin Konsens. Dass wir aber dadurch auch Mitsursache für die gegenwärtigen Flüchtlingsströme sind, wird oft verdrängt. Die UNO hat konstatiert, dass inzwischen mehr Menschen durch das Klima als durch Krieg in die Flucht geschlagen werden. Nun fordert die FFF-Jugend, den Klimawandel als Asylgrund anzuerkennen, und macht genau damit ja auch auf unsere Verstrickung in die Fluchtursachen aufmerksam. Erzbischof, würden Sie sich gegenüber der Politik für diese Forderung einsetzen?

Ludwig Schick: Ich habe mich mit den Fragen von Flucht und Asyl sehr oft und auch schon sehr lange beschäftigt. Diese Forderung ist zu komplex, um sie jetzt fundiert bejahen zu können. Ich möchte diesbezüglich noch Etliches prüfen. Dass es in vielen Ländern durch Klimaveränderung Flucht und Vertreibung gibt, ist eindeutig. Das kann man zum Beispiel in der ganzen Sahel-Zone feststellen, das kann man genauso gut auch in der Amazonien-Region feststellen.

Wir müssen unbedingt den Klimawandel stoppen. Aber ob es dafür wirklich hilfreich ist, den Klimawandel als Asylgrund anzuerkennen, oder eher kontraproduktiv ist, muss noch einmal gründlich bedacht werden.

Ottmar Edenhofer: Ich glaube, die Forderung ist gut, weil sie in der Tat den Zusammenhang herstellt. Und der Zusammenhang ist doch klar, dass unsere Nutzung der fossilen Energieträger in den nächsten Dekaden in der südlichen Hemisphäre gewaltige Schäden verursachen wird. Zu diesen Schäden gehört natürlich auch Flucht und Vertreibung. Allerdings möchte ich zwei Dinge sagen: 1. Der größte Anteil an Flucht und Vertreibung findet innerhalb dieser Länder statt. Und 2. wissen wir, dass der Klimawandel in diesen fragmentierten



Michael Kröpfl von FridaysForFuture München

und polarisierten Gesellschaften zusätzlich auch die ethnischen Konflikte massiv verschärft. Wie will man da eine Kausalitätsprüfung vornehmen, wer jetzt eigentlich ein Klimaflüchtling ist? Das ist aus meiner Sicht ein Ding der Unmöglichkeit.

Wir müssen uns einfach eingestehen, dass wir hier mit unserem Umweltverbrauch in fernen Gesellschaften die ethnischen Konflikte erhöhen, und dass wir damit massive Anreize dafür schaffen, dass Menschen sich – auch bei uns – eine neue Heimat suchen. Wir müssen über das ganze Thema Flucht und Vertreibung auf dem Planeten noch einmal ganz neu nachdenken. Das ist die entscheidende Aufgabe, die wir haben.

Achim Budde: Und wie würden Sie diese Aufgabe angehen?

Ottmar Edenhofer: Da kann ich gut auf das zurückkommen, was ich ziemlich genau vor einem Jahr hier bei der Rede anlässlich der Verleihung des Romano-Guardini-Preises gesagt habe. Wer glaubt, dass er diese globalen Herausforderungen damit löst, dass er Grenzen militärisch sichert, und sich damit als Realpolitiker aufspielt, der hat überhaupt nicht verstanden, um welche Herausforderungen es hier geht. Den größten Teil der Last von Asyl, Vertreibung und Flucht trägt doch nicht Europa; den tragen doch die Länder der südlichen Hemisphäre! Und denen jetzt zu sagen, „da können wir euch leider nicht helfen“, und dann ein bisschen am Asylrecht ändern, das ist vor diesem Hintergrund zu wenig.

Das ist kein Vorwurf gegen die Forderung der Jugendlichen, weil die Forderung ja vor allem darauf hinweisen soll, dass es hier einen Zusammenhang gibt. Aber wir müssen doch ganz klar sehen: Angesichts dessen, dass wir gerade die Lebensbedingungen auf dem gesamten Planeten verändern und dadurch Flucht und Vertreibung verschärfen, ist die Art, wie wir das Klimathema hier bei uns verhandeln, vollkommen inadäquat.

In der Auseinandersetzung mit den Rechtspopulisten geht es immer nur darum, dass die Nationalstaaten durch Zuwanderung vermeintlich die Kontrolle über fundamentale Fragen der Daseinsvorsorge verlieren. Das ist doch sozusagen deren großes Kernargument: die Angst vor dem Kontrollverlust des Nationalstaats. Der Vorwurf der Rechtspopulisten gegenüber Merkel ist im Kern, Sie hätte gewissermaßen dazu beigetragen, dass dieser Nationalstaat die Kontrolle über die Flüchtlingsströme verliert.

Aber die Wahrheit ist aber doch: Merkel hat die Grenzen nicht geöffnet. Sondern sie hat die Grenzen *nicht geschlossen*, nachdem wir in Europa jahrzehntelang eine völlig verbockte und unverantwortliche Migrationspolitik betrieben haben. So war das! Wir haben doch in den Flüchtlingslagern zugelassen, dass die Leute kein Mittagessen mehr hatten. Die sind doch nicht geflohen, weil da irgendjemand die Grenzen aufgemacht hätte, sondern deswegen, weil da in den Flüchtlingslagern plötzlich der Druck so groß geworden ist. Der Beitrag von Merkel war, dass sie die Grenzen nicht hat schließen lassen; das war ihr humanitärer Beitrag. Ich habe das immer unterstützt, und ich finde, das ist nicht wenig.

Und in der Auseinandersetzung mit den Rechtspopulisten müssen wir klarstellen: Der Klimawandel selbst ist doch der viel wichtigere Faktor dafür, dass die Nationalstaaten in Europa die Kontrolle über die Verhältnisse verlieren! Und wer das nicht will, der muss den gefährlichen Klimawandel in Schach halten. Das muss die Debatte mit den Rechtspopulisten sein. Und dann sollen sie uns gefälligst erklären, wie sie sich eigentlich vorstellen, dass ein Nationalstaat in solchen Verhältnissen im Alleingang die Kontrolle behält! Ich mache die Erfahrung, dass man selbst in Sachsen über solche Themen dann plötzlich ganz anders reden kann.

Achim Budde: Die allerletzte Frage geht an Sie, Herr Erzbischof. Hier wurde ein Zettel eingereicht in einer jung wirkenden Handschrift – vermutlich jemand aus der #FridaysForFuture-Bewegung – und die finde ich ausgesprochen sympathisch. Wir haben jetzt den ganzen Nachmittag darüber geredet, was die #FridaysForFuture von der Kirche erwarten, und hier steht: „Was erwartet die katholische Kirche von #FridaysForFuture?“



Michael Kusterer von ParentsForFuture München

Ludwig Schick: Ich bin grundsätzlich davon überzeugt, dass die Kirche den Auftrag hat, in der pluralen Gesellschaft mitzuwirken. Dabei ist es wichtig, für alle Themen Koalitionen zu bilden; denn nur so können wir in einer pluralen Gesellschaft voran. Die katholische Kirche erwartet von der Bewegung „Fridays for Future“, dass sie ihre Ziele konsequent verfolgt und dabei auch, wo immer es möglich ist, für diese Ziele mit anderen zusammenarbeitet. Die Kirche will Partner sein. Wir sollten für die Bewahrung der Schöpfung zusammenwirken und nach vorne gehen. □

Ihre Stimmen

Forderung 1:

Volle Unterstützung der Forderungen von Fridays For Future Deutschland an die Politik. Als originäre eigene Forderung an die Politik außerdem die Anerkennung des Klimawandels als Asylgrund. Um diesen Forderungen Gehör zu verschaffen, sollten die Kirchen bei den großen Streiks ihre Glocken läuten lassen.

Aus der Online-Umfrage:

Wunderbar, dass auch die Kirchen die Jugend unterstützen.

Dass der Klimawandel auch ein Asylgrund sein sollte, kann ich pauschal so nicht nachvollziehen. Wir sollten vielmehr mit Know-how und wenn nötig auch mit finanziellen Mitteln Menschen in solchen Regionen zunächst unterstützen, um die Folgen des Klimawandels so gut es geht einzudämmen.

Wo waren diese Idealisten in den Ferien? Mit dem Flugzeug in Griechenland oder so und daher keine Zeit zu streiken? Das komplette Programm bedeu-

tet gesellschaftlich und wirtschaftlich den kollektiven Selbstmord Deutschlands. Über einzelne Punkte lässt sich aber reden.

Gute Idee. Die Kirchen könnten sich dadurch auch im Alltag wieder bemerkbar machen.

Irgendwie sollte diese Forderung wohl erst einmal in eine klarere Sprache gebracht werden. „An die Politik“: Wen adressiert das? „Anerkennung des Klimawandels als Asylgrund?“ Die Tatsache des Klimawandels soll einen Asylgrund darstellen? Für wen? Wo? Dürfen Emsländer dann in St. Moritz Asyl beantragen?

Bei wirklich wichtigen und großen Kundgebungen könnten nach meinem Empfinden gern die Glocken läuten, um die Unterstützung der Kirche zu zeigen, aber nur bei großen Veranstaltungen!

Kirche und Politik, nein danke!

Das ist eine wichtige symbolische Geste!

Statements von der Veranstaltung:

Manche haben einfach gar nichts begriffen.

Das hätten wir Europäer schon vor 50 Jahren machen sollen.

Wozu noch diskutieren – ist doch alles klar! Machen!!

Die Glocken sollen läuten.

zur Debatte

Themen der Katholischen Akademie in Bayern

Jahrgang 50

Herausgeber und Verleger:

Katholische Akademie in Bayern, München
Akademiedirektor PD Dr. Achim Budde
Redaktion: Dr. Robert Walser (verantwortl.),
Dominik Fröhlich

Fotos: Akademie

Anschrift von Verlag u. Redaktion:

Katholische Akademie in Bayern,
Mandlstraße 23, 80802 München

Postanschrift: Postfach 401008,
80710 München,

Telefon 089/381020, Telefax 089/38102103,

E-Mail: info@kath-akademie-bayern.de

Druck: Kastner AG – Das Medienhaus,
Schloßhof 2 – 6, 85283 Wolnzach.

zur Debatte erscheint zweimonatlich.

Kostenbeitrag: jährlich E 35,- (freiwillig).

Überweisungen auf das Konto der Katholischen Akademie in Bayern, bei der LIGA Bank:

Kto.-Nr. 2355000, BLZ 75090300

IBAN: DE05 7509 0300 0002 3550 00

SWIFT (BIC): GENODEF1M05.

Nachdruck und Vervielfältigungen jeder Art sind nur mit Einwilligung des Herausgebers zulässig.



Forderung 2:

Aufnahme bzw. stärkere Betonung des Themas Klimaschutz in den Lehrplänen des Religionsunterrichts in allen Jahrgangsstufen unter den Aspekten der Nächstenliebe und der Bewahrung der Schöpfung.

Aus der Online-Umfrage:

Ein hervorragender Gedanke. Allerdings würde ich doch auch hoffen, dass die Bewahrung der Schöpfung eigentlich schon immer implizit in den RU einfließen sollte. Ich hab nahezu in allen Jahrgangsstufen von der Grundschule der 60er Jahre (!) bis zum Abitur grundlegende Aspekte einer Theologie der Schöpfung, selbstverständlich angepasst an die Altersstufen vermittelt bekommen.

Sollte ohne Probleme möglich sein. Wir müssen klar machen, dass die ärmeren Menschen am meisten schon unter dem Klimawandel leiden.

OK, aber nicht ausreichend. Das Thema „Klima“ sollte auch in anderen Unterrichtsfächern adressiert werden, z. B. Geschichte, Wirtschaft, Physik ...

Das wäre passend, da sich „Klimaschutz“ ohnehin zur neuen Religion entwickelt. Insofern wäre es stimmig, die Aufklärung darüber in den Religionsunterricht zu nehmen. Der Klimawandel und der hohe menschliche Anteil sind Tatsachen, das kann man nicht vernünftig bestreiten, aber die Erkenntnis ist eigentlich eine naturwissenschaftliche.

Das ist ein wichtiger Punkt. Es gibt schon viel gutes Material für die Vorbereitung von (Schul-) Gottesdiensten und auch für den Religionsunterricht und auch viele tolle Umweltprojekte an den kirchlichen Schulen, die nur darauf warten, von anderen Schulen und Schülern auch übernommen oder in Angriff genommen zu werden.

Die Lehrpläne sind ohnehin sehr voll. Dann müsste etwas anderes weg.

Statements von der Veranstaltung:

Es braucht ein eigenes Schulfach „Klimaschutz-Gerechtigkeit“.

Klimaschutz darf sich nicht gegen die Artenvielfalt richten.

Es ist wichtig, dass jeder Schüler und jede Schülerin darüber Bescheid weiß.

Zum Umweltschutz gibt es schon einiges im neuen Lehrplan.

Das unterstütze ich sehr (Opa einer Schülerin).

Gott hat unsere Welt erschaffen, also sollten wir sie schützen.

Forderung 3:

Erstellung von Handreichungen für Umweltgottesdienste zum Thema Klimaschutz inkl. z. B. einem kurzen Fact-Sheet und einer Lieder-Auswahl. Hinweis an die Pfarreien auf die Dringlichkeit des Themas und die Aufforderung, ca. alle 2 Monate einen Gottesdienst zu diesem Thema zu gestalten oder die Predigt darauf auszurichten.

Aus der Online-Umfrage:

Die Kirche sollte sich da nicht total instrumentalisieren lassen.

Auch dies könnte dazu dienen, die Problematik noch mehr in die Köpfe zu bringen.

Unbedingt. Das schafft eine Brücke zwischen der Welt und dem Glauben.

Vielleicht sollten die Priester doch lieber zu Themen der Religion predigen.

Es gibt schon einiges an Material, aber das könnte und sollte mit in den Standardlernplan übernommen und ausgeweitet werden.

Das ist meines Erachtens überkompliziert! Hinweise auf die Wichtigkeit des Themas und das Angebot, in die Pfarrei zu kommen, wären besser.

Wäre nicht verkehrt.

Statements von der Veranstaltung:

Handreichungen und Liturgievorschläge gibt es bereits zu verschiedenen Anlässen.

Kein Problem – kann man leicht machen.

Unbedingt!

Für den Familiengottesdienst ein guter Vorschlag.

Warum nicht jeden Monat einmal.

Mt 6, 24-34. Da steht alles drin. Auch der Tod gehört zur Schöpfung. Wenn das Weizenkorn nicht stirbt, bringt es keine Frucht.

Forderung 4:

Reduktion der Treibhausgas-Emissionen der Kirchen in ihrer Eigenschaft als Verbraucher, z. B. durch – Verzicht auf Inlandsflüge bei Dienstreisen

- Vegetarisches oder wenn möglich veganes Essen auf Konferenzen, Synoden usw.
- Verbesserung der Wärmedämmung der kircheneigenen Gebäude
- Aufforsten der kircheneigenen Wälder

Aus der Online-Umfrage:

Hervorragend! Bitte den Fuhrpark der Kirche nicht vergessen, bitte so emissionsarm wie möglich!

Alles ok, aber vegane Ernährung muss nicht sein, nur weniger Fleisch essen.

Beim Essen umweltfreundliche Speisen anbieten, aber keinen Zwang ausüben. Bei der Waldbewirtschaftung auch die Wildtiere am Leben lassen und nicht jedes Reh, jeden Hirsch oder jede Gams umbringen wollen. Auch sie sind Geschöpfe Gottes und haben ein Recht auf Leben. Der Wald ist schon immer auch mit Wild gewachsen.

Punktuell sicher schon geschehen.

Beim Essen sollte es toleranter zugehen. Zwangsbekehrungen sind langfristig betrachtet sinnlos.

Das sind gute Vorschläge; da kann man einiges machen. Aber auf Inlandsflüge sollte auch bei Privatreisen verzichtet werden.

In der Erzdiözese München und Freising gibt es bereits zahlreiche Umweltprojekte und aktive Kirchenstiftungen, die sich mit den Themen Energie, Sanierung und Dämmung beschäftigen. Auch beim Essen gibt es dazu bereits vielversprechende Ansätze und Projekte. Inlandsflüge generell sollten nicht in Anspruch genommen werden.

Statements von der Veranstaltung:

Inlandsflüge sind schon echt unnötig. Es gibt genug Busse und Bahnen.

Forstwirtschaft heißt ja Wälder nutzen, also bewahren.

In der Forstwirtschaft wurde ja auch der Begriff der Nachhaltigkeit geprägt.

Fleischkonsum halbieren – Kantinen entsprechend umstellen.

Vegetarisch reicht nicht! Butter hat einen größeren Fußabdruck als Rindfleisch.

Die Milch- und Eierindustrie ist auch ein Klimakiller.

Regionale Lebensmittel stärker beachten.

Landwirtschaftliche Flächen im Kirchenbesitz bis 2030 auf ökologisches Wirtschaften umstellen.

Forderung 5:

Ausrichtung der kirchlichen Geldanlagen auf Klimaneutralität durch Rückzug aus allen Investments in Firmen, die Gewinne aus fossilen Energieträgern erwirtschaften.

Aus der Online-Umfrage:

Und bitte nur ethisch-ökologisch korrekte Geldanlagen!

Das sollte eigentlich selbstverständlich und die logische Konsequenz aus dem Grundgedanken der Bewahrung der Schöpfung sein.

Wir werden die fossilen Energieträger auch weiterhin brauchen, ein totaler Ausstieg ist völlig illusorisch.

Soweit dies möglich ist, sollten sich die Kirchen dort zurückziehen.

Keine Risikoanlagen und solche die direkt oder indirekt schädigen (Immobilien u. ä.).

Die Umsetzung ist überfällig.

Ist wichtig und eine gute Idee. Allerdings gibt es hier auch schon höhere Standards z. B. in der Evangelischen Bank und allen, die EMASplus zertifiziert sind.

Statements von der Veranstaltung:

Gute Idee aber höchste Zeit.

Die Kirche sollte als moralisches Vorbild mit gutem Beispiel vorangehen.

Es ist die Verantwortung der Kirche, die gottgegebene Erde zu schützen.

Der Erfolgskurs der erneuerbaren Energie wurde ausgebremst. Wieder loslegen.

Die Kirche soll im Sinn ihrer Mitglieder und der ganzen Welt handeln.

Der Völkermord in Deutsch-Südwestafrika (1904-1908)

Der Kolonialkrieg in Deutsch-Südwestafrika gilt als der erste Völkermord des 20. Jahrhunderts, und bis heute hat sich Deutschland weder offiziell entschuldigt noch finanzielle Entschädigungen geleistet. Jürgen Zimmerer, einer der besten Kenner der deutschen Kolonialgeschichte, skizzierte bei der Veranstaltung

„Der Völkermord in Deutsch-Südwestafrika (1904-1908)“ am 2. Mai 2019 die Vorkommnisse dieser Jahre und ihre Vorgeschichte. Mit sehr deutlichen Worten kritisierte er dabei aber auch die heutige deutsche Politik, die sich der historischen Verantwortung unseres Landes nicht stellen würde.

Historische Ereignisse und aktuelle Debatten

Jürgen Zimmerer

I.

Ende März 2019 fand im namibischen Windhoek und Swakopmund die *Week of Justice* statt, eine Tagung zum Völkermord an den Herero und Nama, organisiert von zivilgesellschaftlichen Gruppen aus Namibia und Deutschland unter Federführung des Berliner *European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR)* sowie für den Windhoek Teil vom dortigen Goethe-Institut. Die Veranstaltung mit mehreren hundert Besucher*innen fand nacheinander an zwei Veranstaltungsorten statt, mehrere Stunden Fahrzeit voneinander getrennt, da nicht alle Mitorganisator*innen und Sprecher*innen bei beiden Veranstaltungsteilen auftreten konnten oder wollten. Während etwa der namibische Sondergesandte für die Genozidverhandlungen mit Deutschland, Dr. Zed Naviurie, an den beiden Tagen im Goethe-Institut Windhoek (passiv) teilnahm, waren der Paramount Chief der Herero und einer der Kläger gegen die Bundesrepublik Deutschland in den USA, Vekuii Rukoro, nur in Swakopmund anwesend. Der deutsche Botschafter glänzte an beiden Tagungsorten durch Abwesenheit.

115 Jahre nach dem Beginn des Völkermords (1904) und 100 Jahre nach dem offiziellen Ende der deutschen Kolonialzeit (1919) sprechen also immer noch nicht alle vom Thema Betroffenen, sowohl Nachkommen der Opfer als auch die Nachkommen der Verantwortlichen und Profiteure, miteinander, zumindest nicht öffentlich. Die Verhandlungen zwischen der deutschen und der namibischen Regierung, die 2015 begonnen wurden, stocken ebenfalls, ein genauer Zeitplan bis zu einem Abschluss wird nicht genannt.

Sie stocken auch deshalb, weil sich nicht unerhebliche Teile der Herero und



Prof. Dr. Jürgen Zimmerer, Professor für Globalgeschichte mit dem Schwerpunkt Afrika an der Universität Hamburg und Leiter der dortigen Forschungsstelle „Hamburgs (post-)koloniale Erbe“

Nama von den Verhandlungen ausgeschlossen fühlen, die nur auf Regierungsebene stattfinden. Sie drohen, keine Einigung der Regierungen anzuerkennen. In den USA gingen 2017 deshalb auch einige von ihnen vor Gericht, wo sie eine Beteiligung an den Verhandlungen und eine Wiedergutmachung erstreiten wollen. Im März 2019 lehnte ein Bundesgericht in New York die Klage ab, die Kläger gingen inzwischen in Berufung.

In weiten Kreisen der deutschen Politik wird zwar mittlerweile die Notwendigkeit einer Aufarbeitung der kolonia-

len Vergangenheit beschworen, eine diesbezügliche Selbstverpflichtung fand sogar Eingang in den Koalitionsvertrag der vierten Regierung Merkel, mit der konkreten Ausgestaltung dieser Aufarbeitung tut man sich aber schwer, wie das Beispiel Namibia zeigt. Dabei wäre kein anderes Land in Europa so sehr dazu berufen, hier proaktive und zukunftsweisende Schritte aufzuzeigen, hat Deutschland mit der Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit, den Versuchen ihrer Bewältigung doch gute Erfahrungen gemacht. Nach den Verbrechen im NS-Reich öffnete der – nicht immer freiwillige – selbstkritische Umgang mit der eigenen Geschichte den Deutschen wieder den Weg zurück in die internationale Gemeinschaft, den Kreis der zivilisierten Staaten, wie es damals oft hieß.

Es war das Eingeständnis historischer Schuld und die Übernahme von Verantwortung, auch verbunden mit dem Willen zur Wiedergutmachung, die gerade von den Opfern und ihren Nachkommen als Geste und Absicht gewürdigt wurden. Zwar ist „Wiedergutmachung“ letztendlich eine Unmöglichkeit angesichts der Natur der Verbrechen, aber als Versuch der Linderung auch der materiellen Folgen der Untaten, unumgänglich. Versöhnung ist nicht zum Nulltarif zu haben. Durch sie wird das rein Symbolische mit Leben gefüllt, die Grenze von der Rhetorik zur Praxis überschritten.

Zur Ernsthaftigkeit der Aufarbeitung des Holocaust zählte auch die Absicht, aus den Verbrechen zu lernen und eine Gesellschaft zu schaffen, in der Rassismus und Ausgrenzung keinen Platz mehr haben, in denen historische Fehler eingestanden, aus ihnen gelernt wird, in der Schuld und Verantwortung akzeptiert werden. In gewisser Weise ist der Umgang mit dem Völkermord an den Herero und Nama auch ein Testfall für die Nachhaltigkeit der Aufarbeitung der Verbrechen des Dritten Reiches. Und hier sieht die Bilanz nicht besonders positiv aus.

Es stellt sich die Frage, warum gerade im Fall des ersten Genozids des 20. Jahrhunderts dies nicht oder nicht in angemessener Weise geschieht, warum der Deutsche Bundestag 2016 zwar den Genozid des Osmanischen Reiches an den Armeniern anerkannte, den Völkermord an den Herero und Nama, den deutsche Soldaten direkt verübten, jedoch bis heute nicht; warum es keine offizielle Entschuldigung des Bundespräsidenten oder der Bundeskanzlerin gibt.

Notwendig wäre eine breite politische und zivilgesellschaftliche Diskussion darüber, wie die deutsche Gesellschaft mit dem ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts umgehen, und wie sie sich zu den Folgen dieses Genozids in Namibia positionieren will. Stattdessen streitet die Politik um Begriffe, verhandelt darüber, ob der Begriff Genozid überhaupt angemessen sei. Dabei sind sich die Spezialist*innen, die Historiker*innen und Genozidforscher*innen hierin weitgehend einig. Schon der Begründer der UN-Völkermordkonvention von 1948, der jüdisch-polnische Jurist Raphael Lemkin, der vor der Wehrmacht aus seinem Heimatland fliehen musste, wertete den Fall als Genozid. Auch nach den Kriterien der UN-Definition von 1948, die besonderen Wert auf die Absicht legt, eine rassisch (oder anders) bestimmte Gruppe ganz oder teilweise zu vernichten, kam es in Deutsch-Südwestafrika zum Genozid.

II.

Das Deutsche Reich wurde 1884 formal Kolonialmacht, als Reichskanzler Otto von Bismarck deutsche Besitzungen in Togo, Kamerun und Südwestafrika

unter deutschen Schutz stellen ließ. Wenig später folgten Deutsch-Ostafrika, das heutige Tansania, Ruanda und Burundi, sowie Besitzungen auf Neu Guinea und in der Südsee. 1898 kam noch das chinesische Tsingtao dazu. Damit war das deutsche Kolonialreich flächenmäßig das viertgrößte Kolonialreich seiner Zeit.

Als Deutschland seinen Anspruch über Südwestafrika erhob, lebten in dem Gebiet, das heute Namibia bildet, schätzungsweise 200.000–250.000 Menschen, davon ca. 100.000 Ovambo im Norden, ca. 80.000 Herero im Zentrum und 15.000–20.000 Nama im Süden des Landes, um nur die größten Gruppen zu nennen. Dazu kamen noch San und Damara sowie die Menschen im 1890 zur Kolonie gekommenen *Caprivi-Streifen*. Diese Zahlen sind wie alle Zahlen aus dem vorkolonialen Afrika mit Vorsicht zu verwenden, da es sich um reine Schätzwerte und Hochrechnungen handelt, die Missionare, Händler, Offiziere und Kolonialbeamte erhoben hatten.

1884 markiert zwar das Jahr der Schutzgebietserklärung, allerdings wurde das koloniale Engagement anfangs nur äußerst halbherzig vollzogen, favorisierte Bismarck doch eine Verwaltung durch private Kolonialgesellschaften. Vor allem wollte er keine deutschen Soldaten in Afrika einsetzen und sterben sehen. Als dieses Konzept des privaten Kolonialismus scheiterte und der Staat einspringen musste, war er nicht bereit, großen finanziellen und personellen Aufwand zu betreiben. Die deutsche Kolonialherrschaft in Südwestafrika begann deshalb mit wenig mehr als einer symbolischen Besetzung, war Reichskommissar Heinrich Göring 1885 doch mit nur zwei Kollegen ins südliche Afrika gereist, um die zur internationalen Absicherung der Gebietsansprüche nötige „Verwaltung“ zu demonstrieren. Dieser Umstand straft auch die oft zu hörende kolonialapologetische Begründung Lügen, es sei bei der kolonialen Aufteilung Afrikas darum gegangen, der dortigen Bevölkerung, die im permanenten Kriege lebe, Frieden zu bringen. Dazu waren die Kräfte viel zu schwach. Auch der in den Schutzverträgen, die später als Legitimation für die koloniale Landnahme herangezogen wurden, versprochene Schutz konnte nicht gewährt werden.

Nur drei Jahre später schien das koloniale Projekt deshalb auch bereits gescheitert, denn der Herero-Chief Maharero vertrieb die deutschen Emissäre, nachdem er erkannt hatte, dass ihm die drei Deutschen den militärischen Beistand, den sie ihm versprochen hatten, gar nicht leisten konnten, aus seinem Land. Nun schickte das Deutsche Reich, um sein Gesicht nicht zu verlieren, militärische Verstärkung. Auch hier überwog die symbolische Bedeutung, denn die zwei Dutzend Soldaten, die mit dem ersten deutschen Landeshauptmann Curt von François nach *Südwest* kamen, waren zu keiner größeren Militäraktion fähig, allerdings konnten sie aufgrund ihrer waffentechnischen Überlegenheit auch nicht besiegt werden.

Hier zeichnete sich bereits ein Muster ab, das sich im Prinzip bis zum Krieg gegen die Herero und Nama von 1904 bis 1908 noch des Öfteren wiederholen sollte: Die Entsendung von offiziellen Vertretern des Reiches zog, sobald diese in Bedrängnis gerieten, ein weiteres, verstärktes militärisches Engagement des Reiches nach sich, da man in Berlin aus nationalistisch-propagandistischen Gründen keine Niederlage in Südwestafrika hinnehmen wollte.

Da die deutschen Truppen von den Herero aber auch nicht zu besiegen waren, einigte man sich auf einen Vertrag, mit dem sich Deutsche und Herero gegenseitig Hilfe versprachen. Der wohl



Die Kolonie „Südwestafrika“ war eine von vier Besitzungen des Deutschen Reiches auf dem afrikanischen Kontinent.

charismatischste Anführer der Nama, Hendrik Witbooi, warnte seinen Herero Kollegen hellsichtig vor den weitreichenden Folgen dieses Bündnisses mit den Deutschen: „Diesen Schritt werdet ihr schwer bereuen; ewige Reue werdet ihr empfinden, dass Ihr Euer Land und die Regierungsrechte an die weißen Menschen abgetreten habt. Der Krieg, den wir gegeneinander führen, ist nicht so schlimm und schwer, wie Ihr meint.“

Wie richtig er die expansionistische Politik der Deutschen einschätzte, sollte er alsbald am eigenen Leib erfahren, denn Curt von François zettelte bereits 1893 einen Krieg gegen ihn an, indem er seine Festung Hornkranz überfallen und plündern ließ. Bereits hier kam es von deutscher Seite zum Massaker an Frauen und Kindern. Empört schrieb Hendrik Witbooi, die Deutschen hätten „den Ort auf greuliche Weise vernichtet, so wie ich es nicht gedacht hätte von einer weißen kultivierten Nation, die um die Gesetzmäßigkeit und den Ablauf des Krieges weiß, aber er hat meine Ehefrau und kleine Kinder, die noch an der Mutterbrust liegen, und größere Kinder mit Frauen und Männern erschossen“. Die dabei von Deutschen geplünderte Familienbibel Hendrik Witboois wurde erst im Frühjahr 2019 durch die Landesregierung Baden-Württembergs nach Namibia zurückgegeben.

Besiegen konnte von François die Witbooi jedoch nicht, und deshalb wurde er das Jahr darauf durch Theodor Leutwein abgelöst. Ihm gelang es, die Witbooi zu bezwingen, sie nach Gibeon umzusiedeln und zur militärischen Heeresfolge zu verpflichten, die diese erst 1904 aufkündigten. Fast zehn Jahre hielt der brüchige Frieden, ehe er in den Stürmen des Hererokrieges und des Genozids zerbrach. Um zu verstehen, wie es dazu kam, sind einige grundsätzliche Bemerkungen zur deutschen Kolonialherrschaft, zum Weg in den Krieg und zur Kriegführung gegen die Herero notwendig.

III.

Leutwein verfolgte seit seiner Ankunft eine Doppelstrategie. Zum einen forcierte er den Aufbau einer deutschen Verwaltung, zum anderen sicherte er diesen expandierenden Verwaltungskern durch seine „Häuptlingspolitik“

machtpolitisch ab: Er arbeitete formell mit den Führern der verschiedenen afrikanischen Gruppen zusammen und ließ – oberflächlich betrachtet – ihre Position unangetastet. Im Gegenzug unterstützten ihn Hendrik Witbooi und Samuel Maharero, um nur die wichtigsten Nama- und Herero-Führer zu nennen, mit Truppen. Dass es dennoch nur wenige Jahre später zum verzweifelten Widerstand kam, lag wesentlich am strukturellen Rassismus des kolonialen Unterfangens.

Deutsch-Südwestafrika war die einzige deutsche Siedlerkolonie, in der sich tatsächlich Deutsche in größerer Anzahl ansässig machen konnten und auch machten. Auch wenn Leutwein die traditionellen Herrscher im Amt beließ, musste der offiziell geförderte Zugang von immer mehr deutschen Siedlern, und dies war gewissermaßen ja Programm in der Siedlerkolonie, die Probleme mit der afrikanischen Bevölkerung im Laufe der Zeit verschärfen, vor allem, da einige der deutschen Ankömmlinge ein ausgesprochenes „Herrenmentum“ an den Tag legten. Vor allem Vergewaltigungen, die von den traditionellen afrikanischen Eliten nicht mehr geahndet werden konnten, brachten die Bevölkerung nicht nur gegen die Deutschen auf, sondern untergruben zugleich die Stellung der afrikanischen Herrscher.

Letztere konnten nichts tun, da das für Europäer*innen und Afrikaner*innen getrennte duale Rechtssystem es afrikanischen Autoritäten nicht erlaubte, über Weiße zu richten, während deutsche Gerichte Verbrechen an Afrikanern und Afrikanerinnen kaum ahndeten. Als dann noch eine Naturkatastrophe, die Rinderpest, nicht nur den materiellen Wohlstand, sondern ein zentrales Fundament ihrer Kultur und sozialen Organisation zu vernichten drohte, spitzte sich die Lage zu.

Es ist in der Forschung umstritten, wer 1904 den ersten Schuss abgab. Vieles deutet aber darauf hin, dass Provokationen eines untergeordneten Distriktchefs, eines Leutnants Zürn aus Okahandja, eskalierten. Fest steht, dass die Herero unerwartet erfolgreich waren und innerhalb weniger Tage bereits ganz Zentralnamibia mit Ausnahme der deutschen Militärposten besetzt hatten. Auch plünderten sie Siedlungen und

Farmen, wobei sie 123 Deutsche töteten. Es handelte sich dabei mit ganz wenigen Ausnahmen um Männer, die offenbar als legitime Kriegsgegner galten. Frauen und Kinder wurden dagegen bewusst geschont.

Da die Herero ihre anfänglichen Erfolge nicht zu einem schnellen, endgültigen Sieg über die Deutschen nutzten, konnten diese durch rasch entsandte Verstärkungstruppen die drohende Niederlage abwenden. Es folgte eine Phase kleinerer Gefechte, aber ohne entscheidenden Sieg der einen oder anderen Seite. Bereits zu diesem Zeitpunkt kam es durch Siedler zu Vergeltungsaktionen und Massaker, was auch noch die letzten friedlichen Herero in den Krieg trieb. Forderungen nach Rache und Vergeltung waren zu hören. Es hieß, man werde „aufräumen, aufhängen, niederknallen bis auf den letzten Mann, kein Pardon“ geben.

Schließlich musste Gouverneur Leutwein dieser den Völkermord vorwegnehmenden Rhetorik entgegentreten. Zwar vertrat auch er die Forderung nach einer bedingungslosen Kapitulation der Herero, warnte aber vor „unüberlegten Stimmen [...], welche die Hereros nunmehr vollständig vernichtet sehen wollen“. Und das nicht nur aus humanitären Gründen: Abgesehen davon, dass sich ein Volk von 60 000 bis 70 000 Menschen „nicht so leicht vernichten“ lasse, werde man die Herero noch als „kleine Viehzüchter und besonders als Arbeiter“ brauchen, meinte Leutwein. Dagegen, dass man sie „politisch tot“ mache, ihre politische und soziale Organisation zerstöre und sie in Reservate zurückdränge, „welche für ihre Bedürfnisse gerade ausreichen“, hatte er nichts einzuwenden: Letzteres sah er als legitimes und sinnvolles Kriegsziel.

Eine Zukunft innerhalb eigener politischer und sozialer Strukturen, mit einem selbstbestimmten Anführer an der Spitze und mehr oder weniger großer Handlungsautonomie gestanden die Deutschen den Herero also bereits zu diesem Zeitpunkt nicht mehr zu. Da Leutwein dennoch als zu nachgiebig angesehen wurde, entmachte Berlin ihn bereits vier Wochen nach Kriegsausbruch. Man untersagte ihm am 9. Februar 1904 alle Friedensverhandlungen. Mit der Entscheidung, Lothar von Trotha zum Oberbefehlshaber der ständig verstärkten Schutztruppe zu machen, war der Weg zur weiteren Eskalation bereitet.

Generalleutnant von Trotha war ein Kolonialkriegsveteran, der sich als Kommandeur der Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika (1894-1897) und bei der Niederschlagung des Boxeraufstandes in China (1900) einen Ruf als besonders erbarmungsloser Militär erworben hatte. Deutsch-Südwestafrika konnte er nicht, allerdings stellte er sich den Konflikt als Teil eines „Rassenkrieges“ vor, der tobe. Er glaubte, dass Afrikaner „nur der Gewalt weichen“ würden, und war willens, diese „mit krassem Terrorismus und selbst mit Grausamkeit“ auszuüben, um „die aufständischen Stämme mit Strömen von Blut“ zu vernichten.

Noch während seiner Anreise ermächtigte er seine Offiziere in Südwestafrika, alle bewaffneten „Rebellen“ sofort standrechtlich erschießen zu lassen. Wer den Deutschen Widerstand leistete, wurde hingerichtet. Widerstand gegen die Kolonialherrschaft war ein todeswürdiges Verbrechen; ein wichtiger Schritt hin zum Vernichtungskrieg und Völkermord, wenn es formal auch noch nicht Frauen und Kinder betraf.

Von Trotha wollte den Krieg mit einer grandiosen Entscheidungsschlacht siegreich beenden. Ein Plan, der fehlschlug. Zwar brachten die Kämpfe am 11. August 1904 am Waterberg, wohin sich ein Großteil des Herero-Volkes mit Frauen und Kindern sowie ihren Viehherden zurückgezogen hatten, die militärische Entscheidung zu Gunsten der Schutztruppe, aber der Großteil der Herero entkam der Einkesselung und floh in das weitgehend wasserlose Sandveld der Omaheke-Halbwüste im Osten des Schutzgebietes.

IV.

Damit war der Krieg im Grunde militärisch entschieden und die eigentlich genozidale Phase begann, denn die deutschen Truppen verfolgten die fliehenden Herero und trieben sie so immer weiter in Richtung Omaheke. Schon dabei müssen sich entsetzliche Szenen abgespielt haben, wie deutsche Augenzeugen berichten: „Kranke und hilflose Männer, Weiber und Kinder, die vor Erschöpfung zusammengebrochen waren, lagen, vor Durst schmachtend, in Massen [...] im Busch, willenlos und ihr Schicksal erwartend.“ Auch kam es zu willkürlichen Erschießungen: „Hin und wieder fiel rechts und links ein Schuss im Dornbusch, wenn unsere Patrouillen auf Nachzügler stießen.“



Akademie-Studienleiter Stephan Höpfinger (li.) organisierte den Abend und moderierte auch die abschließende Fragerunde mit Professor Jürgen Zimmerer.

Von Trotha ließ nun systematisch die bekannten Wasserstellen entlang des Wüstensaums besetzen, und ordnete am 2. Oktober 1904 in seiner berühmten Proklamation zudem an, alle aus der Omaheke zurückkehrenden Herero zu erschießen: „Die Hereros sind nicht mehr deutsche Untertanen. Sie haben gemordet und gestohlen, haben verwundeten Soldaten Ohren und Nasen und anderer Körperteile abgeschnitten, und wollen jetzt aus Feigheit nicht mehr kämpfen. (...) Das Volk der Herero muß jedoch das Land verlassen. Wenn das Volk dies nicht tut, so werde ich es mit dem Groot Rohr [Kanone; JZ] dazu zwingen. Innerhalb der deutschen Grenze wird jeder Herero mit oder ohne Gewehr, mit oder ohne Vieh erschossen, ich nehme keine Weiber oder Kinder mehr auf, treibe sie zu ihrem Volk zurück oder lasse auf sie schießen.“

Zur Wahrung des guten Rufes der deutschen Soldaten, so präzisierte er, sei der Befehl zum „Schießen auf Weiber und Kinder so zu verstehen“, „daß über sie hinweggeschossen wird, um sie zum Laufen zu zwingen.“ Er „nehme mit Bestimmtheit an, daß dieser Erlaß dazu führen“ werde, „keine männlichen Gefangenen mehr zu machen, aber nicht zu Grausamkeit gegen Weiber und Kinder“ ausarte. Diese würden „schon fortlaufen, wenn zweimal über sie hinweggeschossen“ werde.

Um diese Proklamation gibt es immer wieder Debatten. Apologeten der deutschen Politik führen an, dass Frauen und Kinder geschont werden sollten, ja auch die Männer „nur“ das Land hätten verlassen müssen. Hier ist der Kontext

Diese entkräfteten Männer, Frauen und Kinder saßen im wasserlosen Gebiet fest, nur in Richtung Trockengebiet konnten sie fliehen.

bedeutsam, in dem diese Proklamation erlassen wurde. Die Herero waren seit acht Wochen auf der Flucht, und entsprechend entkräftet. Selbst die deutschen Soldaten konnten bei der Verfolgung die Strapazen kaum ertragen. Diese entkräfteten Männer, Frauen und Kinder saßen im wasserlosen Gebiet fest, nur in Richtung Trockengebiet konnten sie fliehen. Das bedeutete aber den qualvollen Tod durch Verdursten.

Das galt auch für die Frauen. Wenn die deutschen Soldaten nur über ihre Köpfe schossen, so bedeutet dies de facto ebenfalls ihren wahrscheinlichen Tod, denn sie mussten in die Halbwüste zurück. Ähnliches gilt für die oft beschworene Aufhebung des Schießbefehls durch Berlin im Dezember 1904. Zu diesem Zeitpunkt war das Verbrechen bereits geschehen. Auch waren nicht humanitäre Gründe die Ursache für den Strategiewechsel, sondern die geänderte militärische Lage: Mittlerweile hatten auch die Nama den Krieg gegen Deutschland begonnen, und die deutschen Soldaten wurden im Süden des Schutzgebietes benötigt.

„Daß er [Trotha] die ganze Nation vernichten oder aus dem Land treiben will, darin kann man ihm beistimmen. [...] Der entbrannte Rassenkampf ist nur durch die Vernichtung oder vollständige Knechtung der einen Partei abzuschließen. Das letztere Verfahren ist aber bei den jetzt gültigen Anschauungen auf Dauer nicht durchzuführen. Die Absicht des Generals v. Trotha kann daher gebilligt werden. Er hat nur nicht die Macht, sie durchzuführen“, schrieb Generalstabschef von Schlieffen an Reichskanzler von Bülow.

V.

Von Trotha hatte nicht die Macht, da die Nama einen sehr erfolgreichen Guerillakrieg gegen die deutschen Truppen führten. Sie hatten aus den Fehlern der Herero gelernt und vermieden eine offene Feldschlacht. Da sie das Land besser kannten und ihre kleinen Einheiten beweglicher waren, gelang es ihnen, die Vorteile der umfangreicheren und besser ausgerüsteten Schutztruppe auszugleichen und diese allmählich zu zermürben. So brachten sie die Deutschen an den Rand der Niederlage, worauf die Schutztruppe auch hier eine Strategie der Vernichtung verfolgte, die bewusst Frauen und Kinder miteinschloss: Wasserstellen wurden besetzt, Nahrungsmittel vernichtet. Zugleich setzte man auf eine „Säuberung“ des Landes durch Masseninternierungen in Konzentrationslagern.

Eingerichtet unmittelbar nach der Aufhebung des Schießbefehls von Trothas, erfüllten die Konzentrationslager, so der zeitgenössische Begriff, unterschiedliche Funktionen. Neben der eigentlichen „Konzentrierung“ der Herero und Nama, um deren Unterstützung für die Kämpfer zu unterbinden, dienten sie auch als Arbeitslager, aus denen sich staatliche Stellen, aber auch Private, mit den dringend benötigten Arbeitskräften versorgen konnten. Zugleich sollten die Gefangenen zur Arbeit „erzogen“ und auf ihr Leben unter den strengen Kontrollbestimmungen der Nachkriegszeit vorbereitet werden.

Auch der Gedanke der Vergeltung spielte eine Rolle, wie etwa aus dem Schreiben des stellvertretenden Gouverneurs von Tecklenburg hervorgeht: „Je mehr das Hererovolk am eigenen Leibe nunmehr erst die Folgen des Aufstandes empfindet, desto weniger wird ihm auf Generationen hinaus nach einer Wiederholung des Aufstandes gelüsten. Unsere eigentlichen kriegerischen Erfolge haben geringeren Eindruck auf sie gemacht. Nachhaltigere Wirkung verspreche ich mir von der Leidenszeit, die sie jetzt durchmachen, ohne mit dieser Meinungsäußerung übrigens eine Lanze für die Proklamation des Generalleutnants v. Trotha v. 2. Oktober vorigen Jahres brechen zu wollen. Wirtschaftlich bedeutet der Tod so vieler Menschen allerdings einen Verlust.“

Das wohl berüchtigtste Lager wurde auf der Haifischinsel vor Lüderitzbucht an der südlichen Atlantikküste eingerichtet. Dort wurden sowohl Herero wie Nama interniert und ihrem Schicksal überlassen. Dabei bedeutete die Inhaftierung auf der Haifischinsel für viele schon wegen der rauen klimatischen Bedingungen den Tod. Kritik an den Internierungsbedingungen, die dazu führten, dass die Gefangenen „keinen Lebensmut mehr hätten“, wie ein Missionar es formulierte, wurde vom Militärkommando vom Tisch gewischt. So „lange er, etwas zu sagen hätte“, dürfe „kein Hottentott die Haifischinsel lebend verlassen“, habe ihm der lokale Kommandeur, Berthold Deimling zur Antwort gegeben, berichtete Missionar Laaf.

Zwischen Oktober 1906 und März 1907 kamen monatlich zwischen 143 und 276 Gefangene ums Leben. Insgesamt starben in diesem Zeitraum von 1.795 Gefangenen 1.032, von den 245 überlebenden Männern waren nur 25 arbeitsfähig, während sich die übrigen „nur noch an Stöcken fortbewegten“, schreibt Deimlings Nachfolger Ludwig von Estorff in einem Bericht. Die Situation besserte sich erst, als dieser das Lager im April 1907 um wenige hundert Meter auf das Festland verlegte. Wenn auch die Verhältnisse im Konzentrationslager auf der Haifischinsel besonders verheerend waren, zu einem Massen-



Foto: akg-images/picture alliance/dpa

Henning Scherf, der damalige SPD-Bürgermeister der Hansestadt Bremen, nahm 1996 an der Enthüllung des

Anti-Kolonial-Denkmal in Namibia teil. Namibias damaliger Präsident Sam Nujoma freute sich über diese Geste.

sterben von Internierten kam es auch andernorts. Nach einer Aufstellung der Schutztruppe starben zwischen Oktober 1904 und März 1907 insgesamt 7 682 Gefangene. Das entspricht zwischen 30 und 50 Prozent der insgesamt Inhaftierten. Insgesamt fielen dem Genozid bis zu 80 Prozent der Herero und 50 Prozent der Nama zum Opfer.

Auch nach der Aufhebung der Kriegsgefangenschaft am 27. Januar 1908, an „Kaisers Geburtstag“, blieben die Entlassenen einer strikten Kontrolle unterworfen. Mit den drei *Eingeborenenerverordnungen* hatte das deutsche Gouvernement 1907 die Grundlage eines deutschen *Eingeborenerechts* geschaffen, das die rassische Privilegien-Gesellschaft festschrieb und Arbeitszwang für die gesamte afrikanische Bevölkerung einführte. Alle Afrikaner*innen mussten Passmarken tragen und wurden in *Eingeboreneregister* eingetragen, ihre Freizügigkeit wurde aufgehoben.

Bereits während des Krieges war fast das gesamte Land der Herero und Nama von deutscher Seite enteignet, ihre politischen Organisationen aufgelöst worden. Ihr Besitz, ja ihr Leben wurde nahezu vollständig den Plänen und Zielen einer deutschen Besiedelung und wirtschaftlichen Entwicklung Süd-

westafrikas unterworfen. Flankiert von Maßnahmen gegen Mischehen und generell sexuellen Beziehungen zwischen Deutschen und Afrikanerinnen strebte die deutsche Kolonialverwaltung den ersten Rassenstaat der deutschen Geschichte an. Der weitläufige südwestafrikanische Raum sollte auf der Basis von Rasse und Rassenhierarchie strukturiert werden. Afrikaner*innen waren weitgehend Entrechtete im eigenen Land. Wenn es dem kolonialen Staat auch nicht gelang, die Herero und Nama zu vernichten, so änderte diese Politik zusammen mit dem vorangegangenen Völkermord doch grundlegend die Macht- und Sozialverhältnisse in Deutsch-Südwestafrika. Und dass im heutigen Namibia das meiste Farmland immer noch in Hand weißer Farmer ist, nahm hier seinen Ausgang.

Für die Anerkennung des Genozids und den politischen Prozess einer Aussöhnung hat dies weitreichende Folgen. Da die sozioökonomische und auch die politische Struktur des heutigen Namibia auf den deutschen Völkermord und den kolonialen Rassenstaat zurückgeht, bleibt jede Entschuldigung, die nicht auch einen Beitrag dazu leistet, den Nachkommen der Opfer in ihrer schwierigen Situation heute zu helfen, leere Rhetorik. □

Religiöse Erwachsenenbildung heute

Mitgliederversammlung der Katholischen Erwachsenenbildung Bayern

In der Mitgliederversammlung 2018 hatte die KEB Bayern (Katholische Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung in Bayern) die gelungene Novellierung des Erwachsenenbildungsförderungsgesetzes (EbFöG) durch den Bayerischen Landtag gefeiert. Das neue Gesetz nahm die Mitgliederversammlung 2019 vom 31. Mai bis 1. Juni 2019, bei dem erstmals PD Dr. Achim Budde als Vorsitzender der KEB mitwirkte, zum Anlass, sich intensiv mit der Frage nach dem „Kerngeschäft“ der KEB unter den neuen Rahmenbedingungen auseinanderzusetzen: Wie kann und wird sich religiöse Erwachsenenbildung unter den Prämissen des neuen

Gesetzes gestalten lassen? Hierzu startet Dr. Ute Eiling-Hütig, für die CSU Mitglied im Bayerischen Landtag, mit einem Impuls zum Thema „Religiöse Bildung als staatlicher Auftrag im neuen EbFöG“. Sie war als Mitglied einer interfraktionellen AG treibende Kraft, dass religiöse Bildung gesetzlich verankert wurde. Eine ökumenische Arbeitsgruppe hatte sich in Folge der Gesetzesnovelle mit der Frage nach Definition und Gestalt religiöser Erwachsenenbildung heute befasst. Das dort erarbeitete Papier wurde im Anschluss von Dr. Claudia Pfrang, Mitglied des Vorstands der KEB Bayern, vorgestellt.

Religiöse Bildung als staatlicher Auftrag im neuen Erwachsenenbildungsförderungsgesetz

Ute Eiling-Hütig

KEB Bayern

Die KEB Bayern ist seit Langem ein wichtiger – und von mir und meiner Partei hoch geschätzter – Bestandteil der Bildungslandschaft in Bayern. Denn sie ermöglicht es zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern, sich auf vielfältige Weise weiter zu bilden: An den Bildungsveranstaltungen der 125 Mitgliedsvereinigungen der KEB nehmen jährlich rund 1,6 Millionen Menschen in ganz Bayern teil – eine wirklich beeindruckende Zahl!

Deshalb war es für mich schon vor dem Beginn der Verhandlungen zum neuen Erwachsenenbildungsförderungsgesetz vollkommen klar, dass die Träger der katholischen und der evangelischen Erwachsenenbildung – die Arbeitsgemeinschaft für Evangelische Erwachsenenbildung und die Katholische Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung – auch in Zukunft Träger der Erwachsenenbildung in Bayern bleiben müssen!

Wertewandel in Deutschland

Bevor ich mich mit der Frage beschäftige, wie religiöse Bildung in Bayern jetzt und in Zukunft aussehen soll, möchte ich zunächst auf ihre Rahmenbedingungen eingehen und deshalb einen Blick auf die aktuelle Bedeutung von Werten in Deutschland werfen.

Unbestritten ist, dass sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts auch in der deutschen Gesellschaft vieles gewandelt hat: Die Zeiten für Glaube, Kirche und Religion sind in den letzten Jahrzehnten sicher schwieriger geworden. Dass daran auch Vertreter der Kirchen mitverantwortlich sind, ist eine Tatsache, der sich die Kirchen stellen müssen. Denn das erwarten die Gläubigen von ihnen!

Dr. Ute Eiling-Hütig, Mitglied im Bayerischen Landtag



Gut 200 Jahre nach der „Vermögenssäkularisation“, wie es Kardinal Friedrich Wetter einmal genannt hat, treffen wir heute auf eine weit verbreitete „Wertesäkularisation“.

Folgende Fakten unterstreichen dies: Die Mitgliederzahlen der großen Kirchen gehen kontinuierlich zurück. Mehr als 40 Prozent der Menschen in Deutschland gehören heute keiner Kirche mehr an. In den neuen Ländern gehören nur noch etwa 25% der evangelischen oder katholischen Kirche an. Es dominieren die sogenannten „postsozialistischen Atheisten“. Bei den aktiven Kirchenmitgliedern spricht man gerade

noch von einer Größenordnung von 3 bis 5 Prozent. Parallel dazu wächst die islamische Glaubensgemeinschaft in Deutschland an, die zur Zeit ca. 4 Millionen Mitglieder zählt. Viele Beobachter sprechen deshalb heute bereits von Deutschland als einer „nachchristlichen“ oder zumindest „nachkirchlichen“ Gesellschaft.

Damit stellte sich natürlich für mich (letztlich für alle Beteiligten der Interfraktionellen Arbeitsgruppe) einerseits die Frage: Wo findet denn heute Wertevermittlung überhaupt noch statt? und im Hinblick auf die Aufgabe, das Erwachsenenbildungsförderungsgesetz von 1974 zu novellieren: Wie können wir diesen Auftrag der kirchlichen Erwachsenenbildungsträger in geeigneter Weise unterstützen und im Gesetz deutlicher verankern?

Wertevermittlung: Zentrale Rolle der Familie

Der Ort, an dem ein Mensch in der Regel zum ersten Mal Werte – auch religiöse! – vermittelt und meist auch vorgelebt bekommt, ist natürlich seine eigene Familie. Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa (2013) schätzen die Deutschen vor allem folgende Werte: Ehrlichkeit, Lebenserfahrung, Hilfsbereitschaft, Freundlichkeit, Konsequenz, Lebensfreude. Das zeigt, dass bei sehr vielen Menschen ein sehr hohes Bewusstsein dafür vorhanden ist, dass Werte außerordentlich wichtig sind.

Der Religionswissenschaftler und Psychologe Wayne Dosick hat in seinem Buch „Kinder brauchen Werte. 10 Lebensregeln, die Kindern Halt und Orientierung geben“ eine Liste an Werten erstellt, die schon im Elternhaus vermittelt werden sollten: Respekt, Wahrhaftigkeit, Fairness, Verantwortungsbewusstsein, Mitgefühl, Dankbarkeit, Freundschaft, Friedfertigkeit, Streben nach persönlicher Reife und die Fähigkeit, an etwas zu glauben. Das sind zeitlose Werte, die den Umgang der Menschen miteinander erleichtern werden: Das gilt natürlich auch für religiöse Werte, wie sie unsere christlich-abendländische Werteordnung enthält!

Die Familie steht deshalb seit jeher auch im Mittelpunkt unserer Politik in Bayern, und wir unternehmen daher seit langem große Anstrengungen, sie auch unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen zu stärken! Und natürlich unterstützen wir deshalb in Bayern die Wertevermittlung an unseren Schulen! Grundlage für die religiöse Bildung als staatlicher Auftrag ist bekanntermaßen Art. 131 der Bayerischen Verfassung.

Dort heißt es: „(1) Die Schulen sollen nicht nur Wissen und Können vermitteln, sondern auch Herz und Charakter bilden. (2) Oberstes Bildungsziel sind Ehrfurcht vor Gott, Achtung vor religiöser Überzeugung und vor der Würde des Menschen, ...“ Denken Sie nur an den Anfang der Bayerischen Verfassung Art. 1: „Angesichts des Trümmerfeldes, zu dem eine Staats- und Gesellschaftsordnung ohne Gott, ohne Gewissen und ohne die Achtung vor der Würde des Menschen die Überlebenden des zweiten Weltkrieges geführt hat...“

Die Schulen in Bayern sind folgerichtig der Wertordnung der Bayerischen Verfassung verpflichtet, die auf der Verwurzelung Bayerns in der christlich-abendländischen Tradition begründet ist: Sie dürfen also nicht werteneutral unterrichten und erziehen. Und mit dem gleichen Nachdruck ist es die Aufgabe des Staates, diese Wertevermittlung und Orientierungshilfen auch in der Erwachsenenbildung zu fördern und zu unterstützen. In einer zunehmend säkularen, vom Wertewandel

durchzogenen, pluralistischen Welt wird dieses Bildungsziel aber immer wieder angezweifelt – und auch bekämpft: Nach allgemeiner Rechtsauffassung führt die weltanschauliche Indifferenz des Staates aber nicht zu einer Negierung werthaltiger Erziehung. Wohl aber ist das Erziehungsziel im Kontext des Toleranzgebots (Art. 136 Abs. 1) und der (negativen) Glaubens- und Bekenntnisfreiheit aller (Art. 107) zu verstehen: So hat jede Form von Indoktrination im Dienste einer bestimmten politischen, ideologischen oder weltanschaulichen Richtung zu unterbleiben.

Wichtig ist: Das Bildungsziel gilt nach Maßgabe des jeweiligen Gottesverständnisses und kann auch für die eigene Person abgelehnt werden. Die Achtung vor religiöser Überzeugung hingegen ist allgemein verbindlich! Und zudem Ausdruck des Toleranzgedankens sowohl gegenüber religiös bzw. konfessionell Andersgläubigen wie auch Nichtgläubigen. Kernelemente des christlich-abendländisch geprägten Wertefundaments der Bayerischen Verfassung sind: Selbstbeherrschung, Verantwortungsfähigkeit und -freudigkeit, Hilfsbereitschaft, Aufgeschlossenheit für alles Gute, Wahre und Schöne, Verantwortungsbewusstsein für Natur und Umwelt (auch: „Bewahrung der Schöpfung“) sowie die Erziehung im Geiste der Demokratie.

Wie die Religion bei uns in Bayern ein ordentliches Unterrichtsfach ist, so muss religiöse Bildung für Erwachsene ebenso – wenn auch freiwillig – über die entsprechenden Einrichtungen der kirchlichen Erwachsenenbildungsträger weiterhin eine Kernaufgabe sein, die durch staatliche Unterstützung gefördert werden muss.

Wertevermittlung ist und bleibt eine zentrale Aufgabe

Zusammenfassend möchte ich betonen, dass wir uns zur religiösen Bildung bekennen. Darum war es mir so wichtig, dass wir im Art. 1 Satz 2 des Erwachsenenbildungsförderungsgesetzes den religiösen Bereich explizit aufnehmen! Unsere staatliche Aufgabe sehe ich daher im Bekenntnis, die rechtliche Stellung der Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, deren Präsenz in der Öffentlichkeit, die Kirchensteuer, die Anstaltsseelsorge, den Religionsunterricht, die Theologenausbildung und vor allem die Stellung der kirchlichen Träger in der Erwachsenenbildung zu sichern und zu fördern!

Wir tun das, weil wir fest davon überzeugt sind: Unsere Staats- und Gesellschaftsordnung braucht auch in Zukunft ein stabiles Wertefundament! Ein Blick in die Geschichte des 20. Jahrhunderts zeigt: Bei uns in Europa hat sich letztlich nur die Gesellschaftsordnung als menschlich erwiesen, die auf dem christlichen Menschenbild aufbaut: Denn ohne gemeinsame, von allen akzeptierte und gelebte Werte können weder unsere Demokratie in Deutschland noch die Europäische Union erfolgreich sein! Und Werte sind weit mehr als ein „Luxusgut“, um das man sich erst dann bemüht, wenn die „wichtigen“ Probleme gelöst sind: Werte sind vielmehr das stabile Fundament, auf dem eine Gesellschaft aufgebaut ist. Wenn hier etwas nicht stimmt, hat das fatale Auswirkungen auf die Statik der gesamten Gesellschaft. Und Werte sind der Pol, nach dem sich unsere Entscheidungen ausrichten. Sie geben damit die Richtung an, in die „unsere Reise“ gehen soll – privat und politisch!

Die Schlussfolgerung, die wir aus all dem ziehen müssen, lautet: Wir dürfen in unserem Bemühen, Werte zu vermitteln, nicht nachlassen! Denn Werte verschieben sich und derjenige, der



Wie sich religiöse Bildung im Einzelfall ganz konkret gestalten kann, konnten die Teilnehmenden der Mitgliederversammlung in sieben Workshops – hier in einem davon in der Guardinibibliothek – erleben.

nicht versucht, das von ihm als richtig Erachtete durchzusetzen, wird letztlich den Kürzeren ziehen!

Fazit

Menschen brauchen klare Orientierung! So wie das Papier des Landeskomitees der Katholiken in Bayern es in sieben Punkten beschlossen hat, von denen ich hier die ersten drei zitieren möchte.

1. Positionalität:

Religiöse Bildung will den Menschen zu einer eigenständigen, weltanschaulichen Überzeugung führen, welche die Fähigkeit zum Dialog einschließt.

2. Glaubwürdigkeit:

Nur wer Positionen lebt und argumentativ vertritt, ist auch glaubwürdig und authentisch. Aus religiöser Bildung kann so verantwortliches Handeln in Kirche, Staat und Gesellschaft entstehen.

3. Pluralismus:

Der Respekt vor anderen weltanschaulichen Gruppen in der Gesellschaft zählt zu den Zielen christlich-religiöser Bildung. Sie ist kongruent zur Dialogfähigkeit, denn ohne den aktiven Austausch über unterschiedliche Positi-

onen würden Akzeptanz und Toleranz von Pluralismus zur Gleichgültigkeit führen.

So unverzichtbar ist nicht nur für unsere persönliche Lebensgestaltung, sondern auch im Hinblick auf unser soziales Verhalten eine solide Werteordnung, zu der für mich gerade religiöse Bildung gehört! Das gilt besonders für die sozialen Netzwerke und das Internet, in denen diese Werteordnung anscheinend in weiten Bereichen nicht gilt: Wir – Staat und Träger der kirchlichen Erwachsenenbildung zusammen – müssen uns deshalb gezielt mit der Frage beschäftigen, was wir tun müssen, damit die Sozialen Netzwerke und das Internet kein „wertefreier Raum“ bleiben. Und wir müssen uns die Frage stellen, wie wir Menschen vermitteln können, dass ihr „Wert“ nicht davon abhängt, wie oft sie bei Facebook „geliked“ werden oder wie viele Follower sie bei Instagram haben.

Zum Schluss möchte ich Ihnen als letzten „Denkanstoß“ noch ein Zitat von Albert Einstein mitgeben, das das, was wir uns alle auch für die religiöse Bildung wünschen, sehr gut auf den Punkt bringt: „Der Sinn des Lebens besteht nicht darin, ein erfolgreicher Mensch zu sein, sondern ein wertvoller.“ □



Die Delegierten der Mitgliederversammlung 2019 hatten auch die Möglichkeit, den neuen KEB-Vorsitzenden PD Dr. Achim Budde kennenzulernen.

Religiöse Erwachsenenbildung. Zum Positionspapier der KEB Bayern und der AEEB anlässlich des neuen EbFöGs und der Auslegung in den Verwaltungsvorschriften

Claudia Pfrang

0

Wir leben in einer höchst pluralen Gesellschaft von Weltanschauungen und Religionen. Religion und Glaube sind in unserer Gesellschaft nur noch eine Option neben vielen. Das einst scheinbar selbstverständliche Zueinander von Staat und Religion ist – wie die Kreuzdebatte im letzten Jahr zeigte – längst nicht mehr selbstverständlich und bedarf eines Neu-Reflektierens, Positionierens und Austarierens.

Religion hat sich in der Moderne keineswegs erledigt. Angesichts weltweiter Krisenherde, religiöser Fundamentalismen und Populismen, in denen Religion nicht selten instrumentalisiert wird, wird zugleich bewusst, dass Religion für das Zusammenleben der Menschen in Zukunft eine entscheidende Rolle einnimmt. Unter diesen Vorzeichen gewinnt auch religiöse Erwachsenenbildung noch mehr an Bedeutung.

Es ist damit folgerichtig, dass im neuen Erwachsenenbildungsförderungsgesetz (EbFöG) gleich zu Beginn in Art. 1 dieser Bereich explizit aufgenommen wurde. Dort heißt es: „Erwachsenenbildung ist ein eigenständiger, gleichberechtigter Hauptbereich des Bildungswesens. Sie dient der Verwirklichung des Rechts jedes Einzelnen auf Bildung und verfolgt das Ziel, zur Selbstverantwortung und Selbstbestimmung des Menschen beizutragen. Sie gibt mit ihren Bildungsangeboten Gelegenheit, die in der Schule, in der Hochschule oder in der beruflichen Aus- und Fortbildung erworbene Bildung zu vertiefen, zu erneuern und zu erweitern. Ihr Bildungsangebot erstreckt sich insbesondere auf persönliche, gesellschaftliche, politische, sprachliche, gesundheitliche, kulturelle, religiöse, wirtschaftliche und berufliche Bereiche.“

Zur Bildung, so die Verfasser/innen des Textes, gehört der religiöse Bereich dazu. In einer Bildungslandschaft, in der der Ökonomisierungsdruck immer größer wird, ist das so etwas wie ein Ausrufezeichen. Es geht um mehr! Bildung braucht Religion. Um sich und die Welt ganz verstehen zu können, braucht der Mensch auch religiöse Bildung. Doch: Was heißt eigentlich religiöse Bildung?

Eine ökumenische Arbeitsgruppe hat zu der Frage „Was heißt religiöse Bildung heute?“ in zwei Sitzungen intensiv diskutiert. Das Ergebnis ist – und dies war uns von Anfang wichtig – ein ökumenisches Positionspapier der KEB Bayern und der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Erwachsenenbildung in Bayern.

I. Welche Aufgabe hat religiöse Erwachsenenbildung heute?

Das Positionspapier gibt darauf eine mehrdimensionale Antwort: Religiöse Bildung

- unterstützt den Menschen in seiner Offenheit für Fragen nach dem Sinn des Lebens und der Welt
- dient der ganzheitlichen Entfaltung



Dr. Claudia Pfrang, Mitglied des Vorstands der KEB Bayern

- trägt zu einem verantwortungsbewussten Handeln der Menschen im gesellschaftlichen und politischen Kontext bei
- fördert die Werteentwicklung
- und die Verständigung der Religionen, Kulturen und Generationen. Damit ist sie ein wichtiger Baustein einer lebendigen Demokratie

Und weiter heißt es: Religiöse Erwachsenenbildung erschließt

- die Inhalte und Praxis der Religion(en) mit dem Ziel, zur Selbstreflexion, -verantwortung und -bestimmung des Menschen anzuregen
- ermöglicht den Erwerb von Kenntnissen, Fähigkeiten und Erfahrungen im religiösen Bereich.
- fördert die Meinungsbildung und Entscheidungsfähigkeit und führt zum Abbau von Vorurteilen
- befähigt unabhängig von einer getroffenen Glaubensentscheidung, Religion auch auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse kritisch zu reflektieren und ihre Inhalte in Bezug zur eigenen Lebenswelt zu setzen

Damit werden zwei Dimensionen von religiöser Erwachsenenbildung deutlich, die ich im Folgenden näher beleuchten möchte. Es sind sozusagen zwei Seiten einer Medaille: einmal den Himmel für die Menschen offen halten – also Religion als Ressource von Sinnstiftung und zum zweiten eine erfahrungsgesättigte Reflexion des christlichen Glaubens.

II. Dimensionen religiöser Bildung. Den Himmel für die Menschen offen halten – Religion als Ressource von Sinnstiftung

Bildung in der säkularen Gesellschaft, das haben die Verfasser/innen des EbFöG richtig erkannt, braucht



Dr. Christian Hörmann wurde am Rande der Mitgliederversammlung als Leiter der Landesstelle verabschiedet. Er ist seit Herbst 2019 Vorstand des Bayerischen Volkshochschulverbandes. Seine Nachfolgerin bei der KEB ist Dr. Johanna Gebrande.

Religion. Der Philosoph Jürgen Habermas hat immer wieder, auch in den Räumen der Katholischen Akademie, die Bedeutung der Religionen für die Humanisierung unserer Gesellschaft betont. Eine säkulare Gesellschaft ist auf Religion als wichtige Ressource von Sinnstiftung angewiesen. Religionen – so Habermas – bergen ein Sprach-, Sinn- und Vernunftpotential, das es sonst nirgends so gibt, auf das aber eine funktionierende Demokratie angewiesen bleibt, will sie einen bestimmten „Sinn von Humanität“ bewahren, so Habermas in einem Artikel in *Stimmen der Zeit*. Sowohl Religion wie auch Gesellschaft sind verantwortlich, die Übersetzungsprozesse zu leisten, urteilt Mirjam Schambeck. Insofern ist es nur konsequent, dass im neuen EbFöG der religiöse Bereich explizit genannt wird.

Dort, wo Lebensverhältnisse kontingent werden, stellen sich die Fragen nach dem Woher und Wohin, nach dem Sinn im Leben. Es werden religiöse Fragen virulent. Wer angesichts der Vielfalt an Sinnangeboten und Wertorientierungen nicht gelernt hat, tiefer zu blicken und sich zu entscheiden, der kann leicht manipuliert, über den kann leicht entschieden werden (Axel Bernd Kunze). Religiöse Erwachsenenbildung kann hier einen Raum geben, Menschen den Himmel offen zu halten, in dem das „Kreuzworträtsel Leben“ und die Suche nach dem Mehr mit anderen geschehen kann. Die Gottesfrage zu thematisieren, ist ein kritischer Stachel, Funktionalisierungen des Menschen, seien sie ökonomischer, religiöser, ideologischer Art, aufzudecken (Schambeck).

Religiöse Erwachsenenbildung in kirchlicher Trägerschaft ist verankert im christlichen Gottes- und Menschenbild. Der Mensch als Geschöpf und Ebenbild Gottes ist zu Freiheit und Verantwortung aufgerufen. Dies erfordert ein Bemühen des Menschen um beides: seine Fähigkeit zu Freiheit und Selbstbestimmung zu fördern, genauso wie auch seine Aufgabe, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen.

Religiöse Erwachsenenbildung befähigt den Menschen damit zur Selbst- und Mitbestimmung sowie zur Solidarität. Sie ermächtigt und ermutigt zu Selbstreflexion, Diskurs und Auseinandersetzung in einer hochgradig ausdiffe-

renzierten gesellschaftlichen und religiösen Gegenwart. Unsere Gesellschaft hat sich zu einer multikulturellen und multireligiösen Gesellschaft gewandelt. Der Einzelne/die Einzelne kann nur eine tragfähige und pluralismusfähige religiöse Identität gewinnen, wenn er oder sie fähig ist, die eigenen religiösen Traditionen zu verstehen und diese in Beziehung zu setzen zu anderen Religionen.

Religiöse Erwachsenenbildung befähigt Menschen zu einer eigenen begründeten Position zu Religion, die Fremdes nicht als Bedrohung sieht, sondern als Bereicherung kennenlernt. So trägt sie zu Toleranz und einem gelingenden Miteinander bei, urteilt Mirjam Schambeck.

Diesem Anspruch wird interreligiöses Lernen nur gerecht, wenn es nicht allein darum geht, kulturelle Fauxpas zu vermeiden, sondern Urteils- und Entscheidungskompetenz zu entwickeln,

Religiöse Erwachsenenbildung befähigt Menschen zu einer begründeten Position zu Religion, die Fremdes nicht als Bedrohung sieht, sondern als Bereicherung kennenlernt.

um auch mit fremdartigen religiösen Phänomenen verantwortet umgehen zu können. Die Andersartigkeit des anderen wird erst vor dem Hintergrund des Eigenen deutlich. Wo alles gleich ausfällt und gleich-gültig ist, kann nicht mehr gerungen werden.

„Religiöse Bildung“ greift also weiter, als sie oft sowohl im gesellschaftlichen als auch im konfessionellen Bereich gesehen wird. Sie will dem Menschen den Himmel offen halten, zum gesellschaftlichen Diskurs, zur Wertebildung und Werte-Verständigung der Menschen in der pluralen Gesellschaft beitragen. Damit leistet sie einen Beitrag zu einer lebendigen Demokratie. Kommen wir zur zweiten Dimension, zur zweiten Seite der Medaille religiöser Bildung.

III. Erfahrungsgesättigte Reflexion des christlichen Glaubens

Ein Glaube, der auf Bildung verzichten wollte, wäre nur bloße Bindung an Konventionen, Traditionen oder ein Ausgeliefertsein an höhere Mächte. Sich der Frage nach Gott zu stellen und in der Welt von heute sprachfähig zu bleiben, wird nur dem gelingen, der der Aufgabe der Bildung nicht ausweicht.

Religion kann aber, worauf der britische Religionswissenschaftler Ninian Smart hinweist, nicht allein aus der Außenperspektive verstanden werden. Er beschreibt das mit einem schönen Bild: Es ist wie mit den Rosettenfenstern großer Kathedralen. Von außen betrachtet sind sie grau und farblos, von innen aber wundervoll, voller Farbe und Leben. Religiöse Bildung muss daher auch aus einer Binnenperspektive geschehen können und auch geleistet werden.

In einer Religionsgemeinschaft wie der katholischen Kirche, in der die Entfremdung von institutioneller Kirche immer größer wird und die Verdunstung des Glaubens enorm ist, kann sie jedoch Traditionen nicht mehr als gekannt, gelernt und relevant für die Menschen voraussetzen. Daher muss sie mehr denn je die Traditionen in Auseinandersetzung und im Dialog mit der Alltagswelt der Menschen sowie im interdisziplinären Diskurs mit anderen Wissenschaften prüfen.

Dies ermöglicht andererseits die Entwicklung begründeter religiöser Überzeugungen und befähigt zu einem gehaltvollen Dialog mit Menschen anderer Anschauungen und zu Toleranz, die weltanschaulich-religiöse Differenzen nicht einebnen, sondern als Anfrage an die eigene Überzeugung ernst nimmt (*Diese Gedanken verdanke ich Dr. Thomas Gandlau, Hauptabteilung Religionsunterricht im Erzbischöflichen Ordinariat München*).

Religiöse Bildung muss sich damit, worauf das Positionspapier hinweist, wesentlich an der Lebenswelt der Menschen orientieren. Sie ist also subjektorientiert, reflexiv und ergebnisoffen, diskursiv und prozessorientiert und schließt damit Erfahrungselemente wesentlich mit ein. So werden als wichtige Kriterien im Positionspapier zur Berücksichtigungsfähigkeit von Veranstaltungen im religiösen Bereich sowohl die kritische Reflexion als auch Erfahrungselemente genannt: „Der Erwerb von Kenntnissen und Fähigkeiten im religiösen Bereich steht im Vordergrund. Dies wird mittels Elementen der Information und kritischen Reflexion ebenso umgesetzt wie mittels Erfahrungselementen und spirituellen Elementen (z.B. Meditation).“

Und bei den Grundsätzen für die statistische Erfassbarkeit formuliert das Positionspapier, was so auch in die Verwaltungsvorschriften aufgenommen werden soll:

1. *Veranstaltungen, die Elemente des Glaubensvollzugs enthalten, dürfen nicht als Ganze statistisch erfasst werden (gemeint sind z.B. Exerzitien aller Art, Stilleübungen, Meditationen usw.).*
2. *Erfassbar sind hingegen einzelne Veranstaltungsteile, in denen gezielt Teilinhalte vermittelt werden (z.B. Einführung in Meditationstechniken, Einführung in Bibliodrama, Einheiten mit theologischen Impulsen, angeleitete Elemente der Persönlichkeitsbildung).*

Auf der Grundlage des Art. 1 Abs. 2 Satz 4 BayEbFöG („religiöse Bereiche“) sind nach den neuen Verwaltungsvorschriften berücksichtigungsfähig Veranstaltungen oder eindeutig abgrenzbare

Religiöse Erwachsenenbildung ist wesentlich geprägt von Methodenvielfalt und Multiperspektivität.

Veranstaltungsteile mit pädagogischem Konzept, bei denen nicht der Glaubensvollzug oder kirchenorganisatorische oder kirchengemeindespezifische Aufgaben im Vordergrund stehen, sondern die verschiedenen Bereiche der religiösen Bildung.

IV. Sich zu Religion verhalten lernen – Multidisziplinäre Perspektive und Methodenvielfalt

Letztlich geht es darum, Menschen zu befähigen, sich zu Religion verhalten zu lernen. Dies beinhaltet sowohl eine existentielle wie auch eine reflexive, praktische und ästhetische Dimension und braucht Kompetenzen auf unterschiedlichen Ebenen. Damit ist im Anschluss an die Religionspädagogin Mirjam Schambeck gemeint: sich zu Religion verhalten lernen

- ist bezogen auf Haltungen und Handeln. (praktische Dimension)

- umfasst die kognitive Auseinandersetzung mit Religion, meint aber nicht nur reden und intellektuell reflektieren. (reflexive Dimension)

- setzt die Fähigkeit voraus, religiöse Phänomene zu deuten und das Deutepotenzial des eigenen Glaubens zu kennen und diskursiv damit umgehen zu können. (hermeneutisch-reflexive Kompetenz)

- umfasst die Kompetenz, religiöse Positionen zu kommunizieren und sich darüber auszutauschen. (hermeneutisch-kommunikative Kompetenz)

- meint die Fähigkeit, eine eigene Position zu gewinnen, sie zu begründen und damit auch zu verantworten. Dies impliziert die Fähigkeit, die eigene Praxis zu reflektieren, zu erklären und sich daran zu orientieren. (praktische Kompetenz)

- Letztlich verhalten sich Menschen zu Religion durch ihre Ausdrucksweise und das religiöse Leben selbst. (ästhetische und existentielle Dimension)

Damit dies gelingen kann, thematisieren die Angebote der religiösen Bildung unter Berücksichtigung von Didaktik und Methodik der Erwachsenenbildung, so das Positionspapier, „Religion(en) und ihre Inhalte, ihre Praxis, ihre Symbolwelt und ihr Ethos. Der religiöse Bereich wird hierbei nicht als abgegrenzter Sektor verstanden, sondern er berührt in vielfacher Weise persönliche, gesellschaftliche, politische, sprachliche, gesundheitliche, kulturelle, wirtschaftliche und berufliche Fragen.“ Religiöse Erwachsenenbildung ist daher wesentlich geprägt von Methodenvielfalt und Multiperspektivität.

V. Warum die Gesellschaft religiöse Bildung braucht

In einer sich hochgradig im Wandel befindlichen Welt suchen Menschen vermehrt nach Orientierung und Halt. Religionen bergen ein Sinn- und Vernunftpotential, das jedoch heute nicht mehr als selbstverständlich gekannt vorausgesetzt werden darf und daher unbedingt einer zeitgemäßen Kommunikation bedarf. Diesem Auftrag stellt sich die katholische Erwachsenenbildung im Rahmen des EBFöG.

Religiöse Erwachsenenbildung möchte befähigen, dass sich Menschen dem Kreuzworträtsel Leben stellen und dem Mehr im Leben Raum geben – kurz: Sie hält den Menschen den Himmel offen.

Zugleich befähigt sie Menschen zur Selbst- und Mitbestimmung, zur Übernahme von Verantwortung im persönlichen Bereich wie in Kirche, Gesellschaft und Welt sowie zur Solidarität mit Menschen am Rande. Sie regt zur Partizipation und zum Engagement an und ist damit unverzichtbar für eine von den Bürgerinnen und Bürgern getragene Demokratie.

Angesichts der Vielfalt an Sinnangeboten und Wertorientierungen ermöglicht sie, sich differenziert zu informieren, tiefer zu blicken, unterschiedliche Positionen zu verstehen und sich eine eigene zu bilden, sich angstfrei zu verständigen und selbst zu entscheiden – kurz: sich zu Religion(en) zu verhalten. Religiöse Bildung fördert damit das Aushalten unterschiedlichster Meinungen, Dialogfähigkeit, Akzeptanz und Toleranz – dies brauchen wir in unserer pluralen immer weiter auseinanderdriftenden Gesellschaft immer mehr. □

Karl Jaspers und Theodor Adorno

Werk und Wirkung der Denker 50 Jahre nach ihrem Tod

Vor genau 50 Jahren starben zwei große Denker, die Deutschland nachhaltig prägen sollten: Karl Jaspers, seines Zeichens Psychiater und Existenzphilosoph, und Theodor W. Adorno, der vornehmlich im Bereich der Sozialforschung und Kulturkritik von sich reden machte. Weil es um beide mittlerweile etwas ruhiger geworden ist, griff die Katholische Akademie in Bayern das anstehende Jubiläum dankbar auf, um einen frischen Blick auf das zu werfen, was von beiden geblieben ist.

So stellten am Abend des 9. April 2019 der Präsident der Karl-Jaspers-Stiftung, Prof. Dr. Anton Hügli, sowie der Adorno-Schüler und -Biograph Prof. Dr. Stefan Müller-Doohm die beiden Philosophen ausgiebig vor und hatten anschließend nicht nur die vielen Rückfragen aus dem Publikum zu beantworten, sondern auch über das spannungsreiche Verhältnis aufzuklären, das Jaspers und Adorno bis heute verbindet. Lesen Sie nachfolgend die beiden Vorträge des Abends.

Das Denken von Karl Jaspers im Überblick

Anton Hügli

I. Einführung

Als Karl Jaspers vor 50 Jahren starb, war er im deutschsprachigen Raum der wohl bekannteste Philosoph, weltweit, gemessen an der Zahl der Übersetzungen seiner Bücher, der am meisten rezipierte deutsche Philosoph. Das große öffentliche Interesse ist längst geschwunden. In der philosophischen Fachwelt hat er ohnehin wenig Echo gefunden, und durch das ihm anhängende Etikett „Existenzphilosoph“ wirkt er wie ein Relikt aus abgelebten Zeiten. Warum also sollte man sich mit ihm heute und ausgerechnet heute aus anderem als bloß historischem Interesse beschäftigen?

Meine Antwort, auf den einfachsten Nenner gebracht: Jaspers hat, in einer Zeit der Orientierungslosigkeit – in die wir offensichtlich erst richtig hineingekommen sind – gezeigt, was Philosophie ist und warum Philosophie nützt – nicht irgendeine Philosophie, sondern jene, die mit Sokrates beginnt und die den „kleinen“ Unterschied zu machen weiß zwischen dem, was man wissen, und dem, was man nicht wissen kann.

Für Jaspers ist unbestritten: Es gibt eine Realität, es gibt Dinge, die man wissen kann. Keiner kann Philosoph sein, der sich nicht um dieses Wissen bemüht – dem methodisch disziplinierten Erkenntnisweg folgend, den die neuzeitlichen Wissenschaften gewiesen haben. Dieser Wissensdrang trieb ihn dazu, dass er – seiner heimlichen Neigung zur Philosophie zum Trotz – erst Jura, dann Medizin studierte, sich in Psychopathologie spezialisierte und, auf die Art und Weise reflektierend, in der auf diesem Feld Wissen gewonnen werden kann, mit seiner *Allgemeinen Psychopathologie* von 1913 ein umfassendes, mehrfach aufgelegtes und bis heute noch maßgebliches Lehrbuch schrieb.

Doch: Wer entschieden und ernsthaft

wissen will, weiß umso mehr auch um die Grenzen, an denen unser Nichtwissen beginnt. Auf die erste aufmerksam gemacht wurde Jaspers durch seinen verehrten Lehrer, den Soziologen Max Weber: Wissenschaft kann zwar erkennen, was der Fall ist, aber sie wird uns nie sagen können, was der Fall sein soll und was wir wollen sollen. So kann keine Wissenschaft uns sagen, warum überhaupt Wissenschaft sein soll.

Eine zweite, und wohl die entscheidendste, ist die Grenze, die ihm Kant eröffnet hat: Wissenschaft ist immer partikular und perspektivisch, sie erkennt immer nur bestimmte Gegenstände in der Welt, aber nie die Welt als Ganze. Hinter jedem Horizont öffnet sich ein

weiterer Horizont, so ins Unendliche. Dies gilt auch für uns selbst, wir können immer nur Teilaspekte unseres Daseins erkennen, aber wir wissen nie, wer oder was wir letztlich, im Ganzen unseres Wesens sind. Wir sind immer mehr, als wir von uns wissen können.

Die dritte Grenze hat Jaspers selbst aufgezeigt: Es ist der Umstand, dass wir uns in Situationen finden, die wir nicht verändern und denen wir nicht entkommen können: dass wir nicht leben können, ohne zu leiden und zu kämpfen und uns schuldig zu machen, dass wir immer in Situationen verstrickt sind und dass wir sterben müssen. In diesen Grenzsituationen, wie Jaspers sie nennt, sind wir mit all unserem Weltwissen und all unseren Techniken am Ende. Das ihnen allen Gemeinsame ist, unter subjektivem Gesichtspunkt – das Leiden als Letztes, als Unabwendbares. Hier berührt Jaspers sich mit Adorno und dessen Beharren auf der Negativität dessen, was nicht sein soll, dem unsäglichen und sinnlosen Leiden.

Wie verhalten wir uns gegenüber diesen Grenzen? Wir können sie ignorieren und verdrängen, mit Illusionen zu decken, in harmonistische Welterklärungen flüchten und uns in rationalen „Gehäusen“ einschließen, wir können, wissenschaftsabergläubisch, von einem Totalwissen träumen und uns einer Totalplanung des Menschen und seiner Geschichte verschreiben. Wir können aber auch das Gegenteil tun: uns diesen Grenzen stellen, sie uns klarer zu machen versuchen – um dabei zu erleben, dass mit der größeren Klarheit auch das Verlangen wächst, über diese Grenzen hinauszugelangen, zu erfahren, worauf es uns ankommen soll, und Halt zu finden, auch wenn alles ins Wanken gerät.

II. Jaspers' Weg von der Psychologie zur Philosophie

Als Psychologe, als der sich Jaspers nach seiner Habilitation und seiner Ernennung zum Extraordinarius für Psychologie noch verstand, versucht er in seiner *Psychologie der Weltanschauungen* (1919) einen Überblick zu gewinnen über die Vielfalt bisher erdachter Möglichkeiten, sich Bilder von einem Weltganzen zu schaffen und in ihnen Sinn zu finden. Dabei ist ihm aber durchaus bewusst, dass dies nur abstrakte Möglichkeiten sind, durch die wir nichts zu wissen und keine Anleitung zum Leben bekommen können. Sie mögen als solche vielleicht der Bildung dienen, die wir ästhetisch genießen, von Bedeutung aber sind sie erst, wenn das Entscheidende hinzukommt: die eigene prüfende Suche nach der Sinnmöglichkeit, auf die hin ich mein Leben wagen will. Wie aber soll diese Prüfung vor sich gehen, was bringt mich dazu, diesen Sprung zu tun? Der Sprung übrigens, dem sich Adorno, im Gegensatz zu Jaspers, hartnäckig zu verweigern scheint und zu dem er dennoch immer wieder anzusetzen versucht.

Jaspers wurde zunehmend klar, dass er sich mit dieser Frage nicht mehr im Feld der Psychologie, sondern im Feld der Philosophie bewegte. Er markierte dies auch nach außen, indem er sich 1922 auf einen Lehrstuhl für Philosophie berufen ließ, als Professor gleichsam sein Psychologiestudium nachholte und nun systematisch den Fragen nachging, die ihn bedrängten. Im Grunde sind es keine andern als die berühmten drei Grundfragen Kants: Was kann ich wissen? Was soll ich tun? Was kann ich hoffen – wenn ich tue, was ich soll?

III. Jaspers' Existenzphilosophie

Das Ergebnis von Jaspers' Denkarbeit ist das 1932 erschienene dreibändige Werk, das er schlicht *Philosophie* nannte.

Der erste Band unter dem Titel *Weltorientierung* gilt der bereits erörterten ersten Frage nach den Bedingungen und Grenzen unseres Wissens, der zweite Band, *Existenzerhellung* genannt, führt die Frage philosophisch weiter, die in der *Psychologie der Weltanschauungen* offen geblieben ist: Was ermöglicht es uns, angesichts der Grenzsituation, nicht in Nihilismus und Verzweiflung zu versinken, sondern – alle endlichen Daseinszwecke hinter uns lassend – das zu finden, was wir in Unbedingtheit wollen, und so zu dem zu werden, der wir wirklich sind? Diese Möglichkeit eines jeden Menschen, er selbst zu sein, ist das, was Jaspers mit Kierkegaard Existenz, genauer: mögliche Existenz nennt.

Doch wie wird die mögliche Existenz zur wirklichen Existenz, die weiß, was sie in Unbedingtheit will? Auch dies wissen wir nicht. Wenn uns der „Aufschwung“ gelingt, ist es, „als ob wir uns geschenkt würden“. Ich bin das, was ich als Existenz bin, nicht durch mich selbst – so wenig wie ich durch mich selbst in die Welt gekommen bin. In dem Maße, wie ich mir meiner selbst bewusst werde, werde ich mir darum auch jenes Anderen bewusst, durch das ich selber bin – ein Umgreifendes, so der Terminus von Jaspers, das sowohl mich wie die Welt übersteigt. Er nennt es Gott oder Transzendenz, wohl wissend, dass dies bloß Namen sind für ein Sein, von dem wir doch nie sagen können, was es ist. Dass es ist, soll uns genügen. Keine Existenz ohne Transzendenz: So lautet nunmehr die Losung des Jaspers'schen Philosophierens, das er selbst Existenzphilosophie nennt. Ohne den Anspruch allerdings, damit eine neue Philosophie zu erfinden. Existenzphilosophie ist für ihn, was die Philosophie – seine sokratische Philosophie – schon immer gewesen ist.

Auch dies, dass sich Transzendenz nicht denken lässt, muss gedacht sein. Denkbar ist, dass es etwas gibt, das sich nicht denken lässt. Der dritte Band von Jaspers' *Philosophie* kreist darum um die Frage nach der Transzendenz, nach dem, was überhaupt ist, was über uns und die Welt hinaus allein noch bleibt. Bisherige Formen metaphysischen Denkens „beschwörend“, öffnet Jaspers den Raum, der mit der Idee der Transzendenz aufgespannt wird. In Erinnerung an die philosophische Disziplin, die noch spekulativ Gott erdenken zu können glaubte, nennt er seinen dritten Band *Metaphysik*. Sein Schlüsselbegriff für die Art und Weise, wie Transzendenz uns in dieser Welt gegenwärtig werden kann, ist der Begriff der Chiffer. Er steht für das geheimnisvolle Leuchten der Dinge, die plötzlich Tiefe bekommen und in deren Licht uns Transzendenz auf uns unbegreifliche Weise aufscheinen kann. Der Chifferbegriff ist dann später, in Jaspers' Basler Zeit (ab 1948) der Ausgangspunkt für seine Entfaltung dessen, was er philosophischen Glauben nennt, und für seine tief greifende Auseinandersetzung mit der Offenbarungsreligion als der Gegenmacht zur Philosophie, die heute aktueller ist denn je.

IV. Jaspers als Philosoph der Vernunft

Doch zurück zu den Dreißiger Jahren. Eine noch unbewältigte Aufgabe nach seiner *Philosophie* bleibt, die Jaspers fortan nicht mehr loslässt und die ihn veranlasst, eine auf vier Bände angelegte *Philosophische Logik* zu schreiben. Es ist die Aufgabe, eine Antwort zu finden auf die unabweisbare Frage: Über die Welt hinaus denken, Existenz „erhellen“, Transzendenz „beschwören“, worauf stützen wir uns, wenn wir dies tun, wenn dies alles doch jenseits jeder Erkenntnis liegt? Wenn wir nicht



Prof. Dr. Anton Hügli, Professor em. für Philosophie und Pädagogik an der Universität Basel



Foto: akq-images / picture-alliance / Heinz-Jürgen

Der deutsche Psychiater und Philosoph Karl Jaspers (li.) erhält 1958 in Frankfurt am Main den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels. Gesellschaft leistet ihm der damalige Bundespräsident Theodor Heuss.

wissen, was wir hier tun, werden wir nie Herr unseres Denkens sein.

Es ist wiederum Kant, der Jaspers hier den Weg gewiesen hat: Was wir nicht erkennen können, das können wir doch denken – wir wissen nicht, was das Ganze ist, innerhalb dessen wir stehen, aber wir haben die Idee eines solchen Ganzen, und diese Idee beweist ihre Wirklichkeit insofern, als sie uns dazu antreibt, nach Einheit, nach Zusammenhang zu suchen, und diese Suche selbst dann nicht aufgeben, wenn wir scheitern. Dieses auf Ideen gerichtete Denken nennt Jaspers mit Kant Vernunft. Vernunft ist das Band, das uns mit allem und mit allen verbindet. Vernunft, so kann Jaspers darum auch sagen, ist nichts anderes als der „Wille zu grenzenloser Kommunikation“, sie ist wie das „Ausstrecken der Hände“. Für unsere existenzielle Selbstvergewisserung ist sie als Medium ebenso notwendig wie die Luft zum Atmen.

Statt Existenzphilosophie möchte Jaspers seine Philosophie darum nun lieber Philosophie der Vernunft nennen. Doch wiederum nicht, um etwas Neues anzukündigen, sondern um noch stärker zu betonen, worum es ihm von Anfang schon ging: um die Polarität von *Vernunft und Existenz* – so der Titel seiner programmatischen Schrift von 1935. Existenz – zur Bezeichnung für den Ort, an dem alles, was wirklich sein soll, entschieden werden muss; Vernunft – als Lösungswort für den unendlichen Raum der Möglichkeiten. Fehlt die Vernunft, ersticken wir in uns selbst, fehlt die Existenz, verbläst es uns ziellos in alle Richtungen.

Die Funktionsweise der Vernunft und ihr Verhältnis zur Erkenntnis des Ver-

standes zu erkunden, wird in der Hitlerzeit dem auf Grund seiner Ehe mit einer Jüdin ab 1937 unter Lehr- und ab 1938 unter faktischem Publikationsverbot stehenden Jaspers zum Hauptprojekt seiner stillen Arbeit. Es ist nicht zuletzt auch seine Antwort auf den Kommunikationsabbruch und die Vernunftfeindlichkeit des Faschismus. Als erster Band erscheint dann 1947 das mehr als 1000-seitige Buch *Von der Wahrheit*, drei weitere Bände fanden sich als Entwürfe im Nachlass.

Die entscheidende Prämisse dieser „Philosophischen Logik“: Vernunft ist nicht ein obskures, esoterisches Vermögen, das uns in ein von allem Menschlichen verlassenes fernes Gedankenreich führt: Es ist die Art und Weise, wie Menschen bewusst oder weniger bewusst in den verschiedensten Bereichen ihres Lebens denken: im Alltag sowohl wie in der Wissenschaft, der Kunst, der Religion und im praktischen Leben. Wenn wir die Logik dieses Denkens erforschen wollen, müssen wir darum von dem Ort ausgehen, an dem wir sind, und an dem alles, was es für uns gibt, gegenwärtig werden muss. Hier, in dieser Welt, muss sich bewähren, was als wahr gelten soll. Die rationalen Mittel des Verstandes, mit deren Hilfe wir die Dinge in der Welt erkennen, sind die einzigen, die wir haben, um den Raum der Vernunft zu erschließen. Philosophierend können wir darum nur eines tun: uns mit Hilfe des von den Philosophen im Lauf der Zeit bereitgestellten „Handwerkszeugs des Philosophierens“ bewusst machen, was wir tun, wenn wir denken, und – im Gespräch miteinander – kritisch prüfen, welches die möglichen Kategorien, Formen und Methoden

vernünftigen Denkens sind und wo deren Grenzen liegen. Und immer wieder werden diese Schwindel erregenden Grenzen sichtbar: Jeder Versuch, über den methodisch gesicherten Boden der Wissenschaft hinaus das Umgreifende zu denken, endet in Widersprüchen und Tautologien – und ist letztlich zum Scheitern verurteilt.

V. Jaspers' Erhellung des Raums der Vernunft

Das Scheitern zeigt sich auch in den Resultaten transzendierenden Denkens. Was wir suchen, ist das eine, das umgreifende Sein. Statt des Einen aber haben wir immer nur – das Viele. Das eine Umgreifende, „in dem wir uns finden“, ist zerspalten in eine Vielzahl von Weisen des Umgreifenden. Nicht nur Welt und Transzendenz sind solche Weisen des Umgreifenden, auch jeder einzelne Mensch ist selber schon ein Umgreifendes und findet sich wiederum vor in unterschiedlichen, sich wechselseitig umgreifenden Ganzheiten, die ihren je eigenen Wahrheitssinn haben: Wir sind biologische Wesen, für die nur wahr ist, was der Selbsterhaltung dient; wir sind mit Hilfe des Verstandes erkennende Subjekte, die sich als identische wiederfinden in einem allen gemeinsamen Bewusstsein überhaupt; wir sind an gesellschaftlicher Praxis teilnehmende, mit Phantasie begabte, von Ideen geleitete Individuen; und über all dies hinaus mögliche Existenz, auf der Suche nach dem unbedingt Wahren. Den Menschen als Menschen gibt es ohnehin nicht, es gibt ihn nur in der Pluralität von Formen des Erlebens, Fühlens und Denkens und letztlich nur als unendliche

Vielzahl von Individuen in ihrer einmaligen Geschichtlichkeit.

Pluralität anerkennen, an Unterscheidungen festhalten, Differenzen aushalten: dies ist die entscheidende kritische Funktion der Vernunft. Darum kämpft sie auch gegen jedes Denken, das Unterschiede verwischt, Werte für Wissenschaft verkauft, den Anspruch auf ein Totalwissen oder eine Letztbegründung erhebt, kurz – gegen alles Absolutistische, Totalitäre und Totalisierende. Konsens mag es in der wissenschaftlichen Erkenntnis geben, aber wo es um Vernunftglauben geht, da findet der Kampf kein Ende. Was aus uns wird, muss immer wieder neu entschieden, was für uns gelten soll, immer wieder neu geprüft werden. Philosophie ist darum nie am Ende, nie bei einem letzten Wort, und weil es kein letztes Wort gibt, können wir nicht Philosophie als Lehrbestand, sondern nur philosophieren lernen.

Vernunft sei für uns als geistige Wesen ebenso notwendig wie die Luft zum Atmen, sagt Jaspers. Diese Metapher erhellt – in einem einzigen Bild – die Wirkungsweise der Vernunft. Sie ist nicht nur selber wie Luft, sie verschafft uns auch Luft. Und sie tut dies sowohl negativ wie positiv. Negativ, indem sie jede Position wieder sprengt, in der wir uns einnisten wollen und uns so von Unwahrheit, Schein und Täuschung befreit, kurz, von allem, was uns geistig zu ersticken droht. Positiv aber wirkt sie, indem sie die Fenster aufstößt, alle Möglichkeiten zeigt, den weitesten Horizont des Denkens öffnet.

VI. Vernunft und Führung des Lebens

Luft allein jedoch nährt nicht, und was uns geistig nährt, uns Sinn und Halt gibt, kommt nicht aus der Vernunft. Es kommt aus dem geistigen Boden, auf dem wir stehen und in dem wir unsere Wurzeln haben. Für uns Abendländer ist dieser Boden nach Jaspers die Bibel und sind es die Schriften der alten Griechen. Nicht alles Überlieferte aber können wir für uns bejahen und uns zu eigen machen, und schon gar nicht in der ursprünglichen Form. Die reinigende Kraft der Vernunft zeigt mögliche letzte Positionen, die uns vor ein Entweder-Oder stellen und an Hand derer uns vor allem eines klar werden kann: was wir nicht wollen und was wir aus dem Grund unseres Wesens ablehnen: Atheismus oder Gottesglaube? Kommunikation oder Gewalt? Freiheit oder Knechtschaft? Totalitarismus oder Demokratie? Mit jeder abgelehnten Möglichkeit wächst auch die Klarheit darüber, auf welcher Seite wir stehen. Was die letzte und mithin richtige Seite ist, wissen wir aber nie. Was wir auch immer für die letzte Position halten, kann schon darum nicht die letzte sein, weil wir, an unseren geschichtlichen Standort gebunden, nie alle Positionen überblicken können.

Das Verfahren der Vernunft, das Jaspers für den existenziellen Bereich zeichnet, ist dasselbe, das ihm auch zur Erhellung der Transzendenz dient. Es ist der alte Weg der „via negativa“: Weil wir nie sagen können, was Gott ist, können wir ihm nur näher kommen, wenn wir all die Bilder, Vorstellungen und Begriffe wieder negieren, die wir uns von ihm gemacht haben. Und je mehr wir uns von diesen Gottes-Bildern befreien, desto freier wiederum werden wir selbst. Denn dies bewahrt uns davor, uns einem Gott zu verschreiben, der, zum einzig wahren erklärt, doch nur eine von Menschen ausgedachte Götzensgestalt ist.

Warum aber sollen wir uns mit den überlieferten Gottesbildern überhaupt beschäftigen, wenn doch keines genügt? Die Antwort gibt Jaspers' Chiffrenlehre

in Verbindung mit dem Grundgedanken seiner „Philosophischen Logik“. Als endliche, an unseren Ort, unsere Sinne und unseren Verstand gebundene Wesen haben wir auch im Erdenken dessen, was jenseits aller Erkenntnis liegt, keine anderen Mittel als jene, die uns zur Erkenntnis unserer Welt zur Verfügung stehen: Vorstellungen zu bilden und mit Begriffen nach den Regeln der Logik zu operieren. Entscheidend aber ist, mit welchem Bewusstsein wir die Grenze zur Transzendenz hin überschreiten: Ob wir es tun im sokratischen Wissen, dass alle diese Mittel unzulänglich sind und wir doch immer nur sagen, was wir im Grunde nicht sagen können, oder ob wir glauben, das von uns Gedachte sei auch schon Wirklichkeit.

Dieses sokratische Bewusstsein verändert alles. Unsere Bilder, Vorstellungen und Begriffe nehmen wir nun als das, was sie sind: als Spiel unserer Phantasie, mit dem wir zu erhaschen versuchen, was wir nie erhaschen werden. Und doch kann uns dabei etwas Seltsames widerfahren: Einzelne Figuren in diesem Spiel können uns auf unerwartete Weise ansprechen, sie geben uns etwas zu bedeuten, ohne dass wir wissen, was sie bedeuten. Sie werden so zu Chiffren. Wie Wegweiser ohne Inschrift geben sie uns eine Richtung vor, der wir nicht anders als folgen können, ohne zu wissen, wohin sie führt. So kann die biblische Geschichte von Moses und der ihm auf dem Sinai geoffenbarten Gesetzestafel zur Chiffer werden für den Ernst des Gewissens im Ringen um die Unbedingtheit meines Wollens – als ginge es nun auch für mich um die Frage nach dem, was Gott mit mir wolle.

Um solche Wegweiser zu finden, kann ich meinen Blick nicht weit genug öffnen für all das, was Menschen von alters her schon Orientierung gewesen ist. Denn nur so kann ich finden, was für mich wahr sein kann. In der Einsamkeit des Für-sich-allein-Denkens gibt es keine Wahrheit, die Wahrheit, so das von Jaspers immer wieder zitierte Nietzsche-Wort, beginnt zu zweien. Wahr ist, was mich – bei allen Differenzen in dem, was wir glauben – mit dem anderen verbindet. Und das allein Verbindende ist die Vernunft, der Wille im andern und der Wille in mir, zu verstehen und verstanden zu werden. Mit diesem Programm allein schon ist Jaspers weit über seine philosophischen Zeitgenossen hinaus. Doch es blieb nicht beim Programm.

VII. Jaspers' Bemühen um grenzenlose Kommunikation, sein Projekt einer künftigen Weltphilosophie und seine Sorge um das Schicksal der Menschheit

Grenzenlos kommunizieren, mit den Toten und mit den Lebenden, und doch entschieden man selbst sein – kein Philosoph hat dies so konsequent vorgelebt wie Jaspers. Davon zeugt seine bewundernswerte Leistung in der Aneignung der Geschichte der Philosophie, die sich niedergeschlagen hat in seinem monumentalen Werk *Die großen Philosophen* und in seinen Monografien zu *Nietzsche*, *Descartes*, *Schelling*, *Cusanus*, davon zeugt aber auch sein Wille, weit über das Abendland hinaus in das Denken anderer Kulturen einzudringen, der ihn zu der – zur Zeit höchst aktuellen – These von der Achsenzeit geführt hat: jenem zeitgleichen Erwachen philosophischen Denkens in Vorderasien ebenso wie in Indien und China in der Zeit zwischen 800 und 200 v. Chr. Doch selbst dies war ihm nicht genug, er verstand alle diese Arbeiten als Teil bloß des von ihm in aller Stille vorangetriebenen, unvollendet gebliebenen Projekts einer *Weltgeschichte der Philosophie* als

der Grundlage einer künftigen Weltphilosophie.

Weltphilosophie heißt die von Jaspers intendierte künftige Philosophie nicht zuletzt darum, weil es ihm buchstäblich um die Welt, um die Menschheit als ganze und die Existenz jedes Einzelnen geht, als Bürger dieser Welt. So fragt er nach dem Krieg – im gleichnamigen Buch – nach *Ursprung und Ziel der Geschichte*. Aus seiner Sorge um die doppelte Bedrohung der Menschheit, durch den Totalitarismus auf der einen Seite und ihre Selbstvernichtung durch die Atombombe auf der andern Seite, wird er mit seinem Buch *Die Atombombe und die Zukunft des Menschen* zum Mahner und Warner und zum Vordenker einer neuen Weltfriedensordnung.

Nicht nur auf dem Katheder, sondern auch in der Öffentlichkeit dafür zu sorgen, dass Vernunft in die Welt kommt: dies bestimmt in der Zeit nach dem Krieg den Stil seiner Bücher, kommt zum Ausdruck in seinem Drang zur Einfachheit und Klarheit, seiner auf allgemeine Verständlichkeit dringenden Sprache jenseits von Jargon und billiger Rhetorik. Es treibt ihn dazu an, sich mit seinem Philosophieren über Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen an ein breites Publikum zu wenden. Auch darin wiederum ist er der Sokrater. Er gehört nicht zu jenen Philosophen, die im Bewusstsein ihrer eigenen Überlegenheit die Menge verachten und sich auf sich selbst und ihre engsten Kreise zurückziehen. Er ist der Philosoph, der auf die Straße geht und sich an alle wendet, im Wissen darum, dass auch er ein Mensch ist wie sie und nicht mehr. Vernunft, dies war seine tragende Überzeugung, kommt nur in die Welt durch Öffentlichkeit, durch Publizität, dadurch, dass Menschen öffentlich miteinander reden.

VIII. Jaspers als politischer Schriftsteller

Jaspers bittere Erfahrungen mit dem Naziregime haben seine Einsicht geschärft, dass es ohne politische Freiheit keine existenzielle Freiheit geben kann. In der Sorge, dass die Deutschen die von den Alliierten geschenkte Chance auf Freiheit erneut wieder verspielen könnten, wird er am Ende seines Lebens zum politischen Schriftsteller, der im Kampf für den Weg der Demokratie und für die von ihm angemahnte moralische Umkehr der Deutschen „Kopf und Kragen“ riskierte. Was ihn – trotz der heftigen Angriffe von links und rechts – weiterhin eingreifen lässt, ist die Grundprämisse seines Philosophierens, dass eine Philosophie sich nur auf eine Weise als wahr erweisen kann: dadurch, dass sie wirksam wird im eigenen Handeln. Und dies hieß für ihn persönlich, dass sie einmündet in die „moderne Tapferkeit“, die im Nichtwissen um das, was die Zukunft bringen wird, hier und jetzt tut, was notwendig und möglich ist – mit der alleinigen Gewissheit, dass Vernunft das Einzige in der Welt ist, worauf wir uns verlassen können.

Die Denkform, die Jaspers in seinen philosophischen Schriften pflegt: die Gedanken so zuspitzen, dass sie zu einer Entscheidung zwingen, schlägt auch in seinen politischen Schriften durch. Er greift bestehende Tendenzen auf, wie sie zum Ausdruck kommen etwa in den Notstandsgesetzen, in der Verjährungsfrage, in der Spiegelaffäre, in der Wahl des ehemaligen Nationalsozialisten Kiesinger zum Bundeskanzler, und er steigert diese Tendenzen idealtypisch zum Bösen hin, das erneut wieder droht. Kassandrisch nennt er dieses Denken. Es ist, wie sein Biograph und Interpret Hans Saner es charakterisiert, ein Denken, das die Unwahrheit riskiert „durch

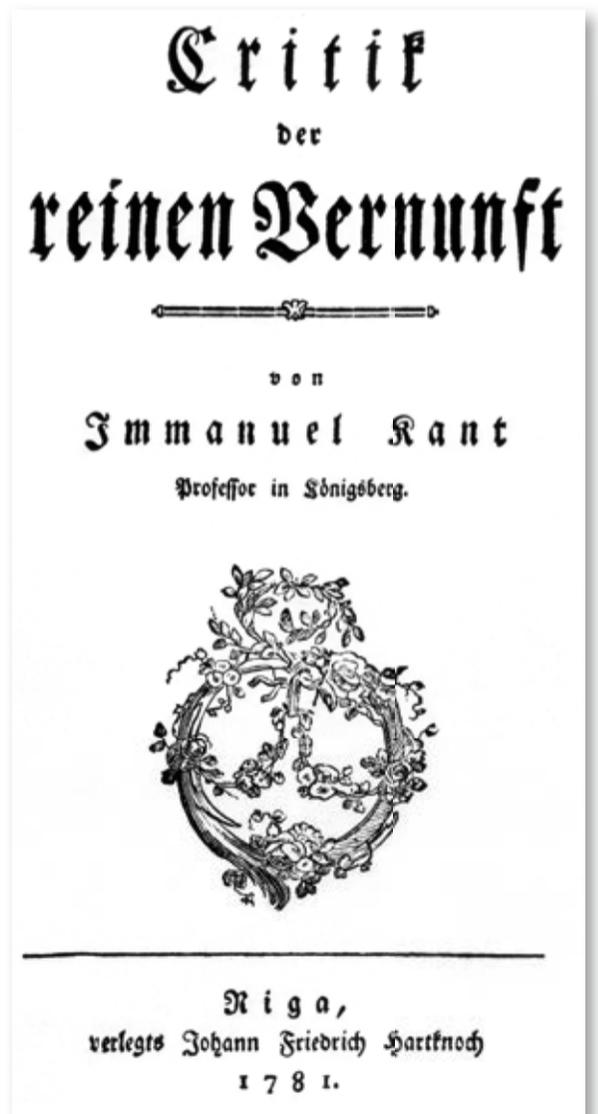


Die Rückfragen aus dem Publikum waren zahlreich – zumeist sind Jaspers und Adorno noch vielen Besucherinnen und Besuchern in lebhafter Erinnerung.

die Zuspitzung eines Gedankens bis in seine Radikalität“ und gerade dadurch der Wahrheit dient, indem es sichtbar macht, „was in der Wirklichkeit selber in undeutlicher Weise liegt“, als Warnung „vor einer möglichen äußersten Gefahr“ und als Mahnung zur „Umkehr“.

Hier, im öffentlichen Wirken und im politisch Werden seiner Philosophie, zeigt sich noch einmal, worin die eigentliche Bedeutung von Jaspers liegt: in seiner Grundhaltung, die nicht nur sein Werk, sondern auch sein Leben prägte und die sich ausdrückt in seinem

Willen, aufs Ganze zu gehen und redlich zu sein auch im Kleinsten, keinen Satz stehen zu lassen, zu dem er nicht stehen konnte. Ihm dürfen wir vertrauen – auch dann, wenn wir meinen, seiner Philosophie und seinen politischen Urteilen nicht folgen zu können. Allein dies schon erhebt ihn über seine zeitgenössischen Zunftgenossen – von seinem verlogenen Gegenspieler Heidegger nicht zu reden –, aber auch über die heute hoch gejubelten Welterklärer, die mit selbstgefälliger Rhetorik Feuilletonseiten füllen. □



Maßgebend für Jaspers war – zu sehen ist das Deckblatt von 1781 – Immanuel Kants Kritik der reinen Vernunft und die darin enthaltenen drei Grundfragen der Philosophie: Was kann ich wissen? Was soll ich tun? Was kann ich hoffen?

Foto: akg-images

Leben und Denken von Adorno im Überblick

Stefan Müller-Doohm

I. Grundzüge seines Denkens

Wenn ich als Zeitgenosse des 21. Jahrhunderts die Person Adornos und sein die Grenzen der Einzelwissenschaften sprengendes Werk in den Blick nehme, dann drängt sich als erstes die Frage auf: Haben das Projekt einer Kritik des gesellschaftlichen Ganzen und diese spezifische Gestalt des öffentlichen Intellektuellen uns heute noch etwas zu sagen? Ist Adornos Negativismus veraltet, weil die gegenwärtige Epoche eine ganz andere ist als die, in der er lebte und die er beschrieb bzw. mit den Mitteln der Kritik praktiziert, als bestimmte Negation auf den Begriff zu bringen versucht hat?

Einige aktuelle Stichworte einer Gegenwartsdiagnose sind:

- funktionale Differenzierung der Gegenwartsgesellschaft,
- ihr gestiegenes Niveau der Komplexität,
- Globalisierungsdynamik, verbunden mit einem expansiven, finanzmarkt-gesteuerten Kapitalismus,
- fortschreitender Klimawandel und wachsende Risiken der Großtechnologien,
- die Verdinglichung und Beschleunigung innerhalb weltweit verknüpfter digitaler Netzwerke.

Signatur fortschreitender Modernisierung sind auf der einen Seite Freiheits-spielräume, Emanzipationschancen und Differenzierungsgewinne wie beispielsweise die Trennung zwischen Staat, Gesellschaft, Ökonomie, Kultur und Individuum sowie auf der anderen Seite Marginalisierung und Exklusion sozialer und ethnischer Gruppen, Gewalt und destruktive Konflikte. Die Besinnung auf das Verhältnis von Kontinuität und Diskontinuität des Epochenwandels ruft in Erinnerung, dass es Adorno war, der die aktuell gebliebene Frage aller Fragen aufwarf: „Warum die Menschheit, anstatt in einen wahrhaft menschlichen Zustand einzutreten, in eine neue Art von Barbarei versinkt.“

Ich überzeichne bewusst, indem ich die *Dialektik der Aufklärung*, jenes 1944 erstmals als Privatdruck veröffentlichte Buch von Adorno und Max Horkheimer über Aufstieg und Fall der Vernunft, für die ursächliche Deutung der gegenwärtigen Bedrohungen und Konflikte ins Spiel bringe; aber die Autoren sollten zu jener kleinen Gruppe Intellektueller gehören, die sich der historischen Aufgabe stellt, die Absurdität einer Welt zu begreifen, aus deren Schoß die Missgeburten fortgesetzter Gewalt hervorgehen. „Dass es so weitergeht ist die Katastrophe“ (Walter Benjamin). Dieser erschütternden Einsicht musste sich das geschichtsphilosophische Denken der Repräsentanten Kritischer Theorie gewachsen zeigen.

Für diese Denkanstrengungen stehen vor allem zwei Bücher: zum einen die 1944 fertiggestellte, mit Max Horkheimer zusammen verfasste Studie mit dem Titel *Dialektik der Aufklärung*, die erstmals 1949 veröffentlicht wurde; zum anderen die 1966 erschienene *Negative Dialektik* von Adorno, die – wenn es bei ihm, der postuliert, alle Gedanken stünden gleich nah zum Mittelpunkt, so etwas gibt – als sein Hauptwerk gelten kann.



Prof. Dr. Stefan Müller-Doohm, Professor em. für Soziologie an der Universität Oldenburg

Die beiden Autoren bezeichnen die *Dialektik der Aufklärung* selbst als eine materiale Studie. Thema ist die Transformation bzw. die Universalisierung von Herrschaft am Ende der bürgerlichen Gesellschaft, die sich in eine autoritäre Gesellschaft gewandelt hat: Für den „Zusammenbruch der bürgerlichen Zivilisation“ stehen zeitgeschichtlich der Faschismus, Stalinismus und die amerikanische Massendemokratie.

Thema des ersten Teils der Studie ist einerseits das Scheitern, das Versagen der Aufklärung und andererseits die Reduktion von Vernunft auf instrumentelle Rationalität. Die Autoren schreiben unmissverständlich: „Aber die vollends aufgeklärte Erde strahlt im Zeichen triumphalen Unheils“. In den beiden folgenden Kapiteln geht es darum, den Preis für die Souveränität des Subjekts, die Subjektwerdung des Subjekts zu analysieren, und zwar am Beispiel der *Odysee* und der *Ilias* sowie den Schriften De Sades. An zentraler Stelle heißt es: „Furchtbares hat die Menschheit sich antun müssen, bis das Selbst, der identische, zweckgerichtete, männliche Charakter des Menschen geschaffen war, und etwas davon wird noch in jeder Kindheit wiederholt. Die Anstrengung, das Ich zusammenzuhalten, haftet dem Ich auf allen Stufen an, und stets war die Lockung, es zu verlieren, mit der blinden Entschlossenheit zu seiner Erhaltung gepaart.“

Im darauffolgenden Teil geht es um „Aufklärung als Massenbetrug“, was anhand der omnipräsenten Populärkultur, der „Kulturindustrie“, ihrer stereotypen Darstellungsmuster expliziert wird: „In der Tat ist es der Zirkel von Manipulation und rückwirkendem Bedürfnis, in dem das System immer dichter zusammenschießt.“ Im Anschluss daran entwickeln die Autoren Thesen über die Genese des Antisemitismus: „Gleichgültig wie die Juden an sich selber beschaffen sein mögen, ihr Bild [...] trägt die Züge, denen die totalitär gewordene Herrschaft todesfeind sein muss: des Glücks ohne Macht, des Lohns ohne Arbeit, der Heimat ohne Grenzstein, der Religion ohne Mythos. Verpönt sind diese Züge von der Herrschaft, weil die

Beherrschten sie insgeheim ersehnen.“ Am Schluss stehen Aufzeichnungen und Entwürfe, Aphorismen ähnlich der *Minima Moralia*. „Nicht das Gute, sondern das Schlechte ist Gegenstand der Theorie. [...] Ihr Element ist die Freiheit, ihr Thema die Unterdrückung.“

Mit der fast drei Jahrzehnte später publizierten *Negativen Dialektik* gibt sich Adorno Rechenschaft über die Art und Weise seines Philosophierens: Die *Negative Dialektik* ist ein erkenntnis-kritisches Buch, in dem begründet und vorgeführt werden soll, was negative Dialektik ist und wie sie verfährt.

Im Mittelpunkt der umfangreichen *Einleitung* steht die Begründung eines Begriffs philosophischer Erfahrung, den Adorno gegen die szientistische Erkenntnisweise absetzte. Das ontologische Bedürfnis (das „Zu den Sachen“ Husserls), das Adorno im ersten Teil behandelt, nahm er insoweit ernst, als er es als den Wunsch nach philosophischer Erfahrung entschlüsselte.

Im zweiten Teil explizierte er die zentralen Begriffe des Nichtidentischen und des Nichtbegrifflichen sowie die methodologische Konzeption eines Denkens in Konstellationen. Im Rahmen seiner Auseinandersetzung mit der Erkenntnistheorie von Kant, in der das Primat des Subjekts vertreten werde, formulierte er eine Kritik des Idealismus im Lichte spezifisch materialistischer Einsichten, um in diesem Kontext seine mehrfach variierte These vom Vorrang des Objekts zu begründen. Dem identifizierenden Denken, das zwischen Subjekt und Objekt trennen müsse, stellte Adorno einen Erkenntnismodus gegenüber, der die Spannung zwischen dem Allgemeinen und Besonderen der Phänomene nicht zugunsten des ersteren auflösen sollte. Um den Verkürzungen des rein begrifflichen Erfassens, der Abstraktheit klassifizierender Operationen zu entgehen, brachte er die „Utopie der Erkenntnis“ ins Spiel, die darin bestehe, „das Begriffslose mit Begriffen aufzutun, ohne es ihnen gleichzumachen“. Für das Begriffslose führte er die Kategorie der Nichtidentität ein, die er aber nicht als die bessere Alternative zum identifizierenden Denken, sondern als Korrektiv des begrifflichen Vorgehens verstand. Wenn die philosophische Reflexion die Autarkie des Begriffs preisgibt, streift sie „die Binde von den Augen. Ihr werde dann bewusst, dass ‚Subjekt [...] in Wahrheit nie ganz Subjekt, Objekt nie ganz Objekt‘ sei.

Im dritten Teil erprobte Adorno seine eigenen kategorial entworfenen Erkenntnisprinzipien an drei Modellen: den Philosophien von Kant und Hegel sowie der Metaphysik. So diskutierte er die Frage der Willensfreiheit in Relation zur Idee der Moralität, wie sie in Kants Theorie der Sittlichkeit ausgearbeitet worden war. Adorno machte Freiheit von einer zukünftigen Weltverfassung abhängig, in der die Menschen „nicht mehr böse zu sein brauchten. Das Böse wäre demnach ihre eigene Unfreiheit: was Böses geschieht, käme aus ihr“. Gegen eine Vorstellung der Willensfreiheit aus dem „principium individuationis“ formulierte Adorno seine Kritik am „Trug konstitutiver Subjektivität“, d. h. an der Verabsolutierung jenes Subjekts, das seine individuelle Selbsterhaltung absolut setze.

Der Erwartung Kants, dass sich Freiheit im transzendentalen Subjekt, sowie derjenigen Hegels, dass sich die Vernunft im Weltgeist verwirkliche, stellte Adorno das historische Faktum eines Misslingens der Kultur gegenüber, das Auschwitz „unwiderleglich bewiesen“ habe. Die zwölf *Meditationen zur Metaphysik*, die das Buch abschließen, bewegen sich in den äußersten Grenzbereichen dessen, was philosophische Reflexion vermag: Adorno fragte, ob sich die

Idee der Humanität des Menschen angesichts der Realität von Todeslagern überhaupt retten lässt.

II. Biographische Einsichten

Adorno kommt kurz nach der Jahrhundertwende, nämlich am 11. September 1903, zur Welt. Er wird als Jugendlicher zum Zeugen der Zerrissenheit der Moderne, der Erschöpfung des bürgerlich-humanistischen Formenkanons, des krisenhaften Zerfalls geistiger und ästhetischer Werte, zum Zeugen auch zunehmender Radikalität in der Kunst der Avantgarde. Parallel zu dieser Zeugnenschaft spielt sich vor den Augen des 30-Jährigen der Absturz der Geschichte in die Katastrophe ab. Wie reagiert ein sensibles Subjekt auf diese historische Erfahrung, auf den real erlebten Untergang und die Versuche seiner Überbietung in der Kunst? Den Boden der Vernunft verlässt Adorno, der es von Anfang an ablehnt, sein Heil im Nihilismus zu suchen, zu keinem Zeitpunkt. Er reflektiert auf eine antinomische Vernunft, von der er hofft, dass sie sich am eigenen Zopf aus dem Sumpf zu ziehen vermag, auf eine Vernunft, die es „nur in Verzweiflung und Überschwang aushalten kann“. Diese Einsicht, dass sich die Dialektik „durch die Extreme bewegt und so den Gedanken durch äußerste Konsequenz zum Umschlag“ bringt, kann zu den Kerngehalten seines Denkens gerechnet werden. Adorno, für den seinen eigenen Worten zufolge „die Kraft zur Angst und die zum Glück“ eine subjektive Eigenschaft ist, die für seine Persönlichkeit bestimmt sein dürfte, kennen wir als nonkonformistischen Intellektuellen; dies ist die eine Seite des Philosophen, Soziologen, Musik-, Literatur- und Kulturkritikers.

Das ist aber keineswegs der ganze Adorno. Es gibt doch die andere Seite, nämlich die des Musikers und Komponisten, der über 30 Werke der unterschiedlichen Gattungen geschaffen hat, zum Beispiel Klavierlieder, Orchesterstücke, Chöre: Ein musikalisches Werk, das stilistisch an Arnold Schönberg, Anton Webern und Alban Berg orientiert ist.

Adorno hat als behütetes und frühreifes Einzel- und Wunderkind im wirtschafts- und bildungsbürgerlichen Elternhaus, als Linksintellektueller während der Weimarer Epoche, als deutscher Emigrant in England und den USA und schließlich als wirkungsmächtiger Zeitdiagnostiker im Nachkriegsdeutschland viele Leben gelebt; das liebste war ihm das des Künstlers, wie es nicht zuletzt die von ihm über alles geliebte Mutter Maria Calvelli-Adorno repräsentierte, eine ehemalige Hofopernsängerin. Adornos „zweite Mutter“ Agathe, die unverheiratet gebliebene Schwester der leiblichen, die im Hause des Wiesengrunds, so der väterliche Name, lebte, nahm sich nicht nur der musikalischen, sondern auch der literarischen Bildung des Neffen an, mit dem sie Schubert sang, vierhändig Haydn und Brahms spielte sowie Gedichte Baudelaire in der Originalversion las. Von Kindesbeinen an wuchs der Knabe, der als Zwölfjähriger wie selbstverständlich mit Stücken von Beethoven auf dem Klavier brillierte, in der Welt der klassischen Musik und der europäischen Literatur auf. Während das jüdische Element innerhalb der Familie ganz in den Hintergrund gedrängt wurde, sorgten Mutter und Tante dafür, dass dem Heranwachsenden, der im Frankfurter Dom katholisch getauft worden war, aber als Schüler zum Konfirmandenunterricht ging, die Bilderwelt des Katholizismus vermittelt wurde.

Die Erfahrung einer geistig anregenden und emotional überaus glücklichen Kindheit war für die spezifisch utopische



Die anschließende Podiumsdiskussion zwischen Prof. Anton Hügli (li.) und Prof. Stefan Müller-Doohm (re.) wurde von Akademiestudienleiter Dr. Johannes Schießl moderiert, der auch die Organisation des Abends übernahm.

Grundströmung von Adornos späterem philosophischen Denken grundlegend, bekannte er doch selbst, dass die Fähigkeit zur Utopie „von der Liebe zur Mutter zehrte“. Von solchen Rückbezügen auf den positiven Erfahrungszusammenhang der Kindheitsjahre ist Adornos schriftstellerisches Werk durchdrungen: Er selbst spricht von „Erinnerungsspuren der Kindheit, die scheinen, als ob alleine um ihretwillen zu leben sich lohnte“.

Der Vater Oscar Wiesengrund hatte als akkultrierter Jude und als wirtschaftlich erfolgreicher Weinexporteur eine weltoffene Haltung, die ihm zusammen mit seiner ausgeprägten kulturellen Neugier einen Zugang zu jener Welt der Musik und der Kunst eröffnete, in der sein Sohn, seine Frau und auch deren Schwester ganz aufgingen. Bei der Erziehung hielt er sich zwar im Hintergrund, brachte dem Sohn gegenüber aber seine Wertvorstellungen zum Ausdruck, ohne dass er deshalb als patriarchale Autorität oder gar strenger Despot in Erscheinung trat. Die souveräne Position des sozial anerkannten Wirtschaftsbürgers und seine kosmopolitische Weltanschauung, verknüpft mit sozialistischen Tendenzen, hat es für seinen heranwachsenden Sohn eher leichtgemacht, zugleich mit der inneren Orientierung am mütterlichen Ideal sich mit personalen Eigenschaften sowie Werthaltungen des Vaters zu identifizieren. Dass diese Identifikation eine sehr schwache war, dürfte zutreffen. Der Konflikt mit dem Vater fand offenbar in milder Form statt. Denn durch die eigene Bindung Adornos an die beiden Frauen und durch die häufige Abwesenheit des Exportkaufmanns fehlte dem Sohn die Erfahrung des inneren Konflikts mit dem gleichgeschlechtlichen Teil.

Adorno blieb im Schutz seiner von den „Müttern“ repräsentierten Welt wie in einem narzisstischen Kokon. Während der Kindheitsphase fand er kaum einen Widerpart im Vater, wengleich

die Wesensunterschiede zwischen ihm und dem Sohn unübersehbar waren. Ein kleiner Beleg dafür ist die Tatsache, dass Adorno das Rebelle der Jugendbewegung und die politisch radikale Kampfstellung des Expressionismus stets fremd blieben. Adornos Vater förderte nicht nur in generöser Weise die früh ausgeprägten künstlerischen und geistigen Interessen des Sohnes, sondern er war Garant des Wohlstandes der vierköpfigen Familie und ihres relativ großzügigen Lebensstils.

Ein Grundgefühl emotionaler und materieller Sicherheit zusammen mit der Aufgehobenheit in der sinnlichen Sphäre der Musik kann als strukturgebend für Adornos Identitätsbildung unterstellt werden. Die Musik war das primäre Medium, in dem sich die Intensität der Bindung Adornos an die beiden Frauen innerhalb der Familie herstellte. Zugleich war der intensive Umgang mit der Musik für den Heranwachsenden eine frühe Quelle höchst persönlicher Erfolgserlebnisse.

Die erzwungene Emigration, zunächst 1934 nach England, dann 1938 in die USA, bewirkt einen Politisierungsprozess und eine Radikalisierung in Adornos Denken. Erst während der Exiljahre gewinnt es die Signifikanz an der ganz originären dialektischen Gesellschaftskritik. Die Reflexion des eigenen, des existenziellen und intentionellen (Hans Meyer) Außenseitertums versetzt ihn in die Lage, das Exil als Signum einer ganzen Epoche zu begreifen. Wenn er sich Thomas Mann gegenüber als einen „gleichsam professionell Heimatlosen“ beschreibt, dann bringt er damit die Überzeugung zum Ausdruck, dass die Fremdeitserfahrung des Exils mit der generellen Außenseiterposition des intransigenten Intellektuellen übereinstimmt.

Der Blick des Exilierten auf den verhängnisvollen Gang der Geschichte findet seinen bezeichnenden Auszug in

den *Reflexionen aus dem beschädigten Leben*. In den 1951 erstmals erschienenen *Minima Moralia* gibt sich Adorno Rechenschaft über den Kultur- und Sprachverlust in der Fremde, über den Schwebezustand zwischen Sicherheit und Fremdheit. In ihrer Summe bringen die *Minima Moralia* jene Trauer und Verzweiflung zum Ausdruck, die der Autor auf seine eigene Erfahrung eines existenziell und international Heimatlosen zurückführt. Als Marginalisierter

Die Reflexion des eigenen, des existenziellen und intentionellen Außenseitertums versetzt ihn in die Lage, das Exil als Signum einer ganzen Epoche zu begreifen.

lernt Adorno die soziale Zwischenstellung jenes Kritikers der Gesellschaft kennen, der sich in ihr aufhält und doch zugleich nicht ganz integriert ist. Es gelingt ihm, den Blick auf das gesellschaftliche Leben vom exterritorialen Bereich des Niemandslandes aus zu richten. Trotz seiner rückhaltlosen Kritik an Erscheinungsformen der Massenkultur spielt er keineswegs die vergangenen bürgerlichen Formen universaler Bildung und Kultur gegen die nivellierenden Konformitätszwänge der Gesellschaft aus, in der er lebt. Er betont, dass die guten Eigenschaften der bürgerlichen Lebensformen längst ihre Kehrseite enthüllt hätten: „Was immer am bürgerlichen einmal gut und anständig war, die Unabhängigkeit, Beharrlichkeit, Vorausdenken, Umsicht, ist verdorben bis ins Innerste. Denn während die bürgerlichen Existenzformen verbissen konserviert werden, ist ihre ökonomische

Voraussetzung entfallen. Das Private ist vollends ins Privative übergegangen, das es insgeheim von je war, und ins sture Festhalten am je eigenen Interesse hat sich die Wut eingemischt, dass man es eigentlich ja doch nicht mehr wahrzunehmen vermag, dass es anders und besser möglich wäre. Die Bürger haben ihre Naivität verloren und sind darüber ganz verstockt und böse geworden.“

In den *Minima Moralia*, seinem persönlichsten Buch, artikuliert Adorno auch erstmals die schockhafte Erfahrung von Ausschwitz. Die totale Dehumanisierung der Menschen in den Vernichtungslagern sei der extreme Ausdruck einer Gesellschaft, die alles Lebendige zum Ding mache. Alles Abweichende, die Besonderheiten des Individuums, seien als „Schandmale“ des Andersseins vernichtet worden. Die integrale, zunehmend vergesellschaftete Gesellschaft erzeuge aus sich heraus einen Vernichtungswillen. Vor diesem düsteren Hintergrund reduziert sich für ihn die Idee einer richtigen Gesellschaft auf eine, in der man „ohne Angst verschieden sein kann“.

Adornos Distanz zu den Konformitätszwängen der Gesellschaft war eine geistige Bedingung der Intellektualität Adornos. Im Maße, wie er sich lebensgeschichtlich seiner Position als Außenseiter bewusst wurde, formte sich der auf Begabung und Bildung zurückgehende Intellektualismus des jungen Erwachsenen zu jenem Selbstbild des Intellektuellen, der aus der Fremdeitserfahrung seine kritische Haltung zum Weltlauf gewinnen sollte. So war für Adorno das existenzielle Außenseiterdasein als jüdischer Emigrant die Bedingung dafür, dass er sich selbst als einen jener antibürgerlichen und damit politisch positionierten Intellektuellen definierte, für den „unverbrüchliche Einsamkeit die einzige Gestalt (ist), in der er Solidarität etwa noch zu bewahren vermag.“

Schon in einem Brief vom Sommer 1937, während der Emigrationsjahre in England, äußerte sich Adorno Horkheimer gegenüber, dass er ein Schriftsteller besonderer Art sei, „der die tiefste Einsamkeit und die prinzipielle Unmöglichkeit, das was er denkt und sagt, je einzufügen sich zum a priori gemacht hat“. Als Intellektuelle bezeichnete Adorno selbst jene Bürger, die sich den Herrschaftsansprüchen der Bourgeoisie entziehen: die Intellektuellen seien die letzten Bürger und zugleich deren Feinde.

Fünf Jahre nach seiner Einbürgerung als US-Amerikaner, im Spätherbst 1949, konnte sich Adorno erstmals ein Bild von Europa und dem vom Krieg verwüsteten Land seiner Herkunft machen, das er vor 15 Jahren zu verlassen gezwungen war. Der 46-Jährige war von der ersten Berührung mit dem europäischen Kontinent nach den langen Jahren des Exils zutiefst erschüttert. Nach seiner Ankunft in Paris schrieb er an seinen Freund Max Horkheimer: „Die Rückkunft nach Europa hat mit einer Gewalt mich ergriffen, die zu beschreiben mir die Worte fehlen. Und die Schönheit von Paris leuchtet durch die Fetzen der Armut rührender nur noch als je zuvor (...). Was hier noch ist, mag historisch verurteilt sein und trägt die Spur davon deutlich genug, aber dass es noch ist, das Ungleichzeitige selber, ge-

Demokratie bedarf des Elements des Widerspruchs, der nicht bloß im privaten Kreis, sondern in der Öffentlichkeit zu Gehör gebracht werden muss.

hört auch zum geschichtlichen Bild und birgt die schwache Hoffnung, dass etwas vom Menschlichen trotz allem überlebt“. Adornos spontane Freude ging so weit, das Motto seiner *Minima Moralia* zu variieren und zu behaupten, dass hier „das Leben noch lebt“.

Es sollte nicht lange dauern, bis Adorno im Nachkriegsdeutschland – ähnlich wie Karl Jaspers – als der Prototyp jenes öffentlichen Intellektuellen wahrgenommen wurde, der es riskierte, die tabuisierten Themen im restaurativen Nachkriegsdeutschland aufzugreifen. Wer anders als Adorno hätte gewagt, das Diktum zu formulieren: Nach Ausschwitz ein Gedicht zu schreiben sei barbarisch? Damit hat er sich in einer Weise exponiert, die den Rückzug in den Elfenbeinturm der reinen Wissenschaft kaum mehr zulassen sollte. Als er sich schließlich im späten Herbst 1959 mit der (auch schon von Jaspers aufgeworfenen) Frage beschäftigt, *Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit?*, stand er vollends im Rampenlicht der Öffentlichkeit. Der Frankfurter Philosoph und Soziologe bot die Reputation seiner wissenschaftlichen Stellung als Sozialforscher auf, um nachträglich vor Nachwirkungen des Nationalsozialismus zu warnen. Er erklärte: „Ich betrachte das Nachleben des Nationalsozialismus in der Demokratie als potenziell bedrohlicher denn das Nachleben faschistischer Tendenzen gegen die Demokratie.“

III. Historische Einordnung

Mit seinem doppelten Engagement als bedeutender Hochschullehrer und als öffentlicher Intellektueller spielte Adorno eine eminent politische Rolle, die sich als Glücksfall für die Bildung demokratischen Bewusstseins in der Bundesrepublik erwies. Mit der Nach-

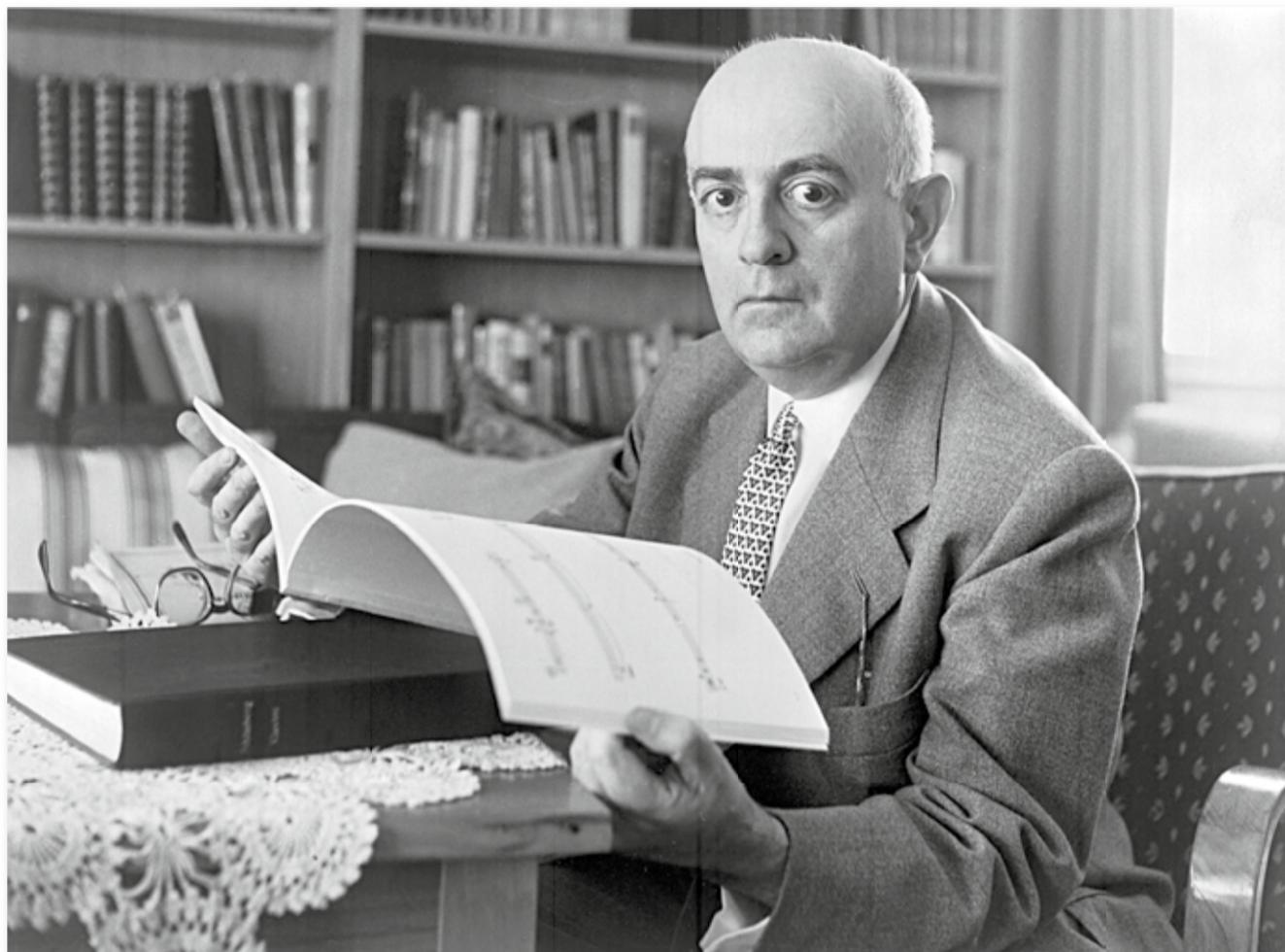


Foto: ak-images

Unser Bild zeigt den Philosophen, Soziologen, Musiktheoretiker und Komponisten Theodor W. Adorno um das Jahr 1960 in seinem Büro. Oft als

Einzelgänger verschrien, war es doch die Gesellschaft, die den vornehmlichen Gegenstand seines Nachdenkens darstellte.

drücklichkeit seiner Zeitkritik trug er dazu bei, dass einer ganzen Generation deutlich wurde: Demokratie bedarf des Elements des Widerspruchs, der nicht bloß im privaten Kreis, sondern in der Öffentlichkeit zu Gehör gebracht werden muss. Wie Adorno dem ‚juste milieu‘ opponierte, wie er überkommene Meinungen und Wertungen infrage stellte, das war in den ersten beiden Jahrzehnten der Bundesrepublik eine der besten Schulen, um etwas über Demokratie als kultureller Lebensform zu erfahren. Insofern ist Adorno von den Generationen seiner Schüler durchaus als eine politische Identifikationsfigur gesehen worden, obwohl er selbst, der im Grunde ein unpolitischer Mensch war, dem Glauben an eine sinnvolle politische Praxis immer höchst skeptisch gegenüberstand. Gerade, weil Adorno als Außenseiter wahrgenommen wurde, der sich institutionell aber so wenig integriert wie er sich einer der akademischen Disziplinen eindeutig zuordnen ließ, galt er in den Augen der Jüngeren als im höchsten Maße glaubwürdig.

Als von den Nazis Vertriebener hatte Adorno einen generellen Vertrauensvorsprung. In dem Maße, wie er das geschichtlich gerechtfertigte Misstrauen der Nachkriegsgeneration gegenüber einer blinden Verherrlichung deutscher Dichtung, deutscher Musik und Philosophie aufnahm, öffnete er wieder einen Zugang zu Goethe, Beethoven und Kant. In unkonventioneller Weise stellte er diese geistige Tradition in den Kontext einer Avantgarde, die sich des historisch erzeugten Leidens schmerzhaft bewusst war. So fanden die Jüngeren beispielsweise über Franz Kafka und Samuel Beckett zu Stefan George und Rudolf Borchardt, über Arnold Schönberg und Anton Webern zu Bach und Mozart, über Marx und Freud zu Hegel und Nietzsche. Die seit den sechziger

Jahren wachsende Hoffnung, dass ein ‚anderes Deutschland‘ unter dem Nazischutt verborgen sei und sich freilegen lasse, war im Wesentlichen Adornos geistiger Wirkung zu verdanken.

Adornos publizistisches Engagement für die *Erziehung zur Mündigkeit* hatte für die Pädagogik geradezu revolutionäre Auswirkungen und erwies sich als Impuls für die Schul- und Hochschulreformen der siebziger Jahre. Sich die hybride

Rolle eines intellektuellen Oberhaupts anzumaßen, war Adornos Sache jedoch nicht. Indem er die Augen dafür zu öffnen versuchte, dass jenes verbreitete Bedürfnis nach Leitbildern in konformistischer Weise Substantialität unterstellte, wo es keine substanziellen Normen geben könne, wurde deutlich, dass die Verpflichtung zu Ewigkeitswerten der Eigenständigkeit des Denkens und Handelns entgegensteht. □



Foto: ak-images

Zusammen mit dem Philosophen und Soziologen Max Horkheimer – das Bild zeigt ihn in seiner Bibliothek – veröffentlichte Adorno 1944 das Grund-

lagenwerk zur *Kritischen Theorie der Frankfurter Schule*: den Essayband *Dialektik der Aufklärung*.

Zerstörung und Wiederbelebung

Münchener Kulturbauten in der Nachkriegszeit

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war München eine fast vollständig zerstörte Stadt – das gesamte Land verunsichert und politisch desorientiert. Doch zumindest in einer Frage fassten die Verantwortlichen in Bayern sehr schnell eine Entscheidung: Wiederaufbau der Stadt ohne einen vollständigen Bruch mit der Vergan-

genheit. In der Veranstaltung „Zerstörung und Wiederbelebung. Münchener Kulturbauten in der Nachkriegszeit“ am 9. Mai 2019 warfen Politiker, Historiker und Denkmalexperthen einen Blick auf ein halbes Jahrhundert des „Münchener Wegs“, auf dem grundlegende Weichenstellungen für das heutige Stadtbild erfolgten.

Die Dimension der Zerstörung und die finanziellen Herausforderungen

Kurt Falthäuser

0.

2. Juni 1945: 23 Tage ist der 2. Weltkrieg zu Ende. Die erste Fronleichnamprozession in Friedenszeiten zieht durch die Münchner Innenstadt. Kardinal Faulhaber trägt das Allerheiligste, Pater Rupert Mayer ist unter der ungewöhnlich großen Zahl von Teilnehmern. Am Straßenrand stehen nicht, wie heute üblich, zwei lichte Zuschauerreihen, sondern fünf bis zehn Reihen von Menschen.

Dieser Fronleichnamzug wurde gefilmt. Der 15-minütige Streifen erschüttert jeden, der München liebt. Die Menschen gehen zwischen Schuttbergen, vorbei an einigen noch stehenden Brandmauern, an Wänden mit hohlen Fenstern. Der Zuschauer kann sich nur orientieren, wenn im Film gelegentlich die Theatinerkirche oder das Rathaus zu sehen ist.

Schon am 12. August 1944 hat der Journalist Wilhelm Hausenstein geschrieben: „Die Stadt ist zum größeren Teil zerstört: Der Eindruck ist grausig. Ich kann mir nicht denken, wie München je zur Repräsentation dessen, was es gewesen ist, wieder hergestellt werden soll.“

I. Der Bombenkrieg

Diese Zerstörung war das Ergebnis eines erbarmungslosen Bombenkrieges, der viele deutsche Städte ausgelöscht hat, Hunderttausende tötete und große Kulturdenkmäler im ganzen Land – auch in München – in Schutt und Asche legte. Ein Bombenkrieg, der im Laufe des Krieges immer gnadenloser wurde. Zunächst vor allem geführt von den Briten, dann, auch in Tagesangriffen, von den Amerikanern, auch von beiden Alliierten zusammen. Es war ein eskalierender Krieg gegen die Zivilbevölke-



Prof. Dr. Kurt Falthäuser, Bayerischer Staatsminister der Finanzen a. D.

rung, gegen die Zivilisation.

Schon im Jahr 1939, dem ersten Kriegsjahr, gab es Fliegeralarm in München; der erste Angriff mit Bombenschäden an Wohnhäusern war in München bereits am 5. Juni 1940. Die großen Angriffe der Engländer begannen im Dezember 1942 und wurden in den Jahren 1943 und 1944 immer intensiver.

Insgesamt erlebte München 176 Bombenangriffe. Aus dieser Vielzahl ragen Angriffe heraus, bei denen besonders viele Kulturbauten getroffen wurden:

- Der Angriff der Engländer in der Nacht vom 9. auf 10. März 1943 beschädigte die Staatsbibliothek, Gebäude an der Ludwigstraße, die Universität

und die Akademie der Bildenden Künste, die Glyptothek, die Neue Staatsgalerie, das Nationalmuseum, den Ostflügel der Residenz, die Badenburger und das Deutsche Jagdmuseum in Nymphenburg, sowie drei Theater, darunter das Deutsche Theater und acht Kirchen.

- Am 18. März 1944 der erste Tagesangriff der Amerikaner: Schwere Schäden in der Residenz, Marstallgebäude, Peterskirche, Allerheiligen-Hofkirche, Völkerkundemuseum, Alte Akademie, Alter Hof.

- 16. Juli 1944: Siegestor, Glyptothek, Neue Staatsgalerie, Lenbachgalerie, Alte und Neue Pinakothek, Akademie der Bildenden Künste, Künstlerhaus, Deutsches Museum, Preysing Palais.

Der letzte Angriff des Krieges war, begleitet mit Bordwaffenbeschuss von Tieffliegern, am 25. April 1945. Durch die Bomben wurden auch – in der Katholischen Akademie muss das erwähnt sein – in München 29 Kirchen zerstört: Ich zitiere den Münchner Merkur vom 17. April dieses Jahres: „Der Chor der Frauenkirche: zerstört. Die beiden Turmhauben: irreparabel beschädigt. Die Pfarrkirche Mariahilf: bis auf die Außenmauern niedergebrannt, der Turm schwer beschädigt. Der Alte Peter: Das Gewölbe und ein Teil der Nordwand eingestürzt. St. Bonifaz: ausgebrannt, nur noch 22 Säulen, Teile der Außenmauern und der Glockenturm ragen über einen Schutthaufen empor.“

Alle 176 Angriffe wurden in erstaunlicher Detailliertheit vom Münchner Polizeipräsidenten, dem örtlichen „Schutzleiter“, notiert. Die Aufzeichnungen lagern im Münchner Stadtarchiv. Es ist dem ehemaligen Leiter dieses Archivs, Richard Bauer, zu danken, dass er die Daten umfangreich in Büchern dargelegt hat, gemeinsam mit einer Vielzahl von erschütternden Bildern. Die Angriffsschäden anderer deutscher Städte kann man heute in Wikipedia abrufen.

Gegenstand dieser Aufzeichnungen des „Schutzleiters“ war selbst die Zählung der Flugzeuge und der Bomben. Ich will nur die Zahlen eines einzigen Angriffs, den der Amerikaner vom 11. Juli 1944, aus dem Bauer-Buch „Fliegeralarm“ beispielhaft anführen, um die Massivität derartiger Angriffe nachvollziehbar zu machen. Ich zitiere Bauer: „Beim 22. Angriff handelte es sich um einen schweren Angriff von etwa 1.000 Maschinen, einschließlich der zum Schutz mitgeflogenen Jäger. Getroffen wurden vor allem die Luftschutzabschnitte Nord, West und Ost durch den Abwurf von 1.510 Sprengbomben á 500 kg, 1.800 Sprengbomben á 250 kg, ungefähr 3.000 Sprengbomben á 125 kg, 4.800 Flüssigkeitsbrandbomben und 320.000 Stabbrandbomben, 18.000 Phosphorbrandbomben.“ Und das alles bei einem einzigen Angriff auf eine einzige Stadt!

Nun könnte man vermuten, dass die Flugzeuge die Kulturschätze, wie zum Beispiel die Residenz, nicht gezielt angegriffen haben und deren Zerstörungen quasi ein Kollateralschaden der Bombardierung strategisch wichtiger Ziele war. Weit gefehlt: Jörg Friedrich legt in seinem umfassenden Werk zum Bombenkrieg unter dem Titel „Der Brand“ dar, dass im Laufe des Krieges vor allem die Engländer die Mischung der verschiedenen Bombenarten immer mehr optimiert haben. Zunächst wurde das Ziel definiert, dann die anzugreifenden Gebäudesubstanzen. Städte mit vielen alten Fachwerkbauten wurden mit einer andern Mischung von Spreng- und Brandbomben belegt als Ziele mit dicken Mauern. Durch diese Mischoptimierungen konnten die Zerstörungswirkungen maximiert werden. Da war nicht viel Zufall. Auch die Ziele mit hohem historischen Wert wurden bewusst

und gezielt zerstört, – ebenso wie Wohnbereiche, die vor diesen Angriffen genau definiert wurden.

Luftbilder der Amerikaner aus dem Jahr 1945 zeigen gerade in der Münchner Innenstadt, dass nur noch die Außenmauern der Gebäude standen: Die Sprengbomben zerstörten die Dächer, die Brandbomben erledigten den Rest.

Wir alle haben die Bilder vom Brand des Notre Dame vom 15. April 2019 in Erinnerung. Diese Katastrophe tatenlos ansehen zu müssen, hat auch uns Deutsche tief bewegt. Dort waren schließlich 400 Feuerwehrleute erfolgreich im Einsatz. Bei den Bränden der Residenzen und Kirchen in Deutschland Ende des Krieges gab es mangels Infrastruktur, zerstörter Wasserleitungen und bescheidenem Gerät kaum noch nennenswerten Rettungswiderstand.

Wenn man die Zerstörungswirkungen durch den Bombenkrieg detaillierter beschreibt, muss man zwingend zwei Fragen beantworten – auch in einer Veranstaltung, in der es um Bausubstanz und Stadtgestaltung geht.

Die eine ist die Frage: Ist die Aufzählung der entsetzlichen Fakten auch eine Anklage?

In der Nachkriegszeit gab es zu dieser Frage vielfach Streit, auch peinliche Aufrechnung. Die Wertungen sollte jeder für sich entscheiden. Für mich persönlich will ich feststellen: Der flächendeckende Angriff auf die deutschen Städte war für die Alliierten militärisch nicht notwendig, er war Bestrafung. Natürlich ist zu bewerten, dass die Nazis den Krieg begonnen haben, England zuerst bombardiert haben, ab September 1940 bis Mai 1941. Aber deutsche Angriffe haben ein totalitäres Unrechtssystem zu verantworten; umfassend geantwortet haben demokratisch legitimierte Staaten, die Freiheit und Menschenwürde in ihren Verfassungen stehen hatten und haben. Dies macht die Bedeutung des alliierten Bombenkrieges so bitter.

Die zweite Frage bezieht sich auf die Problematik der Gewichtung der Bombardierungsfolgen. Ihr redet von zerstörten Palästen und Kirchen und betrachtet nicht das Leid der Menschen!!

Tatsächlich: Im Winter 1945/46 herrschte in Deutschland große Hungersnot; im Herbst 1945 standen pro Kopf durchschnittlich tausendfünfhundert Kalorien zur Verfügung, im Februar 1946 waren es nur noch tausendeinhundert. Das reichte gerade zum Überleben. Durch die verwüsteten Städte gingen Frauen, Kinder und Greise. Die Männer waren gefallen oder noch in Kriegsgefangenschaft. Verbrechen grassierten, die Selbstmordrate war erschreckend, Prostitution war weit verbreitet.

Aber wir wollen mit dieser Veranstaltung nicht menschliches Leid verdrängen: Unser Anliegen ist es, auf die Dramatik der Zerstörung zu erinnern und die Herausforderung und das Wunder des Wiederaufbaus zu zeichnen.

II. Der Wiederaufbau

Zerstört waren in München – mehr oder weniger – alle öffentlichen Gebäude, Kirchen, Kulturbauten. Hausenstein schrieb verzweifelt: „Das kann ja wohl nicht mehr aufgebaut werden!“ Aber es wurde wieder aufgebaut – trotz der entsetzlichen Rahmenbedingungen. Diese außergewöhnliche Aufbauleistung, über viele Jahrzehnte hinweg, lässt sich – sicherlich vergrößert – in vier Phasen einteilen:

- Die erste Phase bis Mai 1945. Noch während des Krieges wurde mit Vorsorgemaßnahmen und Planungen der Wiederaufbau vorbereitet und ermöglicht. Dies gilt insbesondere für die Münchner Residenz, wie ich in meinem späteren Vortrag darlegen werde.

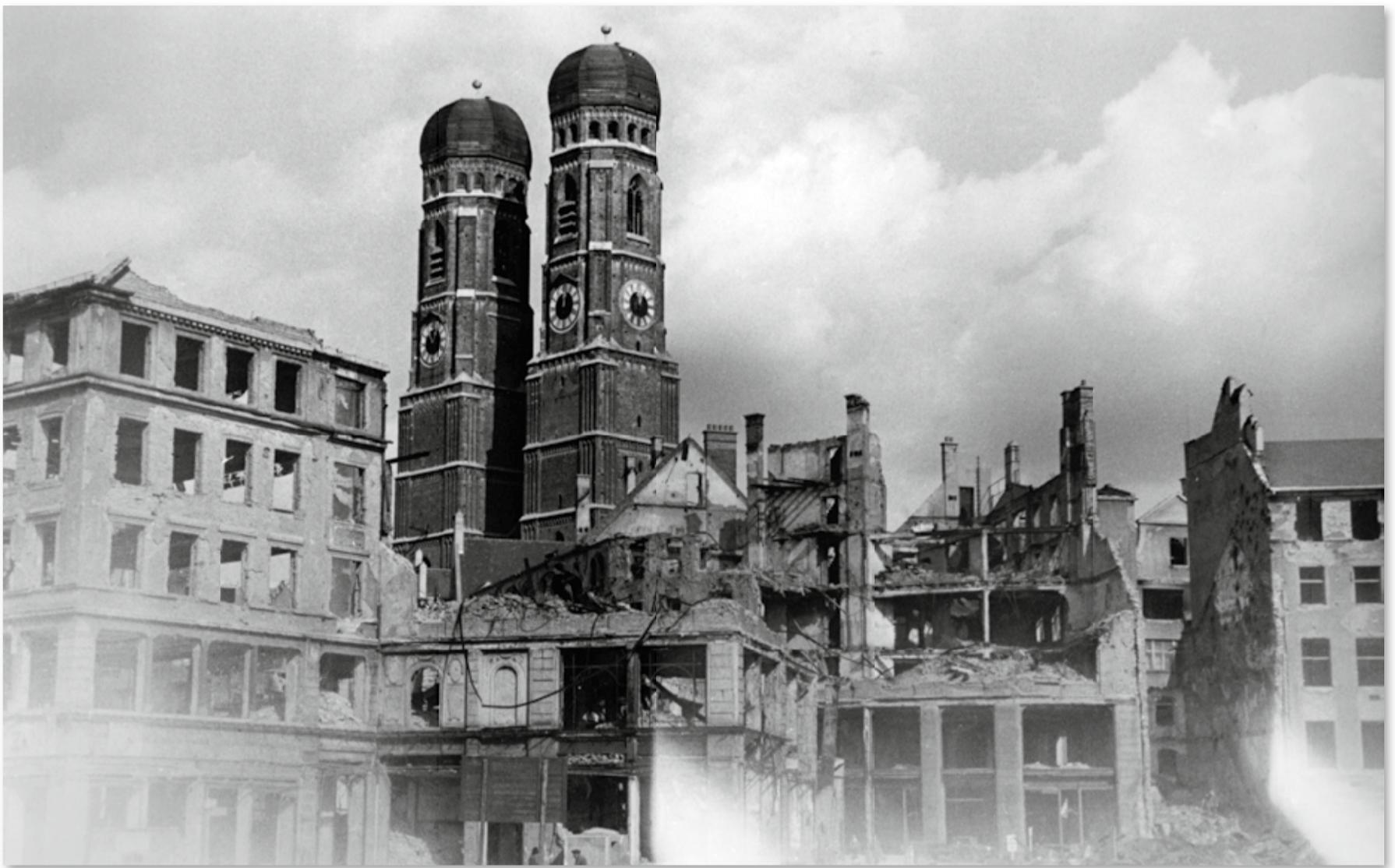


Foto: akq-images

Dieses Foto aus dem Jahr 1946 von Ursula Litzmann zeigt die Zerstörung Münchens.

- Die **zweite** Phase ist zu überschreiben mit Aufräumarbeiten und Schutzmaßnahmen. Da ging es um Schuttbeseitigung und Abtransport (mit skurrilen Eisenbahnzügen in den Straßen), mit dem Bau von Notdächern und Behelfsbauten. Diese Phase würde ich bis zum Jahr 1956 eingrenzen. In dieser Phase, unmittelbar nach Kriegsende, war die Kirche gelegentlich schneller als der Staat: Schon 1947 begann der Wiederaufbau der Frauenkirche, 1948 war sie so gut wie fertig.

Diese Zeit war begleitet durch einen erbitterten Streit zwischen Bewahrern und Neuerern, zwischen Alt und Neu. Gott sei Dank haben in diesem Grundsatzzstreit die Bewahrer gesiegt! Durch weitschauende Männer, wie dem Vater von Otto Meitinger, Karl Meitinger, oder dem ersten Präsidenten der Schlösserverwaltung, Professor Rudolf Esterer, sind die radikalen Pläne der Erneuerer zurückgewiesen worden. In den ersten Jahren nach dem Kriege wurden die Weichen gestellt für die Bewahrung des Münchner Stadtbildes, die weitgehende Wiederherstellung historischer Substanz und die Sicherung der Münchner Innenstadt-Atmosphäre. Ich bin gespannt auf die Ausführungen von Generalkonservator Professor Pfeil zu diesem Thema.

- Die **dritte** Phase beginnt etwa im Jahr 1956. Der wachsende Wohlstand ermöglichte es Staat und Stadt, größere Wiederaufbaumaßnahmen und nicht nur Reparaturen in Angriff zu nehmen. Diese Wiederaufbaumaßnahmen dauerten bis zum Ende des letzten Jahrhunderts.

- Dem schließt sich die **vierte**, letzte Phase, die der Spätrenovierungen an. Für die vielen Verzögerungen in dieser Zeit gibt es mehrere Gründe: Mangelndes Geld, mangelnde Fachkräfte, mangelnder politischer Druck. Lassen Sie mich diese Frage später anhand des Beispiels Residenz beantworten. Zu diesen Spätrenovierungen gehört auch die Umwandlung des Armeemuseums zur Staatskanzlei bis zum Jahr 1993, über die Dr. Altmann berichten wird.

Ein anderes Beispiel noch zu den Spätrenovierungen: Wir dachten, dass nach dem unendlich langen Streit um den Wiederaufbau der Allerheiligen-Hofkirche die feierliche Eröffnung dieses Kirchenraumes am 3. Juni 2003 der Schlusspunkt der großen Baumaßnahmen der Residenz sei. Gefehlt! Die Grundrenovierung der klassizistischen Räume im Königsbau, die Neugestaltung der Räume im rückwärtigen Teil des Königsbaus, sind erst im letzten Jahr abgeschlossen worden. Und die historische gelbe Treppe ist jetzt erst im Bau. Dr. Neumann ist der Experte und Macher dieser jüngsten Entwicklung.

Der Wiederaufbau ist hier und auch an anderen Stellen der Stadt noch nicht beendet. Man sollte für den Wiederaufbau keinen endgültigen Schlusspunkt definieren wollen.

Über den gesamten Prozess des Wiederaufbaus mit seinen Wert-Abwägungen, Stilentscheidungen, zeitbestimmten Prioritätenbildungen werden die beiden bedeutenden Historiker, Prof. Körner und Prof. Rumschöttel diskutieren. Freuen Sie sich auf dieses Gespräch.

III. Die Kosten

Professor Körner war bei der Vorbereitung unserer Tagung sehr streng zu mir. Er meinte: „Sie als ehemaliger Finanzminister müssen auch auf die Kosten des Wiederaufbaus eingehen.“ Eine derartige Kostenaufstellung von 1946 bis heute erscheint zunächst unsinnig, da früher das Bauen – zumindest nach unserer heutigen Optik – viel preiswerter war. Otto Meitinger berichtet zum Beispiel, dass die Einsetzung des Cuvilliés-Theaters zwischen 1956 und 1958 in den sogenannten Apothekerstock der Residenz lediglich umgerechnet fünf Millionen Euro gekostet hat. Damals sicherlich eine große Summe, später eine Bagatelle. Das zeigt der Vergleich mit den Kosten der Grundsanierung des Cuvilliés-Theaters in den Jahren 2004 bis 2008: Kosten von insgesamt fast 25 Millionen Euro.

Und dann lieber Herr Körner: Müsste man die Bücher sehr unterschiedlicherer Bauherren sichten; man müsste die Kosten der schrittweisen Baumaßnahmen der Universität, vieler Prachtbauten, wie z. B. das Leuchtenbergpalais, das Künstlerhaus, die Staatsbibliothek, die Alte Pinakothek, Neubauten wie die Neue Pinakothek oder die Neue Staatskanzlei eruieren und auf das heutige Preisniveau hochrechnen, um einen realistischen Kostenrahmen errahnen zu können. Hierzu kommen die Kosten des Wiederaufbaus von 29 Kirchen. Da müsste man eine Doktorarbeit vergeben.

Aber: Es gibt ein Dokument, das präzise die Kosten des Wiederaufbaus beispielhaft dokumentieren kann: Hermann Neumann, verantwortlich für die Baumaßnahmen der Residenz, hat die

Kosten des Wiederaufbaus der Residenz von 1945 bis 2005 aufgelistet, die Beträge auf Euro umgerechnet und inflationsbereinigt. Unter Einzelrechnung der Maßnahmen am Miniaturenkabinett und Allerheiligen-Hofkirche kommt Neumann bis 2005 auf einen Gesamtbetrag von 214 Millionen Euro. Rechnet man die Maßnahmen nach 2005 – etwa die technische Gesamtrenovierung der Residenz und die Renovierung des Königsbaus, die uns Neumann noch vorstellen wird, hinein, kommt man auf etwa 260 Millionen Euro.

Ich war überrascht, wie ich diese Neumann-Tabelle las: „So preiswert!“ Ich hatte vorher mehr als die doppelten Kosten geschätzt; aber dabei war ich wohl von der enormen Preisentwicklung der letzten 15 Jahre geblendet worden. Mehr als das, Herr Körner, kann ich zu den Kosten heute nicht bieten.

IV. Schluss: Phönix

Während der Schlussphase des Krieges, am 16. Februar 1945, wurde der Verein der „Freunde der Residenz“ in einem kleinen Baubüro der Residenz gegründet. Reinhard Riemerschmid hat das Logo dieses Vereins entworfen: den „Phönix“, jenen mythologischen Vogel, der am Ende seines Lebens verbrennt, dann wieder aus der Asche neu entsteht.

München ist nach seiner totalen Zerstörung tatsächlich wie ein Phönix aus der Asche wieder aufgestanden. Dies ist der Weitsicht von großen Persönlichkeiten, dem Fleiß der Bürger und der Fachkunde vieler Macher zu verdanken. Diese Veranstaltung kann auch ein kleiner Dank an diese Menschen sein. □

Denkmalpflege in einer zerstörten Stadt – Möglichkeiten und Alternativen

Mathias Pfeil

I. Entstehung des Denkmalpflegegedankens in Deutschland

Große gesellschaftliche Umbrüche haben häufig zur Folge, dass die Menschen das Alte, Bekannte und Traditionelle verstärkt schätzen, die „gute alte Zeit“ eben. So war es auch im 19. Jahrhundert, als Karl Friedrich von Schinkel, der preußische Oberbaurat und höchste Architekt Friedrichs des Großen von der „Entdeckung des Bedrohten“ schrieb. Er erkannte damals die neu entstandene „Entstehung des Erfordernisses“, das Historische zu bewahren.

Den geistesgeschichtlichen Hintergrund für seine Überlegungen bildete ein tiefgreifender Wandel, der das 19. Jahrhundert prägte. Die freiheitliche Gesellschaft, die sich infolge der Aufklärung und der Französischen Revolution entwickelt hatte, gründete ihre Existenz auf das Streben „nach Erkenntnis und [...] rationaler Beherrschung der Welt“.

Die rasant fortschreitende technologische Entwicklung der Industrialisierung führte zu einschneidenden Veränderungen – in der Gesellschaft, in der Natur, in der gebauten Umwelt. Die Menschen waren verunsichert, ihre Lebenswelt veränderte sich rasant, die Gesellschaft wandelte sich. Dieser Zeitenwechsel begründete das Bedürfnis, Historisches und Vergängliches zu erhalten, in Erinnerung an „das Bekannte“ als Sicherheit gebenden, unveränderbaren Wertmaßstab in einer noch unbekannteren, „neuen“ Zeit. Die Leistungen vergangener Zeiten wurden höher geschätzt als zeitgemäße Errungenschaften. Und so fand eine längst vergangene Epoche, das Gotische, plötzlich viele renommierte Anhänger: gotische Bauten, die jahrhundertlang unvollendet und wenig beachtet in den Städten standen, wurden in dieser Zeit fertig gebaut. Daraus entstanden auch die ersten Verordnungen zum Schutz historischer Bauten, die „klassische“ Denkmalpflege entwickelte sich ab etwa der Mitte des 19. Jahrhunderts.

Karl Friedrich von Schinkel hatte bereits 1815 die Einrichtung einer staatlichen Denkmalpflege gefordert; 1843 – zwei Jahre nach seinem Tod – wurde in Preußen das Amt des „Konservators für Kunstdenkmäler“ eingeführt. Schinkel hatte erkannt, dass die Erfassung des Bestandes an Bau- und Kunstdenkmälern, die Inventarisierung, der Ausgangspunkt für eine gelingende Denkmalpflege ist. 1882 trat die „Verordnung über die Inventarisierung der Baudenkmäler in Bayern“ in Kraft; 1908 gründete Prinzregent Luitpold das „Generalkonservatorium der Kunstdenkmale und Altertümer Bayerns“ – das heutige Bayerische Landesamt für Denkmalpflege.

II. Theoriediskussion: konservieren, nicht restaurieren

Bis zur Wende vom 19. auf das 20. Jahrhundert hatten sich in der Denkmalpflege zwei gegensätzliche Haltungen entwickelt. Die einen forderten einen behutsamen Umgang mit der historischen Bausubstanz und ihre Erhaltung. Daneben gab es Verfechter einer historisierenden Rekonstruktion, einer Zurückführung auf den Ursprungszu-



Prof. Dipl.-Ing. Architekt Mathias Pfeil, Generalkonservator des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege

stand. Die Spannung zwischen den beiden Haltungen in der Denkmalpflege entlud sich um das Jahr 1900. In diesem Jahr hatte erstmals der Tag für Denkmalpflege in Deutschland stattgefunden; die Verfechter der traditionellen, historisierenden Restaurierung und die Vertreter der substanzschonenden Denkmalpflege lieferten sich dort heftige Auseinandersetzungen.

Der deutsche Kunsthistoriker Georg Dehio (1850 – 1932) und sein österreichischer Kollege Alois Riegl (1858 – 1905) definierten die Erhaltungsvorstellungen schließlich neu. Im Mittelpunkt ihrer Theorien stand die Denkmalsubstanz. Dehio verkürzte seine Auffassung prägnant zu „konservieren, nicht restaurieren“. Restaurieren bezeichnete damals eine Rekonstruktion, eine originalgetreue Wiederherstellung. Riegl stellte die „Denkmalwerte“ ins Zentrum seiner Theorie: etwa den Erinnerungswert, den historischen Wert, den Gebrauchs- und den Kunstwert. Wichtig war ihm insbesondere der Alterswert, „die Wertschätzung von Altersspuren, von Patina“ – für ihn eine „wesentliche Dimension des Denkmals“.

Dehio und Riegl forderten eine Abkehr vom Weiterbau am Original, wie er im 19. Jahrhundert häufig vorgenommen worden war. Sie lehnten den Versuch, Bauten nachträglich zu vervollständigen, ab. Indem sie die Erhaltung der Substanz zum obersten Ziel erklärten, legten Georg Dehio und Alois Riegl den Grundstein für das heutige Verständnis der Denkmalpflege in Deutschland.

III. Zerstörung & Wiederaufbau in München – die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, denkmalpflegerische Ansätze nach 1945

Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs kam auch in München die Diskussion über die Erhaltung der historischen Substanz wieder auf, allerdings stellte sich diese Frage angesichts der immensen Zerstörungen nur am Rande, vielmehr ging es darum, nach der

Schütteräumung, der größten Baumaßnahme der Stadt München aller Zeiten, die unmittelbaren Lebensgrundlagen möglichst schnell wieder herzustellen. In der Denkmalpflege standen sich nach dem Zweiten Weltkrieg, wie schon knapp 50 Jahre zuvor zu Zeiten Dehios und Riegls, in der Theoriediskussion verschiedene Ansätze gegenüber. Jeder von ihnen fand im Wiederaufbau Münchens in gewisser Weise Anwendung. Eine „Substanzdiskussion“ im klassischen Stil, wie sie von Dehio und Riegl Anfang des 20. Jahrhunderts geführt wurde, hatte angesichts eines Zerstörungsbildes von bis zu 75 Prozent in der Münchener Altstadt allerdings keine Aussicht auf Erfolg, sie wurde denn auch nicht geführt.

Von besonderer Bedeutung war in München der städtische Wiederaufbauplan von Stadtbaurat Karl Meitinger, das „Neue München“, welcher bereits bei der zweiten Sitzung des Münchner Stadtrats am 9. August 1945 beschlossen worden war und der die Grundzüge des Wiederaufbaus für viele Jahrzehnte festlegte. München sollte sein typisches Gepräge nicht verlieren und auch nach diesen umfassenden Zerstörungen des Krieges und der Schütteräumung, bei der sehr viele der noch intakten Fassaden Sicherheitsaspekten geopfert werden mussten, erkennbar „münchenerisch“ bleiben. Karl Meitinger, der Vater des späteren TU-Präsidenten und Ehrenbürgers der Stadt München, Otto Meitinger, entwickelte unter großen persönlichen Gefahren bereits während der Kriegszeit dieses Wiederaufbaukonzept, das vorsah, Straßen, Wege und Plätze sowie monumentale Bauten wiederaufzubauen, aber an den Orten der größten Zerstörungen auch „im Sinne der Altstadt“ neu zu bauen.

So war es möglich, dass unter diesem Wiederaufbaukonzept zeitgleich verschiedene denkmalpflegerische Wiederaufbaukonzepte zur Umsetzung kamen – von der Erhaltung des noch Vorhandenen und der Reparatur der Ruinen bis hin zum kompletten Neubau.

Die wichtigsten denkmalpflegerischen Grundsätze in der unmittelbaren Nachkriegszeit in München waren

- die „restauratorische Denkmalpflege“, welche keine Veränderung an der historischen Substanz, und lediglich die Sicherung und den Erhalt der historischen Substanz als „authentisches Zeugnis (Dehio)“ vorsah. Aufgrund des immens hohen Zerstörungsbildes gibt es für diesen idealistischen Ansatz, wie ihn Georg Dehio und Alois Riegl zu Beginn des 20. Jahrhunderts, gleichsam als das „Mantra der modernen Denkmalpflege“ prägten, keine Beispiele.

- Die „rekonstruktive Denkmalpflege“, bei der weniger der Substanzbezug im Mittelpunkt stand, sondern vielmehr ein „Wiederaufbau im alten Stil“, wenn nötig, auch ohne authentische Substanz, mit dem Ziel des Erhalts einer „typischen“ städtebaulichen Situation. Der um den Wiederaufbau Münchens sehr verdiente Architekt Erwin Schleich war der wohl renommierteste Anhänger der „rekonstruktiven Denkmalpflege“. Ihm verdankt z. B. das Alte Rathaus in München seinen Turm: im Zweiten Weltkrieg schwer beschädigt, wurde das Alte Rathaus ab 1952 wieder aufgebaut, zunächst ohne Turm. Dessen Wiederherstellung beschloss der Stadtrat erst 1970. Erwin Schleich rekonstruierte ihn 1971 – 74 nach dem Vorbild des gotischen Originals von 1493. Dieser Turm wurde 2018 als ein „Denkmal des Wiederaufbaus“ auf die Denkmalliste genommen. Ein weiteres Beispiel ist das am Rücken der Feldherrnhalle gelegene Preysing-Palais, das vom selben Architekten in idealisierter Form wieder aufgebaut wurde.

- Bei der „schöpferischen Denkmalpflege“ ging es um den Erhalt prägender Substanz, aber mit der Möglichkeit der „freien Interpretation im Inneren“, also dort, wo die größten Schäden an den Gebäuden entstanden sind. Diese Form der „Fassadendenkmalpflege“ hatte das Ziel des Erhalts einer „übergeordneten Gesamtsituation“. Georg Lill, Generalkonservator des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege 1929 – 1950, Karl Meitinger und der Architekt Rudolf Esterer beispielsweise waren Vertreter dieser „schöpferischen“ Denkmalpflege: Für Esterer, den ersten Nachkriegspräsidenten der Bayerischen Schlösserverwaltung, stand die „Schöpferische Denkmalpflege“ im Gegensatz zum „konservieren, nicht restaurieren“ Dehios und Riegls. In der Praxis ging er soweit, dass er den noch vorhandenen, beschädigten Bestand im Sinne des Originals neu interpretierte, etwa bei der Wiederherstellung der Kaiserburg Nürnberg. In München gab er zugunsten des Einbaus des Herkulesaals die nach dem Krieg noch erhaltene Raumfolge des Thronsaals im Festsaalbau der Residenz auf, griff also auch massiv in historische Substanz ein. Ein weiteres typisches Beispiel dieses sehr häufig angewandten Konzepts ist der Wiederaufbau der *Alten Akademie* in der Neuhäuser Straße durch den Architekten Josef Wiedemann.

- Die „kreative Denkmalpflege“ war ein Mischling zwischen schöpferischer und restauratorischer Denkmalpflege, hier sollte der noch vorhandene Bestand gesichert und die Schäden am Gebäude, ausgebessert durch Neubauteile, sichtbar gemacht werden. Ein besonders schönes Beispiel dieses Konzepts ist die Instandsetzung der Alten Pinakothek durch den Architekten Hans Döllgast, der in vergleichbarer Weise auch beim Kloster Sankt Bonifaz tätig gewesen war.

- Eine weitere Herangehensweise war der Abriss zerstörter Gebäude und an deren Stelle „im Sinne der Altstadt“ errichtete Neubauten. Ein gutes Beispiel für die Architektur der Nachkriegszeit ist auch die von Sep Ruf und Theo Papst gestaltete Neue Maxburg: Die Ruine wurde bis auf den Turm, der in den Neubau integriert wurde, abgetragen. Die bis 1957 fertiggestellte Neue Maxburg ist eine freie Interpretation des historischen Vorbilds. Die Stahlbeton-Skelett-Konstruktion zeigt eine moderne Architektursprache, die städtebauliche Konzeption als offene Hofanlage entspricht dem Plan Karl Meitingers. Seit 1999 steht die Neue Maxburg unter Denkmalschutz.

In Bayern gelang es, trotz der weitreichenden Schäden, große Teile des baulichen Erbes zu erhalten. In besonderer Weise ist es der Stadt München gelungen, den „Charakter der Stadt“ durch vorausschauende Planungen zu erhalten. Den größten Anteil an dieser Erfolgsgeschichte hatte der Stadtbaurat Karl Meitinger, der – noch während des Zweiten Weltkriegs – seine Schrift „Das neue München“ entwickelt hatte, die der Münchener Stadtrat unter Oberbürgermeister Thomas Wimmer sehr schnell, bevor andere architekturtheoretische Diskussionen Gewicht bekamen, als sein Stadtentwicklungsplanung beschlossen hatte.

Alle die vorgenannten denkmalpflegerischen Herangehensweisen konnten unter dem übergeordneten Konzept von Karl Meitinger umgesetzt werden, da dieses ausreichend Freiräume hierfür bot. Allerdings reichten die Grundaussagen des „Meitinger-Plans“ völlig aus, um die stark zerstörte Stadt wieder in typischer Weise aufzubauen, anstatt sie



Foto: Robert Kiderle

Das Alte Rathaus am Marienplatz bekam beim Wiederaufbau einen zweiten Turm. Der Herstellung „im

alten Stil“ wurde Vorrang vor der Authentizität gewährt.

in modernen Formen neu zu errichten, wie dies damals vielfach gefordert wurde. Seine Vorschläge sind von großer Weitsicht, sensiblem Umgang mit der Geschichte und klarem Blick für die Potenziale der noch in Trümmern liegenden Stadt geprägt: Die Nutzung der historischen Grundrisse und Straßenzüge bildete zusammen mit der Reparatur stadtbildprägender Einzelbauten und der Einbeziehung erhaltener Fassaden die Basis des Münchener Wiederaufbaus.

Um die verbliebenen baulichen Strukturen herum konnten sich moderne Neubauten behutsam in das gewachsene Stadtbild einfügen. Meitinger integrierte zudem ein neues Ringstraßensystem in das Stadtgefüge, das ein stark zunehmendes Verkehrsaufkommen aufnehmen konnte. Geradezu visionär muten angesichts der Zerstörung seine Vorschläge für ein künftiges U-Bahn-System an.

Der Wiederaufbau auf historischen Grundrissen und Straßenführungen war im Jahr 1946 alles andere als eine Selbstverständlichkeit. In Hannover z. B. wurden stattdessen die historischen Strukturen von Straßen, Wegen und Plätzen aufgelöst. Die Ruinen historischer Bauten wurden fast vollständig abgetragen; nur herausragende Denkmäler wie z. B. Kirchen blieben, gleichsam als „Traditionsinseln“, stehen. In Hannover orientierte man sich, dem Motto „Räder können rollen“ folgend, am Ideal der autogerechten Stadt.

Der Wiederaufbau Münchens entwickelte eine eigene Sprache, es entstand

eine typische Münchener Wiederaufbauarchitektur, für die beispielhaft etwa die von Josef Wiedemann erneuerte und ergänzte Alte Akademie steht.

War der Umgang mit der historischen Substanz in der Zeit des Wiederaufbaus teilweise noch recht frei, änderte sich dies Anfang der 1960er Jahre – bedingt auch durch massive Veränderungen in den Strukturen der Städte. Dieser Wandel ist – knapp 20 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs – nachvollziehbar: Der Bauboom der Wirtschaftswunderzeit wurde vielerorts als eine „zweite Zerstörungswelle“ empfunden, die den übriggebliebenen Rest historischer Bausubstanz wegzuschwemmen drohte. Historische Bauten erschienen als gefährdet. Nach dem umfassenden „Weiterbauen am Denkmal“ wurde die Authentizität von Denkmälern in Form ihrer historischen Substanz wieder in den Mittelpunkt gerückt.

IV. Die Charta von Venedig: der Substanzbegriff kehrt zurück

Die Isola di San Giorgio Maggiore war im Jahr 1964 Schauplatz des Internationalen Kongresses der Architekten und Techniker der Denkmalpflege. Hier entstand die Charta von Venedig – ein Thesenpapier, das die Prinzipien, die in der Theoriediskussion um 1900 erarbeitet worden waren, neu formulierte. Die Charta gilt auf internationaler Ebene als Grundlage für den Umgang mit historischer Bausubstanz. Sie definiert Denkmäler als lebendige Zeugnisse jahrhundertelanger Entwicklung. Die

Menschheit sei dafür verantwortlich, ihr gemeinsames Erbe für künftige Generationen zu bewahren, so die Charta. Einen Schwerpunkt legten die Verfasser des Dokuments auf den Wert der Instandhaltung. Dabei sollen alle Epochen respektiert und die historischen Werte erhalten werden.

Die Charta von Venedig setzte Standards, die in der Denkmalpflege bis heute Gültigkeit haben: Sie definierte erstmals den Begriff des „städtebaulichen Ensembles“, sie beschreibt Kulturlandschaften ebenso als schützenswert wie Industriebauten.

V. 1973: ein Denkmalschutzgesetz für Bayern

Wie schon etwa 100 Jahre zuvor lösten die tiefgreifenden Veränderungen in der Lebenswelt der Menschen einen Bewusstseinswandel aus. Die Stimmung in der Bevölkerung ändert sich in diesen Jahren auch in Bayern. Als in München das Roman-Mayr-Haus am Marienplatz zugunsten eines Neubaus für eine Filiale von Kaufhof abgerissen werden soll, fordern Bürgerproteste rechtlichen Schutz gegen „das Wüten der Architekten“. Mit der Verabschiedung des von Dr. Erich Schosser mitinitiierten Denkmalschutzgesetzes im Jahr 1973 erhält die Arbeit der staatlichen Denkmalpflege in Bayern eine gesetzliche Grundlage. Das Denkmalschutzgesetz ergänzt die Bayerische Verfassung, die in Artikel 141 schon seit 1946 festlegt: „Staat, Gemeinde und Körperschaften des öffentlichen Rechts haben die Aufgabe, Denk-

mäler zu schützen und herabgewürdigte Denkmäler ihrer früheren Bestimmung wieder zuzuführen...“. Was ein Denkmal ist, definiert das Bayerische Denkmalschutzgesetz seit 45 Jahren folgendermaßen: „Ein Denkmal ist eine vom Menschen geschaffene Sache aus vergangener Zeit [...], deren Erhaltung aufgrund ihrer geschichtlichen, künstlerischen, städtebaulichen, wissenschaftlichen oder volkskundlichen Bedeutung im Interesse der Allgemeinheit liegt.“

Der Begriff der Substanz findet sich auch im Bayerischen Denkmalschutzgesetz. Artikel 5 fordert: „Baudenkmäler sollen möglichst entsprechend ihrer ursprünglichen Zweckbestimmung genutzt werden.“ Und, falls dies nicht möglich sein sollte: „sollen die Eigentümer [...] eine der ursprünglichen gleiche oder gleichwertige Nutzung anstreben. Soweit dies nicht möglich ist, soll eine Nutzung gewählt werden, die eine möglichst weitgehende Erhaltung der Substanz auf die Dauer gewährleistet. [...]“.

VI. Aktuelle Fragestellungen – oder: Nichts Neues?

Die Fragestellungen, mit denen sich die Denkmalpflege heute auseinandersetzen hat, sind – wenn auch unter veränderten Vorzeichen – immer wieder dieselben. Das ist nicht weiter verwunderlich, denn wie die Geschichte zeigt, ist die Denkmalpflege auch ein Spiegel der Entwicklung, sie ist ein gesellschaftliches Anliegen. Das Bedürfnis, Altes zu erhalten, die gewohnte Umwelt zu



Foto: Robert Kiderle

Die Alte Akademie in der Fußgängerzone – zur Zeit mit großer Baustelle – neben St. Michael ist ein Beispiel der „schöpferischen Denkmalpflege“.

Leitbild war hier das Wiederherstellen der Fassade, die in eine städtebauliche Gesamtsituation eingebunden sein sollte.

schützen, tritt immer dann besonders stark auf, wenn massive Veränderungen passieren.

Denkmalverluste erschüttern uns nach wie vor. Ich erinnere an dieser Stelle nur an zwei unwiederbringliche Verluste im letzten Jahr: In Donauwörth wurde das so genannte Wagenknechtshaus im 700. Jahr seines Bestehens abgebrochen – zugunsten des Neubaus eines Geschäftshauses.

In Giesing verschwand das *Uhrmacherhäusl*: Innerhalb weniger Minuten wurde das alte Handwerkerhaus abgerissen – eigentlich sollte es instandgesetzt werden, die zwischen Landesamt für Denkmalpflege und Stadt München abgestimmte Genehmigung für eine behutsame Sanierung war wenige Wochen zuvor erst erteilt worden, für den Abriss selbstverständlich nicht. Die entsetzten und verärgerten Nachbarn wurden tätig: sie informierten die Behörden und die Medien, organisierten Informationsveranstaltungen und Mahnwachen, brachten das Thema an die Öffentlichkeit.

Das bürgerschaftliche Engagement zugunsten der Denkmalpflege wächst momentan – Beispiele wie das Uhrmacherhäusl, zu dessen Gedenken es immer noch Mahnwachen von Bürgerinnen und Bürgern gibt, zeigen dies. Aber auch für die Tierklinik in München, die drei alten Häuser an der Sailerstraße und viele andere Gebäude gibt es engagierte Fürsprecher. Nicht immer handelt es sich bei diesen Bauten um Denkmäler, nicht immer ist es mit den Instrumentarien des Denkmalschutzgesetzes

möglich, diese „gefühlten Denkmäler“ zu erhalten.

Historische Gebäude, Denkmäler oder auch nicht, sind vielfach bedroht. In den Ballungsräumen vom großen Siedlungs- und Baudruck, in den ländlichen Regionen vom Leerstand. Mit dem Kommunalen Denkmalkonzept – kurz KDK – bietet das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege seit Kurzem ein neues Instrumentarium an: Es richtet sich an alle Gemeinden in Bayern, die sich mit ihrer historischen Identität auseinandersetzen und sie bewahren wollen. Das bauliche Erbe eines Ortes ist eine wertvolle Ressource, es bietet Alleinstellungsmerkmale. Ein KDK ist auf zehn bis fünfzehn Jahre angelegt und zeigt in drei Schritten Wege auf, diese Qualitäten zu erhalten und weiterzuentwickeln: nach der Analyse der Stärken, der erhaltenswerten, prägenden Bausubstanz, wird der Handlungsbedarf definiert.

Ziel des KDK ist die Stärkung der lokalen Identität – im dritten Schritt werden daher konkrete Lösungsvorschläge für die jeweilige Kommune erarbeitet. Dann geht es z. B. darum, Nutzungskonzepte für leerstehende ehemals landwirtschaftlich genutzte Bauten zu entwickeln, oder zu überlegen, wie die Nachverdichtung denkmalverträglich gestaltet werden kann. Aktuell gibt es rund 20 Projekte, die über ganz Bayern verteilt laufen. Das KDK wird von den Kommunen gut angenommen; es wird hoffentlich die Zukunft vieler Denkmäler und historischer baulicher Strukturen sichern.

VII. Denkmäler der Zukunft – Zukunft der Denkmäler

Denkmalpflege ist das „Bewahren der vorletzten Generation“. Es braucht einen gewissen Abstand zu den baulichen Zeugnissen vergangener Zeit, um sie in ihrer Qualität wirklich beurteilen zu können. Bei den Gebäuden der letzten 30, 40, 50 Jahre braucht es – neben den weiterhin wichtigen traditionellen Methoden – neues Wissen: wie gehen wir mit den Baustoffen um, die in der Nachkriegsmoderne Verwendung fanden? Beton, Aluminium, Glas – sie wurden verbaut, ohne dass man wusste, wie sie Nutzung und Witterung überdauern. Die Gestaltung der Bauten orientierte sich primär an deren Aussehen, es wurde für die Ästhetik gebaut; Nachhaltigkeit oder Reparaturfähigkeit spielten eine untergeordnete Rolle. Für diese Bauten braucht die Denkmalpflege neue Herangehensweisen – auch muss die Forderung nach der Erhaltung der „historischen Substanz“ in diesem Zusammenhang möglicherweise überdacht werden.

Bauliche Qualitäten der 1970er, 1980er Jahre, die sich bis heute erhalten haben, werden wir nur mit „aktuellem Know-How“ erhalten können. Wer weiß, vielleicht stehen eines Tages architektonische Zeugnisse der Münchener Geschichte wie der Gasteig, die Pinakothek der Moderne oder die Fünf Höfe auf der Bayerischen Denkmalliste? Dies allerdings nur, wenn diese Gebäude ihre „erste Phase der gesellschaftlichen Prüfung“ überstehen, und beim

Gasteig kann man sich inzwischen fast sicher sein, dass dies nicht passieren wird. Dieses hochfunktionale, akustisch keineswegs schlechte und architektonisch sehr typische Gebäude der 80er Jahre wird nicht überleben. Er wird eines der abgegangenen „Fast-Denkmäler“ sein, wie das Schwabylon oder das schwarze Hochhaus an der Münchner Freiheit, das – um die Stadtsilhouette zu schonen – bis auf wenige Geschosse abgetragen und zu einem architektonischen Krüppel umgestaltet wurde. Schade!

Aber die Denkmalliste wird in jedem Fall fortgeschrieben werden – neue Denkmäler, die im Interesse der Allgemeinheit erhaltenswert sind, und die diese „erste Phase ohne Schutz“ überlebt haben, werden hinzukommen. Dass Denkmalpflege ein gesellschaftliches Anliegen ist, daran gibt es keinen Zweifel: sie spiegelt gesellschaftliche Bedürfnisse wider, ihre Aufgaben verändern sich mit den gesellschaftlichen Entwicklungen. □

Literatur

Hubel, Achim: Denkmalpflege – Geschichte, Themen, Aufgaben. Eine Einführung, Reclams Universal-Bibliothek, Nr. 18358, Philipp Reclam jun. GmbH & Co., Stuttgart 2006.

Pfeil, Mathias (Hrsg.): Das neue München – Vorschläge zum Wiederaufbau. Nachdruck der Originalausgabe von 1946. Volk Verlag, München 2014.

Die Münchner Residenz: 70 Jahre des Wiederaufbaus

Kurt Falthhauser

I. Einführung

Es muss im Jahr 2002 gewesen sein. Ich suchte Materialien für einen kleinen Vortrag. Bei der Suche musste ich feststellen, dass es zwar einen Residenzfürer gab, Aufsätze von Experten, aber keinen großen umfassenden Band zu unserer Residenz. Das durfte doch nicht wahr sein! Die Münchner Residenz nimmt europaweit einen herausragenden Platz ein; vier Jahrhunderte war sie der Wohn- und Regierungssitz der Fürsten und politischen Zentrum des Landes. Dieser komplexe Bau, Schritt für Schritt entstanden, zeigt alle Stufen der Baustile dieser Jahrhunderte: Renaissance, Barock und Rokoko, Klassizismus. Das Ausmaß, die Vielfalt und die Pracht der Anlage demonstrieren den Rang der Bauherren, ihre politische Bedeutung und ihren Kunstsinne. Ich zitiere Otto Meitinger: „Die besondere bau- und kunstgeschichtliche Bedeutung der Münchner Residenz liegt darin, dass sie, anders als die meisten europäischen Fürstentümer, nicht nach einem vorgegebenen Plan in einer Stilepoche gebaut wurde, sondern im Laufe von fast fünf Jahrhunderten durch die Bautätigkeit einer langen Reihe regierender Wittelsbacher Herzöge, Kurfürsten und Könige allmählich gewachsen ist.“

Und für diesen Gebäudekomplex im Herzen der Stadt München gab es keinen großen Prachtband, kein richtig dickes, schönes Buch!

Das wollte ich ändern und gab einen entsprechenden Auftrag. Nach einem Jahr wurde mir ein wunderbarer Entwurf vorgelegt. Mit der Darstellung des stufenweisen Aufbaus war den Autoren Johannes Erichsen, Sabine Heym, Hermann Neumann, Amanda Ramm und Gerd Schatz sehr gelungen. Aber ich war nicht zufrieden. Denn die Zerstörung im Zweiten Weltkrieg war textlich erwähnt, aber nicht entsprechend ihrer Dramatik bildlich dargestellt.

So durchkämmten die Autoren Bildarchive und wurden umfassend fündig. Mit Bildern nicht nur aus der Schlösserverwaltung, sondern vor allem vom staatlichen Bauamt dokumentierten sie bis ins Detail das Werk des Bombenkrieges.

So wuchs eine Text- und Bilddokumentation heran, die durch Gegenüberstellung von schwarz/weiß Bildern der Zerstörung und der farbigen Abbildung der renovierten Räume das Wunder des Wiedererstehens der Residenz beeindruckend dokumentiert.

II. Die Bombenangriffe

Die Münchner Residenz ist nicht, wie man das bei anderen Bauwerken feststellen kann, in einer Nacht zerstört worden. Es war eine Vielzahl von Angriffen. Relevant für die Zerstörung der Residenz sind insgesamt zehn Fliegerangriffe.

- Ein erster datiert erstaunlich früh: Am 9. November 1940 bereits. Es gab einen Einschlag im Hof der Residenz und Beschädigungen der Südwestecke und der Residenzfassade.
- Am 10. März 1943 Bomben auf den Ostflügel der Residenz und den Nordflügel des Marstalls.
- Am 3. Oktober 1943 Zerstörung des



Prof. Dr. Kurt Falthhauser, Bayerischer Staatsminister der Finanzen a. D.

südwestlichen Dachbodens des Königsbaus und starke Beschädigung des Kaisersaals und der Kaisertreppe durch eine Sprengbombe.

- Am 18. März 1944 erste Zerstörungen der Allerheiligen-Hofkirche und des Marstallgebäudes, weitere Beschädigungen in der Residenz.
- Am 5. April 1944 starke Beschädigung des Maximilianstrakts.
- In der Nacht vom 24. auf 25. April 1944 der bislang schwerste Luftangriff auf die Residenz; wiederum Beschädigung des Maximilianstrakts und Beschädigung des Antiquariums.
- Am 16. Juli 1944: eine Sprengbombe trifft entscheidend die Mitte des Antiquariums und zerstört die Kurfürstenzimmer.
- Am 7. Dezember 1944 Restzerstörung des Nationaltheaters, nachdem das Bühnenhaus bereits am 2. März 1943 total zerstört wurde.
- Am 25. Februar 1945 elf Treffer;
- am 21. April 1945 der letzte Treffer in der Residenz.

III. Der Wiederaufbau

Experten haben 1945 vorausgesagt, dass der Wiederaufbau, sollte er wirklich durchsetzbar sein, bis zu 50 Jahre dauern würde. Diese Experten haben sich geirrt: Der Wiederaufbau der Residenz dauert bis heute an und er geschieht in mehreren Phasen:

Begonnen hat der Wiederaufbau der Residenz bereits zu Kriegszeiten, 1944 bis Mai 1945. Das klingt paradox, ist aber nachvollziehbar. Zum einen wurden während der Kriegszeit nicht nur Aufräumarbeiten getätigt, sondern alles wertvolle Inventar aus der Residenz entfernt: Möbel, Leuchten, Gemälde. Hermann Neumann schreibt, dass die Herren Hertwig, Esterer, Thoma und nicht zuletzt Tino Walz unablässig tätig waren, „um die Bergung des Kunstgutes zu organisieren, die Ablichtung bedrohter Schmuckformen zu leiten, zu zeichnen und zu messen und, was nicht allzu fest verankert ist, oft kurz vor dem Fall der Bomben aus dem Haus zu schleppen.“

Dass noch während des Krieges die Residenz nicht nur ausgeräumt, sondern zeichnerisch und fotografisch akribisch dokumentiert werden konnte, überrascht. War das nicht Defätismus, demonstrierter Mangel an Zuversicht mit Blick auf den „Endsieg“? Erstaunlicherweise wurde da tatsächlich nichts an der Gestapo vorbeigemacht, sondern auch aufgrund von Anweisungen „von oben“.

Die Preziosen aus der Schatzkammer wurden zunächst in Neuschwanstein verwahrt. Da dort jedoch auch eine Fülle von gestohlenem Kunstgut der Nazis gelagert wurde, brachte Tino Walz die Gegenstände in einer abenteuerlichen Fahrt in einem Personenwagen, der auf dem Dach hoch beladen war, an den Tegernsee. Eine eigene, abenteuerliche Geschichte. Man kann mit Recht vermuten, dass der Wiederaufbau der Residenz nicht in Angriff genommen worden wäre, wären nicht so viele Kunstwerke durch Auslagerung erhalten geblieben oder zumindest dokumentiert worden.

Die ersten Jahre nach dem Krieg waren auch bestimmt von einer heftigen Auseinandersetzung zwischen Tradition und Neuerung. Diese Auseinandersetzung zwischen Neueren und Traditionellen war bei den Bauwerken Residenz und Oper besonders heftig. Da ging es nicht nur um Kunstgeschichte und Stilfragen, sondern auch um politische Auseinandersetzungen. Sollte man diejenigen Bauten, die von nicht-demokratischen Herrschaftssystemen, von Herzögen, Kurfürsten und Königen hochgezogen wurden, wiederstellen, wenn doch nach zwei entsetzlichen Weltkriegen endlich eine Zukunft mit neuer, demokratischer und bürgerlicher Gesellschaft aufgebaut werden sollte. Jede Mark für die Wiederauferstehung der alten Pracht wurde damals umgerechnet in Arbeiterwohnungen, Schulen und Straßen. Die Auseinandersetzung nach 1945 war nicht nur ästhetischer Streit, sondern auch ideologische Auseinandersetzung. Daraus entwickelt sich auch das, was der Generalkonservator dargelegt hat: Eine Auseinandersetzung darüber, was Denkmalschutz sein soll.

Genau ein Jahr vor Kriegsende, am 8. Mai 1944, hatte Professor Rudolf Esterer die „Bauleitung Residenz“ gegründet, die direkt dem Finanzministerium unterstellt wurde. Diese Bauleitung organisierte die zweite Phase der Aufbauarbeiten. Schon in den ersten Wochen nach Kriegsende begannen intensive Aufräumarbeiten, vor allem im Grottenhof (siehe Foto, Seite 27). Dort konnte am 28. August 1945, also keine vier Monate nach der Kapitulation, das erste Grottenhofkonzert stattfinden, dem weitere Konzerte nachfolgen sollten.

Diese Konzerte waren nicht nur Ausdruck des Friedenswillens der Bürger, Zeichen der Normalisierung, sondern dies war auch ein Signal für das Verständnis von Politik, Verwaltung und Bürgerschaft, wie man mit der Residenz in Zukunft umgehen wollte. Dort, wo Jahrhunderte die Exklusivität der Regierenden ihren Platz hatte, von wo aus die Bürger regiert und beherrscht wurden, okkupierten die Bürger Münchens ab 1945 auf ihre Art den gesamten Komplex – und zwar vom ersten Moment an.

Kurze Zeit später fand ein zweiter Akt solch bürgerlicher Besitznahme statt in der Residenz: Am 6. Mai 1946 wurde das Brunnenhoftheater eingeweiht, das in den ersten Jahren nach dem Krieg an erheblicher Bedeutung gewann. Es hatte dort seinen Platz, wo heute der überglaste Comité-Hof ist und Herzog Albrecht V. im 16. Jahrhundert ein Ballhaus errichtet hatte. An den ersten Intendanten des Brunnenhof-Theaters, Paul Verhoeven, erinnert am

Rande des Comité-Hofes heute eine Büste.

Diese Besitznahme einer Residenz durch Einrichtung einer demokratischen Bürgergesellschaft setzte sich später umfassend fort: Durch den Einzug der Akademie der Wissenschaften im Nordosten, durch die Akademie der Schönen Künste im Obergeschoss des Königsbaus und – vorübergehend – durch die Ansiedlung der Max-Planck-Gesellschaft im Konzertsaaltrakt gegenüber der Theatinerkirche. Die umfassende Wandlung der Nutzung der Residenz, die Besitznahme fürstlicher Räume durch die Republik, vollzog sich nicht nach dem Ende des Ersten Weltkriegs, nach dem revolutionären Umsturz, sondern fand umfassend erst nach dem Zweiten Weltkrieg statt.

In der zweiten Hälfte der 50er Jahre kam die große „Dachaktion“, in der dann endlich alle Bauakte gesichert wurden. Allein im Jahr 1957 wurde in der Residenz sechsmal Richtfest gefeiert. Das letzte davon fand im Januar 1960 für das Dach über dem Hofgarten-trakt statt.

IV. Größere Baumaßnahmen

Wenn man von der „Dachaktion“ absieht, fand die erste wirklich große Baumaßnahme in der Residenz Anfang der 50er Jahre statt. Auch sie diente der kulturellen Nutzung der Bürgergesellschaft. Esterer ließ den Thronsaal des klassizistischen Festsaalbaus am Hofgarten zwischen 1951 und 1953 umbauen. Der Bayerische Rundfunk hatte Druck ausgeübt; er brauchte einen Saal für seine Konzerte und seine Orchester. Der Bayerische Rundfunk hat dazu auch 2,5 Millionen DM für die Umbaukosten zur Verfügung gestellt, damals ein großer Betrag, der für die Umgestaltung auch ausreichte. Die Herkules-Gobelins aus dem 16. Jahrhundert, die in Antwerpen gewirkt worden und eigentlich für das Schloss Dachau vorgesehen waren, kamen in diesen neuen Saal und gaben ihm den neuen Namen *Herkulesaal*. Mit der Umgestaltung des Thronsaales in den Herkulesaal begann die zweite Phase des Wiederaufbaues der Residenz.

An diesem Umbau ist übrigens die Freundschaft zwischen Tino Walz und Professor Esterer zerbrochen: Esterer war der Pragmatiker, Walz eher doktrinärer Denkmalschützer, der wollte, dass geschichtstreu wiederhergestellt wird, ganz im Sinne Dehios. Ich kann nicht umhin, heute Esterer für seine Entscheidung zu loben, die es ermöglichte, dass der Herkulesaal bereits im März 1953 eröffnet werden konnte.

Für den weiteren Aufbau in dieser Zeit war dann Otto Meitinger zuständig, der 1953 als „junger Kerl“, wie er selber sagte, Residenzbauchef wurde. In Erzählungen meinte er immer, dass er nur deshalb mit diesem Posten betraut wurde, da man annahm, dass in den 50er und auch noch in den 60er Jahren ohnehin in der Residenz nicht viel passieren könne aufgrund der harten Konkurrenz mit den Bauten, die für die Funktionsfähigkeit einer Gesellschaft zwingend waren. Diese Einschätzung sollte sich jedoch als falsch erweisen und zwar durch eine termingetriebene Weiterentwicklung.

V. Termingetriebene Weiterentwicklung

Der erste bedeutende Termin für den Baufortschritt war die 800-Jahr-Feier der Landeshauptstadt München im Jahr 1958. Der Freistaat Bayern wollte das Nationaltheater termingerech zur 800-Jahr-Feier wiederherstellen, diesen Bau gewissermaßen den Bürgern Münchens zum Jubiläumsgeschenk machen. Doch ab dem ersten Halbjahr 1956 war

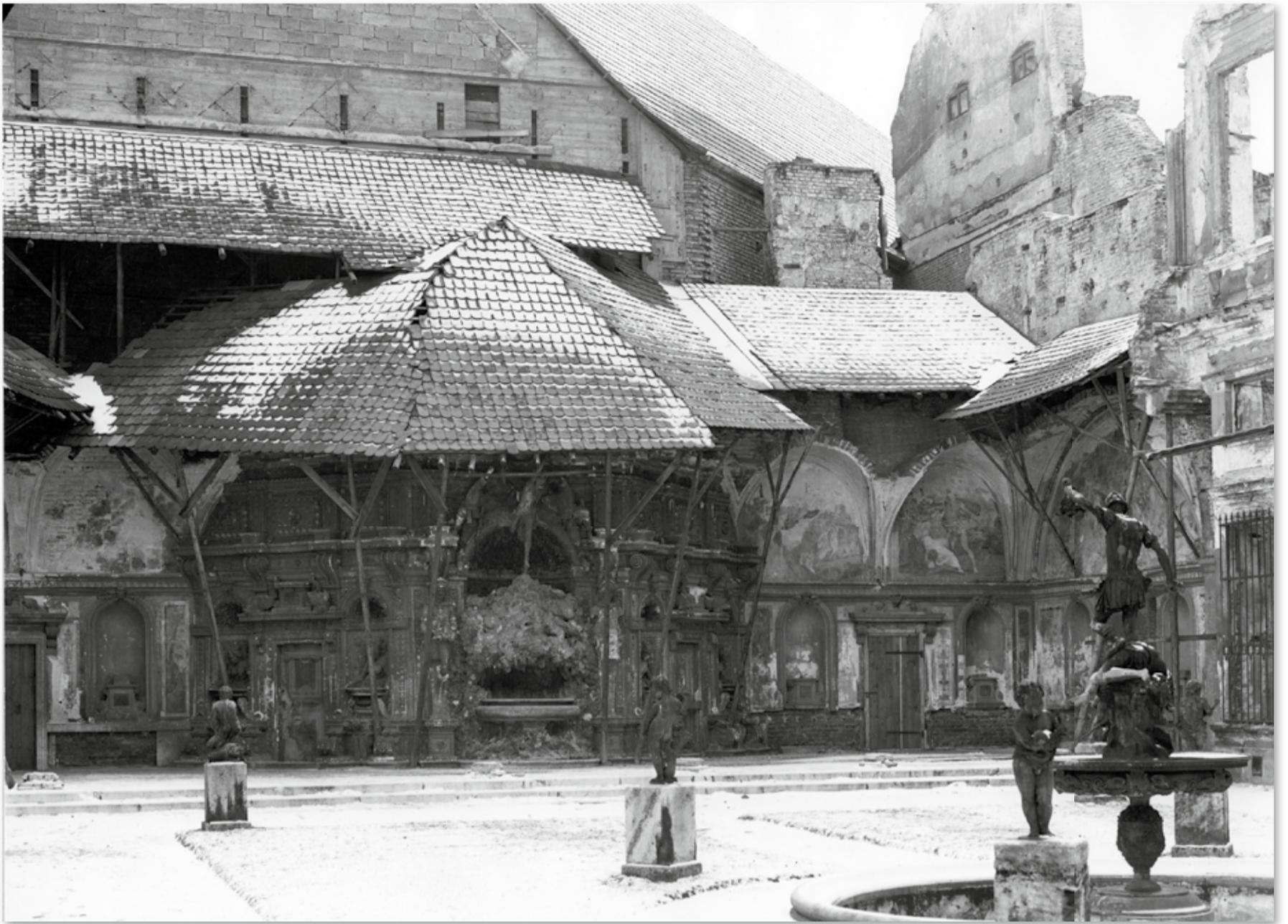


Foto und Copyright: Bayerische Schlösserverwaltung

Der Grottenhof der Münchner Residenz mit Notdächern, die eine weitere Zerstörung durch Regenwasser verhindern sollten.

klar, dass dies terminlich nicht möglich war, obwohl auch im Jahr 1957 noch an der Ruine des Nationaltheaters ein großes Transparent hing mit der Aufschrift: „Das Nationaltheater muss bis zur 800-Jahr-Feier der Stadt München wieder aufgebaut werden.“

Otto Meitinger erzählt, dass erst Mitte 1956 an die Residenzbauleitung völlig überraschend die Frage gerichtet wurde, ob der Wiederaufbau des alten Residenztheaters bis zur 800-Jahr-Feier der Stadt München im Juni 1958 möglich wäre. Viele haben gesagt: „Das ist völlig unmöglich!“ Die Residenzbauleitung war gleichwohl mutig und sagte zu, das Cuvilliés-Theater termingerecht wieder herzustellen. Dies war zumindest aus zwei Gründen sehr ambitioniert:

Zum einen hatte sich an der Stelle des alten Cuvilliés-Theaters bereits ein neues etabliert: das Residenztheater. Das Staatsschauspiel hatte sehr deutlich „ein vielseitig beispielbares, modernes Schauspielhaus gefordert“ und sich gegenüber dem Denkmalschutz durchgesetzt. Schon 1951 war dieses neue Theater fertig.

Zum anderen war die Logenverkleidung des Cuvilliés-Theaters zwar gerettet worden durch Auslagerung. Der Zustand der Holzteile – vielfach von der Größe einer Fünf-Mark-Münze – war aber von sehr unterschiedlichem Zustand: Diejenige Hälfte, die im Obinger

Pfarrheim deponiert worden war, war trocken; die im Keller der Befreiungshalle Kelheim gelagerten Stücke waren feucht und noch mehr zerstückelt. Beide Sammlungsteile mussten unterschiedlich bearbeitet werden. Die Residenzbauleitung entschied, das Theater in den sogenannten Apothekerstock einzusetzen, der innen völlig ausgebrannt war. Der Vorteil dieses Baukomplexes der Residenz für die Umpflanzungsidee war, dass das hohe Bühnenhaus in die Hülle der Außenfassade passte.

Diese Umsetzung des Cuvilliés-Theaters ist in zweifacher Hinsicht ein geradezu sensationeller Vorgang des Wiederaufbaus der Residenz.

- Zum einen wurde die Umsetzung des Cuvilliés-Theaters terminlich rechtzeitig fertig. Am 14. Juni 1958, dem Stadtgründungstag, konnte dort eine großartige Figaro-Aufführung bewundert werden.
- Zum anderen kostete dieser „Neubau“ nur fünf Millionen DM! Zum Vergleich: Die Grundrenovierung des Cuvilliés-Theaters, die im Jahr 2008 abgeschlossen werden konnte – und auf die ich noch eingehen werde – kostete 25 Millionen Euro. Dieser Vergleich zeigt, dass der Versuch, die Gesamtkosten des Wiederaufbaus der Residenz zu taxieren, nur durch zeit-

orientierte Wertanpassung annähernd gelingen kann. 2,5 Millionen 1953 für den Herkulesaal, 5 Millionen 1958 für das Cuvilliés-Theater: Das ist mit späteren Kostenniveaus überhaupt nicht zu vergleichen.

VI. Die 60er Jahre

Tino Walz hat den Fortgang der Ausbaumaßnahmen von 1960 bis zum Jahr 1985 in einem persönlichen Register notiert. Demnach waren auch die 60er Jahre zunächst bestimmt von bedeutenden Terminen: Zum Eucharistischen Weltkongress fand im Jahr 1960 in der Residenz die Ausstellung „Eucharistia“ statt. Dafür mussten eine Reihe von Räumen gereinigt und erneuert werden. Ein nächster besonderer Termin war der Besuch von Charles de Gaulle in München. De Gaulle nächtigte im Königsbau; auch hierfür mussten größere Renovierungsarbeiten vorangetrieben werden. Bedeutsam ist in den 60er Jahren auch der Ausbau der Räumlichkeiten für die Max-Planck-Gesellschaft in drei Stufen: 1961, 1964 und 1968, sowie die Verlegung des spanischen Kulturinstitutes in den Torbau am Kronprinz-Rupprecht-Hof.

Zum Stichwort Max-Planck-Gesellschaft mache ich einen kurzen Zeitsprung nach vorne: Die Zentrale der Max-Planck-Gesellschaft war in der Residenz zwar angemessen und repräsen-

tativ untergebracht, hatte aber viel zu wenig Räume. Nach der Wiedervereinigung gab es starke Bestrebungen, diese Zentrale in die neuen Bundesländer zu verlegen: Man brauchte dort dringend Institutionen, die sich in den ziemlich heruntergekommenen ostdeutschen Städten etablieren konnten. Der Freistaat Bayern wehrte diesen Abzug dadurch ab, dass er das Gelände direkt neben der Staatskanzlei – einmal benannt als „Marstallplatz-Nord“ – kostenlos für einen Bau zur Verfügung stellte. Dieser Art von Bestechung konnte die Max-Planck-Gesellschaft nicht widerstehen.

Die Räume der Max-Planck-Gesellschaft wurden, nach einer Zwischennutzung durch die Oper, wieder von einer Akademie genutzt: der *acatech*, der Deutschen Akademie für Technikwissenschaften. Dem damaligen Vorsitzenden von *acatech*, dem BMW-Manager Milberg, stellte ich im Jahr 1999 die freigewordenen Räume der Max-Planck-Gesellschaft zur Verfügung – bis diese, zehn Jahre später, auch *acatech* zu eng wurden. Heute residiert diese Akademie am Karolinenplatz. Eine eigene Geschichte der Stadtentwicklung.

VII. Die 70er Jahre

Ab den 70er Jahren kam der Ausbau der Residenz große Schritte voran: 1970 wurde die heimatlose ägyptische Samm-

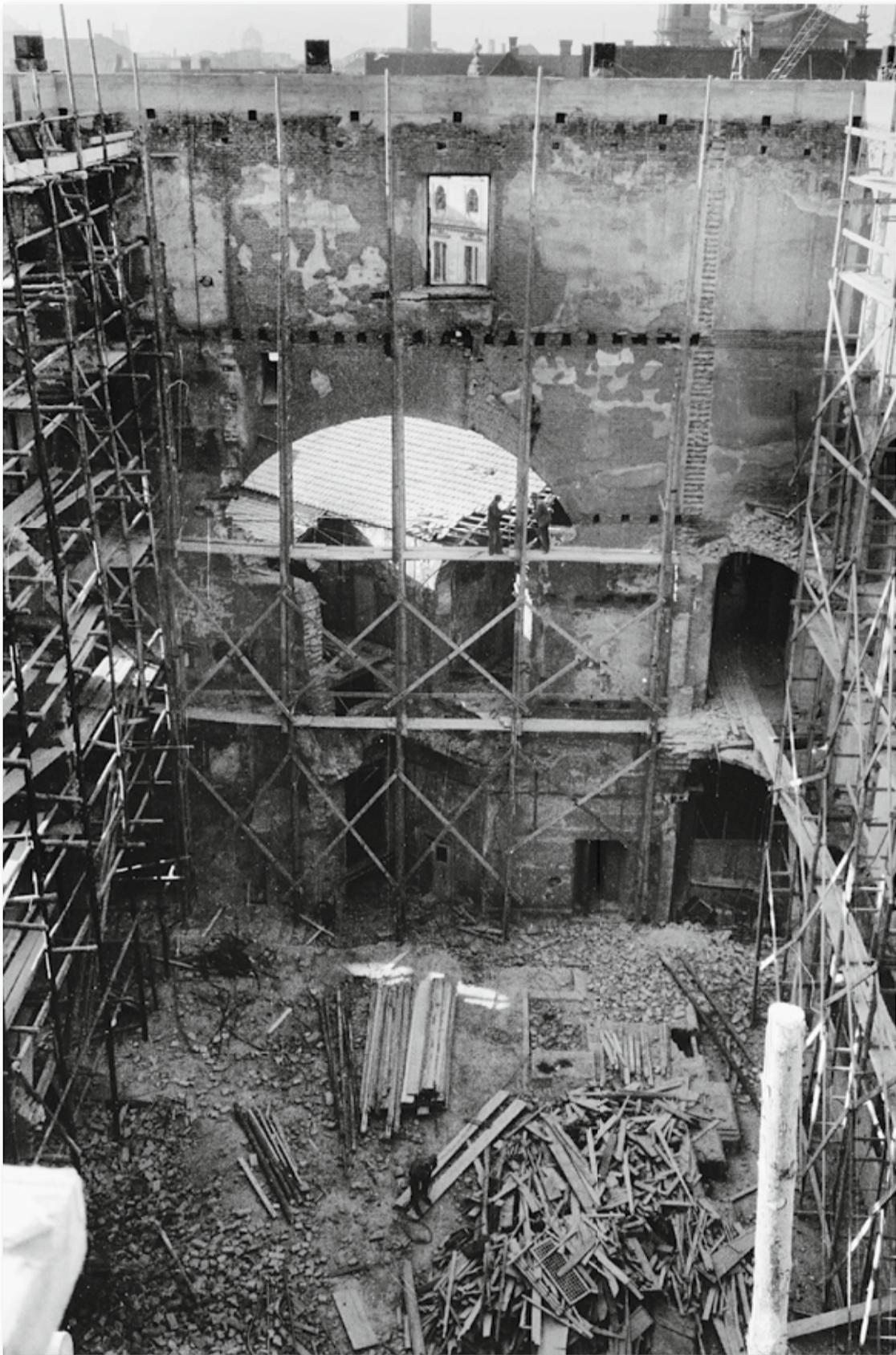


Foto und Copyright: Bayerische Schlösserverwaltung

Blick in das völlig zerstörte Cuvillés-theater.

lung im Hofgartentrakt etabliert. Im gleichen Jahr starteten zwei Maßnahmen: Zum einen wurde die Ruine der Allerheiligen-Hofkirche wenigstens gesichert und die Pfälzer Weinprobierstuben kamen in den Viersäulensaal. 1972 bekam die Bayerische Akademie der Schönen Künste die ehemaligen Blumensäle des Königsbaus und des Residenzmuseums wurden nach und nach renoviert: Trierzimmer, Grüne Galerie, Schlachtensaal im Königsbau, die Wiederherstellung der Deckenmalerei im Schwarzen Saal.

Die Zeit 1980 bis 1990 war dagegen gekennzeichnet für eine relativ langsamere Gangart des Ausbaus und das vor allem aus zwei Gründen.

Man wollte, erstens, qualitativ beste Restaurationsarbeit leisten – und die dauerte und war teuer. Das extremste

Beispiel langer Bemühungen um ein Kunstwerk war die Wiederherstellung des Miniaturen-Kabinetts. 15 Jahre lang wurde an dieser kleinen roten Rokokokammer gearbeitet; erst im Jahr 2001 konnte ich sie wieder zugänglich machen. Die Restauratoren könnten ein Buch schreiben alleine über diese Maßnahme.

Das zweite war der permanente Kampf mit anderen Bauprojekten der Schlösserverwaltung. Natürlich gab es auch innerhalb der Schlösserverwaltung das Ringen um Prioritäten; auch außerhalb Münchens mussten Ruinen beseitigt, Räume erneuert und Dächer repariert, kaputte Burgen wieder zugänglich gemacht werden. Und die Gesamtheit der Schlösserverwaltungsbauten stand ihrerseits in Konkurrenz mit einer Vielzahl von anderen Maßnahmen, die ge-

rade in den Jahren bis 1990 unter der Überschrift „zukunftsfähige Infrastruktur“ zwingend waren.

Auf diese Weise ist erklärlich, dass der Kaisersaal mit Vierschimmelsaal und Kaisertreppe sowie der Max-Joseph-Saal erst 1985 an die Reihe kamen. Mit Kaisersaal und Max-Joseph-Saal sind diejenigen Räume wiederhergestellt worden, die heute am intensivsten genutzt werden: Neujahrsempfang des Ministerpräsidenten, Konzerte, festliche Veranstaltungen, Tagungen. Dass diese Säle der Residenz erst 40 Jahre nach Kriegsende wieder in altem und zum Teil neuem Glanz erstanden sind, zeigt die Schwierigkeit des Wiederaufbaus.

VIII. Zwei Fälle aus der Spätzeit

Auch um die Jahrtausendwende war die Wiederherstellung der Residenz noch nicht abgeschlossen. Aus den Maßnahmen im neuen Jahrtausend will ich zwei herausgreifen: Die Wiedernutzbarmachung der Allerheiligen-Hofkirche (siehe Foto Seite 29) sowie die Brandsicherung und Grundrenovierung des Cuvillés-Theaters (siehe nebenstehendes Foto).

Es gibt keinen Teil der Residenz, der nach dem Krieg so heftig umstritten war wie die Allerheiligen-Hofkirche. Der von Ludwig I. nach dem Beispiel der *Cappella Palatina* errichtete Kirchenraum war völlig zerstört und gestattete in den 50er Jahren nur die Einlagerung von Bühnenmaterial. Dafür musste die Schlösserverwaltung jedoch das Ordinariat der Katholischen Kirche um Erlaubnis fragen, denn es handelte sich nach der damaligen Interpretation eindeutig um einen Kirchenraum.

Schon im Jahr 1954 begann die Debatte um die architektonische Qualität des Klenze-Baus, eine Debatte, die vor dem Krieg schon von einigen besonders Klugen angezündet worden war. Auch ein Gutachten der Bauabteilung der Schlösserverwaltung vom 22. November 1954 stellte fest, dass die Allerheiligen-Hofkirche das „schwächste Werk“ von Klenze sei. Derartige Beurteilungen förderten die Bereitschaft, die trostlose Ruine völlig zu beseitigen. Was keine architektonische Qualität besitzt, muss nicht gerettet werden!

Im Oktober 1963 kam ein weiteres Papier der Schlösserverwaltung, in dem es schlicht und einfach hieß: „Der Bauzustand ist so schlecht, dass ein Wiederaufbau der vorhandenen Reste nicht mehr möglich ist. Es wäre demnach gegebenenfalls erforderlich, die Ruine vollkommen abzutragen, neu zu fundamentieren und dann aufzubauen. Das würde bedeuten, dass der Kirchenbau Klenzes, der an sich eine Kopie war, abermals kopiert würde... das wäre denkmalpflegerisch nicht zu verantworten.“ Diese Auffassung wurde übrigens vom Vorgänger von Professor Pfeil, Generalkonservator Dr. Kreisel, geteilt.

Daraufhin kam im Jahr 1963 die Politik ins Spiel. Auf eine Anfrage der FDP-Landtagsabgeordneten Hildegard Hamm-Brücher antwortete der damalige Finanzminister Eberhard. Vor allem verwies der Minister auf ein Gutachten der Akademie der Schönen Künste vom 22. Oktober 1963. Dieses Gutachten zeichneten nicht nur der Präsident, Emil Preetorius, sondern fast sämtliche große Architekten der damaligen Zeit: Hermann Kaspar, Josef Wiedemann, Franz Hart, Rudolf Esterer, Toni Stadler, Karl Knappe. Sie haben in ihrem Gutachten in kaum überbietbarer Arroganz festgestellt, dass die Ruine der Allerheiligen-Hofkirche an der alten Stelle nicht wieder aufgebaut werden darf. „Soweit die Dinge heute liegen, ist der Platz der Kirchenruine für neue Konzeptionen weit wertvoller als für den Neubau einer Kopie. Vor diesem Hintergrund lehnte das Plenum des Bayerischen Landtages am 19. Dezember 1963 ab, Haushaltsmittel für den Wiederaufbau der Allerheiligen-Hofkirche bereitzustellen. Das Ende der Allerheiligen-Hofkirche!

Doch es gab einen Mann der Schlösserverwaltung, der das weniger gut fand: Toni Beil, der Nachfolger von Otto Meitinger im Residenzbauamt. Beil ließ den Beschluss des Landtages in aller Ruhe in der Schublade liegen und wartete und wartete. Das Warten wurde belohnt. Da kam ein Politiker, den wir heute mit Recht den Vater des bayerischen Denkmalschutzgesetzes nennen, Erich Schosser, der als frisch gewählter Landtagsabgeordneter einen Antrag mit Datum vom 28 April 1967 stellte mit dem



Die Allerheiligen Hofkirche wurde durch die Bomben im Krieg vollständig zerstört.

Foto und Copyright: Bayerische Schlösserverwaltung

Wortlaut: „Die Allerheiligen-Hofkirche in München wird in einen zunächst baulich gesicherten Zustand versetzt.“ In einer abendlichen, kuriosen Plenarsitzung des Bayerischen Landtages, wurde diesem Antrag mit knapper Mehrheit zugestimmt. Dadurch war die Kirche zunächst gerettet.

Daraufhin gab es aber lange Jahre des Stillstands, da die Verantwortung für die Allerheiligen-Hofkirche bei der Katholischen Kirche lag. 1970/1971 brachte Hans Döllgast ein leicht anmutendes Holzdach über den Kirchraum an, aber außer einigen seltsamen Ausstellungen fand in der Kirche nicht viel statt. Seitens des erzbischöflichen Ordinariats wurde auf die ausdrückliche Zusage des Staates Wert gelegt, dass das Kirchenschiff der Nutzung durch die katholische Kirche vorbehalten bleibt. Dies nutzte insbesondere Monsignore Gerhard Ott, der Künstlerseelsorger der Erzdiözese, zu manchen Aktivitäten – und zu öffentlichen Ausfällen gegenüber dem Staat. Es gab ein langes Hin und Her zwischen Staat und Kirche, es wurden immer neue Vertragsentwürfe gemacht, Gespräche geführt, öffentlich gestritten.

Das Ringen um einen Vertrag mit konkreten Festlegungen für die Nutzung wurde aber plötzlich ebenso irrelevant wie die Öffentlichkeitsarbeit von Monsignore Ott. Im Ordinariat wies ein junger Jurist, Lorenz Wolf, in einem Vermerk vom 4. Oktober 1999 an Kardinal Wetter unmissverständlich darauf hin, dass die Kirche auf der Basis der falschen Rechtsinterpretation kämpfe. Seine Rechtsauffassung war die des Finanzministeriums: Die Allerheiligen-Hofkirche war durch die totale Zerstörung in ihrem Charakter als Kirche untergegangen, folglich war die vollständige Zuständigkeit für einen Wiederaufbau beim Freistaat Bayern. Der junge Jurist ist heute Leiter des Katholischen Büros und Vorsitzender des Rundfunkrates...

Zur Absegnung dieser nunmehr gleichen Rechtsauffassung fand am 9. März 2000 ein Treffen von Kardinal Wetter mit Ministerpräsident Stoiber in der Staatskanzlei statt. Wesentliches Ergebnis des Gesprächs war ein Briefaustausch, in dem festgestellt wird, dass der Freistaat Bayern in Zukunft die alleinige Verantwortung für die ehemalige Kirche trägt und den Raum nur zu solchen Veranstaltungen nutzen wird, bei denen berücksichtigt ist, dass der Raum ehemals eine Kirche war.

Nach diesen Klarstellungen konnte ich im Jahr 2000 einen europaweiten Architektenwettbewerb ausschreiben, den im August 2000 das Architekturbüro Guggenbichler & Netzer gewann. Das Architektenehepaar schreibt rückblickend: „So mussten alle Eingriffe mit größtmöglicher gestalterischer Zurückhaltung, aber dennoch deutlich ablesbar in zeitgenössischer Formsprache erfolgen; die Wirkung des Klenze-Rohbaus sollte gesteigert werden und das neu Eingefügte klar erkennbar bleiben.“

Wer heute die Allerheiligen-Hofkirche betritt, ist beeindruckt von der klaren, souverän ruhigen Architektur Klenzes. Dieser heutige Zustand widerlegt in beeindruckender Weise die Auffassung der Architekturklasse der Akademie der Schönen Künste aus dem Jahr 1963. Ich meine: Eine schöne Widerlegung durch die Praxis des Wiederaufbaus.

Noch eine Randbemerkung hinzu: Dass im Zuge der Wiederaufbaumaßnahmen der Allerheiligen-Hofkirche auch der Kabinetts Garten, zwischen Apothekerstock und Kirche gelegen – durch die Planung von Peter Kluska gelungen ist, können wir insbesondere bei lauen Sommerabenden nach einer Veranstaltung genießen. Fritz Koenigs Flora III ist die Seele dieses wunderbar ruhigen Raumes inmitten der hektischen Innenstadt.

IX. Die zweite Auferstehung des Cuvilliés-Theaters

Otto Meitinger hatte mit einer außergewöhnlich engagierten Mannschaft das Cuvilliés-Theater in knapp zwei Jahren in den Apothekerstock gepflanzt. Und das zwischen einer Zeit, in der es noch vielfach an technisch einwandfreiem Material mangelte. So stellten wir Ende 2000 fest, dass die gesamte Stromversorgung des Hauses im wahrsten Sinne des Wortes brandgefährlich war. Die sofortige Abschaltung des bestehenden Stromkreises war die Konsequenz. In diesem Zusammengang erstellte das Hochbauamt München I eine Liste mit den notwendigen Reparaturmaßnahmen. Die intensive Nutzung des Kleinos seit dem Jahr 1958 hatte alle Bereiche des Hauses sehr stark in Anspruch genommen. Kleinere Reparaturen reichten nicht mehr.

Das war nun in einer Zeit, in der es allen Gebietskörperschaften in Deutschland finanziell miserabel ging: Die Teuerschätzungen in den Jahren ab 2000, achtmal in Folge, waren immer schlechter geworden. Eine Kaskade des Steuerfalls. Deshalb erteilte das Finanzministerium der Bayerischen Schlösserverwaltung am 27. Mai 2003 den Auftrag, eine Klärung herbeizuführen, ob, ich zitiere, „ein baulich-restauratorisch sinnvolles Sanierungspaket gebildet werden kann, das die Dimension einer Generalsanierung unterschreitet. Mit dieser Vorgabe wurde das Hochbauamt München I tätig. Behördenleiter Kurt Bachmann legte am 11. Dezember 2003 ein Papier vor, in dem sechs Sanierungsvarianten festgehalten wurden, mit Kosten zwischen 100 000 und 22 Millionen Euro.

In miserablen finanziellen Zeiten eine schwierige Entscheidungssituation. Meine Haushaltsabteilung war natürlich für eine der billigen Varianten. Sollte man, so die damalige Auffassung, die

teuerste Variante mit 22 Millionen wählen, würde das, wir schrieben das Jahr 2000, eine Fertigstellung erst im Jahr 2015 bedeuten. 15 Jahre herumbasteln im Cuvilliés-Theater und 15 Jahre Schließung? Das war nicht zu akzeptieren. Ich wollte, wenn schon, die 22-Millionen-Variante, die auch die Staatsoper bevorzugte!

In dieser Situation lag die Überlegung nahe, die Bürger Bayerns an der unmittelbaren Finanzierung zu beteiligen. Deshalb gründete ich das Comité Cuvilliés. Unter der Schirmherrschaft von Herzog Franz von Bayern und dem Vorsitz von Roland Berger taten sich Dirk Ippen, Otto Meitinger, der erst kürzlich verstorbene Hubert Menacher, Heribert Näger von der Siemens Kunststiftung, Dieter Rampl von der Hypo Vereinsbank, Dieter Soltmann und ich zusammen. Paragraph 2 dieser Satzung schrieb vor: „Zweck des Vereins ist die Förderung der Wiederherstellung und Erhaltung des Cuvilliés-Theaters und anderer Baudenkmäler im Freistaat Bayern.“

Schon bei der ersten Zusammenkunft legten Roland Berger und Dirk Ippen spontan je 100.000 Euro auf den Tisch; „um ein Zeichen zu setzen“, wie sie meinten. Unterstützt wurden in der folgenden Zeit die Bemühungen des Vereins durch ein großes Kuratorium und durch viele Unterstützer aus dem Kulturbereich. Der Verein setzte sich, entsprechend dem Beispiel der Pinakothek der Moderne, das Ziel, 10 Prozent der Bausumme, also 2,2 Millionen an Spenden einzuwerben. Durch eine Vielzahl von Spenden, aber vor allem auch durch das Engagement der Ernst-von-Siemens-Kunststiftung mit dem großartigen Heribert Näger, die alleine 1,85 Millionen leistete, stellte dieser Bürgerverein nicht lediglich 2,2 Millionen, sondern letztlich 5 Millionen zur Verfügung. Dieser große Erfolg machte es möglich, eine Idee der Bauleute der Schlösserverwaltung und des Hochbauamtes zu realisieren, den achteckigen Vorraum des Cuvilliés-Theaters zu überglazen. Kostenpunkt 1,5 Millionen. Aus Dankbarkeit beschloss der Freistaat diesen wunderbaren Raum Comité Hof zu nennen.

Dies ist ein wunderbares Beispiel dafür, wie Wiederaufbauarbeit auch massiv unterstützt werden kann von Institutionen der Bürgerschaft. Ein Beispiel hierfür ist in München der Erfolg der „Freunde des Nationaltheaters“, ein weiteres die am 2. März 1994 gegründete „Stiftung Pinakothek der Moderne“, die das 10-Prozent-Ziel für privates finanzielles Engagement beispielhaft vorerzert hat. Und in diese Reihe gehört das Comité Cuvilliés. So konnte das Cuvilliés-Theater am 14. Juni 2008 mit einem Staatsakt wiedereröffnet werden. Eine zweite Wiedergeburt des zweifellos schönsten Rokokotheaters der Welt.

Der Wiederaufbau der Allerheiligen-Hofkirche, Grunderneuerung des Cuvilliés-Theaters: dies waren nicht, wie wir ursprünglich meinten, die Schlusspunkte des Wiederaufbaus der Residenz. Der Abschluss der Renovierungen der klassizistischen Räume im Königsbau im letzten Jahr und die laufende Instandsetzung der Gelben Treppe in diesem Königsbau von Ludwig I. belegen, dass für einen großen Komplex wie die Residenz das Gleiche gilt wie für große gotische Dome. Man braucht dort „Dombau-Hütten“. In der Residenz braucht man eine „Residenzbau-Hütte“ und das ist die Bauabteilung der Schlösserverwaltung. Über diese Hütten-Arbeit wird nunmehr Hermann Neumann berichten. □

Jüngste Interventionen an Klenzes Königsbau. Der lange Weg zur Pyramide

Hermann Neumann

Der ungewöhnliche Blick auf unseren Königsbau ist nicht vom Hub-schrauber oder, moderner, von einer Drohne aufgenommen. Das Foto entstand auf der Suche nach jenem Standort, den die Kupferstecher des 17. und 18. Jahrhunderts eingenommen haben, um das Münchner Stadtschloss von seiner damaligen Schokoladenseite aus, von Westen her, der Nachwelt zu überliefern.

Die südliche Turmkuppel der Theatinerkirche bot schließlich die gewünschte Aussicht – die nicht zuletzt enthüllte, wie elegant Leo von Klenze sein (neben der Petersburger Eremitage) prestigeträchtigstes Bauwerk, mit einem eigenen kleinen Palazzo für die Königin, um die Ecke geführt hat.

Der Zusatz im Titel, „Ein langer Weg zur Pyramide“, soll Sie auf eine nach vorn gewandte Betrachtungsweise einstimmen, die jüngere Errungenschaften für unser Schloss mit einem Ausblick auf unvermeidbare künftige Anstrengungen verbinden will.

Spätestens seit Oktober 1835 besitzt die Münchner Residenz eine neue Schauseite, die sich – über 30 Meter oder 100 Fuß hoch – respektgebietend dem Zentrum der Bürgerstadt zuwendet. Auch der moderne Betrachter verbindet mit Klenzes Monumentalbau weit eher eine Herrschaftsarchitektur als mit der düsteren Straßenfront – weil sie, mit dem Max-Joseph-Platz, spürbare Distanz aufbaut. Wer nun aber denkt, der Königsbau hätte über alle klassischen Attribute eines Schloss-Entrees verfügt – (Vestibül, Gartensaal, Prachtstiege, Gartensaal, Festsaal) oder würde zumindest heute über solche verfügen, sieht sich enttäuscht.

I. Historische Erschließungswege in der Münchner Residenz

Wenn der Königsbau und der anschließende Innenhof bis 1918 als repräsentativer Zugang keine Rolle spielten, lag dies nicht zuletzt an der komplizierten Baugeschichte der Palastanlage. Im Süden befanden sich bis zur Säkularisation zwei Ordensniederlassungen – weshalb sich das Zeremoniell festlicher Aufzüge ausschließlich von Westen her entwickelte. Das Reichsoberhaupt zog über Kaiserhof und Kaiserhof zur *Kaisertreppe* – und erreichte von dort aus den großen Festsaal und seine Gästewohnung. Die Herzöge und Kurfürsten empfingen seit Maximilian I. ihre Gäste vom zentralen Brunnenhof aus, wo man über die nördliche *Breite Treppe* zum Herkulesaal (dem heutigen Max-Joseph-Saal) und durch die Flucht der Antichambres zum Audienzsaal gelangte. Hochrangige Gäste empfingen ihren Besuch über das Portal im Südgiebel des Brunnenhofs, um über eine Treppe aus der Zeit um 1600 zum *Schwarzen Saal* zu gelangen. Noch Kronprinz Ludwig nutzte diesen Zugang für protokollarische Anlässe, da er bis zu seiner Silberhochzeit im Jahr 1835 die vormaligen Kurfürstenzimmer, die sich nördlich anschließen, mit seiner Familie bewohnte.

Leo von Klenze mag darauf gehofft haben, im Zuge der Errichtung der neuen Königswohnung im Königsbau auch den zeremoniellen Aufgang zum Landesherrn neu ordnen zu können. Was



Dr. Hermann Neumann, Referent in der Bauabteilung der Bayerischen Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen

hätte ihm sonst als Ersatzbau vorschweben sollen, als er versuchte, die *Grüne Galerie* des verhassten Vorgängers Cuvilliés zu beseitigen? Dieser hatte am richtigen Ort auch bereits eine aufwändige Treppenanlage errichtet, die sich wegen des intimen Charakters des beiderseits anschließenden Residenzgartens nicht für festliche Aufzüge eignete und bald schon zum Speisesaal umfunktionierte. Leo von Klenze beseitigte auch diesen vorsorglich bei Baubeginn.

Hier, am Ostende des neu gestalteten und nun nach Süden und Westen offenen Königsbauhofs, wäre der einzige sinnvolle Ort gewesen, um nach der Durchfahrt vom Max-Joseph-Platz aus das Hauptgeschoss des Palastes über eine neue Prachtstiege zu erreichen. Um Missverständnisse zu vermeiden sei darauf hingewiesen, dass die ausgeführte Mittelstiege des Königsbaus, die bis heute gut erhalten blieb, die Schlichtheit eines reinen Funktionsraumes besitzt und neben den rückwärtigen Nebenräumen lediglich jene Folge kleinerer Festsäle erschloss, in denen heute die Bayerische Akademie der Schönen Künste untergebracht ist.

In familiengeschichtlich begründeter Nostalgie verwehrt der König Klenze den Abbruch der *Grünen Galerie* und damit letztlich eine sinnvolle Erschließung des Schlosses von Süden her. Klenze musste die Kröte des erhalten bleibenden alten Zugangsweges schlucken, um nicht mehr als den verbliebenen Höhenunterschied von 4,20 Metern – mit der dann um so prächtigeren *Gelben Treppe* – zu überwinden. Hierauf wird zurückzukommen sein.

II. Zugang zum Residenzmuseum von 1958 bis 2001

Ein Museum kann grundsätzlich anders erschlossen werden wie eine Fürstentwohnung; die problematische Lösung für die eine schadet aber auch der anderen. Als man die Residenz nach dem Sturz der bayerischen Monarchie zu einem riesigen Museum machte, ver-

legte man den Eingang (nach einem ersten, schwer auffindbaren Anlauf aus dem Brunnenhof) ab Mai 1937 an den Max-Joseph-Platz. Hier schien eine halbwegs chronologische Abfolge vom Antiquarium der Spätrenaissance bis zur Raumkunst des Klassizismus am ehesten realisierbar zu sein. Das 1958 mit einem ersten Rundgang durch die Baugeschichte wiedereröffnete Museum behielt diese Form der Erschließung bei, noch dazu bereichert um eine neue Schatzkammer im östlichen Erdgeschoss des Königsbaus. So konnten die Besucher beider, getrennt voneinander organisierter Einrichtungen, in einem vergleichsweise winzigen Vestibül, mit Billetts, amtlichem Führer und – beim Verlassen – kleinen Souvenirs wie Dias oder Postkarten versorgt werden. Auch an eine bescheidene Kleiderablage war gedacht. Danach folgten zwei der reichsten und – im Fall des eigentlichen Schlosses – weitläufigsten Museen Deutschlands.

Man erinnert sich heute kopfschüttelnd an solch eine Lösung, die immerhin bis zur Schwelle unseres Jahrtausends gehalten hat. Bei lediglich 110.000 Gästen im Museum und 87.000 in der Schatzkammer (Zahlen des Jahres 1995) blieb ein übertriebenes Gedränge auch in der Regel aus. Haupt Hindernis für eine großzügigere Lösung war die Sperrung des Königsbauhofes für die nicht zahlende Öffentlichkeit – was einen ununterbrochenen Führungsweg bis knapp ans Ende der Besichtigung erlaubte und wohl auch für die Museumssicherheit von Vorteil war.

III. Erschließungslösung für die Residenzmuseen seit 2001

Es bedurfte schließlich eines Machtwortes aus dem unserer Verwaltung vorgesetzten Finanzministerium, um den Residenzmuseen einen nachhaltigen Innovationsschub zu verpassen. Landau landab wurde seit der Jahrtausendwende dafür gesorgt, Bayerns staatliche Schlösser mit modernen Empfangsräumen, Shops, qualitativem Andenkenverkauf und einer durchgängigen *Corporate Identity* reif für ein international verwöhntes und hoffentlich auch nicht vergreisendes Museumspublikum zu machen.

Die Öffnung des seit gefühlten zwei Jahrhunderten geschlossenen Portals im klassizistischen Seitenflügel an der Residenzstraße wirkte Wunder. Endlich erkannten die Flaneure auf der Einkaufsmeile, dass sich hinter dem damals noch düsteren Gemäuer unseres Schlosses ein lichter Hof verbarg, an dessen Ende eine noble Rokokofassade winkte. Neue rote Banner in den Torlunetten informierten endlich wirkungsvoll über das hier Gebotene. Im Grunde genommen drängten sich die Münchner und ihre Gäste aber ganz von selbst in den geheimnisvollen neuen Freiraum ihrer Stadt. Seither stiegen die jährlichen Besucherzahlen für Museum und Schatzkammer bis zur runden halben Million.

Cuvilliés' Portal zur *Grünen Galerie* wurde zum natürlichen Eingang in das Innere des Schlosses, die dahinter liegende *Alte Schatzkammer* nahm – erklärtermaßen provisorisch – den Shop und auch den Kartenverkauf auf. Die Garderobe ist in jüngster Zeit vom alten Eingangsraum im Vorfeld der Schatzkammer nach Norden, in den *Ersten Gartensaal* gewandert, um auch dem Sicherheitsaspekt mit Einziehung größerer Taschen und konservatorisch übler feuchter Kleidung gebotenen Raum zu geben. Ein ausreichend großer Versammlungs- und Orientierungsraum für die Gäste mit gut erreichbaren Toiletten, eine dezentere Ausgabe für Audioguides und vor allem eine direkte, rollstuhlgerechte Verknüpfung des Eingangs mit

dem Hauptgeschoss des Hauses und eine behindertengerechte Schatzkammer blieben aber immer noch Desiderat.

IV. Neubewertung der nordwestlichen Nebenraumzone des Königsbaus

Der unzugängliche Königsbauhof hatte durchaus auch den Charakter eines Werkhofs gehabt, an dessen Südseite die Schreiner der Residenzwerkstätten arbeiteten. Mit der Hoföffnung zog diese Einrichtung nach Schleißheim, wie die Bildhauer und Vergolder aus den darüber liegenden Geschossen die Residenz schon länger Richtung Nymphenburg verlassen hatten. Auch einzelne Dienstwohnungen für das Schlosspersonal waren nicht mehr praktikabel und wurden aufgelöst. Somit war eine Nachnutzung für die auf vier Geschosse verteilten ehemaligen Dienst- und Privaträume der Königsfamilie gefragt.

Zunächst fand hier, im Erdgeschoss, eine Ausstellung zum Thema *Das Libretto* im Rahmen des Münchner Opernjubiläums 2003 statt. Die Schlösserverwaltung konnte den niveauvoll gestalteten provisorischen Ausbau des Münchner Architekten Wenz übernehmen, um hier die ursprünglich in der Alten Schatzkammer (jetzt Kasse und Shop) gezeigte Schau über Zerstörung und Wiederaufbau des Schlosses im und nach dem II. Weltkrieg neu und großzügiger zu präsentieren.

Durch ein Großfoto des eingestürzten Antiquariums mit den Titel-Schlagwörtern betrat man einen Gang, der die seitlich gelegenen Kabinette erschloss und mit Großdias vor den Fenstern die unwiederbringlichen Verluste des großen Brandes vom April 1944 zeigte. Ein erster Schauraum führte in die Bemühungen um Dokumentation des Bestandes in Form von Fotos, Malerei, Zeichnung und mittels Spolien ein. Es folgte ein Erinnerungsort an die Kriegszeit mit einer (zunehmend desaströsen) Folge von Zerstörungsbildern. Die restlichen Räume waren, mit Bildern und charakteristischen ramponierten Fundstücken aus der jeweiligen Epoche, den drei großen Phasen des Wiederaufbaus gewidmet.

Zusammen mit den vom üblichen Museumsrundgang abgetrennten Nibellungensälen war das westliche Erdgeschoss des Königsbaus kostenlos zugänglich, was dankbar vom Publikum und den professionellen Stadtführern angenommen wurde. Auch dem übrigen Museum wurden so neue Interessenten zugeführt. Entscheidender Gewinn der kleinen temporären Schau war aber die Erkenntnis, dass sich der auch klimatisch günstige, nach Norden orientierte Schlossflügel bestens als Präsentationsfläche eignete.

V. Sicherung der Bausubstanz im Gefolge der 2007 eingeleiteten Technikanierung

Ausgelöst durch eine bevorstehende Umstellung der Fernwärmeversorgung für die Umgebung der Residenz, immer deutlichere Defizite bei den Installationen aus den 50er Jahren und zunehmend verschärften Vorschriften hinsichtlich Brandschutz, Energieeinsparung und Hygiene, musste seit den mittleren Nuller-Jahren über eine fundamentale technische Erneuerung nachgedacht werden. Parallel lief auch die – aus ähnlichen Gründen nötige – Restaurierung des Cuvilliés-Theaters. Da der Königsbau mit seinen hoch installierten Kellern eine wichtige haustechnische Schaltstelle darstellt, begannen hier die Arbeiten im Jahr 2007.

Bald schon wurde deutlich, dass eine Beschränkung auf die rein dienenden Funktionen im Haus unwirtschaftlich sein würde – schließlich zwangen die

oft erheblichen Eingriffe in die Bausubstanz, speziell durch neue Leitungen, ohnehin zu einer staubintensiven Öffnung und anschließenden Überholung aller betroffenen Oberflächen, was damit auch den Restauratoren ein breites Tätigkeitsfeld verschaffte. Die aus Sicherheitsgründen und zum Schutz der Objekte nötige Räumung und Deponierung von musealem Kunstgut bot nicht zuletzt die Chance, lange aufgeschobene Anpassungen im didaktischen Konzept endlich anzugehen. Letztlich hob im Genehmigungsverfahren auch die Kopplung der nicht zu diskutierenden Sicherheitsbelange mit den nur *wünschenswerten* kulturellen Anliegen die Chance auf deren Umsetzung.

Aus den 2007 eingeleiteten architektonischen Maßnahmen am Königsbau ragt die umfassende Sanierung aller Fassaden heraus – schon allein wegen der riesigen Flächen von rd. 4500 Quadratmetern allein für die Natursteinoberflächen. Das aus Lager- und Transportgründen weit in den Platz vorgeschobene Gerüst mit seiner illusionär bedruckten Bespannung und dem aus den Fenstern lugenden Königspaar gehörte bald schon regelrecht zum Stadtbild.

Gestützt auf ein präzises digitales Aufmaß zeigte die Schadensanalyse einen dramatischen Befund: Die kurz vor 1958 noch mit geringem Aufwand gemachten Ergänzungen von Kriegsschäden hatten sich verbraucht; die rostenden Armierungen der Betonplomben sprengten darüber liegende Schichten ab und bedrohten die Passanten, die sich gern am Fuß der Schauwand sonnten. Dazu kamen allerlei Feuchteschäden und die bei Sandstein fast schon sprichwörtlichen Verfallsprozesse. Schon seit mehreren Jahren hatte die Bauverwaltung mehrmals jährlich Befahrungen durchgeführt, bei denen alle losen oder auch nur locker scheidenden Bauteile tonnenweise abgeschlagen wurden. Dies traf auch die Gesimse und die Ornamentik. Man kann sich denken, wie stark auch eigentlich noch Rettbares auf diesem Weg verloren ging.

Als zentrale denkmalpflegerische Frage war zu klären, ob man dem Prinzip der 1950er Jahre, etwa im Stil einer Betonsanierung, treu bleiben sollte, oder ob man die Rückführung der Fehlstellen auf die präzise Maßlichkeit Leo von Klenzes unter Verwendung von Originalmaterial wagen sollte. Ein Kompromiss wurde gefunden, indem man sich entschloss, zunächst einmal alle potentiell sprengenden Eisenteile auszubauen. Schadstellen unter 50 Prozent eines betroffenen Quaders wurden mit modernen, edelstahlarmierten Steinersatzmassen geschlossen – war die Fehlstelle größer, kam Naturstein zum Einsatz.

Der benötigte *Abbacher Grünsandstein* ist nicht mehr im Handel. Ein Vorkommen in einem Steinbruch bei Kelheim – im Geburtsort des Autors Saal an der Donau – konnte allerdings genutzt werden und ermöglichte hochwertige traditionelle Steinmetzarbeit, die von den schon bei der Hofkirche bewährten Bamberger Natursteinwerken Graser geleistet wurden. So waren die Weichen in Richtung auf einen zunehmend wieder steinernen Königsbau gestellt – statt ihn allmählich zur Betonkopie zu machen.

Die Entschlüsselung der Formprinzipien, nach denen Klenze seine unten dorische, ionische und oben korinthische Palastfassade gliederte, war Aufgabe der denkmalpflegerisch verantwortlichen Bauabteilung. Die überaus lehrreiche Detektivarbeit war entscheidend, um nach vielen unpräzisen Ergänzungen wieder den reinen Klang einer fast vergessenen Architektursprache zurückzugewinnen.



Foto und Copyright: Bayerische Schlösserverwaltung
Das Luftbild der Münchener Residenz ist aufgenommen von einem der Türme der Theatinerkirche.

VI. Die endgültige Adaption von Raumreserven für das Residenzmuseum

Die *Rückwärtigen Räume* des Königsbaus, die mit genau der Hälfte der südlichen Prunkraumhöhe eher wohnlichen Charakter zeigen, sind gut geeignet für konservatorisch nicht zu sensible oder kleinere Ausstellungsstücke.

Nachdem man zunächst an Wechselausstellungen gedacht hatte, rückte die Idee einer Verlagerung von vorhandenen Beständen aus dem Raumkunstmuseum in den Vordergrund. Die dort freierwendenden Räume – etwa die bisherige Porzellansammlung des 18. Jahrhunderts oder die Silberkammern – würden für eine didaktische Einführung in die

begleitende Raumkunst gut geeignet sein oder lange schon beengte Bereiche, wie die Ausstellung sakraler Textilien bei der Hofkapelle, sinnvoll erweitern. Die für Bayerns Verfassungsgeschichte wertvollen *Staatsratszimmer*, von denen aus der König mit seinem Kabinett regierte, würden dadurch endlich frei für eine Neupräsentation.



Die Neue Silberkammer ist einer der Ausstellungsräume, die durch Renovierung und Umbau nun für die Besucher sehr gut zugänglich ist. Ziel vieler

Maßnahmen war es, den Museumsbesuch bequemer, übersichtlicher und somit ansprechender zu machen.



Die offene Residenz: Blick in den Königsbauhof von der Residenzstraße aus.

Foto und Copyright: Bayerische Schlösserverwaltung:

Ein zusammenhängender Cluster von eher neutralen Schauräumen mit hochwertigen Gebrauchsgegenständen und Kunstgut erläutert im Kontext des Königsbaus die Funktionen einer Königswohnung (Stichwort Tafelkultur) und bietet dem Fachpublikum Gelegenheit, edle Porzellane, Silber oder Miniaturen fern vom lauterem Betrieb der Hauptroute zu studieren. Nach einem Konzept unserer Museumsabteilung wurde die Ausstellungsarchitektur vom Stuttgarter Büro *space4* entwickelt und – wie alle hier genannten Bauaufgaben – vom Staatlichen Bauamt München 1 unter Leitung meines geschätzten Kollegen Norbert Achatz realisiert. Der gesetzte Kostenrahmen von 4,9 Millionen € wurde wie fast durchgängig gehalten.

Der Einbau einer internen Treppenanlage war aus Brandschutzgründen nötig und erlaubt in enger Verknüpfung der Geschosse auch einen raschen Themenwechsel. Bis zur Vollendung eines durchgehenden Erschließungskonzepts für die Residenz bildet diese Treppenanlage auch den einzigen Zugang zu den tiefer gelegenen Schauräumen und den *Nibelungensälen*, ausgehend von der Königswohnung im Hauptgeschoss.

Die Verknüpfung mit diesen vorgelagerten Prunkräumen wurde durch Öffnung bisheriger Scheintüren verbessert, auch um historische Bezüge (etwa zum verlorenen Speisesaal des Königsbaus) besser ablesbar zu machen. Schließlich sind die im Erdgeschoss erhaltenen Balkendecken, Parkettböden, Türflügel und

Fensterläden eine besondere Kostbarkeit im 1944 ausgebrannten Schloss. Sie wurden sorgsam restauriert. Nur hier hat man noch, bei aller Reduzierung an den Oberflächen, sechsseitig originale Raumschalen vor sich, die Nebenräume zeigen, was in der schon fast ermüdenden Folge prunkender Säle vom Publikum dankbar angenommen wird.

VII. Das Programm zur Sicherung wertvollster Wandmalerei der Residenz wird fortgeführt

Nach der Restaurierung des Antiquariums in den Jahren 1995–2000 sollten auch die ähnlich geschädigten Fresken Julius Schnorr v. Carolsfelds in den *Nibelungensälen* und die Malerei in der Grottenhalle konserviert und fallweise ergänzt werden. Dies fiel zunächst Sparzwängen zum Opfer. Bei weiterer Zunahme der Schadensbilder – und zur Ergänzung des musealen Angebots im direkten Anschluss an die neu eingerichteten rückwärtigen Räume – gelang es schließlich, ab 2012 die *Nibelungensäle*, den noch am besten erhaltenen Bestand an Wandgemälden des 19. Jahrhunderts in der Residenz, zusammen mit der rahmenden Raumdekoration zu sanieren. Für rund 3,9 Millionen € wurde die nach Kriegsschäden schon einmal, in den 1950er Jahren, ergänzte Wandmalerei des Nibelungenzyklus restauriert, wurden Wandflächen und Böden aus Stuck und kostbarem Naturstein gereinigt und soweit erforderlich ergänzt.

Im Vorfeld waren dramatische Wasser- und daraus resultierende Salzsäuren einzu-dämmen, die sich als Spätfolgen des Krieges, aber auch durch unzugängliche und dabei undichte Regenfallrohre aufgeschaukelt hatten. Wandgemälde, deren Putzgrund sich über mehrere Quadratmeter vom Mauerwerk gelöst hatte, bildeten ein besonders riskantes Schadensbild – die schon allein durch die Vibration der unter der Residenz vorbeifahrenden U-Bahn zu Totalverlusten hätten führen können.

Schließlich wandte man viel Mühe für ein zeitgemäßes Lichtkonzept auf. Die fünf Räume wurden zum Schutz vor allzu grellem Sonnenlicht und schädlichen Klimaschwankungen mit Spannvorhängen ausgestattet, was die bisher fehlende Beleuchtung verschatteter Bereiche nötig machte, aber auch bei einbrechender Dämmerung oder schlechtem Wetter die Farbenpracht der Malereien deutlich hebt.

So konnte mit der begeistert aufgenommenen Eröffnung des erweiterten Museumsrundgangs und der über zehn Jahre geschlossenen Königswohnung im Juni 2018 auch der monumentalste Freskenzyklus des 19. Jahrhunderts in der Hauptstadt – und weit darüber hinaus – wieder zugänglich gemacht werden. Eine Nutzung der Raumflucht für Veranstaltungen, die manches zum Verfall beigetragen haben, soll künftig ausgeschlossen bleiben.

VIII. Die Rekonstruktion der Gelben Treppe bereichert den Lernort königliches Bayern

Die Teilrekonstruktion und Restaurierung der *Gelben Treppe* bildet einen Sonderfall verglichen mit den bisher vorgestellten Projekten. Da es seit 1973 bereits eine Treppenverbindung zwischen Antiquariumstrakt und Königsbau an dieser Stelle gab, war ihre Überarbeitung nicht zwingend. Betrachtet man das komplexe Raumkunstwerk aber unter dem inszenatorischen Aspekt des feierlichen Aufstiegs zur Audienz beim Bayerischen König, gewinnt ihre Gestalt entscheidend an Bedeutung. Es ist der Edith-Haberland-Wagner-Stiftung München zu verdanken, dass diese Idee, gestützt von einer 50-prozentigen Finanzierungszusage über 3 Millionen €, an unsere Oberbehörde herangetragen werden konnte, die 2016 den Bauauftrag des Landtags übermittelte.

Es geht primär um die Überwindung einer Notlösung aus den späten 1940er Jahren, als man zur Sicherung des Antiquariums vor weiterem Verfall ein dauerhaftes Dach errichtete, das den zur Hälfte erhaltenen Treppenraum durchschneidet. Zweites Ziel der Maßnahme ist die Sichtbarmachung nennenswerter Reste originalen Stucks und Stuckmarmors der Zeit um 1830, während die Ornamentik und Oberflächenqualität des übrigen Königsbaus zu weiten Teilen nach 1945 grundlegend überarbeitet wurde. Schließlich bildet die Prunktreppe einen zentralen Knotenpunkt in einem künftigen Erschließungskonzept für die Residenz, das nicht mehr von ein oder zwei zwingend abzulaufenden Routen durch Sammlungen und Raumkunst ausgeht, sondern dem Gast die Wahl lässt, wie viel Kunstgenuss er sich zumuten will bzw. kann, in welcher Reihenfolge dies geschehen soll und welche Schwerpunkte er setzt.

Die Baumaßnahme kann sich, neben den Originalbefunden, auf historisches Bild- und reichlich präzises Planmaterial stützen. Sie wird in drei Hauptabschnitten durchgeführt, die den Abbruch des ursprünglichen Raum durchführenden Tunnels, den Wiederaufbau des im Krieg verbrannten, vermutlich hölzernen halbrunden Vorraums mit südlicher Portalwand sowie die Verkleidung des Rohbaus mit Stuck, dem namegebenden gelben Stuckmarmor und kostbarem Naturstein umfasst. Wir rechnen mit der Fertigstellung für den Sommer 2020.

IX. Schlussbetrachtung

Keine der technischen Sanierungen, die in den letzten Jahrzehnten in der Münchner Residenz erfolgen mussten, ließ sich auf die Bedürfnisse einer zeitgemäßen Betriebsführung beschränken. Immer war es auch der wirtschaftlichste und am schnellsten realisierbare Weg, die oft schon lange aufgelaufenen konservatorischen Probleme und die Erwartungen eines anspruchsvollen internationalen Museumspublikums im selben Zuge mit zu erledigen. Wir haben das am Beispiel einer komplizierten Fassadenrestaurierung und der sichernenden Aufwertung der Nibelungensäle ebenso gesehen wie bei der Neugestaltung einer großzügigen Sammlungsarchitektur für das Silber, die Porzellane, Miniaturgemälde und Tischkultur unseres Schlosses.

Die nun anstehende grundlegende Sanierung der kostbarsten Prunkräume des Schlosses – Reiche Zimmer, Ahnengalerie, Hof- und Reiche Kapelle, Grottenhalle – wird genauso eine Reihe begleitender Maßnahmen nach sich ziehen, die viel Geld kosten werden, aber auch die Chance bieten, das ausführlich gezeigte Grundproblem einer brauchbaren



Dr. Katharina Weigand, Akademische Oberrätin am Universitätsarchiv der LMU, moderierte die Abschlussdiskussion mit den Referenten.

Infrastruktur für die Residenz zu lösen. Dabei kommt dem Königsbau und den beiden Höfen, die ihm nördlich vorgelagert sind, eine entscheidende Bedeutung zu. Der Königsbau wird, zusammen mit den gerade dieses Jahr noch grundsanieren Trakten um den Kaiserhof, jene Attraktivität bieten, die man im Kern der Anlage für mindestens ein Jahrzehnt den Gästen vorenthalten muss.

Eine Gruppe unserer Praktikanten hat kürzlich versucht, alternative Standorte für den Museumszugang zu entwickeln. Nimmt man die Koppelung von Schatzkammer und Raumkunst weiter an und schließt man eine Verlagerung der Schatzkunst in andere Bereiche, schon wegen Mangel an Raumreserven aus, kommt nur der naturgemäß empfangsbereite Königsbau als Auftaktort infrage.

Umgeben von unantastbaren Raumkunstwerken wird also der verborgene Küchenhof und wird der Untergrund des Königsbauhofes jene Einrichtungen aufnehmen müssen, auf die ein Schaukomplex der Königsklasse – und niemand wird so einen Ehrentitel unserer Residenz verwehren können – dringend angewiesen ist. Angemessene Kassen-, Garderoben- und Sanitäräume, ein Museumsladen und Café, natürlich auch ein Vortragssaal und Flächen zum Empfang von Gruppen und zur Orientierung sowie, ganz entscheidend und bis heute schmerzhaft fehlend: Eine Treppen- und Aufzugsanlage zwischen Empfang und Hauptgeschoss sind hier zu nennen. Endlich müssen die weiten Wege zwischen den Hauptattraktionen so verkürzt und organisiert werden, dass auch ältere, ungeduldige und behinderte Gäste ihren Besuch genießen können. Die Alte Schatzkammer, das einzige erhaltene Monument der Prinzregentenzeit, wird dann auch wieder angemessen, etwa als Sonderschau für Schatzkunst, genutzt werden können.

Ich hoffe, Ihnen einen Eindruck davon vermittelt zu haben, wie sich die Arbeiten am und um den Königsbau konsequent und beharrlich, auf dieses Ziel hin ausgerichtet haben. Ein kühner Seitenblick auf das Meisterwerk von Ieoh Ming Pei am Louvre mochte uns dabei, im Sinn des Untertitels, gestattet sein. Möge es der Residenz, allen Freunden der Kunst und europäischer Geschichte vergönnt sein, diesen Weg zu einem würdigen Abschluss gelangen zu sehen. □

Der wechselvolle Weg vom Lusthaus zur Staatskanzlei

Lothar Altmann

Ein Stadtgebilde ist etwas Dynamisches, nichts Statisches. Und doch gibt es im Stadtkern Münchens nur wenige Standorte, die so vielen, vor allem vielfältigen Nutzungsänderungen und damit baulichen Veränderungen unterworfen waren wie der Untere Hofgarten.

I. Herzogliches Sommerhaus/Lustschlösschen

So zeigen Vogelschau-Stadtpläne des frühen 17. Jahrhunderts östlich der Hangkante, die noch heute den Hofgarten von seinem tiefer gelegenen Teil trennt, einen trapezförmigen Garten. In dessen Nordostecke erhob sich damals ein zweigeschossiges Sommerhaus mit westlich anschließendem Arkadengang und einem Brunnenhaus. Es handelte sich bei dieser Anlage um den von Bayernherzog Albrecht V. in den 1560er Jahren für seine Gemahlin Anna von Österreich geschaffenen „neuen Lustgarten“, den später so benannten Unteren Hofgarten. Der Wandelgang mit den toskanischen Rotmarmorsäulen wurde dann wohl unter Herzog Wilhelm V. im späten 16. Jahrhundert um eine zweite Arkadenreihe aufgestockt. Dieser Gangkomplex hat im Kern alle späteren Umgestaltungen überdauert.

Herzog Maximilian I. ließ die obere Arkadenreihe dann als Nord- und Westeinfassung des bis 1617 angelegten Oberen Hofgartens fortführen. Gleichzeitig erhielt der ältere Untere Hofgarten als neuen Ostabschluss ein Lustschlösschen. Es wurde von zwei Rechteckbauten pavillonartig flankiert, in deren nördliches das Sommerhaus Albrechts V. einbezogen war. Die Ausdehnung, Zentrierung und Symmetrie dieses neuen Baukomplexes sollten Maßstab auch für alle folgenden Bauten an dieser Stelle bis hin zur Staatskanzlei werden. Davor erstreckte sich ein großes querrrechteckiges Wasserbecken, in dessen Mitte ein über zwei Dämme oder Brücken zugängliches Inselchen lag. Das sieht man gut auf den Stichen von Michael Wening, die dieser um 1700 anfertigte. Weiter im Osten, an den Stadtbächen, schloss sich ein gewerblicher Bereich mit zwei Mühlen an. Ebenfalls unter Maximilian I. kam das beschriebene, bislang vorstädtische Areal innerhalb der neuen Wallbefestigung Münchens zu liegen.

II. Manufakturen und Kasernen

Die Epoche der Aufklärung und des Nützlichkeitsdenkens brachte radikale Veränderungen für den Hofgarten, insbesondere für dessen Ostbereich, mit sich. Zunächst wurde das mittlere und damit stattlichste der drei maximilianischen Gartenhäuser bis 1769 von Karl Albert von Lespilliez zu einer kurfürstlichen Seidenspinnerei umgebaut. An der südlichen Schmalseite des Parterres entstand 1796 zudem das dreiflügelige sogenannte Seidenhaus, eine private Seidenbandweberei. Dieses Seidenhaus wurde 1803 vom Staat zur Nutzung als Artilleriekaserne angemietet und ging 1808 in Militärbesitz über.

Einen neuen, monumentalen Ostabschluss bekam der Hofgarten 1804/07 durch die sogenannte Hofgartenkaserne. Der 189 Meter lange viergeschossige Zweckbau diente dem Infanterie-Leib-



Dr. Lothar Altmann, Kunsthistoriker, Lektor und Publizist

regiment, den „Leibern“, als Unterkunft. Nach der hierzu 1801 angeordneten Trockenlegung des Hofgartenteiches konnte das Vorfeld dieser Kaserne zu einem Exerzierplatz eingeebnet werden. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde die Hofgartenkaserne – angeblich aufgrund des feuchten Untergrunds – zunehmend zu einer gesundheitlichen Bedrohung Münchens. Als dann in ihr im Sommer 1893 – nicht zum ersten Mal – eine Typhusepidemie ausbrach, an der rund 400 Soldaten erkrankten und 34 sogar starben, wurde umgehend ihre Schließung und die der benachbarten Seidenhauskaserne verfügt.

Zur Verbesserung der in vielerlei Hinsicht unbefriedigenden, ja, unwürdigen Situation an der Hofgartenostseite waren im Verlauf des 19. Jahrhunderts mehrfach Vorschläge gemacht worden. So wollte schon Leo von Klenze das Kasernenareal durch Fortführung der Arkaden an der Ost- und Südseite wieder in den Hofgarten integrieren. Dabei hätte der übermächtige Kasernenkomplex einem wesentlich reduzierten Neubau aus Klenzes Hand weichen sollen. Auch bezog sich eine der drei Standortvarianten des Richard-Wagner-Festspielhauses, das von Gottfried Semper 1866/67 im Auftrag König Ludwigs II. geplant wurde, auf dieses Areal. Nach weiteren konträren Überlegungen zu seiner zukünftigen Nutzung in den 1890er Jahren, so die mögliche Errichtung eines Wagner-Theaters oder eines anderen Kulturbaus, entschied sich das Kriegsministerium 1898, das städtebaulich zentral gelegene Gelände doch nicht an „Investoren“, wie man heute sagen würde, zu veräußern, sondern es selbst neu zu bebauen, und zwar mit einem Museum zur Darstellung der Militärgeschichte Bayerns.

III. Bayerisches Armeemuseum

Hierzu wurden dort 1899 die beiden inzwischen unbewohnten Kasernen abgebrochen. Bestehen blieben nur die Renaissancearkaden an der Nordseite des Terrains, da sie von Klenze nach

1846 mit dem alten, von ihm umgestalteten Hofgarten-Brunnhaus verbunden und von Eduard Riedel 1865/66 mit dem Gebäude des Kunstvereins überbaut worden waren. Planung und Bauleitung des Armeemuseums hatte Ludwig Mellinger inne, Geheimer Oberbaurat im Kriegsministerium. Die Projektierung hatte bereits 1899 eingesetzt und wurde auch noch während der Bauarbeiten weitergeführt, die am 8. Juni 1900 mit dem ersten Spatenstich begonnenen hatten. So wurde beispielsweise die endgültige Gestaltung der Kuppel erst festgelegt, nachdem Mellinger 1903 hierfür eigens eine Studienreise nach Norditalien unternommen hatte.

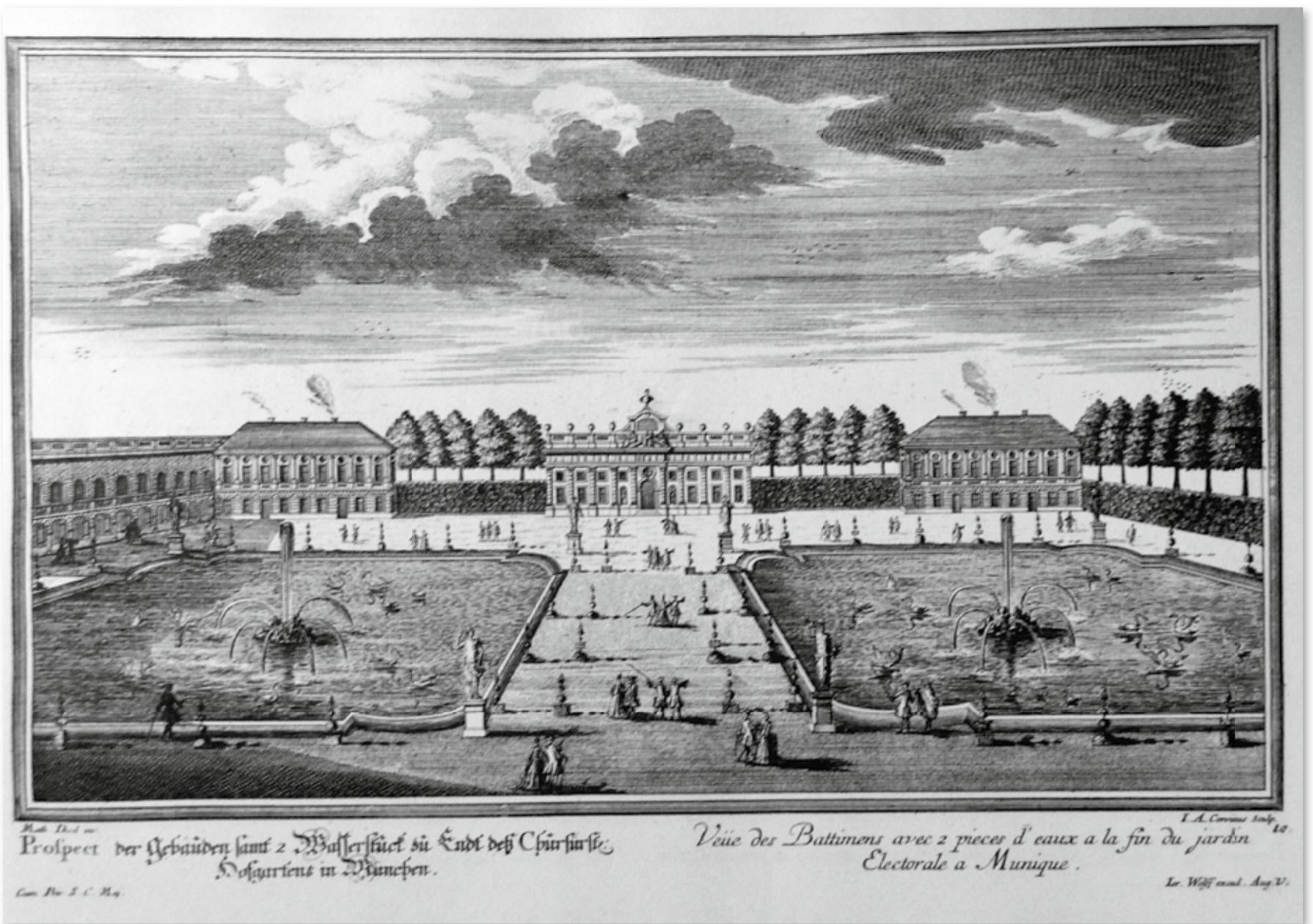
Schon im Herbst 1902 konnten die Dienstwohnungen im Nordflügel an der Galeriestraße und 1904 das Hauptgebäude bezogen werden; der überdimensionierte Kuppelbau wurde 1905 vollendet. Die feierliche Eröffnung des ca. 177 Meter langen, durchaus martialisch wirkenden Monumentalbaus des Bayerischen Armeemuseums erfolgte am 12. März 1905 durch Kronprinz Ludwig, den späteren König Ludwig III. Gleichzeitig wurde Architekt Ludwig Mellinger in den Adelsstand erhoben. Wie andere damals neue Staatsgebäude Münchens wie der Justizpalast, das Verkehrsministerium oder das Bayerische Nationalmuseum, die das Stadtbild mit ihren imposanten Aufbauten beherrschten, war auch das Armeemuseum als ein unübersehbares Monument der Selbstdarstellung Bayerns zur Prinzregentenzeit zu verstehen. Zugleich erschien es dem neuen großstädtischen Charakter der enorm gewachsenen Metropole als angemessen.

Im jetzt wieder gärtnerisch gestalteten westlichen Vorfeld des Armeemuseums entstanden nachträglich zwei passende Denkmäler: Auf einer halbrunden Terrasse vor dem Mittelbau wurde am 12. März 1911, dem 90. Geburtstag des Prinzregenten, das Reiterdenkmal des Herrschaftsbegründers der Dynastie in Bayern, Herzog Ottos I. von Wittelsbach, enthüllt. Nach dem Ersten Weltkrieg kam das Denkmal für die ca. 13.000 Gefallenen der Landeshauptstadt München hinzu.

Bis 1939 wurde der Gebäudekomplex samt Armeemuseum, Armeebibliothek und Kriegsarchiv sukzessive der Wehrmacht unterstellt. Angeblich auf persönlichen Wunsch Adolf Hitlers hin sollte das Museum erweitert werden. Hierzu entwarf German Bestelmeyer 1940 einen Parallelbau, wobei die bisherige Kuppel einer neuen über dem mittigen Zwischenbau hätte weichen müssen. Auch eine Orientierung des Museums mittels einer nördlich quer angefügten „Halle der Helden“ hin zu einem neuen großen Platz zwischen dem „Haus der Deutschen Kunst“ und dem als Pendant hierzu geplanten „Haus der Deutschen Architektur“ war angedacht. Realisiert wurde davon aber nichts.

IV. Zerstörung des Museums im Zweiten Weltkrieg

Beim ersten Tages-Luftangriff der Amerikaner auf München am 18. März 1944 wurde auch das Armeemuseum getroffen. Weitere Schäden durch Brand- und Sprengbomben sollten folgen. Dabei wurden die Obergeschosse der Flügeltrakte fast völlig zerstört, wogegen von Kuppelbau und den beiden Eckpavillons die Umfassungsmauern stehen blieben. Die Museumsbestände wurden, soweit noch vorhanden, 1945 vom Bayerischen Nationalmuseum übernommen und fanden 1969 im heutigen Bayerischen Armeemuseum im Neuen Schloss zu Ingolstadt ihre endgültige Bleibe.



Der Untere Hofgarten auf einem Kupferstich von Matthias Diesel, der um das Jahr 1720 entstand.

V. Schaffung des Altstadttrings

Bereits im August 1945 stimmte der Münchner Stadtrat einem an der Tradition orientierten Wiederaufbau der Stadt gemäß den Vorschlägen des damaligen Stadtbaurats Karl Meitinger zu, die dieser noch im Dezember desselben Jahres unter dem Titel „Das neue München“ veröffentlichte. Dieses visionäre Exposé sah unter anderem drei Ringstraßen von bis zu 70 m Breite zur Verkehrs-entlastung der Innenstadt vor und stellte somit die Weichen für die Schaffung des Altstadttrings mit Blockrandbebauung. Was diesen Ring in Höhe des Armeemuseums betrifft, so wäre er nach Meitinger etwas weiter östlich verlaufen, hätte also direkt auf das Haus der Kunst zugeführt und somit vor dem Prinz-Carl-Palais einen breiten Streifen freigelassen. 1962 präsentierte dann nach dreijähriger Planung ein Beratergremium ein Konzept für eine aufgelockerte und autogerechte Stadt, das zwar in etwa auf Meitingers Trassenführung fußte, sich aber nicht mehr um vorhandene historische Strukturen kümmerte.

Auch wenn dieser Plan so nie umgesetzt wurde, farbte er doch auf den Stadtentwicklungsplan („Jensen-Plan“) von 1963 ab, der eine – nach Erwin Schleich – „zweite Zerstörung Münchens“ zur Folge hatte. So wurden darin beispielsweise der autobahnartige Altstadttring in einer Schneise von aufgerissenen Gebäudeblöcken sowie der

Verkehrsknoten vor dem Prinz-Carl-Palais übernommen, wobei Belange der Fußgänger kaum Beachtung fanden. Auch bewirkten die Vorschläge zur Stadtplanung 1965 den Abbruch der Seitenflügel und Eckpavillons des inzwischen weiter verfallenen Armeemuseums wegen angeblicher Gefährdung des Straßenverkehrs. So wurde die isolierte Kuppelruine zu einem unproportionierten Blickfang des Rings.

Gegen die geplante Untertunnelung des Prinz-Carl-Palais regte sich 1966 Widerstand in der Bevölkerung, wobei die Bürgerinitiative „münchner bauforum“ eine zentrale Rolle spielte. Die Realisierung dieses Projektes konnte dadurch zwar nicht gänzlich verhindert werden, doch führte der Bürgerprotest 1968 zur Gründung eines „Diskussionsforums für Stadtentwicklungsfragen“, seit 1972 „Münchner Forum e. V.“. Dieser Verein sollte später auch vehement die Reduzierung des Baukörpers der geplanten Staatskanzlei fordern, das allerdings mit vollem Erfolg.

VI. Was geschieht mit der Museumsruine?

Jetzt nochmals zurück zur unmittelbaren Nachkriegszeit: 1948 legte die Oberste Bayerische Baubehörde einen Plan zum Wiederaufbau der Ruine des Armeemuseums vor, der zwar die Wiedererrichtung der zerstörten Seitenflügel, aber seltsamerweise den Abriss der noch ver-

hältnismäßig intakten Kuppel vorschlug. Der Gedanke eines Wiederaufbaus des Museums sollte sogar noch 1968 Hans Döllgast und 1981 Erwin Schleich beschäftigen, allerdings diesmal jeweils unter Beibehaltung der Kuppel. 1978 formierte sich außerdem eine Bürgerinitiative „Rettet das Armeemuseum!“.

Doch hatte inzwischen der Bayerische Rundfunk sein Interesse an dem Gelände bekundet, um darauf ein neues Funkhaus erstellen zu können. Er hätte nämlich schon 1926 eine angemessene Unterkunft in dem von Richard Riemerschmid geplanten „Volkshaus“ an der Hofgartennordseite erhalten sollen und trachtete nun danach, den ehemaligen Thronsaal der Residenz zu seinem Konzertsaal („Herkulesaal“) auszubauen. Zu dem Funkhaus-Projekt lieferte Adolf Abel 1949/50 mehrere sehr funktionale Pläne, die alle von einer Sprengung des Kuppelbaus ausgingen. Der im Juni 1950 vorgelegte Vertragsentwurf zum Kauf des Areals wurde aber vom Bayerischen Rundfunk nie ratifiziert. 1955 entschied sich der Sender schließlich für den Standort am Hauptbahnhof.

Eine „Ideenskizze“ von 1959 im Staatsarchiv München bezeugt, dass dann bereits das Bayerische Innenministerium mit der Errichtung eines Verwaltungsgebäudes für die Oberste Baubehörde am Hofgarten liebäugelte.

Im Jahre 1961 diskutierte der Bayerische Landtag die Schaffung eines „Hauses der Bayerischen Geschichte“,

wofür sich im Januar 1962 ein Kuratorium konstituierte. Am 6. Februar 1962 beschloss der Ministerrat – wie schon zuvor am 5. Dezember 1961 der kulturpolitische Ausschuss des Bayerischen Landtags – den Bau einer neuen Staatskanzlei an der Stelle des Armeemuseums, und zwar ohne die Museumsruine zu erhalten. Im Ministerratsbeschluss vom 20. November 1962 war dann auch die Rede davon, dass hier außerdem „ein Haus der Bayerischen Geschichte ... Platz finden“ solle.

So schrieb die Landeshauptstadt München unter Beteiligung des Freistaates Bayern zunächst einen städtebaulichen Ideenwettbewerb für den Altstadttring Nord-Ost aus. Im Juli 1966 entschied ein Preisgericht über 90 eingereichte Arbeiten bayerischer Architekten, wobei der geplante Standort der Staatskanzlei am Hofgarten unumstritten war und von zwei Dritteln der Teilnehmer der Abriss der Museumskuppel befürwortet wurde. Ein erster Preis wurde nicht vergeben, sondern nur zwei zweite Preise, da zwar viele Anregungen, aber angeblich keine endgültigen städtebaulichen Lösungen darunter waren. Doch sprach sich die Jury generell für den Erhalt des Unteren Hofgartens samt Kriegerdenkmal aus. Ein beabsichtigter zweiter Wettbewerb, der den Bau der Staatskanzlei zum Inhalt haben sollte, unterblieb.

Am 19. November 1968 bestimmte dann der Ministerrat das Prinz-Carl-



Die Situation zu Beginn der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts: Der Altstadttring ist schon gebaut, es steht noch die Kuppel des sonst zerstörten Armeemu-

seums, im Hintergrund der Hofgarten und der Blick weiter auf Residenz und Theatinerkirche.

Palais zum Sitz des Bayerischen Ministerpräsidenten und den westlich anschließenden Finanzgarten zum neuen Standort der Staatskanzlei. Im nächsten Jahr lobte der Freistaat hierfür einen Architektenwettbewerb aus. Kurioserweise gab es auch diesmal keinen ersten Preis, doch sollte dann Uwe Kiessler mit diesem Projekt beauftragt werden, dessen Entwurf eines Stelzenbaus gesondert angekauft worden war. Im Beschluss vom 11. Februar 1969 ließ der Ministerrat das Gelände des ehemaligen Armeemuseums für den Neubau der Staatsgalerie moderner Kunst, der Neuen Sammlung und der Staatlichen Graphischen Sammlung reservieren, auf dem – wie es hieß – „auch ‚allenfalls‘ das Haus der Bayerischen Geschichte untergebracht werden“ könne.

Rechtzeitig zur Olympiade 1972 war der Altstadttring samt der Untertunnelung des Prinz-Carl-Palais und der Fußgängerunterführung zwischen Hofgarten und Englischem Garten vollendet. Und für 1973 war schon mal der Baubeginn der Staatskanzlei im Finanzgarten in Aussicht gestellt. Doch verzögerte sich das Projekt immer wieder „durch Kompetenzwirrwarr, Programmreduzierungen, Programmweiterungen und mangelnde Koordination der beteiligten Behörden“, wie der Bund der Steuerzahler kritisierte. Auch waren beim zweiten städtebaulichen Wettbewerb „Altstadtring Nord-Ost“, der im Juni 1972 entschieden worden war, auf dem Armeemuseumsareal bereits Neubauten für die genannten Museen und auch noch für das Innenministerium festgeschrieben – jetzt allerdings unter der nicht ganz einfachen Prämisse, den

monumentalen historischen Kuppelbau als unverzichtbaren Bestandteil der Stadtsilhouette zu integrieren. Allerdings war auch diesem Wettbewerb kein durchschlagender Erfolg beschieden, außer dem, die Bekräftigung des Stadtrats am 21. November 1973 bewirkt zu haben, dass die Kuppel des Armeemuseums unbedingt zu erhalten und in die Planungen einzubeziehen sei. Damals wurde auch der Kuppelbau als Bestandteil des Hofgartenensembles in die Denkmalliste aufgenommen.

Schließlich aber wurde Anfang Juli 1978 die endgültige Aufgabe des Finanzgarten-Projekts durch einen Vertreter der Staatsregierung im Landtagsausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen bekanntgegeben. Für diese Entscheidung waren – angesichts des darunter verlaufenden Altstadttring-Tunnels – vor allem das erhöhte Sicherheitsrisiko nach dem Terroranschlag bei den Olympischen Sommerspielen und die hohen Kosten ausschlaggebend gewesen. Eine daraufhin angedachte Erweiterung der Staatskanzlei am bisherigen Standort Ecke Prinzregenten-/Oettingenstraße scheiterte am Widerstand der Anwohner, des zuständigen Bezirksausschusses und schließlich des Münchner Stadtrats. Deswegen rückte wieder das Hofgartengelände in den Fokus der Überlegungen.

VII. Die Planung der Staatskanzlei – ein Politkrimi mit Happy End

Konkret wurden dann die Planungen zur Errichtung der neuen Staatskanzlei am heutigen Standort, als Franz Josef Strauß, seit November 1978 Bayerischer

Ministerpräsident, im Februar 1979 ein „Machtwort“ sprach: „Rundfunk, Museen: wunderbar! Aber wo bleibt der Staat? Sollen wir uns mit der Staatskanzlei draußen in Großhadern verstecken? Wir gehen auf den Platz des Armeemuseums!“ Am 7. August 1979 wurde zudem in einer internen Besprechung der Staatskanzlei festgelegt, dass auch das zukünftige „Haus der Bayerischen Geschichte“ hier seinen Platz finden, der Museumsneubau (Pinakothek der Moderne usw.) aber – auf Wunsch des Kultusministeriums – auf dem Gelände „Marstallplatz-Nord“, wo sich heute die Zentrale der Max-Planck-Gesellschaft befindet, entstehen soll. Ein entsprechender Beschluss des Ministerrats erfolgte am 1. April 1980.

Der Freistaat Bayern und die Stadt München einigten sich nun darauf, zunächst durch Gutachter Eckdaten für die Bebauung des Areals des ehemaligen Armeemuseums, des Finanzgartens und des Marstallplatzes-Nord festlegen zu lassen. Eingeladen wurden hierzu laut Stadtratsbeschluss vom 12. November 1980 Fred Angerer, Andreas Hempel, das Büro Kammerer + Belz, Otto Meitinger, Gustav Peichl und Erwin Schleich. Diese und auch die Mehrheit der Obergutachter kamen 1981 – wie schon im Sommer 1980 Ernst Maria Lang, damals Präsident der Bayerischen Architektenkammer – zu folgendem Ergebnis: Das gewünschte Raumprogramm von Staatskanzlei und Haus der Bayerischen Geschichte kann auf dem Gelände des ehemaligen Armeemuseums realisiert werden, und zwar am besten in einer u-förmig zum Unteren Hofgarten hin ausgreifenden Anlage

und in einer „kritischen Auseinandersetzung mit der für die staatliche Selbstdarstellung heute angemessenen Formensprache“; dabei sollte die Traufhöhe der einstigen Flügelbauten des Armeemuseums nicht überschritten und die Böschungssituation zwischen Oberem und Unterm Hofgarten beibehalten werden. Im Juli 1981 beschloss der Münchner Stadtrat einstimmig, die Obergutachterempfehlungen in die Entwürfe zu Flächennutzungs- und Bebauungsplan einfließen zu lassen.

Eine Präsentation der Grundzüge dieser Planungen im Rahmen einer vorgezogenen Bürgerbeteiligung im Juli/August 1981 stieß auf äußerst geringes Interesse (wofür später von den Gegnern die Ferienzeit verantwortlich gemacht werden sollte). Bis Herbst 1981 war dann von Seiten der Stadt die planungsrechtliche Basis für die Auslobung eines Architektenwettbewerbs geschaffen. Hierzu stellte Stadtbaurat Uli Zech ausdrücklich klar, dass „eine Realisierung des Bauvorhabens ausschließlich im Rahmen der Obergutachterempfehlung möglich sei“ und dass diese „von der Landeshauptstadt im Hinblick auf die städtebauliche Bedeutung des Ensembles eng ausgelegt“ werde.

Dementsprechend gleichförmig in der Anlage fiel auch das Ergebnis des Wettbewerbs aus. Das Preisgericht, in dem auch zwei Vertreter der Landeshauptstadt saßen, erklärte im Oktober 1982 einstimmig unter den 65 Einsendungen das Projekt des Architektenteams Diethard Johannes Siegert und Reto Gansser zum Sieger und empfahl zugleich, den Preisträger mit der weiteren Planung zu beauftragen. Parallel zu diesem



Foto: Bayerische Staatskanzlei

Der Neubau der Staatskanzlei dauerte nur dreieinhalb Jahre. Die politischen und städtebaulichen Diskussionen hatten vorher Jahrzehnte in Anspruch genommen.

Wettbewerb war schon mal der isolierte Kuppeltrakt des ehemaligen Armeemuseums baulich gesichert worden. Nach der einstimmigen Verabschiedung durch den Stadtrat wurde der noch leicht modifizierte Bebauungsplan dann am 2. April 1984 von der Regierung von Oberbayern gebilligt und damit rechtsverbindlich. Der Baubeginn sollte 1986, die Fertigstellung 1990 sein.

Im Oktober 1984 wurden dann erste Fotos des Baumodells veröffentlicht. Nach unerwarteten wie medienwirksamen Protesten vor allem von Stadtplanern, Architekten und Kunsthistorikern sowie einer Unterschriftensammlung gegen diese Ausführung lehnte dann im April 1985 die Münchner Stadtgestaltungskommission den Bauantrag wegen zu großer Baumasse ab und empfahl eine Überarbeitung. Doch stimmte am 1. August 1985 die Regierung von Oberbayern dem Bauvorhaben zu, da es sich gänzlich an den von der Stadt genehmigten Bebauungsplan halte. Dagegen legte die Landeshauptstadt München im September Widerspruch ein und erhob im Dezember Klage. Dabei mussten auch die um 1900 verschütteten, 1985 aber wiederentdeckten albertinischen Hofgartenarkaden als Gegenargument erhalten, obwohl das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege deren vollständigen Erhalt nicht als zwingend notwendig ansah. Die Klage der Stadt wurde dann 1986 in zwei Instanzen abgelehnt.

Parallel hierzu ging die Debatte weiter: So beschloss am 23. Juli 1986 der Stadtrat einen nochmaligen Ideenwettbewerb für diesen Abschnitt des Altstadtrings in Form eines einwöchigen

„Entwurfsseminars“. Ein Ergebnis davon waren die einmütige Empfehlung, „eine Bebauung des unteren Hofgartens in den Dimensionen des vorliegenden Realisierungsprojektes“ zu vermeiden, sowie das Votum für eine Aufhebung des Autobahncharakters des Rings an dieser Stelle. Auch gab es Vorschläge zu anderen möglichen Standorten der neuen Staatskanzlei. Im Frühjahr 1988 signalisierte die Stadt dem Freistaat, dem Standort am Hofgarten zuzustimmen, wenn die Seitenarme der Flügelbauten entfielen und die Renaissancearkaden erhalten blieben. Doch „die politischen Hintergründe verhinderten eine sachbezogene Diskussion und vergifteten das Klima“, wie Architekt Siegert später schreiben wird. Schließlich empfahl das Bundesverwaltungsgericht in Berlin, einen Kompromiss anzustreben, „weil von einer Ungültigkeit des Bebauungsplanes nicht ausgegangen werden könne“.

Daraufhin ergriff der – seit Oktober 1988 – neue Ministerpräsident Max Streibl die Initiative und lud Münchens Oberbürgermeister Georg Kronawitter zu einem Gespräch am 30. Januar 1989 ein. Beide wurden sich schnell einig. So konnte Diethard Johannes Siegert ab Februar ein neues Konzept ausarbeiten. Dabei war ihm ein Beratergremium zur Seite gestellt, bestehend aus den Architekten Alexander Freiherr von Branca, Ernst Maria Lang, Peter Lanz und Otto Meitinger sowie dem Stadtbaurat Uli Zech. In dem neuen Entwurf, der bereits am 10. Mai 1989 „als sehr gute Lösung“ der Öffentlichkeit vorgestellt werden konnte, war nun auf die beiden abgewinkelten Seitenflügel und damit auf

die Einbeziehung des 1983 gegründeten Hauses der Bayerischen Geschichte verzichtet sowie der völlige Erhalt der zwischenzeitlich wissenschaftlich untersuchten Renaissancearkaden am Nordrand des Geländes gewährleistet. Gelobt wurde daran auch der „sehr noble und überzeugende Gedanke einer Orangerie, die dem Gartencharakter des Hofgartens und der baulichen Umgebung Rechnung trägt“. Am 30. Juni 1989 wurde der gefundene Kompromiss rechtskräftig.

Zudem verständigten sich Stadt und Staat noch auf den Rückbau des autobahnähnlichen Altstadtrings in diesem Bereich zum begrünten Boulevard sowie auf die bereits von Friedrich Ludwig von Sckell angedachte landschaftsarchitektonische Zusammenschließung von Hof-, Finanz- und Englischem Garten, verbunden mit der Wiederöffnung des Stadtgrabenbachs. Mit der Planung dieses Projekts wurde – ebenfalls noch 1989 – der Münchner Landschaftsarchitekt Gottfried Hansjakob beauftragt.

VIII. Der Bau der Staatskanzlei

Im September 1989 konnte dann mit der Erstellung der Tiefgarage begonnen und im darauffolgenden Frühjahr mit dem Hochbau der sechsgeschossigen Flügel fortgefahren werden. Im Mai 1993, also nach rund dreieinhalb Jahren Bauzeit und dreißigjährigem Ringen, war die neue Staatskanzlei schließlich bezugsfertig. Parallel hierzu erfolgten 1991/92 die Konservierung und Rekonstruktion des Kuppelsaales. Die Gesamtkosten für das Projekt beliefen sich

auf gut 222 Millionen DM, wovon allein über 45 Millionen DM auf die denkmalpflegerischen Maßnahmen für den Kuppelbau entfielen.

So schließt den Münchner Hofgarten im Osten heute die Bayerische Staatskanzlei ab. Im Zentrum erhebt sich geradezu trutzig ein mächtiger historistischer Kuppelbau, Rest des vormaligen Armeemuseums. An ihn schließt sich seitlich je ein moderner Flügelbau an, der an der Gartenseite, der eigentlichen Schauseite, eine transparente „Treibhausfassade“ (Orangerie) besitzt, zum Franz-Josef-Strauß-Ring hin aber eine geschäftsmäßig-nüchterne Rasterfassade mit einem eher abweisenden Eingangsbereich. Dieser ist mehr oder weniger eine Notlösung, da wegen denkmalpflegerischer Einwände („Substanzbegriff“) ein vom Architekten vorgeschlagener Eingriff in den historischen Kuppelbau nicht zu realisieren war. Zum Prinz-Carl-Palais hin ist eine triumphbogenartig aufgebaute Fassade ausgebildet, aus der sich im Obergeschoss der Ministeratssaal gleich einer Kommandobrücke vorwölbt. Seitlich davon münden die denkmalgeschützten Renaissancearkaden des Hofgartens unter einer glasüberdachten Stützkonstruktion ein und sind als öffentlich begehbarer Nebenflügel in die Staatskanzlei integriert – womit wir wieder beim anfänglichen Lusthaus angekommen wären.

Der Gebäudekomplex hat inzwischen – wie vom Architekten erhofft – „einen selbstverständlichen Platz in dem Ensemble des Hofgartens“ eingenommen. □

6. Deutsch-Französische Medizin-Debatte

Die Zukunft der Medizin

Digitale Transformation und Künstliche Intelligenz

Am 14. Mai 2019 fand bereits das sechste Mal die Deutsch-Französische Medizin-Debatte statt. Die Kooperation der Katholischen Akademie in Bayern und des SZ-Gesundheitsforums hatte dieses Mal „Die Zukunft der Medizin“ in Deutschland und Frankreich im Blick, wobei Digitale Transformation und Künstliche Intelligenz im Mittelpunkt standen. Weitere Kooperationspartner waren das Französische

Generalkonsulat, das Bayerisch-Französische Hochschulzentrum, das Institut Français, die Münchner LMU und die TU in der Landeshauptstadt. Prof. Dr. Meinhard Rust, emeritierter Medizinprofessor an der TU, fasste drei der Vorträge für die Publikation in unserer Zeitschrift zusammen. Danach finden Sie noch das Referat von Professor Klaus Mainzer.

Digitale Transformation und Künstliche Intelligenz

I.

Wie in anderen Bereichen unserer Gesellschaft sind auch in der Medizin die digitale Transformation, Big Data und Künstliche Intelligenz (KI) angekommen. Wir sind mit disruptiven technischen Innovationen und Entwicklungen konfrontiert, die vor wenigen Jahren noch undenkbar waren. Die explosionsartige Entwicklung der Informationstechnologie und deren Anwendung in der medizinischen und biotechnologischen Forschung sowie der Gesundheitsversorgung stellen uns vor neue Herausforderungen. Riesige Speicherkapazitäten ermöglichen es, bisher ungenutzte medizinische und biologische Daten in ungeheuren Mengen zu sammeln und durch mathematische Algorithmen intelligent aufzuarbeiten. Dank lernender Algorithmen und biometrischer Sensoren verbinden integrierte Computersysteme bzw. deren flexible Netzwerke Menschen und Maschinen



Frankreichs Generalkonsul in Bayern Pierre Lanapats sprach zu Beginn der Veranstaltung ein Grußwort.

weltweit. Solche Konnektivität stellt „intelligente Werkzeuge“ und beständiges Weiterlernen bereit.

Allerdings erfordern solche Systeme ein hohes Maß an menschlicher Intelligenz, einen hohen und spezifischen Ausbildungsstand und eine gesunde Kritikfähigkeit. Im Spannungsfeld von



Professor Meinhard Rust fasste die wichtigsten Erkenntnisse der Medizindebatte zusammen.

Politik, Medizin und Technik wird es dabei zu vielerlei Verwerfungen kommen, zumal geeignete Fachkräfte schon jetzt rar werden und der Mensch gefordert und oft auch überfordert ist.

Kritisch sind und bleiben dabei der Datenschutz und die Datensicherheit. Die ethische Handhabung komplexen medizinischen Geschehens wird künftig eine noch viel größere und wichtigere Rolle spielen als bisher. Verpflichtende Wertmaßstäbe und Regelwerke sind bereits in Arbeit. Die Zukunft des digitalen Zeitalters darf sich durch unkontrollierte Künstliche Intelligenz nicht zur orwellischen Dystopie wandeln. Entscheidend ist also schon jetzt, welcher Freiheitsgrad dem Menschen bei der digitalen Revolution zugebilligt wird und wie der vorgegebene politische Rahmen von Kooperation und Konkurrenz aussehen wird.

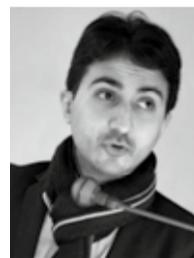
Welche Ziele hat nun eigentlich die digitale Transformation in der Medizin? Es gilt, die Qualität der medizinischen Versorgung und der medizinischen Forschung zu optimieren, hohe Kosten durch Verbesserung und Rationalisierung des Gesundheitssystems zu reduzieren und weltweit einen flächendeckenden Zugang zu individuellen medizinischen Leistungen und Errungenschaften zu ermöglichen. Insbesondere die Verknüpfung regionaler Hochleistungszentren mit Gebieten quantitativer und qualitativer Unterversorgung

scheint sinnvoll. Die Dokumentation von Patientendaten, die Steuerung logistischer Abläufe, die automatisierte Auswertung medizinischer Befunde, computergestützte Diagnostik und Therapie sowie die Unterstützung medizinischer Forschung sind mögliche Anwendungen, auch der Einsatz Künstlicher Intelligenz zur Überwachung und Auswertung epidemiologisch bedeutsamer Daten und zur individuellen Entscheidungs- und Prognosefindung. Eine faszinierende Zukunftsperspektive ist es, in jeder Praxis und jedem Krankenhaus das vollständige medizinische Wissen verfügbar zu haben, um es auf die individuellen Befunde der Patienten anwenden zu können.

II.

Die neue Generation der Leistungsträger im Gesundheitswesen und der Verantwortlichen in Politik und Zivilgesellschaft – nicht nur in Deutschland und Frankreich – steht vor einer großen Herausforderung. Dies wurde in der 6. Deutsch-Französischen Medizin-Debatte dargestellt und diskutiert. Die Katholische Akademie in Bayern und das SZ-Gesundheitsforum waren die Veranstalter des Abends, der von Professor Klaus Peter moderiert wurde. Zwei jüngere „top of the industry“-Referenten aus Frankreich und Deutschland demonstrierten den Zuhörern die äußerst dynamische Entwicklung der digitalen Transformation und besonders der künstlichen Intelligenz in der Industrie – die sogenannte E-Health – am Beispiel eines Start-Up-Unternehmens und eines amerikanischen Weltkonzerns.

Dr. Adnan El Bakri aus Reims, Jungunternehmer des Jahres 2018, Urologe, diplomierter IT- und KI-Spezialist, ist der Erfinder und Entwickler einer personalisierten, gesicherten Patientenakte bzw. Gesundheitsakte (PassCare) und einer der führenden Experten in Frankreich auf dem Gebiet von E-Health. Deutschland und Frankreich haben jeweils einen beträchtlichen Nachholbedarf. Seine Grundidee beruht auf einer integrierten dezentralen IT-Netzstruktur, die den Datenfluss zwischen verschiedenen Leistungserbringern des Gesundheitssektors ermöglicht. Die vormalige Informationsarchitektur 1.0 wird zu 4.0! Die Informationstechnologie soll sowohl der Patientenversorgung als auch der Forschung dienen.



Dr. Adnan El Bakri aus Reims referierte zum Thema „Digitale Innovationen aus Frankreich für das Gesundheitswesen“.

Anfänglich entwickelte El Bakri einen spezifischen, preisgekrönten Algorithmus zur Vorhersage der Prognose metastasierender Nierentumoren. Dazu war die mehrstufige statistische Bearbeitung und Auswertung großer Datensätze erforderlich. Danach wurde ein lernender Algorithmus erstellt, und die Automatisierung von Diagnostik und Prognostik angestrebt. Beim einzelnen Patienten wird die individuelle Krankengeschichte in den epidemiologischen Kontext gestellt und nach prädiktiven und prognostischen Faktoren gesucht. Seine individuelle und doppelt gesicherte personalisierte Gesundheitsakte soll den Aufwand an Bürokratie und unnützen Arbeitsabläufen entscheidend redu-

zieren. Sie gilt als eigentliches Kernstück künftiger Reform im Gesundheitswesen. Entscheidend ist auch, dass die Informationslücken zwischen Hausärzten, Fachärzten und dem Krankenhauspersonal geschlossen werden. El Bakri führte aus: „Bei unserem Ansatz steht der Patient im Mittelpunkt. Er ist Besitzer seiner Gesundheitsdaten und entscheidet, mit welchen Stellen des Gesundheitssystems er sie teilt!“ Ein überlegenswerter Aspekt! Ein weiterer Einsatz von IT und KI besteht in der Ablaufintegration von Daten klinischer Studien in allgemein zugängliche „Blockchains“. KI bedeutet also den Einsatz selbstlernender „intelligenter“ Algorithmen zu medizinischen Zwecken, die je nach Einsatzgebiet zu beträchtlichem medizinischen Fortschritt führen wird.

Jan Beger, GE-Healthcare-Europadirektor aus Leipzig, sprach über den Beitrag digitaler Technologien auf dem Weg zur Präzisionsmedizin. Der in den Ver-



„Durch digitale Technologien auf dem Weg zur Präzisionsmedizin“ war die Überschrift zum Referat von Jan Beger.

einigten Staaten geläufige Begriff der Präzisionsmedizin bezeichnet ein medizinisches Modell für die Individualisierung und Anpassung der Gesundheitsversorgung bei Diagnose und Therapie und wird im deutschen Sprachgebrauch auch mit personalisierter Medizin bezeichnet. Dabei werden medizinische Entscheidungen, Verfahren und Produkte streng nach den spezifischen Erfordernissen des individuellen Patienten ausgewählt und eingesetzt. In diesem Kontext kommen nun moderne digitale Technologien zum Einsatz.

Das Fach Radiologie war und ist auf dem Gebiet E-Health federführend. Über 50 Prozent anfallender medizinischer Daten beruhen auf einer modernen Bildgebung, sie spielt eine entscheidende Rolle bei der Mehrzahl gestellter Diagnosen. Limitierend ist die Verfügbarkeit qualifizierter Spezialisten, wobei dies in Entwicklungsländern besonders gravierend ist. Ein Zeitverzug kann tödliche Folgen haben! Deswegen ist das Ziel neuer apparativer Entwicklungen, datenliefernde Systeme mit KI auszustatten, um die Diagnostik zu optimieren und zu beschleunigen. Die Aufbereitung der in die Maschine integrierten Daten plus die Algorithmen der KI werden durch menschliches Fachwissen komplettiert, das soll zu schnelleren und besseren Ergebnissen führen. Das Zusammenwirken zwischen Mangel an qualifizierten Experten, notwendiger Präzision und rechtzeitiger Verfügbarkeit wird somit durch Informationstechnologie und KI ermöglicht. Da gewonnene Daten mit geringen Kosten verbreitet werden können, ist ein Zugang dazu auch in armen Ländern möglich.

Aber auch in hochmodernen Kliniken werden moderne Geräte wesentlich effizienter eingesetzt werden. Ein verbesserter Workflow soll bei gleichbleibender oder verbesserter Qualität zu Kosten- und Zeitersparnis führen. Auch auf Krankenhausebene sind entscheidende Verbesserungen der Abläufe durch den Einsatz vernetzter Kommandozentren in einer oder mehreren Institutionen (sogenannte Command Center) möglich. Durch organisatorisch-sys-



Unsere Online-Medien

Neben unserer Zeitschrift „zur debatte“ bespielt die Katholische Akademie Bayern auch eine Reihe von Online-Medien, mit denen wir unsere Themen in den gesellschaftlichen Diskurs bringen. Zuerst natürlich die Homepage, auf der Sie unter www.kath-akademie-bayern.de neben allen Anmeldefunktionen für unsere Veranstaltungen regelmäßig aktuelle Mitteilungen und den Presspiegel finden.

Viele Kurznachrichten und Bilder, die Sie gerne kommentieren und teilen, präsentieren wir mit unserem Facebook-Auftritt: www.facebook.com/katholische.akademie.bayern

Intensiv aktualisiert die Akademie ihre eigenen Kanäle auf YOUTUBE. Sie können Katholische Akademie in Bayern AUDIO-Kanal (vollständige Vorträge zum Nachhören) und Katholische Akademie in Bayern (kurze Videoclips zu ausgewählten Veranstaltungen) kostenlos abonnieren. Dann erfahren Sie zeitnah, wenn wieder etwas Neues eingestellt wurde.

Auf der Plattform www.literatur-radio-bayern.de schließlich stellen wir Ihnen Audiodateien mit Vorträgen aus Akademieveranstaltungen zur Verfügung, die einen literarischen Bezug haben.

temische Verbesserungen kommt es zu größerer Patientensicherheit, Optimierung der zeitlichen Abläufe mit geringeren Wartezeiten, Reduktion des organisatorischen Gesamtaufwands und zur Entlastung von Bettenkapazitäten. Dies sollte allerdings nicht zu einer noch höheren Arbeitsintensität medizinischen Personals führen, sondern die verbesserten Bedingungen sollten den Patienten-Arzt-Kontakt verbessern. Zusammenfassend wird die digitale Transformation im Gesundheitswesen zu einer Verbesserung der quantitativen und qualitativen medizinischen Leistungen führen. Kostenstrukturen im Gesundheitswesen werden sich dynamisch verändern und an die geänderten Verhältnisse anpassen. Der individuelle Patient werde in der Zukunft davon profitieren, so Jan Beger.



*Menschliche und Künstliche Intelligenz verglichen
Professor Ernst Pöppel.*

Nachdem Professor Klaus Mainzer, „Emeritus of Excellence“ an der Technischen Universität München, in seinem Vortrag auf „Technologische Grundlagen und Ethik“ der Künstlichen Intelligenz eingegangen war (siehe **nebenstehender Beitrag im Wortlaut**), beschäftigte sich Professor Ernst Pöppel, emeritierter Professor für Medizinische Psychologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München, mit dem Gegensatz „Menschliche versus Künstliche Intelligenz“. Von den vier Kantischen Fragen (Was kann ich wissen, was soll ich tun, was darf ich hoffen und was ist der Mensch?) beschäftigte sich die Welt von heute fast ausschließlich mit der ersten. Gegen einen Dualismus von Geist und Materie, wie ihn etwa René Descartes vertreten habe, plädierte Pöppel für einen „pragmatischen Monismus“.

Der Mensch verfüge über etwa 500 Millionen Sinneszellen und vier Millionen motorische Nervenzellen, dazwischen liege ein „intermediäres Netz“, das durch Divergenz und Konvergenz bzw. Erregung und Hemmung Verbindungen dazwischen schaffe, und zwar in einer Größenordnung von 10.000 Impulsen pro Zelle. So entstehe in großer Nähe zueinander ein extrem dichtes Netzwerk. „Alles ist engstens miteinander verbunden“, so Ernst Pöppel – und damit unberechenbar. Dazu komme die Fähigkeit des Gehirns, den Faktor Zeit entweder zu dehnen oder zu raffen, was man an der Koordination von Sehen und Hören verdeutlichen könne. Das berücksichtige die Künstliche Intelligenz in ihrer Linearität nicht. Dazu komme, dass es längst nicht nur begriffliches Wissen gebe, sondern auch in viel größerem Umfang intuitives und bildliches Wissen. Als verbindende Prinzipien schlug Pöppel formal ein „ästhetisches Prinzip“ und inhaltlich ein „mimetisches Prinzip“ vor. Im Unterschied zur ungeheuer komplexen menschlichen Intelligenz weiß KI nicht per se, was die Daten bedeuten. Deren Bearbeitung und Interpretation wird also von der menschlichen Intelligenz vorgegeben und bedarf auch deren Kontrolle! □

Künstliche Intelligenz – Technologische Grundlagen und Ethik

Klaus Mainzer

I. Was ist Künstliche Intelligenz?

Künstliche Intelligenz (KI) beherrscht längst unser Leben, ohne dass es vielen bewusst ist. Smartphones, die mit uns sprechen, Armbanduhr, die unsere Gesundheitsdaten aufzeichnen, Arbeitsabläufe, die sich automatisch organisieren, Autos, Flugzeuge und Drohnen, die sich selbst steuern, Verkehrs- und Energiesysteme mit autonomer Logistik oder Roboter, die ferne Planeten erkunden, sind technische Beispiele einer vernetzten Welt intelligenter Systeme. Sie zeigen uns, wie unser Alltag von KI-Funktionen bestimmt ist.

Alan M. Turing (1912–1954) definierte 1950 in dem nach ihm benannten Test ein System dann als intelligent, wenn es in seinen Antworten und Reaktionen nicht von einem Menschen zu unterscheiden ist. Der Nachteil dieser Definition ist, dass der Mensch zum Maßstab gemacht wird.

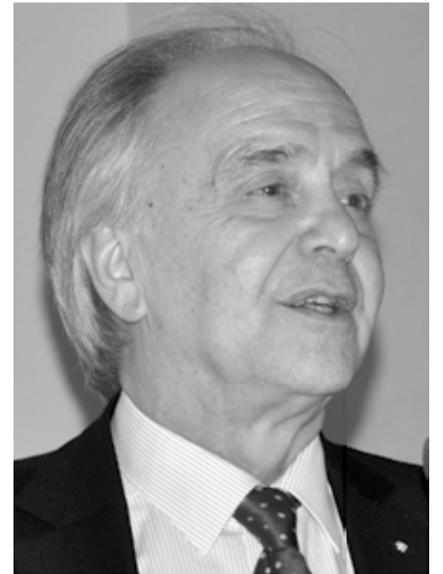
Auch biologische Organismen sind nämlich Beispiele von intelligenten Systemen, die wie der Mensch in der Evolution entstanden und mehr oder weniger selbstständig Probleme effizient lösen können. Gelegentlich ist die Natur Vorbild für technische Entwicklungen. Häufig finden Informatik und Ingenieurwissenschaften jedoch Lösungen, die anders und sogar besser und effizienter sind als in der Natur. Es gibt also nicht „die“ Intelligenz, sondern Grade effizienter und automatisierter Problemlösungen, die von technischen oder natürlichen Systemen realisiert werden können.

Daher nenne ich (in einer vorläufigen Arbeitsdefinition) ein System dann intelligent, wenn es selbstständig und effizient Probleme lösen kann. Der Grad der Intelligenz hängt vom Grad der Selbstständigkeit des Systems, dem Grad der Komplexität des Problems und dem Grad der Effizienz des Problemlösungsverfahrens ab. Diese Kriterien können wir messen und nach Bedarf erweitern. Bewusstsein und Gefühle wie bei Tieren (und Menschen) gehören danach nicht notwendig zur (maschinellen) Intelligenz.

II. Neuronale Netze und Machine Learning

Unter Künstlicher Intelligenz verstehen wir heute vor allem maschinelles Lernen mit vereinfachten Modellen des Gehirns. In graphischen Modellen neuronaler Netze werden Neuronen (Nervenzellen) durch Knoten dargestellt und durch Pfeile verbunden, die für Synapsen als Signalverbindungen der Neuronen stehen. Die Pfeile im Modell, wie es auf dem Cover meines Buches zu sehen ist, sind durch Zahlen gewichtet, mit denen die Intensität der neurochemischen Verbindung durch Synapsen angezeigt wird. Aufgrund der Hebbischen Regel feuern Neuronen ein Aktionspotential ab bzw. sind erregt, wenn die Summe der gewichteten Inputs von Nachbarzellen einen Schwellenwert überschreitet. Zudem sind die Neuronen in Schichten angeordnet, was dem Aufbau des Neocortex im menschlichen Gehirn entspricht.

Lernen bedeutet auf der neuronalen Ebene, dass erregte Neuronen sich in Mustern verschalten. Aus der Neuro-



Prof. Dr. Klaus Mainzer, Professor em. für Philosophie und Wissenschaftstheorie an der TU München

psychologie wissen wir, dass unterschiedliche Verschaltungsmuster mit verschiedenen kognitiven Zuständen wie Wahrnehmungen, Vorstellungen, Gefühlen, Denken und Bewusstsein verbunden sind. Im Modell neuronaler Netze werden diese Verschaltungsvorgänge durch Lernalgorithmen modelliert, mit denen die synaptischen Zahlengewichte verändert werden, da sie für die Intensität der jeweiligen neurochemischen Stärke der synaptischen Verbindungen in einem Verschaltungsmuster stehen.

Ähnlich wie in der Psychologie werden verschiedene Arten von Lernalgorithmen unterschieden. Beim überwachten Lernen wird dem neuronalen Netz zunächst ein Prototyp beigebracht. Das könnte z. B. das Verteilungsmuster der farbigen Pixel eines Gesichts sein. Die lokalen Stärken von Färbungen und Schattierungen werden durch entsprechende synaptische Zahlengewichte dargestellt. Man spricht auch vom Trainieren eines neuronalen Netzes, um die Zahlengewichte passend einzustellen. Durch Abgleich mit einem eintrainierten Prototyp kann ein Gesicht unter einer Vielzahl von Gesichtern (z. B. bei einer Polizeifahndung) wiedererkannt werden.

Beim nicht-überwachten Lernen ist das neuronale Netz in der Lage, selbstständig Ähnlichkeiten von Daten zu erkennen, um sie entsprechend zu klassifizieren. So kommt es, dass solche neuronalen Netze mit ihren Algorithmen das Gesicht z. B. einer Katze erkennen können, ohne vorher beigebracht bekommen zu haben, was eine Katze überhaupt sei.

Beim verstärkenden Lernen (reinforcement learning) wird dem System eine Aufgabe gestellt, die es dann mehr oder weniger selbstständig lösen soll. Es könnte sich z. B. um einen Roboter handeln, der selbstständig einen Weg zu einem vorgegebenen Ziel finden soll. Beim Lösen dieser Aufgabe bekommt der Roboter ständig Rückmeldungen (rewards) in bestimmten Zeitintervallen, wie gut oder wie schlecht er dabei



Prof. Dr. Klaus Peter, ehem. Dekan der Medizinischen Fakultät der LMU und stellvertretender Vorsitzender des SZ-Gesundheitsforums (2. v. l.), moderierte

die Gesprächsrunde mit Jan Beger, Meinhard Rust und Adnan El Bakri (v. l. n. r.).

ist, den Weg bzw. die Aufgabenlösung zu finden. Die Lösungsstrategie besteht darin, diese Folge von Rückmeldungen zu optimieren.

Deep Learning bezieht sich einfach auf die Tiefe des neuronalen Netzes, die der Anzahl der neuronalen Schichten entspricht. Bei einem Wahrnehmungsvorgang werden auf der ersten neuronalen Schicht nur farbige Pixel unterschieden, die auf der nächsten Schicht zu Ecken und Kanten verbunden werden, um auf der dritten Schicht in Teilen von Gesichtern eingefügt zu werden und schließlich auf der vierten Schicht ganze Gesichter wiederzugeben. Was im mathematischen Modell schon seit den 1980er Jahren bekannt war, wird erst seit wenigen Jahren technisch realisierbar, da nun die notwendige Rechenpower vorliegt (z. B. Google Brain mit einer Million Neuronen und einer Milliarde Synapsen). Dabei ist die Technik keineswegs an die kleine Zahl von neuronalen Schichten im Gehirn gebunden, sondern lässt sich je nach zur Verfügung stehender Rechenpower beliebig steigern, um die Effizienz des Systems zu verbessern.

III. Machine Learning in Wissenschaft und Medizin

Mustererkennung ist eine Stärke des maschinellen Lernens, das mittlerweile auch in verschiedenen Wissenschaften zur Anwendung kommt. Im August letzten Jahres meldete CERN, dass nunmehr das Higgs-Teilchen endgültig entdeckt sei – aber nicht durch einen menschlichen Physiker, sondern durch maschinelles Lernen. Tatsächlich wäre auch ein menschliches Gehirn nicht in der Lage, die Milliarden von Daten zu klassifizieren, die bei den Kollisionen von Protonen im Elementarteilchenbeschleuniger ständig erzeugt werden. Aber vorher musste der theoretische Physiker Higgs aus einer physikalischen Theorie (Standardmodell der Elementarteilchenphysik) die Existenz dieses Teilchens vorhersagen, insbesondere den dadurch ausgelösten Zerfall in andere Teilchen. Damit lag ein „Fingerabdruck“ vor, um die Nadel im Heuhaufen zu entdecken. Man spricht von einem Signalereignis, das von den Milliarden anderen Hintergrundereignissen zu trennen war. Das leistete ein Algorithmus des überwachten Lernens gewissermaßen wie bei einer Polizeifindung.

In der Medizin kann z. B. in einem Gewebeschnitt der „Fingerabdruck“ von Krebszellen unter normalen Lymphknoten durch maschinelles Lernen erkannt werden. Auch in der Arzneimittelentwicklung kommt maschinelles Lernen mittlerweile zum Einsatz, um die Entwicklungszeit und damit verbundene Kosten drastisch zu senken. IBM Watson for Drug Discovery liest Millionen von Seiten (Big Data mining), um ihre Bedeutung für Forschungsziele (target identification and validation) zu erkennen. In wenigen Monaten wurden so fünf RNA-bindende Proteine RBPs entdeckt, die zuvor nie mit amyotropher Lateralsklerose (ALS) in Verbindung gebracht wurden (Acta Neuropathologica 2018).

IV. Vom statistischen zum kausalen Lernen

Ein hochaktuelles Anwendungsbeispiel sind selbstlernende Fahrzeuge: Um das Prinzip zu erläutern, können wir uns vereinfacht ein elektrisches Spielzeugauto vorstellen, das rund herum mit Sensoren ausgestattet ist. Die Sensoren (z. B. Nachbarschaft, Licht, Kollision) seien mit den Neuronen eines neuronalen Netzwerks verbunden. Werden benachbarte Sensoren bei einer

Kollision mit einem äußeren Gegenstand erregt, dann auch die mit den Sensoren verbundenen Neuronen. So entsteht im neuronalen Netz ein Verschaltungsmuster, das den äußeren Gegenstand repräsentiert. Im Prinzip ist dieser Vorgang ähnlich wie bei der Wahrnehmung eines äußeren Gegenstands durch einen Organismus – nur dort sehr viel komplexer. Wenn wir uns nun noch vorstellen, dass dieses Automobil mit einem „Gedächtnis“ (Datenbank) ausgestattet wird, mit dem es sich solche gefährlichen Kollisionen merken kann, um sie in Zukunft zu vermeiden, dann ahnt man, wie die Automobilindustrie in Zukunft unterwegs sein wird, selbstlernende Fahrzeuge zu bauen.

Hier zeigt sich aber eine grundlegende Schwäche des derzeitigen maschinellen Lernens: Wie viele reale Unfälle sind erforderlich, um selbstlernende – „autonome“ – Fahrzeuge zu trainieren? Wer ist verantwortlich, wenn autonome Fahrzeuge in Unfälle verwickelt sind? Welche ethischen und rechtlichen Herausforderungen stellen sich? Bei komplexen Systemen wie neuronalen Netzen mit Tausenden oder sogar Millionen von Elementen erlauben zwar die Gesetze der statistischen Physik, globale Aussagen über Trend- und Konvergenzverhalten des gesamten Systems zu machen. Die Zahl der Parameter ist jedoch unter Umständen so groß (vgl. das vorher erwähnte Google Brain), dass keine lokalen Ursachen ausgemacht werden können. Die neuronalen Netze sind also eine Black Box, die mit Big Data trainiert wird, um gewünschtes Verhalten zu erzeugen. Keiner weiß im Einzelnen, was dort in der Black Box abgeht. Wenn aber Ursachen und Wirkungen nicht klar zu unterscheiden sind, lassen sich rechtliche und ethische Fragen der Verantwortung nicht klären. Ehe wir also über Ethik und Recht sprechen, müssen wir unsere Hausaufgaben in der Grundlagenforschung des maschinellen Lernens machen.

Tatsächlich ist das maschinelle Lernen häufig nur Statistik mit Lernalgorithmen und neuronalen Netzen – mathematisch keineswegs spektakulär wie in den Medien suggeriert. Jeder Anfänger der Statistik weiß, dass statistische Korrelationen keine kausalen Erklärungen ersetzen können: Wenn eine günstige statistische Korrelation zwischen einer chemischen Substanz und dem Abnehmen eines Krebstumors gefunden wurde, ist das noch keine Garantie für ein nachhaltiges Medikament. Dazu muss man das Grundlagenwissen über die kausalen Wachstumsgesetze eines Tumors und biochemische Grundgesetze kennen. Mit diesem Beispiel verbinde ich eine grundsätzliche Feststellung für den heutigen KI-Hype: Einige glauben damit ja bereits auf Wasser gehen und alle Probleme dieser Welt in absehbarer Zeit mit „KI“ lösen zu können. Erfolgreich sind diese KI-Methoden aber nur dann, wenn sie mit Fachwissen und Theorie aus den jeweiligen Anwendungsgebieten (wie in den genannten Beispielen der Physik, Medizin und Ingenieurwissenschaften) verbunden werden.

Statistisches Lernen und Schließen ist jedenfalls nur schwache KI, die jeder einfache Organismus in der Natur auch ohne statistische Formeln bewältigt: Selbst ein Wurm wird nach gehäuften Erfahrungen von gefährlichen Situationen davor zurückschrecken. Was über statistische Mustererkennung in Daten hinausgeht, ist die Fähigkeit zu kausalem Lernen und Schließen. Am Anfang neuzeitlicher Physik war Newton nicht an statistischen Datenkorrelationen der herabfallenden Äpfel vom Apfelbaum interessiert, obwohl das immer wieder als Motivation erzählt wurde. Ihn interessierte das kausale Gesetz hinter den



Beim zweiten Podium sprachen die Professoren Klaus Mainzer (Mi.) und Ernst Pöppel (re.) miteinander, während Professor Klaus Peter moderierte.

beobachtbaren Datenwolken, in diesem Fall das Gravitationsgesetz, das in einer mathematischen Gleichung berechnet werden kann. Daraus entwickelte er ein Planetenmodell, das durch Experiment und Beobachtung bestätigt wurde und exakte Voraussagen erlaubte. Gibt es Algorithmen, mit denen sich kausale Modelle unter geeigneten Bedingungen finden lassen? Dieses kausale Lernen wäre ein erster Schritt in Richtung einer starken KI. Tatsächlich ist kausales Lernen mittlerweile Thema theoretischer Grundlagenforschung, an der ich auch beteiligt bin. Aber es bedarf noch vieler Forschung, bis einmal eine Software z. B. in einem biochemischen Datensatz automatisch ein kausales Erklärungsmodell entdecken und damit eine begründete medizinische Diagnose geben kann. Wie sicher ist jedoch ein Softwareprogramm, wenn es zunehmend mehr oder weniger intelligente Entscheidungen selbstständig treffen soll?

V. Sicherheit und Vertrauen durch logische Beweise?

In der jüngsten Vergangenheit illustrieren dramatische Unfälle die Gefahren von Softwarefehlern und Systemversagen bei sicherheitskritischen Systemen. Programmfehler und Systemversagen können zu Katastrophen führen: In der Medizin verursachten 1985–87 massive Überdosierungen durch die Software eines Bestrahlungsgeräts teilweise den Tod von Patienten. 1996 sorgte die Explosion der Rakete Ariane 5 aufgrund eines Softwarefehlers für Aufsehen. Jüngstes Beispiel sind Softwarefehler und Systemversagen von Boeing 737 Max. Nun gehören Verifikationsprüfungen traditionell zum festen Bestandteil einer Programmentwicklung im Software Engineering. Nach Feststellung der Anforderungen, dem Design und der Implementation eines Computerprogramms erfolgt in der Regel seine Verifikation und schließlich für die Dauer seiner Anwendung eine ständige Wartung.

Ein Computerprogramm heißt korrekt bzw. zertifiziert, falls verifiziert werden kann, dass es einer gegebenen Spezifikation folgt. Praktisch angewendet werden Verifikationsverfahren mit unterschiedlichen Graden der Genauigkeit und damit der Verlässlichkeit. Aus Zeit-, Aufwands- und Kostengründen begnügen sich viele Anwender allerdings nur mit Stichprobentests. Im Idealfall müsste ein Computerprogramm aber so sicher sein wie ein mathematischer Beweis. Dazu wurden Beweisprogramme („Beweisassistenten“) entwickelt, mit denen ein Computerprogramm automatisch oder interaktiv mit einem Nutzer auf Korrektheit überprüft wird.

Die Idee stammt ursprünglich aus der mathematischen Beweistheorie des frühen 20. Jahrhunderts, als bedeutende Logiker und Mathematiker wie David Hilbert, Kurt Gödel und Gerhard Gentzen mathematische Theorien formalisierten, um dann z. B. die Korrektheit, Vollständigkeit oder Widerspruchsfreiheit dieser Formalismen (und damit der betreffenden mathematischen Theorien) zu beweisen. Die Formalismen sind nun Computerprogramme. Ihre Korrektheitsbeweise müssen selber konstruktiv sein, um jeden Zweifel ihrer Sicherheit auszuschließen. Sowohl an der LMU als auch an der TU München werden Beweisassistenten untersucht. Persönlich arbeite ich gerne mit dem französischen Beweisassistenten Coq, der u. a. auf den französischen Logiker und Mathematiker Thierry Coquand zurückgeht und im Namen an das französische Wappentier des stolzen Hahns erinnert. Seit meinem Studium – und das Kompliment passt auf dieser Veranstaltung



Klaus Mainzer, *Künstliche Intelligenz. Wann übernehmen die Maschinen?*, Springer-Verlag Berlin Heidelberg, ISBN 978-3-662-58045-5, 19,99 Euro

deutsch-französischer Kooperation – bewundere ich die französische Mathematik.

Hier zeigt sich sehr klar, wie aktuelle Fragen der Sicherheit moderner Software und KI in Grundlagenerfragen der Logik und Philosophie verwurzelt sind.

Derzeit beschäftige ich mich mit der Frage, wie das moderne maschinelle Lernen durch solche Beweisassistenten kontrolliert werden kann. Am Ende geht es um die Herausforderung, ob und wie man KI-Programme zertifizieren kann, bevor man sie auf die Menschheit loslässt. Statistisches Lernen, wie es heute praktiziert wird, funktioniert zwar häufig in der Praxis, aber die kausalen Abläufe bleiben oft unverstanden und eine Black Box. Statistisches Testen und Probieren reicht für sicherheitskritische Systeme nicht aus. Daher plädiere ich in der Zukunft für eine Kombination von kausalem Lernen mit zertifizierten KI-Programmen durch Beweisassistenten, auch wenn das für Praktiker aufwendig und ambitioniert erscheinen mag.

VI. Technikgestaltung und Verantwortung

KI-Programme treten mittlerweile aber nicht nur in einzelnen Robotern und Computern auf. So steuern bereits lernfähige Algorithmen die Prozesse einer vernetzten Welt mit exponentiell wachsender Rechenkapazität. Ohne sie wäre die Datenflut im Internet nicht zu bewältigen, die durch Milliarden von Sensoren und vernetzten Geräten erzeugt wird. Aufgrund der Sensoren kommunizieren nun also auch Dinge miteinander und nicht nur Menschen. Daher sprechen wir vom Internet der Dinge (Internet of Things: IoT).

Im industriellen Internet („Industrie 4.0“) wird das Internet der Dinge auf die Industrie- und Arbeitswelt angewendet. In Industrie 4.0 werden Künstliche Intelligenz und Machine Learning in den Arbeitsprozess integriert. Werkstü-

cke kommunizieren untereinander, mit Transporteinrichtungen und beteiligten Menschen, um den Arbeitsprozess flexibel zu organisieren. Produkte können so individuell zur gewünschten Zeit nach Kundenwünschen erstellt werden. Technik, Produktion und Markt verschmelzen zu einem soziotechnischen System, das sich selber flexibel organisiert und sich verändernden Bedingungen automatisch anpassen soll. Dazu müssen Maschinen- und Sensordaten mit Textdokumenten verbunden, erfasst, transportiert, analysiert und kommuniziert werden. In der Medizin und im Gesundheitssystem sind die großen Klinikzentren wie z. B. Großhadern (LMU) oder rechts der Isar (TUM) in München Beispiele solcher komplexen Infrastrukturen, deren Koordination von Patienten, Ärzten, medizinischem Personal, technischen Geräten, Robotik und anderen Dienstleistern ohne IT- und KI-Unterstützung nicht mehr steuerbar wäre.

Die sicherheitskritischen Herausforderungen, die wir eben erörtert haben, werden sich in solchen Infrastrukturen noch einmal potenzieren. Darüber hinaus stellt sich aber die Frage nach der Rolle des Menschen in einer mehr oder weniger automatisierten Welt. Ich plädiere daher für Technikgestaltung, die über Technologiefolgenabschätzung hinausgeht. Die traditionelle Sicht, die Entwickler einfach werkeln zu lassen und am Ende die Folgen ihrer Ergebnisse zu bewerten, reicht aus Erfahrung nicht aus. Am Ende kann das Kind in den Brunnen gefallen sein und es ist zu spät. Nun lässt sich zwar Innovation nicht planen. Wir können aber Anreize für gewünschte Ergebnisse setzen. Ethik wäre dann nicht Innovationsbremse,

sondern Anreiz zu gewünschter Innovation. Eine solche ethische, rechtliche, soziale und ökologische Roadmap der Technikgestaltung für KI-Systeme würde der Grundidee der sozialen Marktwirtschaft entsprechen, nach der ein Gestaltungsspielraum für Wettbewerb und Innovation gesetzt wird. Maßstab bleibt die Würde des einzelnen Menschen, wie sie im Grundgesetz der Verfassung als oberstes Axiom der parlamentarischen Demokratie festgelegt ist.

Diese ethische Positionierung im weltweiten Wettbewerb der KI-Technologie ist keineswegs selbstverständlich. Für die globalen IT- und KI-Konzerne des Silicon Valley geht es am Ende um ein erfolgreiches Geschäftsmodell, auch wenn sie IT-Infrastrukturen in weniger entwickelten Ländern unter von ihnen vorgegebenen Geschäftsbedingungen fördern. Der andere globale Wettbewerber heißt China, der seinen Staatsmonopolismus im Projekt der Seidenstraße strikt befolgt. Das chinesische Projekt des Social Core ist eng mit dem ehrgeizigen Ziel verbunden, die schnellsten Superrechner und leistungsfähigsten KI-Programme der Welt zu produzieren. Nur so lässt sich der Social Core mit der totalen Datenerfassung aller Bürgerinnen und Bürger und ihrer zentralen Bewertung realisieren. Der oberste Wertmaßstab ist hier eine kollektive Harmonie und Sicherheit des Staates, die der konfuzianischen Tradition dieses Landes keineswegs fremd ist.

Wieder mit Blick auf den französischen Partner dieser Veranstaltung: Auch hier hat uns die „Grande Nation“ mit der Proklamation der Menschenrechte in der französischen Revolution ein verpflichtendes Erbe in Europa hinterlassen. Diese Ideen wurzeln tief in

Abstract

In der digitalen Transformation der Medizin nimmt die Künstliche Intelligenz eine Schlüsselstellung ein. Was ist aber Künstliche Intelligenz? Was kann sie heute und was kann sie nicht? Nur wenn die Grundlagen dieser Technologie klar verstanden sind, lassen sich auch ihre Anwendungen beurteilen und ethisch-rechtlich bewerten.

der philosophischen und religiösen Tradition Europas. Wir brauchen zwar zertifizierte KI-Algorithmen als verlässliche Dienstleistung zur Bewältigung zivilisatorischer Komplexität. Entscheidend ist aber auch eine Stärkung der menschlichen Urteilskraft und Wertorientierung, damit uns Algorithmen und Big Data nicht aus dem Ruder laufen. Im weltweiten Wettbewerb der KI-Systeme sollten wir unsere Lebenswelt nach unseren Wertmaßstäben selber gestalten können. □

Presse

Süddeutsche Zeitung

31. Mai 2019 – Professor Ernst Pöppel war sich mit den anderen Experten des Forums einig, dass die Künstliche Intelligenz große Chancen bietet. „Aber Künstliche Intelligenz weiß nicht, was die Daten bedeuten“, gab Pöppel zu bedenken.
Helena Ott

Sechster Digitaler Salon

Bitcoin, Libra & Co.

Kryptowährungen waren das Thema des „Sechsten Digitalen Salons“; etwa 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren gekommen, um sich darüber zu informieren. Vera Cornette vom Bayerischen Rundfunk hatte die Moderation übernommen und führte souverän durch den Abend, an dem sehr anregende Diskussionen geführt wurden, sowohl auf dem Podium als auch im Austausch der Referentinnen und Referenten mit dem Publikum. Als Experten auf dem Podium waren Dr. André Schweizer, Mitgründer der Münchner Firma qbound, der die technische Seite der Kryptowährungen erläuterte; außerdem Dr. Konstantin Filbinger, Rechtsanwalt bei THEOPARK Anwälte in Nürnberg, der auf die juristischen Konsequenzen einging; sowie Anja Bodenschatz, M.Sc., von der School of Governance, ZD.B Nachwuchsforscherguppe „Ethik der Digitalisie-

rung“, an der TU München, die am Schluss ethische Perspektiven der Kryptowährungen beleuchtete.

Es dürfte wohl noch einige Zeit dauern, bis sich Bitcoin als reine Digitalwährung durchsetzt; im Moment hört es sich fast nach „Spielgeld“ an. Es besteht keinerlei Rechtssicherheit bei entstandenen Schäden, wie z. B. einer fehlgeleiteten Überweisung; das Geld ist verloren. Wer außerdem den Public Key und den Private Key verliert – zwei Codes, die bei der Eröffnung eines neuen Bitcoin-Kontos vergeben und für Transaktionen gebraucht werden –, dessen Konto mit allem, was darauf war, ist ebenfalls verloren. Interessant könnte wohl trotzdem Libra werden, das Facebook einführen will, da Facebook in diesem Fall wieder als eine Art Vermittlerin wie eine Bank fungieren könnte.

Astrid Schilling



Das Podium am Abend (v. l. n. r.): Vera Cornette, Dr. André Schweizer, Anja Bodenschatz und Dr. Konstantin Filbinger.



Zeitenwende 1979. Als die Welt von heute begann

Während 1989 das Jahr ist, auf das wir besonders hier in Europa immer schauen, wenn von Zeitenwende die Rede ist, kommt 1979 in der Analyse so gut wie nicht vor. Doch gerade dieses Jahr kann weltweit als wichtiger Meilenstein gesehen werden. In seinem Buch „Zeitenwende 1979. Als die Welt von heute begann“ stellt der Potsdamer Zeithistoriker Frank Bösch zehn zentrale Ereignisse – Krisen, Revolutionen und politische Aufbrüche – vor. Sie in ihrer Gesamtheit – so seine These – bedeuten den Beginn der multipolaren Welt von heute.

In der Veranstaltung „Zeitenwende 1979. Als die Welt von heute begann“ am 25. November 2019 diskutierte

Professor Frank Bösch mit jemandem, der als junger Politiker die Zeit von vor 40 Jahren schon als Handelnder erlebt hat: Dr. Theo Waigel, später CSU-Chef und Bundesfinanzminister, war 1979 bereits Abgeordneter und Vorsitzender der Grundsatzkommission seiner Partei.

In Kooperation zwischen ARD-alpha und der Akademie entstand ein 60-minütiger Beitrag aus der Podiumsdiskussion, der jetzt in der Mediathek des Bayerischen Fernsehens zu sehen ist.

www.br.de/mediathek/video/dokumentation-1979-als-die-welt-von-heute-begann



Das Podium: Frank Bösch (li.) und Theo Waigel (Mi.). Die Diskussionsleitung hatte Andreas Bönnte, der stellvertretende Fernsehredakteur des Bayerischen Rundfunks.

Literatur im Gespräch

Erich Garhammer trifft Christoph Ransmayr

In der zweiten Veranstaltung unserer Reihe „Literatur im Gespräch“ hatte Erich Garhammer am Donnerstag, 7. November 2019, Christoph Ransmayr zu Gast. Der mit zahlreichen literarischen Preisen geehrte österreichische Schriftsteller las nach einer kurzen Begrüßung und Einführung, die Sie im Anschluss nachlesen kön-

nen, aus seinem jüngsten Werk *Atlas eines ängstlichen Mannes*. Literaturkenner Prof. Dr. Erich Garhammer, Pastoraltheologe aus Würzburg, ging in seiner Einführung vor allem auf die theologischen Aspekte in den Werken des 1954 in Wels/Oberösterreich geborenen Christoph Ransmayr ein.

Zur Begrüßung von Christoph Ransmayr

Erich Garhammer

Herzlich willkommen zu dem zweiten Abend in der Reihe „Literatur im Gespräch“. Nachdem uns zur Eröffnung Navid Kermani einen Einblick in sein literarisches Schaffen gewährt hat, haben wir heute Abend – ich darf hier den Superlativ wählen – den begnadetsten Erzähler der deutschen Gegenwartsliteratur zu Gast: herzlich willkommen, Christoph Ransmayr.

Ich bin allerdings in einer misslichen Lage: als Christoph Ransmayr am 28. Mai 2018 im großen Saal des Würth Forums in Künzelsau den Preis für europäische Literatur verliehen bekam, gab es gleich zwei Laudatores: Sigrid Löffler, bekannte Literaturkritikerin und auch eine gute Kennerin des Werkes von Christoph Ransmayr, und Claus Peymann, Theaterdirektor von Beruf und im Leben und langjähriger Freund von Christoph Ransmayr.

Peymann nutzte die Gelegenheit für eine Performance – wie könnte er auch anders. Er hatte einfach den Mailverkehr mit Christoph Ransmayr im Vorfeld der Preisverleihung ausgedruckt und las daraus vor. Er ging im Raum auf

und ab und warf nach der Verlesung jedes Blatt wie durch einen Briefschlitz auf den Boden – wie ein Postbote, der eine wichtige Nachricht zu überbringen hat.

Wie also bestehen vor diesen Großmeistern ihres Faches?

Ich möchte mich nicht in Konkurrenz zu ihnen begeben, sondern ich wähle einen anderen Weg. Ich werde als Theologe auf Christoph Ransmayrs Werk und auf sein Schreiben blicken, das ist wohl auch für eine Katholische Akademie angemessen.

Es gibt andere Häuser und Institutionen in München, die den literarischen Primat für sich beanspruchen – das Literaturhaus oder auch das jährliche Literaturfest im November. Zu fehlen scheint mir aber die theologische Stimme in diesem Konzert. Das ist nicht Schuld der Literatur, sondern liegt oft am Desinteresse der Theologie, die das Potential der Literatur nicht zu erkennen vermag.

Ja mehr noch, es gibt in der theologischen Tradition sogar so etwas wie ein Erzählverbot, ein Ressentiment gegen-

über dem Erzählen: Dogma versus Geschichte(n). Der Theologe Bonaventura hat gar formuliert: „Omnes cognitiones famulant theologiae“ – alle Erkenntnisse haben der Theologie zu dienen und die Theologie dürfe sich nicht den Fabeln der Literaten hingeben: also famulieren statt fabulieren sei Aufgabe der Theologie.

Heute Abend haben wir den großen Fabulator der Gegenwartsliteratur zu Gast. Ist das eine Grenzüberschreitung? Keineswegs: es gibt ein großes Vorbild in der frühen Neuzeit mit ähnlichem Blick: Giovanni Boccaccio, der in seinem *Decameron* deutlich gemacht hat, es gibt nicht nur das Hexameron der Schöpfung, das Sechs-Tage-Werk Gottes, sondern es gibt auch das Decameron, den Zehn-Tagesraum der Poesie. Es gibt die Literatur, die alles verwandeln kann.

Literatur als Verwandlung: damit sind wir mitten im Erzählkosmos von Christoph Ransmayr, er verwandelt die Welt durch Erzählen. Dabei ist seine Sprache eine ganz besondere: einer seiner Übersetzer, der Übersetzer ins Italienische, Claudio Groff, hat seine Sprache treffend so charakterisiert: sie sei mineralisch und empathisch, sorgfältig und berührend. Sie werden das heute Abend hoffentlich alle erfahren können.

Ein paar kurze Hinweise auf den Werkkosmos von Christoph Ransmayr seien mir erlaubt: er ist ein Literat, der sich Zeit lässt, deshalb ist sein Werk geprägt von großen Zeitabständen zwischen den einzelnen Büchern. Von seinen Romanen möchte ich nur erwähnen „Die letzte Welt“, erschienen 1988 – Peter Esterhazy stellte damals fest: dieses Werk war wie ein Erdbeben in der deutschsprachigen Literatur und ließ die Frankfurter Buchmesse erbeben, „Morbus Kithahara“ von 1997 und zuletzt „Cox oder der Lauf der Zeit“ (2016).

Dazwischen aber erschienen immer wieder kleinere Formen, Spielformen des Erzählens, etwa: „Geständnisse eines Touristen“ oder „Gerede. Elf Ansprachen“ und zuletzt und ganz neu auf der diesjährigen Frankfurter Buchmesse präsentiert „Arznei gegen die Sterblichkeit. Drei Geschichten zum Dank“. In diesem Band ist auch die Dankrede von Künzelsau abgedruckt, sowie die Dankrede zur Verleihung des Kleist-Preises und des Marie-Luise Fleißer-Preises.

Heute Abend liest Christoph Ransmayr aus dem „Atlas eines ängstlichen Mannes“ – es sind 70 Episoden, man könnte auch sagen: Mikroromane, in denen Ransmayr Erfahrungen, Erlebnisse und Reiseberichte noch einmal poetisch verdichtet und etwas leistet, was man als ein Gegengift gegen den Morbus Kithahara bezeichnen könnte.

Morbus Kithahara ist eine Augenerkrankung, die Ransmayr selber von einem Arzt an der Wiener Augenklinik diagnostiziert bekam. Sie befällt alle Menschen, die fixiert sind auf ihre Ar-



Prof. Dr. Erich Garhammer stand bei seiner Begrüßung am Rednerpult.

beit, auf irgendetwas in ihrem Leben, so dass sie sich buchstäblich ein Loch ins eigene Auge starren. Es kommt zur Blickverfinsterung, und in dem Roman „Morbus Kithahara“ leidet eine ganze Gesellschaft an dieser Krankheit.

Der „Atlas eines ängstlichen Mannes“ ist geradezu das Gegengift: es geht um das Sehen, das Sehenkönnen, das Wahrnehmen, es ist der literarische Komplementärwinkel, also nicht nur einen Ausschnitt der Wirklichkeit wahrzunehmen, sondern Wirklichkeit in ihrer Fülle und in ihren Ambivalenzen. Literatur und Erzählung haben die Fähigkeit, diesen Blick wiederherzustellen.

Hier bewegen wir uns geradezu in neutestamentlichem Gefilde: „ich möchte sehen können“, so ruft der blinde Bartimäus. Die Begegnung mit Jesus heilt ihn und der Blinde konnte sehen. Die Pointe der Erzählung ist allerdings kein naturwissenschaftlicher Vorgang, keine Augen-OP, sondern eine Blickveränderung. Blicken heißt im griechischen Text „anablepein“, er konnte aufblicken. Das Wunder war: weg von der Blickstarre zum Blick in die Weite, weg vom Stieren zum Aufschauen, weg also vom „Morbus Kithahara“.

Und ein zweites: häufig ist festgestellt worden, Ransmayr habe sich mit dem „ich sah“ an den Seher von Patmos gehalten, an die johanneische Apokalypse. „Ich sah einen neuen Himmel und eine neue Erde“, so beginnt Kap 21 die Schilderung der kommenden Welt. Das Besondere am Seher von Patmos ist allerdings nicht eine prophetische Vision, sondern seine Lesefähigkeit.

Der Alttestamentler Jürgen Ebach hat sich einmal die Mühe gemacht, den Text von Kapitel 21 so zu gestalten, dass alle Zitate darin kursiv gedruckt waren. Der ganze Text war nun zu Dreiviertel kursiv: der Seher als Leser, das Authentische – eine Collage aus Zitaten, die zu etwas Eigenem geformt wurden, Authentizität ein Amalgam aus „Authentizitäten“.

Nun ist Christoph Ransmayr kein Zitator des Alten oder Neuen Testaments, aber er ist Gestalter, auch seine Literatur ist akribische Gestaltung, ist sprachliche Mineralogie mit durchaus biblischen Gesteinsproben.

Lieber Herr Ransmayr, noch einmal herzlich willkommen in der Katholischen Akademie. Wir freuen uns auf den Zauber ihrer Lesung, auf das anschließende Gespräch – das auch eine Spielform des Erzählens werden kann – und auf das Signieren der Bücher im Anschluss der Lesung. □



Im informativen und angenehmen Austausch: Erich Garhammer (li.) und Christoph Ransmayr.



Viele der rund 140 Teilnehmer(innen) nutzten die Gelegenheit und ließen sich von Christoph Ransmayr Bücher signieren.

Digitale Aufrüstung des Gehirns

„Digitale Aufrüstung des Gehirns – Liegt die Zukunft des Menschen in der Technik?“ lautete der Titel eines spannenden Abendvortrags von Professor Armin Grunwald am 9. Juli 2019 in der Katholischen Akademie in Bayern. Der Physiker und Philosoph leitet das Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse in Karlsruhe, die größte derartige

Einrichtung weltweit, sowie das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag. Der öffentliche Abendvortrag fand in Kooperation mit der Hochschule für Philosophie statt und war der Höhepunkt der Fachtagung „Das Gelingen der künstlichen Natürlichkeit“, die die Hochschule in der Katholischen Akademie veranstaltete.

Liegt die Zukunft des Menschen in der Technik?

Armin Grunwald

1. Technik als eschatologische Kategorie?

Technik gehört zur Kulturgeschichte der Menschheit untrennbar hinzu. Vielfach hat der technische Fortschritt über wirtschaftlichen Erfolg und den Ausgang von Kriegen entschieden, aber auch kulturelle und künstlerische Entwicklungen motiviert und ermöglicht. Dabei war implizit oder explizit immer klar, dass Technik nichts weiter als Mittel zu Zwecken sein kann, die von Menschen gesetzt werden. Technik soll in der Abwicklung von Lebensvollzügen behilflich sein, die Arbeit erleichtern, Wohlstand und Mobilität befördern, Gesundheit steigern und das Leben sicherer machen. So werden auch in der Gegenwart, wenn es um die Förderung von Technik und Innovation mit öffentlichen Mitteln geht, verbesserte Umwelteigenschaften, Klimaverträglichkeit, Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, verbesserte Gesundheit, Steigerung des Komforts und andere gewünschte Ziele genannt, zu denen neue Technik geeignete Mittel bereitstellen soll.

Nun hat sich jedoch in den letzten Jahrzehnten neben diesem wohlvertrauten Blick auf Technik eine radikal andere Perspektive entwickelt. Darin geht es nicht um Technik als Mittel zur Lebenserleichterung von Menschen, sondern um die mögliche, von manchen befürchtete und von anderen erhoffte *Ablösung* des Menschen durch Technik. Insbesondere amerikanische Futuristen wie Ray Kurzweil, die Bewegung des Transhumanismus und einige Digitalvisionäre aus dem Silicon Valley kehren den Blickwinkel um: Technik wird vom dienenden Mittel zum eigentlichen Zweck. Indem sie die Herausbildung einer technisch perfekten Zivilisation durch technischen Fortschritt als Ziel der Ge-



Prof. Dr. Armin Grunwald, Professor für Technikphilosophie und Technikethik an der Universität Karlsruhe

schichte ansehen, laden sie Technik teleologisch auf. Einige erhöhen Technik sogar zu einer eschatologischen Kategorie, von der Erlösung von den Defiziten menschlicher Existenz erwartet wird. Zwei Wellen in dieser Entwicklung lassen sich unterscheiden.

Seit etwa zwanzig Jahren wird kontrovers zur technischen Verbesserung des Menschen (*Human Enhancement*) diskutiert. Weitreichende Visionen von der technischen Aufrüstung und Umgestaltung des menschlichen Körpers und Geistes, aber auch der weitgehenden Abschaffung des Todes und der Verschmelzung von Mensch und Maschine

wurden verbreitet (**Teil 2**). Dadurch werde es, so einige Autoren, der Menschheit endlich möglich, die physischen, kognitiven wie auch moralischen Defizite des Menschen mit eigener Kompetenz und Technik zu überwinden und dadurch eine als *besser* angesehene zukünftige technische Zivilisation zu erzeugen. Allmählich solle auf diese Weise die menschliche in eine technische Zivilisation übergehen, der dann die Gestaltung der weiteren Evolution obliege. Die Titelfrage, ob die Zukunft des Menschen in der Technik liege, wird hier klar mit ja beantwortet.

In der zweiten und jüngeren Welle lautet diese Antwort ebenfalls ja, allerdings auf eine andere Weise. Danach liegt die Zukunft des Menschen nicht in seiner allmählichen technischen Aufrüstung, sondern in seiner *Ersetzung* durch von Menschen selbst geschaffene Technik. Durch Digitalisierung, Algorithmen, Künstliche Intelligenz und Roboter soll Technik Fähigkeiten erwerben, die denen der Menschen immer stärker überlegen sind, so dass Menschen einfach überflüssig werden. Das Gefühl einer schon bestehenden und sich weiter verschärfenden Unterlegenheit des Menschen gegenüber digitaler Technik hat sich in Massenmedien und Teilen der Bevölkerung bereits weitgehend durchgesetzt. Die Protagonisten dieser Entwicklung sehen das jedoch nicht mit Sorge, sondern positiv als Ziel der Geschichte (**Teil 3**).

In diesem Beitrag möchte ich nach der Erläuterung dieser beiden Diskussionsstränge auf ihre technikphilosophischen und anthropologischen Hintergründe und Prämissen eingehen. Im Zentrum steht nach meiner Analyse das Bild vom Menschen in Kombination mit einer Überhöhung des technischen Fortschritts: wer sind wir, wer wollen wir sein und wie ist unser Verhältnis zu Technik? Die Befürworter einer technischen Aufrüstung oder einer zukünftigen Verabschiedung des Menschen zugunsten der Technik arbeiten zumeist mit negativen Menschenbildern zur Untermauerung ihrer Position (**Teil 4**). Daher sei das Ende des Menschen in Technik nicht zu befürchten, sondern zu begrüßen: als eine Art Erlösung aus der begrenzten, verletzlichen, moralisch oft defizitären und letztlich dem Tod verfallenen menschlichen Natur. Diese wird dem alle Negativerfahrungen ausblendenden Blick auf den technischen Fortschritt zugetraut (**Teil 5**). Die eschatologische Überhöhung von und die Erlösungserwartung an den technischen Fortschritt attackieren unmittelbar das ureigene Gebiet von Religionen.

2. Die „technische Verbesserung“ des Menschen

Die Unzufriedenheit des Menschen mit sich selbst dürfte so alt wie die Menschheit selbst sein. Sie erstreckt sich auf die individuelle Ebene, etwa die sportliche Leistungsfähigkeit, das Gedächtnis oder das Aussehen betreffend, aber auch auf die Bewältigung kollektiver Herausforderungen, wenn etwa mangelnde Friedensfähigkeit, Ausbeutung und die Unfähigkeit zu einem vorsorgenden Klimahandeln beklagt werden. Um Menschen „besser“ zu machen, wurden viele kulturell unterschiedliche Ansätze entwickelt und umgesetzt, so etwa in der Europäischen Aufklärung mit Betonung auf Bildung oder in vielen Religionen in Form von Bemühungen um maßvollen Lebenswandel, Solidarität und Frieden.

Es ist nicht überraschend, dass in einer vom wissenschaftlich-technischen Fortschritt geprägten Zeit eine *technische* Verbesserung des Menschen zum

Thema wird. Manches ist im Alltag bereits angekommen, so beispielsweise Schönheitschirurgie zur Verbesserung des Aussehens und, ethisch zwar nicht legitim, aber dennoch weit verbreitet, Doping im Sport durch Medikamente. Die Visionäre haben jedoch seit knapp zwanzig Jahren anderes im Blick, in der Hoffnung auf neue technische Entwicklungen aus Nanotechnologie, Biotechnik, Digitaltechnik und Hirnforschung.

Die technische Verbesserung des Menschen auf der Ebene individueller Fähigkeiten soll sensorische, motorische und kognitive Fähigkeiten des Menschen betreffen, beispielsweise die Funktionen des menschlichen Gehirns. Hierzu zählen zum einen die Erweiterung der *Speicherfunktion* des Gehirns und die Ermöglichung von Sicherheitskopien der im Gehirn gespeicherten Informationen durch einen *Brain-Chip*. Durch einen Chip, der direkt am Sehnerv angeschlossen werden müsste, könnten möglicherweise alle visuellen Eindrücke in Echtzeit aufgezeichnet, extern abgespeichert und später jederzeit wieder aufgerufen werden. Über geeignete Schnittstellen zwischen Computer und Nervensystem könnten zusätzlich zu Armen und Beinen neue Gliedmaßen an das Nervensystem angeschlossen und direkt vom Gehirn gesteuert werden. Exoskelette, teils schon verfügbar, können die Kraftleistung vorhandener menschlicher Organe massiv verstärken. Für Ausbildungszwecke und bestimmte Berufsgruppen könnte dies eine attraktive Zusatzkompetenz mit sich bringen. In der Umsetzung basiert dieser Typ von Verbesserungen darauf, dass bestimmte Teile des Menschen als technische Funktionen gedeutet, zunächst nachgebaut und sodann über die natürliche Fähigkeit des Menschen hinaus verstärkt oder erweitert werden.

In diesem Sinne handelt es sich um eine technische Aufrüstung des Menschen, die zwar ethische, jedoch keine eschatologischen Fragen aufwirft, verbleibt doch Technik hierbei Mittel zum Zweck. Die eschatologische Aufladung entsteht erst, wenn die heutigen Schritte zur technischen Verbesserung des Menschen teleologisch umgedeutet und als Beginn einer allmählichen Abdankung des Menschen, wie wir ihn kennen, verstanden werden. So ist im Transhumanismus die technische Verbesserung nicht nur erlaubt, sondern geradezu Pflicht, um eigene Defizite zu überwinden. Explizit steht immer wieder Friedrich Nietzsche Pate (Also sprach Zarathustra): Ich lehre euch den Übermenschen. Der Mensch ist etwas, das überwunden werden soll. [...] Alle Wesen bisher schufen etwas über sich hinaus [...] Was ist der Affe für den Menschen? Ein Gelächter oder eine schmerzliche Scham. Und eben das soll der Mensch für den Übermenschen sein: ein Gelächter oder eine schmerzliche Scham. [...] Der Übermensch ist der Sinn der Erde.

Das, was Nietzsche noch als Übermensch bezeichnet, würden Vertreter des Transhumanismus in eher technischen Begriffen ausdrücken, die dem Gedanken der Optimierung und Perfektion verpflichtet sind. Evidenterweise hat dann auch der Tod des Menschen ausgedient: die Verlängerung der menschlichen Lebenszeit bis hin zur kompletten Abschaffung des Todes spielt in der Diskussion über eine Verbesserung des Menschen eine zentrale Rolle. Transhumanisten stellen dem zerbrechlichen und verletzlichen menschlichen Körper die technisch perfektionierten Körper von Robotern entgegen und dem moralisch oft den eigenen Ansprüchen nicht genügenden Menschen eine technisch perfekte Moral, die von Maschinen und Algorithmen „objektiv“ ausgerechnet und umgesetzt werden

soll. Die zusehends technische Aufrüstung des Menschen soll letztlich zur Verschmelzung von Mensch und Technik führen und in der Vorstellung ihrer Protagonisten eine perfekte Welt hervorbringen.

3. Ersetzung des Menschen durch Technik

Die Digitalisierung hat verschiedene Protagonisten eines Übergangs von der menschlichen zu einer technischen Zivilisation zu noch radikaleren Vorstellungen motiviert. Danach geht es nicht mehr um eine allmähliche Ablösung des Menschen, sondern um seine *Ersetzung* durch digitale Technik. Basis dieser Vorstellungen ist die mittlerweile weit verbreitete Beobachtung, dass digitale Technik in vielem besser als Menschen ist. Bereits 1995 hat zum ersten Mal ein Schachprogramm den menschlichen Schachweltmeister Boris Kasparow besiegt. In den fast fünfundzwanzig Jahren seitdem hat die digitale Technik rasante Fortschritte gemacht. Algorithmen können vieles dramatisch besser als Menschen, und der Fortschritt geht weiter. Im Umgang mit riesigen Datenmengen kann alles in Sekundenschnelle miteinander verknüpft werden, um Muster zu erkennen. Digitale Technik ist mit der Künstlichen Intelligenz lernfähig geworden. Software, die einen Botenroboter oder ein selbst fahrendes Auto steuert,

Sie sehen die Mission der Menschheit gerade darin, sich durch technischen Fortschritt überflüssig zu machen.

soll im laufenden Betrieb ständig dazulernen. Die Fähigkeit des Lernens, bisher dem Menschen vorbehalten und wohl zentrale Voraussetzung für seinen Aufstieg zur beherrschenden Kraft auf dem Planeten Erde, kann in Zukunft allmählich auf die digitale Technik übergehen.

Viele Menschen machen sich Sorgen, dass der Mensch gegenüber Robotern, Algorithmen und Künstlicher Intelligenz letztlich den Kürzeren ziehen könnte, z. B. auf dem Arbeitsmarkt. Verbreitet ist auch die Sorge, dass wir die digitalen Geister, die wir mit guten Absichten gerufen haben, nicht nur nicht wieder loswerden, sondern dass sie uns zu guter Letzt gar die Kontrolle aus der Hand nehmen könnten. Andere jedoch, und hier liegt der Fokus dieses Vortrags, begrüßen diese Entwicklungen. Sie sehen die Mission der Menschheit gerade darin, sich durch technischen Fortschritt überflüssig zu machen. Statt der begrenzten Intelligenz individueller Menschen soll Künstliche Intelligenz auf alle Daten dieser Welt zugreifen können und „optimale“ Entscheidungen treffen. Damit soll sie die Menschen in ihrer Begrenztheit und Borniertheit erlösen und ablösen.

Einzelne Geschichten illustrieren das dahinterstehende Denken. So könnten beispielsweise menschliche durch digitale Lehrer ersetzt werden. Der digitale Lehrer schafft es aufgrund seiner hohen Rechenkapazität, mit dreißig Schülern gleichzeitig zu sprechen, und zwar nicht mit allen dasselbe wie ein menschlicher Lehrer heute, sondern mit jedem individuell. Er hätte Zugang zum weltweit verfügbaren Wissen und wäre damit sozusagen allwissend. Seine Geduld mit jedem einzelnen Schüler wäre grenzenlos, seine Benotung unbestechlich und objektiv.

Analog wird von digitalen Richtern kolportiert, sie hätten in Sekundenbruchteilen Zugriff auf alle Aktenberge

der Rechtsgeschichte, alle Prozesse und alle Daten der beteiligten Personen. Sie wären nicht launisch und würde gegenüber den Konfliktparteien weder Sympathie noch Antipathie ausprägen. Stattdessen würden sie unparteiisch und unbestechlich, objektiv und rational dem Recht dienen, ohne irgendeine Ablenkung oder eigene Befindlichkeiten.

Ein drittes Beispiel: ein vom Bundestag ermächtigter KI-gestützter Politik-Automat könnte Zugriff auf alle Daten der Gesellschaft erhalten. Anstehende Probleme könnte er durch die Auswertung dieser Daten anhand vom Bundestag vorgegebener ethischer Leitlinien und gemeinwohlorientierter Entscheidungskriterien analysieren und in wenigen Sekunden die beste aller möglichen Lösungen ausrechnen. Er würde diese Lösung unbestechlich und objektiv in Gesetze und Verordnungen umsetzen.

Diese gerne in Medien verbreiteten Erzählungen sind selbstverständlich zu kritisieren, vor allem weil die geschilderten Tätigkeiten der digitalen Lehrer, Richter oder Politiker weit am Wesen von Lehre, Recht und Politik vorbeigehen. Dennoch zeigen sie das Grundmuster: Algorithmen sind bereits heute in vielem besser als Menschen und werden immer besser. In der Extrapolation entsteht die Annahme, dass sie bald *in allem* besser sein werden. Dann, so die Digitalvisionäre und Transhumanisten, sollten wir abdanken.

Im Rahmen der mit Nick Bostrom und Ray Kurzweil so genannten Großen Singularität käme es zu einer Machtübernahme der Künstlichen Intelligenz und der Ausbildung einer Globalen Superintelligenz, in der die Menschen zu Statisten oder bloß ausführenden Organen würden. Menschen würden der technischen Welt dienen wie in der bekannten *Matrix-Trilogie*. In der technologischen Perspektive wäre das Ende der Menschheit kein Grund zur Klage, sondern Anlass für Freude: mit diesem Übergang hätte die Menschheit ihre evolutionäre Mission erfüllt und dem Sinn der Geschichte Rechnung getragen.

Nun mag dies alles Vielen merkwürdig und kurios, vielleicht gar abseitig erscheinen. Dennoch ist die Resonanz in Medien und Umfragen beträchtlich, so dass es sich m. E. lohnt, diesem Phänomen nachzugehen. Der Kern zum Verständnis der teleologischen und technologischen Vorstellungen über die Zukunft liegt, so die These, in einer Kombination aus einseitig zugrunde gelegten Menschenbildern und naiven Annahmen über den technischen Fortschritt. Beide können und müssen mit guten Gründen kritisiert werden, was im Folgenden geschehen soll.

4. Wie über Menschen und Algorithmen geredet wird

Menschenbilder zeigen sich darin, wie über Menschen gedacht und geredet wird. Oben wurden die Beispiele der Berufe Lehrer, Richter und Politiker genannt, zu denen Ersetzungsgeschichten durch digitale Technik und Künstliche Intelligenz kursieren. Die menschlichen Vertreter dieser Berufe kommen dabei implizit oder auch gelegentlich explizit alles andere als gut weg. Sie werden als egoistisch, ungerecht und korrupt dargestellt, als rasch müde und unkonzentriert, als launenhaft, subjektiv, aggressiv, wankelmütig und inkonsequent, als bequem bis faul, mit einem schwachen und störanfälligen Körper und Geist. Politiker beispielsweise gelten unter vielen Digitalvisionären als machtbesessen aber wenig kompetent. Danach ordnen sie ihrem Stolz und Ehrgeiz oft alles andere unter, statt sachdienliche und gemeinwohlorientierte Entscheidungen zu treffen.

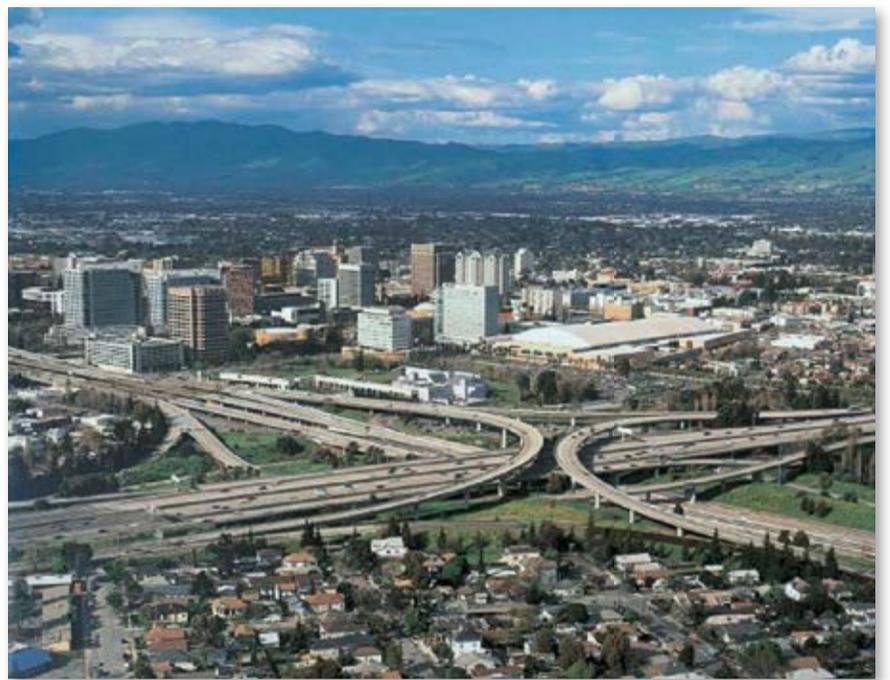


Foto: Wikipedia

Silicon Valley bei San Francisco ist der Ort, an dem die Ablösung des Menschen durch die Technik geradezu herbeigesehnt wird.

Über Algorithmen und Roboter hingegen wird ganz anders, nämlich im Lichte technischer Perfektion gesprochen. Algorithmen seien objektiv, allwissend und unbestechlich ihrem Auftrag verpflichtet, Roboter nimmermüde und immer dienstbereit, so z. B. in der Werbung für den bekannten in der Kundenbetreuung und als Unterhalter einsamer Menschen einsetzbaren Roboter Pepper. Roboter und Algorithmen haben keine Eigeninteressen und Befindlichkeiten, die immer wieder z. B. die Objektivität und Neutralität von Lehrern, Richtern oder Politikern stören.

Sie werden mit Attributen als bessere, ja ideale Menschen dargestellt, indem ihnen die Stärken zugeschrieben werden, die man sich von guten Lehrern, Richtern und Politikern wünscht. Schwächen haben sie angeblich nicht oder wenigstens in Zukunft nicht, denn diese werden ihnen wegprogrammiert, oder sie sorgen lernend selbst dafür, dass sie verschwinden. In dieser Sichtweise erscheint es in gewisser Weise gar nicht so abwegig, sondern fast plausibel, die Selbstabschaffung des Menschen

nicht nur für möglich zu halten, sondern sie aktiv zu fordern und darauf hinzuarbeiten. Eschatologisch bedeutet das, den Staffelstab der Geschichte an unsere digitalen Kinder weiterzugeben. Nicht nur wir würden dann von unseren individuellen Schwächen erlöst, sondern die Zivilisation von den Schwächen der Menschen generell.

Was ist von diesem Gedankengang zu halten? Zunächst ist ihm phänomenologische Evidenz nicht völlig abzuspüren. Es kommt immer wieder vor, dass Lehrer, Richter und Politiker, aber wohl auch jeder Mensch einmal Schwäche zeigt, den Anforderungen und Erwartungen nicht entspricht oder auch systematisch Missbrauch mit Macht und Einfluss betreibt. Die Techno-Optimisten erwischen hier die Menschen kalt: in der menschlich organisierten Welt gelingt vieles nicht gut bis katastrophal schlecht. Perfektion ist keine menschliche Stärke.

Der Fehler im Gedanken liegt jedoch an anderer Stelle. Es werden nämlich Algorithmen und Roboter auf der einen und Menschen auf der anderen Seite



Unter der organisatorischen Leitung von Dr. Olivia Mitscherlich-Schönherr – hier im Gespräch mit Professor Grunwald – fand die Fachtagung jetzt

zum dritten Mal statt. Philosophisch-ethische Grundsatzfragen stehen bei diesen Fachtagungen im Mittelpunkt.

Unterlegen – oder überlegen

Es gehe darum, so Armin Grunwald vor 170 Teilnehmern bei seinem Vortrag in der Akademie, „ob das, was die digitalen Visionäre so laut verkünden, wirklich alles so toll ist“. Vielmehr brauche es eine „digitale Mündigkeit“. Das letzte Kapitel seines neuen Buchs *Der unterlegene Mensch. Die Zukunft der Menschheit im Angesicht von Algorithmen, künstlicher Intelligenz und Robotern* lautet denn auch *Der überlegene Mensch*.

Armin Grunwald: *Der unterlegene Mensch. Die Zukunft der Menschheit im Angesicht von Algorithmen, künstlicher Intelligenz und Robotern*, ISBN: 978-3-7423-0718-7, riva Verlag, Hardcover, 257 Seiten, 19,99 Euro



über den gleichen Leisten geschlagen. Sie werden auf der gleichen Ebene in Bezug auf ihre Leistungen verglichen, nämlich *als Maschinen*. Der Vergleich wird vorgenommen wie der zwischen zwei Autos mit einer endlichen Zahl an Leistungsparametern. Er funktioniert nur, wenn der Mensch als eine digitale

Der Vergleich wird vorgenommen wie der zwischen zwei Autos mit einer endlichen Zahl an Leistungsparametern.

Maschine, als eine Art Computer auf zwei Beinen betrachtet wird.

In dieser Denkweise kann man wie beim Quartettspielen die einzelnen Leistungsmerkmale nach weiter, höher, schneller, stärker etc. vergleichen. Und dann ist das Ergebnis klar: als digitale Maschinen sind Menschen selbstverständlich den digitalen Techniken unterlegen, die für bestimmte Zwecke optimiert sind, z. B. bereits einem Taschenrechner, geschweige denn Computern und Apps, die von Künstlicher Intelligenz gesteuert werden. Im technischen Fortschritt wird diese Entwicklung weitergehen. Es ist gut möglich, dass alles, was wir unter dem Aspekt eines technischen Vergleichs anschauen, irgendwann von Algorithmen und Robotern besser gemacht werden kann als von Menschen.

Die Frage ist aber, ob und inwiefern ein Vergleich zwischen Menschen und Digitaltechnik nach technischen Leistungskriterien legitim ist, wie erschöpfend er ist und wie weit die Schlüsse reichen, die aus ihm gezogen werden können. Das ist nur eine komplizierte Formulierung für die Frage, ob denn der Mensch eine Maschine und nichts weiter als eine Maschine ist. Wenn ja, hätten die Techno-Optimisten recht, denn unter dem Ideal technischer Perfektion haben Menschen immer schon verloren. Denn dabei werden genau die Eigenschaften, die uns gemäß der menschlichen Ideengeschichte ausmachen, ausgeblendet. Der negative Blick auf uns selbst ist vorprogrammiert, der eschatologische Blick auf Technik als die Zukunft des Menschen die logische Folge.

Schon die Frage, wer besser ist,

Mensch oder Algorithmus, ist eine technische Frage. Nicht-technisch am Menschen ist genau das, wo dieser Leistungsvergleich keinen Sinn macht. Ein Ethik-Algorithmus beispielsweise würde am Wesen der Ethik vorbeigehen, weil er die Unterscheidung von Sein und Sollen nicht reflektiert, ein KI-gestützter automatischer Richter würde das Wesen des Rechts verfehlen, das gerade nicht im Exekutieren von Regeln besteht, sondern im sorgsam Abwägen, um dem Einzelfall im Angesicht der Regeln gerecht zu werden.

Digitale Technik kann auch keine Bedeutungsdebatten zu komplexen Begriffen wie Gerechtigkeit oder Nachhaltigkeit führen, keine visionären oder utopischen Zukünfte entwerfen und nicht dem adäquaten Sinnverstehen von Menschen oder Kontexten hermeneutisch und empathisch nachspüren. In diesen Feldern würde jeder Vergleich, ob digitale Technik oder Menschen besser sind, keinen Erkenntnisgewinn bringen, sondern die Selbstaufgabe genuin menschlicher und technisch nicht ersetzbarer Felder implizieren. Dies gilt analog für menschliche Bereiche wie Liebe, Zuneigung, Vertrauen und Solidarität. Romantik, Poesie und Natursehnsucht sind weitere Bereiche, deren Wesen zerstört würde, wenn sie technisiert würden. Die Frage nach dem Nicht-Technischen am Menschen ist die zentrale Herausforderung und Provokation der Digitalisierung.

5. Technik als Erlösung?

Das Motiv der Erlösung durch Technik taucht seit dem späten neunzehnten Jahrhundert immer wieder auf, gelegentlich verbunden mit der Bezeichnung der Ingenieure als Priester des technischen Zeitalters. Heute gelten digitale Visionäre als Gurus und Propheten der Zukunft. Gelegentlich werden neue digitale Geräte wie in einer religiösen Liturgie in einem tempelartigen Ambiente vorgestellt, wobei ihre Protagonisten mit dem Gestus eines Messias auftreten, der den wartenden Gläubigen die erlösende Technik bringt.

Erlösung durch Technik hätte, wenn sie denn gelingen würde, für Viele einen großen Vorteil: die Menschen könnten sie selbst machen. Dass Erlösung abhängig von der Gnade eines Gottes sein soll, passt nicht zum erfolgsverwöhnten *Homo Faber*, der seine Dinge selbst in

die Hand nimmt. Mit digitaler Technik, so manche Visionäre der Digitalisierung, könnten Menschen selbst eine Art Paradies schaffen. Freilich, betrachtet man die Geschichte der Technik, so ist ein mehr als kritischer Blick auf diese Perspektive angesagt. Wenigstens einige Kritikpunkte seien hier genannt.

(1) Der technische Fortschritt bringt, so die Erfahrung zumindest der letzten zweihundert Jahre, weder Paradies noch Erlösung, sondern neben den gewünschten auch jede Menge nicht intendierter Folgen. Die versprochenen Wohltaten der Technik, die ich auch meist sehr schätze, waren und sind in der Regel begleitet von Illusionen und Risiken, Ideologien und Blindheiten. Mehr als deutlich hat sich die Ambivalenz der Technik im Auftreten nicht intendierter und oft auch unvorhergesehener Nebenfolgen gezeigt, wovon Klimawandel und Biodiversitätsverlust, Ressourcenverschwendung und Technikmissbrauch neben vielen anderen Effekten Zeugnis ablegen. Fast zynisch wird gelegentlich sogar gesagt, wir bräuchten weiteren technischen Fortschritt vor allem deswegen, um mit den ungewollten Folgen der älteren Technik fertig zu werden – wobei dann neue nicht intendierte Folgen zu erwarten sind. Wer behauptet, technischer Fortschritt führe zu Paradies und Erlösung, muss sagen, auf welche Weise die evidente Ambivalenz von Technik ausgeschaltet oder überwunden werden soll. Dazu gibt es jedoch keine Hinweise.

(2) Der eschatologische Blick auf Technik operiert mit dem Ideal technischer Perfektion, unter dem digitale Technik dem Menschen überlegen sei. Die Tatsache, dass digitale Technik, etwa ein Schachcomputer, besser als Menschen ist, ist jedoch kein Grund zur Besorgnis, sondern trivial. Denn jede Technik ist in bestimmter Hinsicht besser als Menschen. Die Menschheitsgeschichte ist voll von technischen Erfindungen, die etwas können, was der Mensch ohne Technik nicht oder nicht so gut kann: die Eisenverhüttung, die Bewegung schwerer Lasten mit Kränen, der Transport großer Gütermengen mit der Eisenbahn, die Überwindung weiter Entfernungen im Auto, das schnelle Rechnen mit Computern oder die präzise Einsetzung einer neuen Hüfte. Der technische Fortschritt zielt darauf, Technik zu entwickeln, die manches besser kann als wir, sonst bräuchten wir sie nicht. Das Argument, der digitalen Technik gehöre die Zukunft, weil sie besser ist, ist ähnlich zur Aussage, die Zukunft

Die Tatsache, dass digitale Technik, etwa ein Schachcomputer, besser als Menschen ist, ist jedoch kein Grund zur Besorgnis, sondern trivial.

gehöre dem Spaten, weil man damit besser Löcher graben kann als mit der menschlichen Hand. Aus einer Trivialität wird eine geschichtsphilosophische Dimension gezaubert.

(3) Der Sog zur technischen Perfektion – die nach (1) selbst ideologisch wider alle Erfahrung steht – wird gestützt durch den technikdeterministischen Blick auf technischen Fortschritt, als wohne ihm eine geheimnisvolle evolutionäre Kraft inne. So dominiert in der öffentlichen Debatte der Eindruck einer eigendynamischen Entwicklung der Digitalisierung, die wie ein Zug mit hoher Geschwindigkeit fahre, den man weder aufhalten noch in seiner Richtung beeinflussen könne. Dabei wird etwas

eigentlich Triviales ignoriert: Technik und Innovationen müssen von Menschen gemacht werden. Jede einzelne Zeile eines Programmcodes wird von Menschen geschrieben. Software läuft auf Hardware, die ebenfalls von Menschen angefertigt wird. Algorithmen, Roboter, digitale Dienstleistungen, Geschäftsmodelle für digitale Plattformen oder Einsatzgebiete für Dienstleistungsroboter werden von Menschen erfunden, entworfen, hergestellt und eingesetzt. Suchmaschinen, Big-Data-Technologien und *Social Media*, sie alle sind von Menschen entworfen und umgesetzt. Diese Menschen, die Macher der Digitalisierung, arbeiten in der Regel in Unternehmen, Institutionen oder Geheimdiensten und verfolgen bestimmte Werte, haben Einschätzungen und Interessen, folgen einer Unternehmensstrategie, politischen Vorgaben, militärischen Erwägungen etc. Keine geheimnisvolle teleologische Kraft treibt den technischen Fortschritt, sondern Interessen unterschiedlicher, aber jedenfalls sehr menschlicher Art.

(4) Schließlich erklärt sich ein Teil der Faszination der digitalen Technik bzw. genauso der Verunsicherung durch sie durch ihre Vermenschlichung in der Sprache, in der über sie geredet wird. So wird davon gesprochen, dass Roboter denken und planen, dass Künstliche Intelligenz Entscheidungen trifft oder dass Algorithmen lernen. Am deutlichsten wird das vielleicht in der von den Medien gerne gestellten Frage, ob Bordcomputer in autonomen Autos oder Drohnen über Leben und Tod entscheiden dürfen. Bei näherem Hinsehen jedoch wird klar: die Algorithmen, Drohnen und Roboter denken und handeln nicht, sie bewerten und entscheiden nicht. Sondern sie spulen Rechenprogramme ab und werten damit Daten aus, denen wir über eine anthropomorphe Sprache die Dignität und Aura des Menschen zuschreiben. Dabei sind diese Rechenprogramme von Menschen gemacht (s. o.), als Mittel zum Zweck.

Die vorgebrachten Kritikpunkte geben mehr als genug Munition her, techno-eschatologischen Phantasien mit guten Gründen entgegen zu treten. Schon einige technikbasierte Erlösungsgeschichten wurden erzählt, ohne dass die Erlösung dann eingetreten ist. Sicher hat der Verlust religiöser Bindungen ein Vakuum hinterlassen, in das unter anderem die technischen Visionen vorstoßen. Wie wir zu Erlösung stehen, ob wir sie benötigen, erwarten oder die Hoffnung darauf begraben, bleibt aber eine Sache von Glauben oder Unglauben. Erlösung durch Technik ist eine Illusion.

Stattdessen bleibt Technik ein Mittel zu Zwecken, die Menschen setzen. Entsprechend ist digitale Technik keine Konkurrenz für Menschen und ihre Zukunft, sondern Mittel zum Zweck der guten Gestaltung der analogen Welt. Entscheidend ist allerdings, dass diese Sichtweise verbreitet und geteilt wird, den kommunikativen Hypes zum Trotz. Hier haben Religionen und Kirchen eine wichtige Funktion jenseits der engeren ethischen Debatten zu diesem oder jenem konkreten Technikfeld. Und sie haben einige gute Argumente.

Schließen möchte ich mit einem Zitat. Charlie Chaplins Film *Der Große Diktator* endet mit einer fulminanten Schlussansprache, in der die Diktatur technischen Denkens angeprangert wird: „Wir haben die Geschwindigkeit entwickelt, aber innerlich sind wir stehen geblieben. Wir lassen Maschinen für uns arbeiten, und sie denken auch für uns. Die Klugheit hat uns hochmütig werden lassen und unser Wissen kalt und hart, wir sprechen zu viel und fühlen zu wenig, aber zuerst kommt die Menschlichkeit und dann die Maschinen!“ □

Haus & Team & Freunde

Erste Mitarbeitervertretung (MAV) in der Katholischen Akademie in Bayern

Corana Hoffmann, Yasmin Schill und Stefan Owandner bilden die erste Mitarbeitervertretung (MAV) der Katholischen Akademie in Bayern. Die Kolleginnen und Kollegen der Akademie schenken ihnen bei der Wahl am 4. Dezember 2019 das Vertrauen. Die Wahlbeteiligung lag bei 98 Prozent. Auf der konstituierenden Sitzung der MAV am 5. Dezember wurde Corana Hoffmann zur Vorsitzenden gewählt.

Der Startschuss war auf einer Betriebsversammlung im Juni 2019 gefallen. Akademiedirektor Dr. Achim Budde hatte dort angeregt, als logische Fortführung der seit Jahren in der Akademie entwickelten EMAS^{PLUS}-Qualitätsstandards nun auch eine MAV gemäß der hiesigen Mitarbeitervertretungsordnung einzurichten, und sicherte dafür seine Unterstützung zu.

Nun war es die Aufgabe der Mitarbeiter, sich mit den vielfältigen Aufgaben rund um eine MAV vertraut zu machen. Erste Listen wurden ausgehängt, mögliche Kandidaten für den benötigten Wahlausschuss gesucht. Auf einer außerordentlichen Versammlung im Herbst erfolgte dann die Bildung des

Wahlausschusses, der alle notwendigen Schritte, von der Kandidatenfindung bis hin zur Wahl der Mitarbeitervertretung, organisierte und begleitete. Es lag allen Beteiligten am Herzen, dass die MAV noch vor dem Jahresende ihre Arbeit beginnen konnte. Dass dies in der Kürze der Zeit gelang, lag zum einen an der kooperativen Unterstützung der Geschäftsführung und der Akademieleitung. Darüber hinaus erklärten sich auch sieben Kolleginnen und Kollegen bereit, für die MAV zu kandidieren, so dass eine „echte“ Wahl stattfinden konnte.

Bei dieser Wahl am 4. Dezember spiegelte sich dann das große Interesse der Mitarbeiter an ihrer MAV wider: Schon in der ersten Stunde nach Öffnung des Wahllokales erreichte man eine Wahlbeteiligung von 50 Prozent – insgesamt wählten schließlich sogar 98 Prozent.

Wir freuen uns sehr, den drei gewählten Mitgliedern Corana Hoffmann, Yasmin Schill und Stefan Owandner zu ihrer Wahl zur ersten Mitarbeitervertretung bei uns gratulieren zu dürfen.

Sylke Grünwald vom Wahlausschuss



Die Mitarbeitervertretung der Katholischen Akademie in Bayern: Yasmin Schill, Stefan Owandner und die Vorsitzende Corana Hoffmann (v. l. n. r.).



Sylke Grünwald (li.) und Katrin Roth vom Wahlausschuss zählen die Stimmen öffentlich aus.

Klausur und Gespräch mit Bischof Stefan Oster



Zweimal im Jahr begeben sich Akademiedirektor PD Dr. Achim Budde und die Studienleiter der Katholischen Akademie in Bayern auf Programmklausur. Diesmal, vom 21. bis zum 24. Januar 2020, ging es nach Passau. Im Tagungshaus „Spectrum Kirche auf Mariahilf“ bereiteten sie das Programm bis Mitte 2021 vor. Auch die Perspektiven der Akademie in den kommenden Jahren und organisatorische sowie strategische Grundsatzfragen standen auf der Tagesordnung. Der Passauer Bischof Stefan Oster nahm sich eigens zwei Stunden Zeit für Austausch und Gespräch mit dem Team. Er kam gemeinsam mit dem Bischöflichen Beauftragten für Erwachsenenbildung, Dr. Franz

Bischof Stefan Oster, Akademiedirektor Achim Budde (4. v. l.), Franz Haringer (ganz rechts) und die Studienleiterinnen und Studienleiter der Katholischen Akademie in Bayern.

Haringer. In dem entspannten und interessanten Gespräch ging es neben den Fragen zur Zukunft der Kirche auch um mögliche Themen bei Veranstaltungen im Bistum Passau. Die sieben bayrischen Diözesen tragen und finanzieren die „Katholische Akademie in Bayern“ gemeinsam seit ihrer Gründung, ohne Einfluss auf die inhaltliche Arbeit auszuüben.

Konzert des Tölzer Knabenchors Der Verein der Freunde und Gönner lud ein



Der Tölzer Knabenchor beim Konzert in der Katholischen Akademie.

Rund 300 Gäste waren am Abend des 13. Dezembers 2019 zu Gast bei der Weihnachtsfeier in der Akademie. Der Verein der Freunde und Gönner der Katholischen Akademie in Bayern präsentierte ab 18 Uhr ein Konzert der Tölzer Sängerknaben. Auf dem Programm standen Advents- und Weihnachtslieder in ganz unterschiedlichen Stilen, die die 45 Sänger unter der Leitung von Christian Fliegner präsentierten. Das fast anderthalbstündige Konzert, bei dem der Knabenchor von Theresa Förg an der Harfe und Clemens Haudum am Akkordeon begleitet wurde, erhielt von den Zuhörern langen und intensiven

Applaus. Ein Höhepunkt des Festes war dann wieder das gemeinsame Singen. Begleitet und angeleitet von Studienleiter Dr. Johannes Schießl am Flügel erschallten unter anderem *Macht hoch die Tür* und *Tauet, Himmel, den Gerechten*. Die erwachsenen „Buam“ des Tölzer Knabenchors waren bis zum Ende geblieben und unterstützen stimmungsgewaltig die ohnehin sehr kräftig singenden Festgäste. Noch tief in der Nacht, als das letzte Fässchen längst zur Neige war, sollen mehrstimmige Klänge in der Akademie vernommen worden sein ...

Neue Dokumente zur Guardini-Forschung

Im Zusammenhang mit dem Seligsprechungsprozess für Romano Guardini wird dessen schriftlicher Nachlass, der in der Katholischen Akademie in Bayern und in der Bayerischen Staatsbibliothek aufbewahrt wird, von einer Historikerkommission gründlich gesichtet. In der Staatsbibliothek befand sich ein großes, seit 1984 verplombtes Kuvert mit einem Sperrvermerk, der auf Antrag der Historikerkommission durch den Akademiedirektor aufgehoben wurde. Am Donnerstag, 19. De-

zember 2019, trafen sich Prof. Dr. Franz Xaver Bischof und Helmut Zenz als Mitglieder der Historikerkommission sowie von der Akademie Dr. Achim Budde und Studienleiter Stephan Höpfinger zur Öffnung des Konvoluts. Nach einer ersten Durchsicht zeichnet sich ab, dass die im Konvolut enthaltenen rund 250 Briefe und Archivalien eine weitere große Bereicherung für die Guardini-Forschung darstellen.



Akademiedirektor Dr. Achim Budde (li.) und von der Historiker Kommission Professor Franz Xaver Bischof (Mi.) sowie Helmut Zenz.

Haus & Team & Freunde

Umzug der Landesstelle KEB Bayern in neue Räumlichkeiten



In der Mandlstraße 23 ist nicht nur die Akademie zuhause, sondern auch die Landesstelle der „Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung in Bayern e.V.“ (kurz „KEB Bayern“). Die 125 Einrichtungen der KEB in Bayern führen im Jahr ca. 56.000 Bildungsveranstaltungen durch, an denen rund 1,4 Millionen Menschen teilnehmen. Sie generieren dadurch 5,7 Millionen Teilnehmer-Doppelstunden, die die Grundlage für den Umfang der staatlichen Bezuschussung bilden.

Die Landesstelle verwaltet die staatlichen Fördermittel und ist dafür zuständig, die Leistungsstatistik zu erstellen und die Einrichtungen in diesen Abläufen zu unterstützen. Sie arbeitet dem Vorstand der KEB Bayern zu und vertritt die KEB in zahlreichen Gremien oder im ständigen Austausch mit dem Ministerium. Zur Zeit ist sie stark gefordert durch die Umsetzung der Verwaltungsvorschriften des neuen Bayerischen Erwachsenenbildungsförderungsgesetzes (BayEbFöG). Einen Überblick über die vielfältigen weiteren Aufgaben der Landesstelle erhalten Sie auf der Homepage der KEB (www.keb-bayern.de) unter „Themen und Projekte“.

Fünf Personen arbeiten täglich im Haus für die Belange der KEB: der Vorsitzende der KEB Bayern, Dr. Achim Budde, die Leiterin der Landesstelle, Dr. Johanna Gebrande, Öffentlichkeitsreferent Stefan Owandner, die Projektreferentin für den „Kulturdolmetscher“, Annarina Kemnitz und Sachbearbeiterin Susanne Westerheide.

Bisher waren sie verstreut im Bürotrakt der Akademie untergebracht, die Landesstelle war räumlich nicht erkennbar. Nun kam Bewegung in die Sache, weil im Bürotrakt ein zusätzlicher Büroarbeitsplatz geschaffen und die Brandlast von den Fluren verlagert werden musste. Da reichte der Platz nicht mehr. Eine ohnehin geplante Umbaumaßnahme im sog. „R-Trakt“ (südlich des Foyers, bei der großen Treppe zum Untergeschoss), über die wir im nächsten Heft berichten, bot die Möglichkeit, dort stärker auf die Bedürfnisse des Teams einzugehen: kurze Wege, eine moderne Büroausstattung, ein eigener Kopier- und Materialraum, sanitäre Einrichtungen und vor allem ein eigener Besprechungsraum!

Ende letzten Jahres konnten die neuen Räumlichkeiten bezogen werden.



Die vier Mitarbeiter(innen) der KEB-Landesstelle v. o. n. u.: Susanne Westerheide, Dr. Johanna Gebrande, Stefan Owandner und Annarina Kemnitz.

Die Akademie möchte der Landesstelle durch diese Aufwertung beste Arbeitsbedingungen bieten; denn sie ist auch für die Akademie von zentraler Bedeutung, um ihren dritten Satzungszweck zu erfüllen, die katholische Bildungsarbeit zu fördern. □

Korrektur

Sehr geehrte Leserinnen und Leser, in unserem Sonderheft zu Ausgabe 5-2019, in der die Regensburger Tagung zum Altertums-Forscher Johann Joachim Winckelmann dokumentiert wurde, ist uns auf den Seiten 33 und 34 ein bedauerlicher Irrtum unterlaufen. Wir verwechselten die beiden Abbildungen auf diesen Seiten.

Abbildung 2 auf der Seite 33 zeigt damals – entgegen der Aussage in der Bildunterschrift – die Laokoon-Gruppe im Zustand nach der Restaurierung von 1957–1960, Abbildung 3 auf Seite 34 hingegen den Vorzustand. Auch hier war der Bildtext dazu falsch. Der Autor des Textes, Professor Hermann Leber, hatte die Angaben korrekt geliefert, der Fehler ereignete sich in der Redaktion.

Wir bitten diesen Fehler zu entschuldigen. Sehen Sie selbst beide Abbildungen nun mit der jeweils richtigen Bildunterschrift.



Foto: akq-images

Die Laoköon-Gruppe vor der Restaurierung von 1957–1960: Der von Montorsoli ergänzte rechte Arm ist im Ellbogengelenk leicht gewinkelt und deutet so an, dass der Kampf noch in vollem Gange ist.

Lichterscheinung im Atrium

Eine kleine, aber wirksame Verschönerungsmaßnahme wurde neulich im Atrium durchgeführt: Das Holzgebälk

unter der kleinen Glaspypadmie war schäbig geworden und von Wasserschäden gezeichnet. Nun wurde es weiß



lackiert und hebt sich dadurch optisch besser ab. Architekt Thomas Wechs hatte Saal, Kapelle und Brunnenhof in ein System von drei Meter breiten „Wandergängen“ eingebettet, die sich auch im Karree um die kleine Lichtkuppel des Atriums ziehen. Besonders, wenn die Sonne scheint, tritt die Struktur des Raumes nun in wünschenswerter Klarheit hervor. Achten Sie einmal darauf, wenn Sie das nächste Mal bei uns sind!



So sah das Holzgebälk bisher aus: Ton in Ton.



Foto: akq-images

Die Laoköon-Gruppe, nachdem der von Ludwig Pollak 1903 gefundene, im Ellbogen spitzwinklig „umgebrogene“ und mit dem Unterarm wieder zurückgeführte rechte Arm des Originals durch die Restauratoren 1957–60 wieder angebracht worden ist. Diese Bildsprache zeigt, dass der Zenit des Kampfes bereits überschritten ist.